

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 56

Ausgabe: April 2002

Umfragen: Okt. – Nov. 2001

Generaldirektion für Presse und Kommunikation
Rue de la Loi 200 (BREY 7/150)
B - 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 296.24.63
Fax: (32.2) 296.17.49
Email : eurobarometer@cec.eu.int

Internet : http://europa.eu.int/comm/public_opinion/

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

Eurobarometer-Umfragen zur öffentlichen Meinung ("Standard-Eurobarometer-Umfragen") werden seit dem Herbst 1973 im Auftrag der Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen, jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland (Eurobarometer 14), seit Herbst 1985 Portugal und Spanien (Eurobarometer 24), seit Herbst 1990 die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (Eurobarometer 34) und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein (Eurobarometer 43).

Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wurde. In der Regel umfasst die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfragen 1000 Personen je Land mit Ausnahme von Luxemburg (600) und dem Vereinigten Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in Ost- und 1000 in Westdeutschland.

Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die der Europäischen Meinungsumfragegruppe, einem Konsortium von Markt- und Meinungsforschungsagenturen, bestehend aus INRA (EUROPE) und GfK Worldwide, angehören. Dieses Netz von Instituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle Institute gehören der "European Society for Opinion und Marketing Research" (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.

Die in diesem Bericht für die einzelnen Mitgliedsländer enthaltenen Zahlen sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäss der Erwachsenen Bevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen der Auf- oder Abrundung der Zahlen in gewissen Fällen summieren sich die gesamten Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100%, sondern auf einen sehr nahen Wert (z.B. 99 oder 101). Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, gehen die Prozentwerte oft über 100% hinaus. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.

Der vorliegende Bericht, der durch die Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen (Referatsleiter: Herr Thomas Christensen) erstellt wurde, ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Umfragen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion für Presse und Kommunikation) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussionen, Intensivinterviews) in allen Mitgliedsländern und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:

- *das traditionelle Standard-Eurobarometer mit zweimal jährlich erscheinenden Berichten und Sonder-Eurobarometer-Umfragen (die Liste finden Sie in Anhang D), die nach denselben Methoden arbeiten wie die Standard-Eurobarometer und die jeweils einmal jährlich erscheinen.*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)*
- *Qualitative Analysen (Fokusgruppen; Intensivinterviews)*
- *In Kürze: Das Eurobarometer der Beitrittskandidaten*

Die in der allgemeinen Öffentlichkeit (in persönlichen Interviews) durchgeführten Standardumfragen des Eurobarometers und die Umfragen des Eurobarometers der Beitrittskandidaten, die telefonischen Flash Eurobarometer Umfragen und die qualitative Forschung dienen hauptsächlich dazu, Umfragen für die verschiedenen Generaldirektionen und sonstigen Dienststellen der Kommission in deren Auftrag und auf deren Rechnung durchzuführen.

Web-Site für das Eurobarometer:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion

SCHLAGZEILEN

Der 56. Eurobarometer Bericht analysiert die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der Europäischen Union im Herbst 2001. Die Umfrage wurde einen Monat nach den Terrorangriffen auf die Vereinigten Staaten und eine Woche nach dem Beginn des Krieges in Afghanistan durchgeführt. Offensichtlich haben diese beiden Ereignisse die Ansichten der Menschen in vieler Hinsicht bedeutend beeinflusst. Die Hauptergebnisse sind:

Die Verbesserung der Schlüsselindikatoren für die Haltung zur Europäischen Union

- 54% der EU Bürger befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union. Dies ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Frühjahr 2001 (+6 Prozentpunkte).
- 52% der Befragten sind der Ansicht, ihr Land habe aus der Mitgliedschaft Nutzen gezogen, dies sind sieben Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2001.

Größeres Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen

- Im Durchschnitt haben 53% der EU Bürger Vertrauen in die Europäische Union, ein Anstieg im Vergleich zu den 41% aus dem Frühjahr 2001. Nur 32% geben an, ihr nicht zu vertrauen (im Vergleich zu 40%).
- 58% der EU Bürger vertrauen dem Europäischen Parlament, ein Anstieg gegenüber den 52% im Frühjahr 2001.
- Die öffentliche Meinung über die Kommission verbessert sich weiter: Der Grad des Vertrauens ist um fünf Prozentpunkte auf 50% angestiegen. Dies ist das beste Ergebnis seit dem Amtsantritt der aktuellen Kommissare.
- Auch der Europäischen Zentralbank wird von der Hälfte der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren Vertrauen entgegengebracht.

Wachsende Ängste

- Nach dem 11. September geben 86% der Europäer an, persönlich Angst vor Terrorismus zu haben (ein Anstieg von 12 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr); 79% haben Angst vor dem Einsatz von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen (+17 Punkte) und 64% haben Angst vor einem Weltkrieg (+19 Punkte).
- Nur 16% der Befragten erwarten für das Jahr 2002 eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gegenüber dem Jahr 2001 (8 Punkte weniger als im Vorjahr). 36% erwarten eine gleichbleibende Situation (-8 Punkte) und 39% erwarten eine Verschlechterung (+15 Punkte).
- Außerdem befürchten 42% der Befragten eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes in ihrem Land, ein Anstieg von 19 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. 32% glauben, der Markt werde sich stabilisieren und nur 17% zählen auf eine Verbesserung. Dies ist der kleinste gemessene Wert in fünf Jahren.

Haltung gegenüber der Einheitswährung, dem Euro

- 61% der Befragten sind für den Euro, während 30% gegen ihn sind. 68% der in den „EURO 12“ Ländern lebenden Befragten befürworten den Euro, ein Anstieg von zwei Punkten gegenüber dem Vorjahr. In den drei „pre-in“ Ländern hat sich die Unterstützung des Euro von 27% auf 32% deutlich verbessert.
- Zur Zeit der Umfrage – ein paar Monate vor der Einführung des Euro Bargeldes – fühlten sich 47% der Befragten aus den „EURO 12“ Ländern beim Gedanken an den Umgang mit dem neuen Bargeld sicher.
- Mindestens acht von zehn EU Bürgern glauben, der Euro werde denjenigen, die grenzüberschreitend reisen (87%), das Leben erleichtern. Sie glauben auch, es werde leichter, überall in Europa einzukaufen, da alle Preise vergleichbar würden (83%) und dass die Umtauschgebühren für den Tausch von einer Währung in die andere abgeschafft würden (80%).

Haltung gegenüber der Erweiterung

- 51% der Befragten befürworten die Erweiterung der Europäischen Union durch die Aufnahme neuer Länder und 30% sind dagegen. In einer detaillierteren Frage wurde festgestellt, dass 39% der Ansicht sind, die Europäische Union solle nur einige der Bewerberstaaten aufnehmen, während weitere 24% die Erweiterung uneingeschränkt unterstützen. Nur 20% sind der Ansicht, die EU solle nicht durch die Aufnahme neuer Länder erweitert werden.
- Ungefähr zwei von drei EU Bürgern sind der Ansicht, die EU werde durch die Erweiterung eine wichtigere Rolle in der Welt spielen und dass die Erweiterung eine kulturelle Bereicherung darstelle. Dagegen ist aber ein ebenso großer Anteil der Befragten der Ansicht, es werde durch die Aufnahme neuer Länder in die EU schwieriger, auf europäischer Ebene Entscheidungen zu treffen.
- Nur sehr wenige (22%) fühlen sich über die Erweiterung gut informiert, wobei die Ergebnisse etwas positiver sind als im Frühjahr 2001 (+4 Prozentpunkte)

Befürwortung einer europäischen Verteidigungspolitik

- 42% der EU Bürger sind der Ansicht, Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik sollten von der Europäischen Union getroffen werden. 24% sind der Ansicht, sie sollten von den Länderregierungen getroffen werden und 20% sind der Ansicht, die NATO sollte diese Entscheidungen treffen.

Befürwortung einer europäischen Verfassung

- 67% der EU Bürger sind der Ansicht, die Europäische Union sollte eine Verfassung haben, ein Anstieg im Vergleich zu den gemessenen 62% im Frühjahr 2001.

Empfundene Kenntnisse über die Europäische Union

- 35% der EU Bürger glauben „ziemlich viel“ bis „eine ganze Menge“ über die Europäische Union zu wissen (d.h. diejenigen, die die Nummern sechs bis zehn auf der Skala wählten), verglichen mit nur 21% im Frühjahr 2001.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einführung

| | | |
|------|---|----|
| 1. | Das Leben der EU Bürger nach dem 11. September..... | 1 |
| 1.1. | Zufriedenheit mit dem Leben und Erwartungen für das kommende Jahr | 1 |
| 1.2. | Vertrauen in Institutionen | 8 |
| 1.3. | Die Ängste der EU Bürger im Zusammenhang mit dem 11. September | 12 |
| 2. | Identität, Stolz und Demokratie | 14 |
| 2.1. | Europäische und nationale Identität | 14 |
| 2.2. | Ansichten über das eigene Land | 15 |
| 2.3. | Stolz darauf, Europäer zu sein und die Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie..... | 16 |
| 3. | Die Hauptindikatoren für die Befürwortung der Europäischen Union..... | 19 |
| 3.1. | Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union | 19 |
| 3.2. | Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union..... | 21 |
| 3.3. | Geschwindigkeit der europäischen Integration | 38 |
| 3.4. | Die Rolle der Institutionen und Organe der Europäischen Union | 40 |
| 3.5. | Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen und Organe..... | 41 |
| 3.6. | Befürwortung einer Verfassung für die Europäische Union | 46 |
| 3.7. | Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren | 48 |
| 4. | Beschlussfassung in der EU, Prioritäten und politische Schlüsselthemen | 50 |
| 4.1. | Unterstützung der gemeinsamen Beschlussfassung auf EU Ebene | 50 |
| 4.2. | Haltung gegenüber den Prioritäten der EU | 53 |
| 4.3. | Unterstützung für Schlüsselthemen | 55 |
| 5. | Der Euro | 59 |
| 5.1. | Unterstützung für die Einheitswährung | 59 |
| 5.2. | Einstellungen zum Euro | 62 |
| 5.3. | Informationen über den Euro..... | 67 |
| 6. | Die Erweiterung der Europäischen Union | 71 |
| 6.1. | Befürwortung der Erweiterung..... | 71 |
| 6.2. | Meinungen zur Erweiterung | 75 |
| 6.3. | Kriterien, die die Bewerberstaaten erfüllen sollten..... | 77 |
| 6.4. | Welche Länder sollten beitreten? | 78 |
| 6.5. | Beschlussfassung in einer erweiterten EU..... | 80 |
| 6.6. | Informationsstand über die Erweiterung | 82 |
| 6.7. | Informationen über die Erweiterung | 83 |
| 7. | Kenntnisse über die Europäische Union | 86 |
| 7.1. | Informationsquellen über die Europäische Union | 86 |
| 7.2. | Die Nachrichtenmedien und ihre Berichterstattung über EU-Angelegenheiten..... | 87 |
| 7.3. | Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäischen Union..... | 92 |
| 7.4. | Kenntnis über die Haushaltsausgaben der Europäischen Union..... | 94 |
| 7.5. | Bekanntheit der Institutionen und Organe der EU | 96 |
| 7.6. | Bekanntheit und Bedeutung der Ratspräsidentschaft..... | 99 |

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

Seite

| | | |
|------|---|------|
| A. | Listen | |
| A.1. | Auflistung der Schaubilder | A.1 |
| A.2. | Auflistung der Tabellen | A.5 |
| A.3. | Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Frage- und Antwortkategorien | A.9 |
| A.4. | Erklärung der Tabellenüberschriften | A.23 |
| B. | Tabellen | B.1 |
| C. | Technische Spezifikationen | |
| C.1. | Beteiligte Institute und Ansprechpartner | C.1 |
| C.2. | Regionale Verwaltungseinheiten | C.2 |
| C.3. | Stichprobenspezifikationen | C.3 |
| C.4. | Definition und gewichtete Verteilung der soziodemografischen Variablen | C.6 |
| D. | Besondere Umfragen des Eurobarometers über die Einstellungen der Europäer | D.1 |

BERICHT

Einleitung

Dieser Bericht stellt die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage Nr. 56 vor, die kurz nach den Terrorangriffen auf die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 durchgeführt wurde. Nach diesen Angriffen gaben die EU Bürger deutlich häufiger an, ihren Regierungen und Parlamenten sowie der Europäischen Union insgesamt zu vertrauen. Demnach scheint es, dass die Ereignisse vom 11. September die öffentliche Meinung in vielerlei Hinsicht grundsätzlich geändert haben.

Ziel dieses Berichts ist es, den Lesern einen Überblick darüber zu verschaffen, wie die EU Bürger zur Europäischen Union, ihrer Politik und ihren Institutionen stehen. Es werden jedoch auch eine Reihe anderer, verwandter Themen vorgestellt.

Der Bericht beginnt mit der Untersuchung einer Reihe von Größen im Zusammenhang mit der **Einschätzung der persönlichen Lebenssituation und der erwarteten Lebenssituation im kommenden Jahr (allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben, Ängste und wirtschaftliche Entwicklungen) im Kontext des 11. September**. Das Kapitel beschäftigt sich auch mit dem **Vertrauen, das die Menschen einer Reihe von internationalen Institutionen entgegenbringen**.

Kapitel 2 behandelt Fragen, **die die Identifizierung der Menschen mit der Europäischen Union und ihrem eigenen Land und ihrem Stolz auf beide messen**. Es beschäftigt sich außerdem mit der **Zufriedenheit der Menschen bezüglich der Funktionsweise der Demokratie**.

Kapitel 3 betrachtet die langfristigen Entwicklungen der **öffentlichen Meinung zur Europäischen Union**. An dieser Stelle werden die Standardindikatoren – **Unterstützung der Mitgliedschaft in der EU und der subjektiv empfundene Nutzen aus der EU Mitgliedschaft** – vorgestellt. Das Kapitel berichtet auch von der **Einschätzung der Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, sowie der Rolle der Institutionen und Organe der EU und dem Vertrauen, das die Menschen ihnen schenken**. Das Kapitel endet mit den Ergebnissen für eine Frage, die die Unterstützung der Öffentlichkeit für eine Verfassung der Europäischen Union misst.

Kapitel 4 konzentriert sich auf die Unterstützung für eine Reihe von **aktuellen politischen Themen der EU**. Es beginnt mit der Betrachtung der Frage, inwieweit die Öffentlichkeit die **gemeinsame Beschlussfassung in der EU der nationalen Beschlussfassung vorzieht**. Das Kapitel beschäftigt sich anschließend mit der Frage, inwieweit die Öffentlichkeit die **aktuelle Politik der EU als prioritär betrachtet**, gefolgt von einer Untersuchung über die **Unterstützung einer Reihe von aktuellen politischen Schlüsselthemen durch die Öffentlichkeit**.

Kapitel 5 ist ausschließlich der **öffentlichen Meinung über den Euro** in den Monaten vor der Einführung des Bargeldes gewidmet. Es beschäftigt sich mit der **Befürwortung des Euro**, sowie der **unterschwelligten Haltung der Menschen gegenüber dem Euro**. Das Kapitel endet mit einer Ausführung darüber, **wie gut die Menschen meinen, über den Euro informiert zu sein** und inwieweit sie **Informationen über den Euro erhalten haben**.

Kapitel 6 beschäftigt sich ausschließlich mit der **öffentlichen Meinung zur Erweiterung**. Das Kapitel untersucht die **Befürwortung der Erweiterung** und die **unterschwelligten Einstellungen der Menschen zur Erweiterung**. Es analysiert auch die **Bedeutung, die die Menschen den Kriterien von Kopenhagen beimessen, wie sie zu den Bewerberstaaten stehen und wie der Beschlussfassungsprozess in einer erweiterten EU ihrer Meinung nach funktionieren sollte**. Das Kapitel endet mit einem Bericht darüber, **wie gut die Menschen meinen, über die Erweiterung informiert zu sein und wieviel Information sie darüber erhalten haben**.

Kapitel 7 behandelt die **Quellen, die die Menschen nutzen, wenn sie nach Informationen über die EU suchen und welche dieser Quellen sie bevorzugen**. Das Kapitel analysiert außerdem die Einschätzung der **Öffentlichkeit bezüglich der Medienberichterstattung über EU Angelegenheiten**. Weiterhin werden die **Kenntnisse über die EU und ihre Institutionen und Politik, sowie der Bekanntheitsgrad von neun der Institutionen und Organe der EU und das Wissen über den Haushaltsplan der EU** untersucht. Das Kapitel endet mit einer kurzen Untersuchung des Bekanntheitsgrades sowie der subjektiv empfundenen Bedeutung der **belgischen Präsidentschaft des Ministerrats in der zweiten Hälfte des Jahres 2001**.

Das letzte Kapitel betrachtet eine Reihe anderer Aspekte des Lebens in der Europäischen Union.

Wir bedanken uns bei allen Bürgern der Europäischen Union, die über die Jahre hinweg an den Eurobarometer-Umfragen teilgenommen haben. Ohne ihre Hilfe hätte dieser Bericht nicht geschrieben werden können.

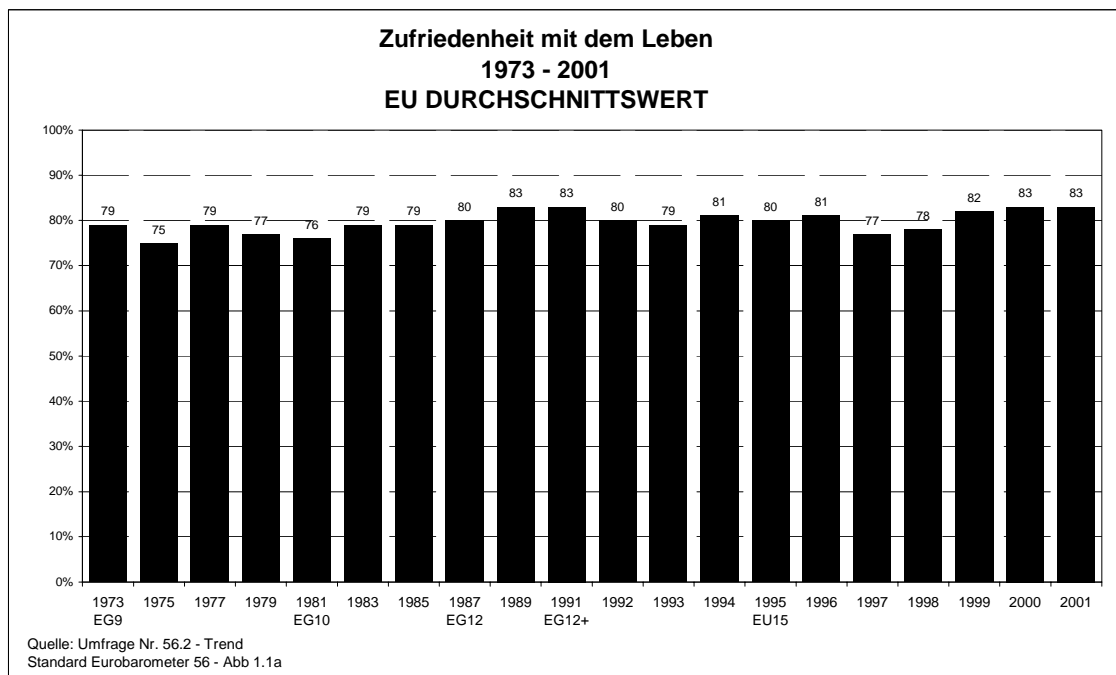
1. Das Leben der EU Bürger nach dem 11. September

Die Eurobarometer-Umfrage, auf der dieser Bericht beruht, wurde einen Monat nach den Terrorangriffen auf die Vereinigten Staaten am 11. September und eine Woche nach dem Beginn des Krieges gegen terroristische Ziele in Afghanistan durchgeführt¹. Die Angriffe des 11. September hatten einen sofortigen Einfluss auf die Wirtschaft in der Europäischen Union, die schon in den Monaten vor diesem Tag schwächer zu werden begonnen hatte. In diesem Zusammenhang untersucht das erste Kapitel, inwieweit die Bürger der Europäischen Union mit ihrem Leben zufrieden sind und welche Erwartungen sie für das Jahr 2002 haben. Das Kapitel berichtet auch über das Vertrauen, das den Institutionen entgegengebracht wird, und es untersucht die Frage, ob die Menschen sich vor einer Reihe von Dingen – eines davon der Terrorismus – fürchten.

1.1. Zufriedenheit mit dem Leben und Erwartungen für das kommende Jahr

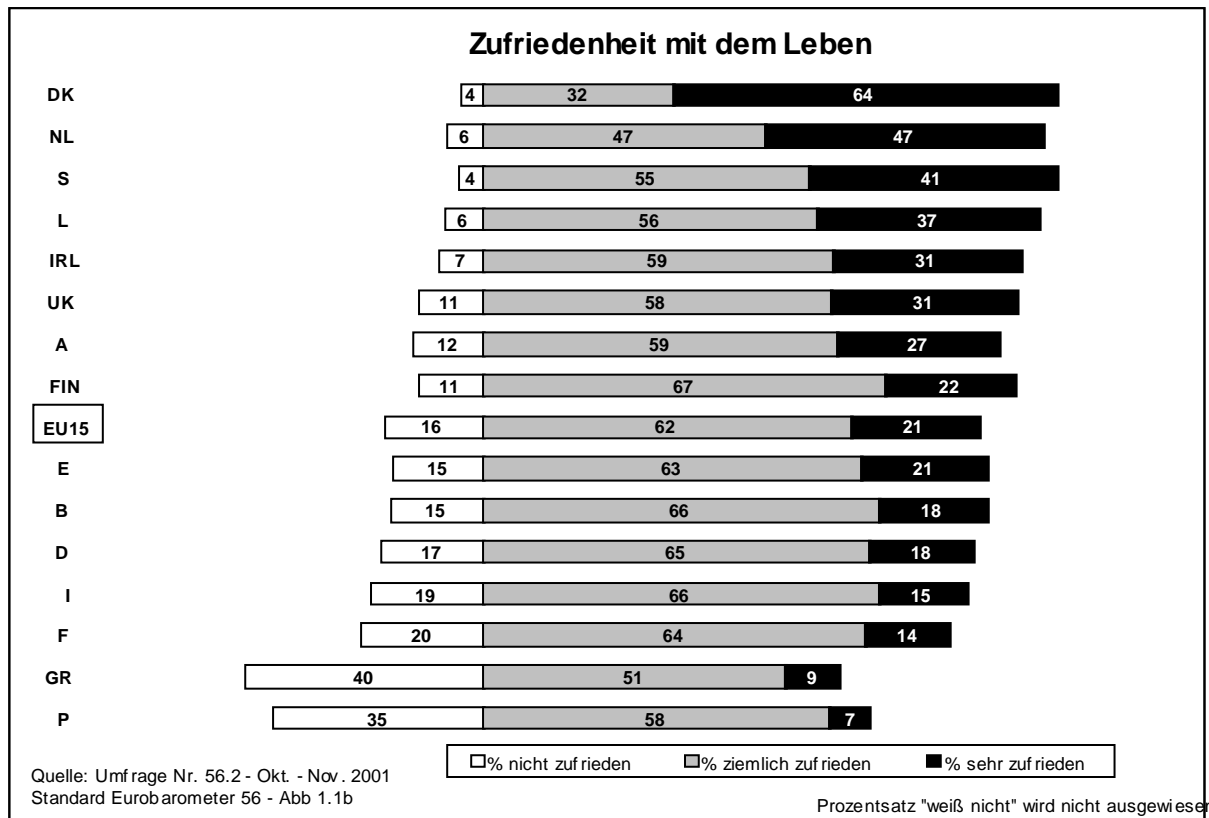
Seit seiner Einführung im Jahre 1973 hat das Eurobarometer die Bürger der Europäischen Union regelmäßig gefragt, wie zufrieden sie mit ihrem Leben im allgemeinen sind. Diese Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben ist ein zusammenfassendes Maß der Zufriedenheit mit allen Aspekten des Lebens, vom persönlichen Glück über Gesundheit, die Familie und die wirtschaftliche Situation bis zu den Ansichten über die Gesellschaft im allgemeinen.

Die Ereignisse des 11. September und die Zeit danach scheinen die Einschätzung der Zufriedenheit mit der aktuellen Situation nicht beeinflusst zu haben. Im Durchschnitt sind 83% der EU Bürger, wie schon im letzten Jahr, sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden mit ihrem Leben. Das unten stehende Diagramm zeigt, dass über die Jahre mindestens 75% der Befragten eine positive Einschätzung ihres Lebens abgegeben haben.



Die Ergebnisse vom Herbst 2001 zeigen, dass in Dänemark (96%) am meisten Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind. Es ist das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung sehr zufrieden ist (64%). Auch in Schweden (96%), den Niederlanden (94%), Luxemburg (93%) und Irland (90%) sind mindestens neun von zehn der Befragten mit ihrem Leben zufrieden. Das Vereinigte Königreich, Finnland (jeweils 89%) und Österreich (87%) liegen nicht weit dahinter. In Belgien (84%), Spanien (83%), Deutschland (82%) und Italien (81%), liegt der Grad der Zufriedenheit nahe am EU Durchschnitt (83%). Der Grad der Zufriedenheit liegt in Griechenland (60%), Portugal (65%) und Frankreich (78%) unter dem Durchschnitt.

¹ Durchführung der Umfrage: 13. Oktober bis 19. November 2001; siehe Anhang C1 für die exakten Daten jedes Landes.



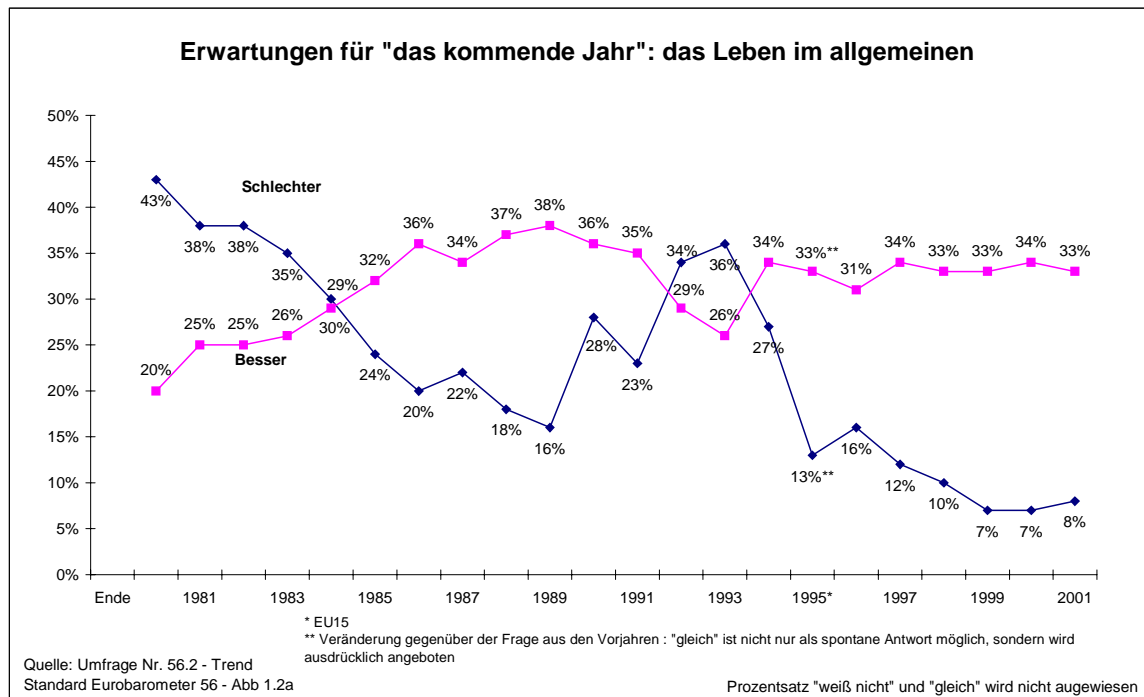
In den meisten Ländern ist seit dem Frühjahr 2001 keine bedeutende Veränderung gemessen worden. Griechenland ist das einzige Land, in dem die Menschen jetzt häufiger angeben, mit dem Leben zufrieden zu sein, während Portugal das einzige Land ist, in dem das Gegenteil der Fall ist. (Tabelle 1.1a)

In der demografischen Analyse zeigen sich keine bedeutenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Innerhalb der vier Altersgruppen (15 bis 24 Jahre, 25 bis 39 Jahre, 40 bis 54 Jahre und 55 Jahre und älter) zeigt sich, dass der Anteil der sehr zufriedenen Menschen in der jüngsten Altersgruppe höher ist (25%) als in den anderen Altersgruppen. Arbeitslose (62%) sind wesentlich seltener zufrieden als alle anderen in der Umfrage identifizierten Berufsgruppen (von denen 80% mit ihrem Leben zufrieden sind). Vom Bildungsstand kann lässt sich häufig auf die Haltung schließen. Was die Zufriedenheit mit dem Leben betrifft, stellen wir fest, dass Studenten (89% zufrieden) oder diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (87% zufrieden), wesentlich häufiger zufrieden sind als diejenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben (78% zufrieden), oder die Altersgruppe von 16 bis 19 Jahren (84% zufrieden)².

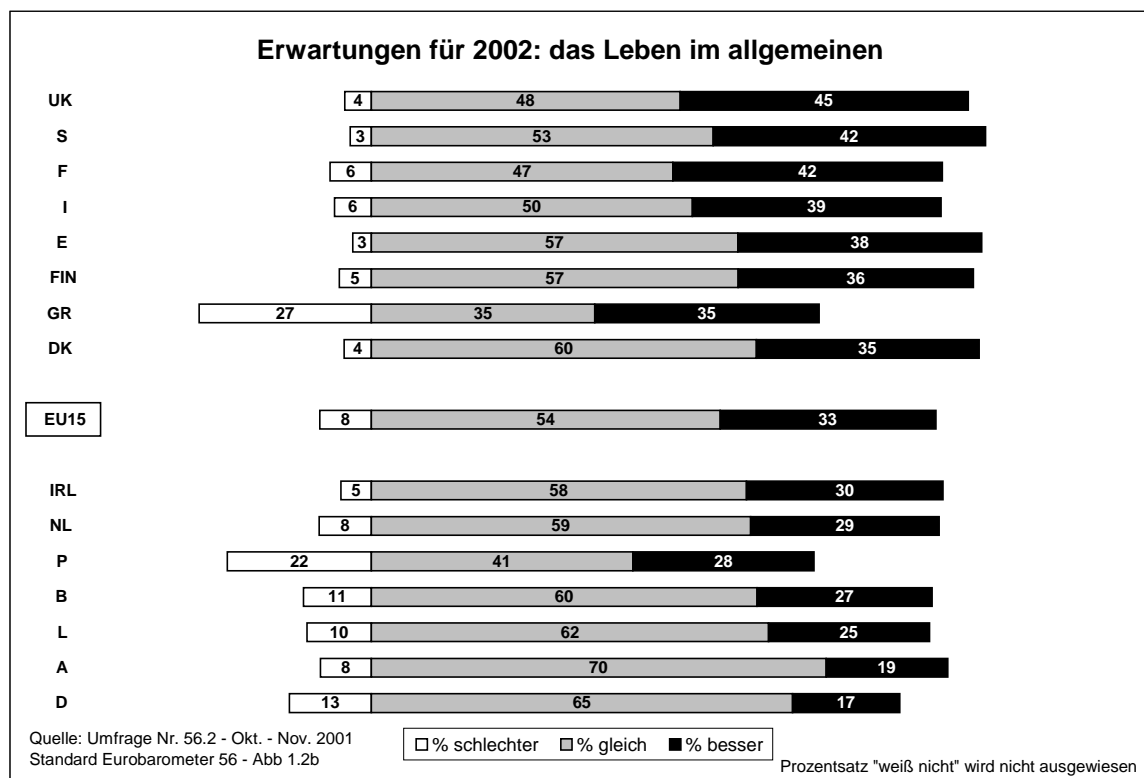
Ein Blick auf die Haltung der Menschen zeigt, dass diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, wesentlich häufiger zufrieden sind (88% zufrieden) als diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (78% zufrieden). (Tabelle 1.1b)

Die Teilnehmer der Umfrage wurden auch über ihre Erwartungen für das kommende Jahr befragt. 33% glauben, ihr Leben werde sich im allgemeinen im Jahr 2002 verbessern, 8% glauben, es werde sich verschlechtern und 54% glauben, es werde gleichbleiben. Diese Vorhersagen sind, genauso wie die Einschätzung der aktuellen Situation, den Vorhersagen von vor einem Jahr sehr ähnlich. Insgesamt beweisen die Ergebnisse also, dass die Terrorangriffe vom 11. September und ihre Folgen keinen besonderen Einfluss auf die Erwartungen der EU Bürger für ihr Leben im allgemeinen im kommenden Jahr hatten.

² Im Anhang C.4 finden Sie mehr Details über die demografischen Variablen.

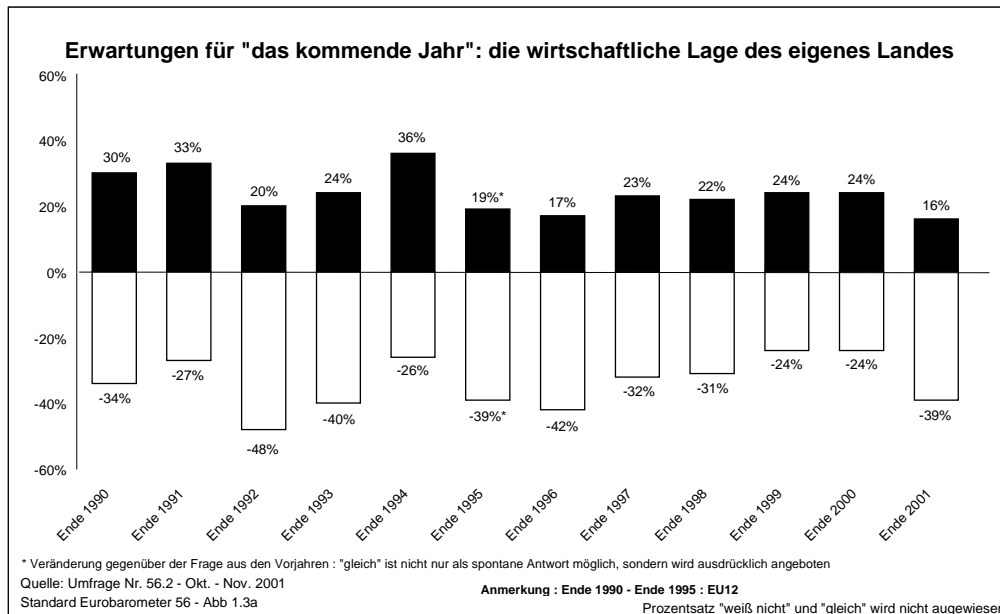


Die Länderergebnisse zeigen, dass im Vereinigten Königreich (45%) am meisten Menschen erwarten, das Jahr 2002 werde besser, gefolgt von Schweden und Frankreich (jeweils 42%). In Griechenland (27%) und Portugal (22%) erwarten am meisten Menschen, ihr Leben werde sich im Jahre 2002 allgemein verschlechtern.

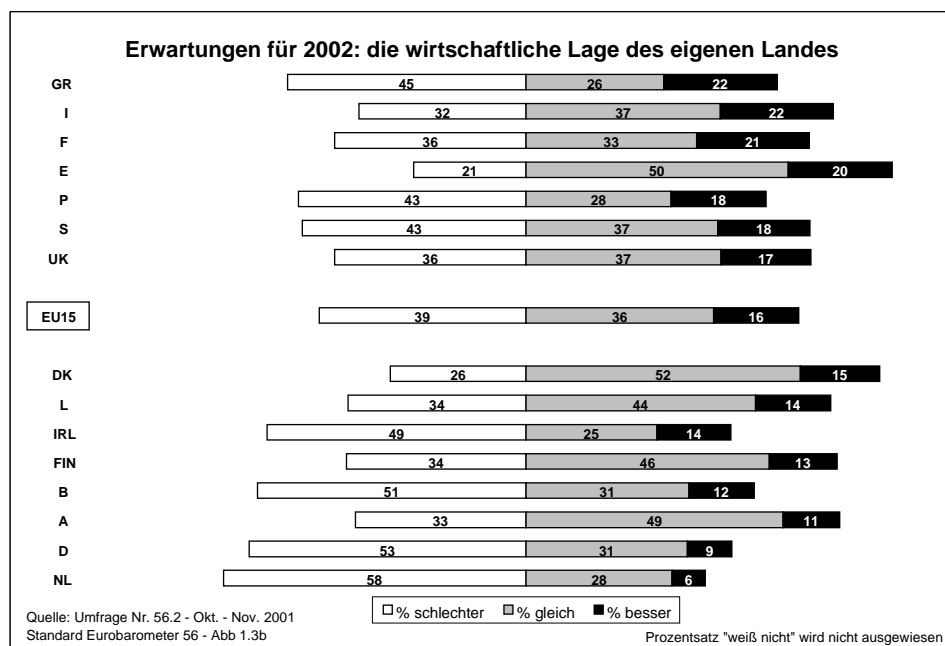


Im Vereinigten Königreich (+7), Frankreich (+6) und Dänemark (+3) erwarten jetzt wesentlich mehr Menschen, das kommende Jahr werde besser, als im letzten Jahr. Es gibt jedoch auch einige Länder, in denen eine wesentlich zurückhaltendere Stimmung herrscht. In Griechenland sind die Menschen jetzt seltener optimistisch und häufiger pessimistisch (jeweils -8 und +5). Weitere Länder mit Ergebnissen, die auf einen geringeren Optimismus hinweisen, sind Irland, Luxemburg, Schweden, Italien, Belgien und Deutschland. (Tabelle 1.2a)

Seit 1990 werden mit der „Frage zum Ende des Jahres“ auch die Erwartungen der Menschen für die Wirtschaft ihres Landes im kommenden Jahr gemessen. Das folgende Diagramm verbildlicht die Gesamtergebnisse für die Jahre 1990 bis 2001. Wie man sehen kann, sind die Menschen jetzt wesentlich weniger optimistisch gegenüber der wirtschaftlichen Situation ihres Landes, wobei 16% der Befragten eine Verbesserung für das Jahr 2002 erwarten und 39% von einer Verschlechterung ausgehen. Die Nettobilanz des Anteils der „besser“-Antworten minus den Anteil der „schlechter“-Antworten beträgt jetzt –23, während sie in den vorherigen zwei Jahren bei null lag. Auch wenn der 11. September die Erwartungen der Menschen für ihr Leben allgemein nicht beeinflusst hat, sind seine wirtschaftlichen Folgen ganz offensichtlich besorgniserregend.



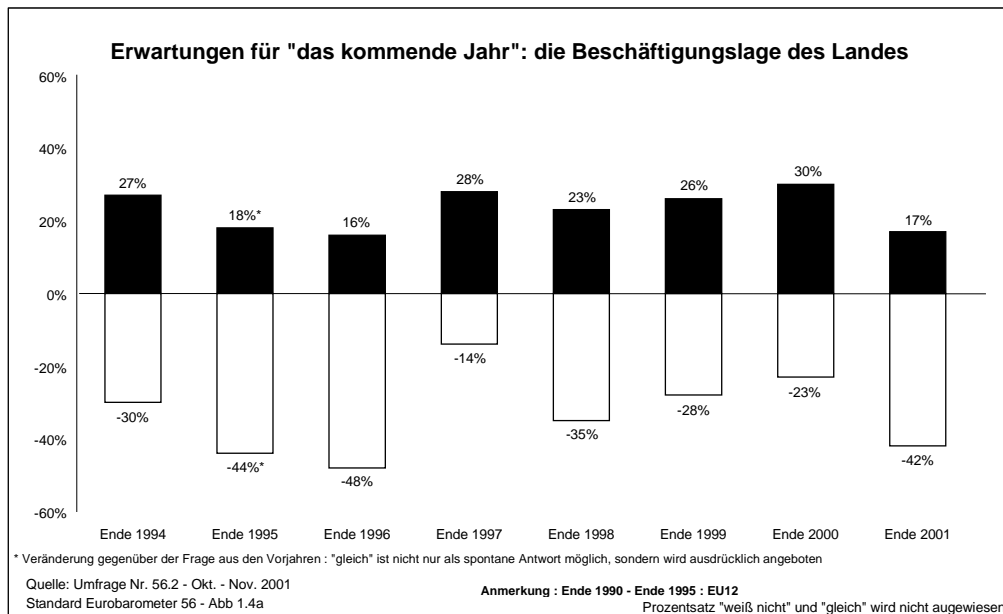
Der Anteil der Befragten, die für das Jahr 2002 eine Verbesserung der Wirtschaft in ihrem Land erwarten, reicht von 6% in den Niederlanden bis zu 22% in Griechenland und Italien. Man muss sich nur die Ergebnisse des Vorjahres anschauen, um sich ein Bild von dem verringerten Optimismus machen zu können, der die Europäer nach dem 11. September ergriffen zu haben scheint. Im Herbst 2000 reichte der Anteil derer, die eine wirtschaftliche Verbesserung für das Jahr 2001 erwarteten, von 16% in Österreich bis zu 32% in Schweden.



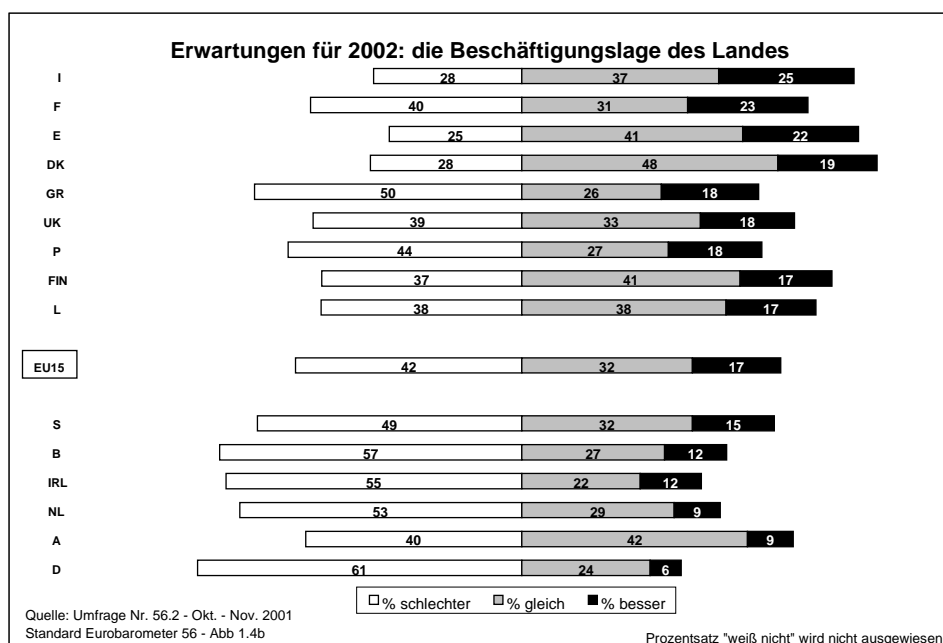
In beinahe allen Mitgliedstaaten ist die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation jetzt weniger optimistisch.

In den Niederlanden ist der Anteil derer, die eine wirtschaftliche Verbesserung erwarten, um 17 Prozentpunkte gefallen, während der Anteil derer, die eine Verschlechterung erwarten, um 37 Prozentpunkte gestiegen ist. In Irland sind die Erwartungen beinahe genauso pessimistisch (-17, +35). Am wenigsten pessimistisch sind die Erwartungen in Portugal (+1, +3), Spanien (-5, 0) und Österreich (-5, +2). (Tabelle 1.3a)

Nach dem 11. September haben die Europäer auch wesentlich weniger optimistische Erwartungen für die Beschäftigungslage in ihrem Land. 17% glauben, das Jahr 2002 werde besser (30% glaubten dies für das Jahr 2001), während 42% eine Verschlechterung erwarten (23% für 2001).



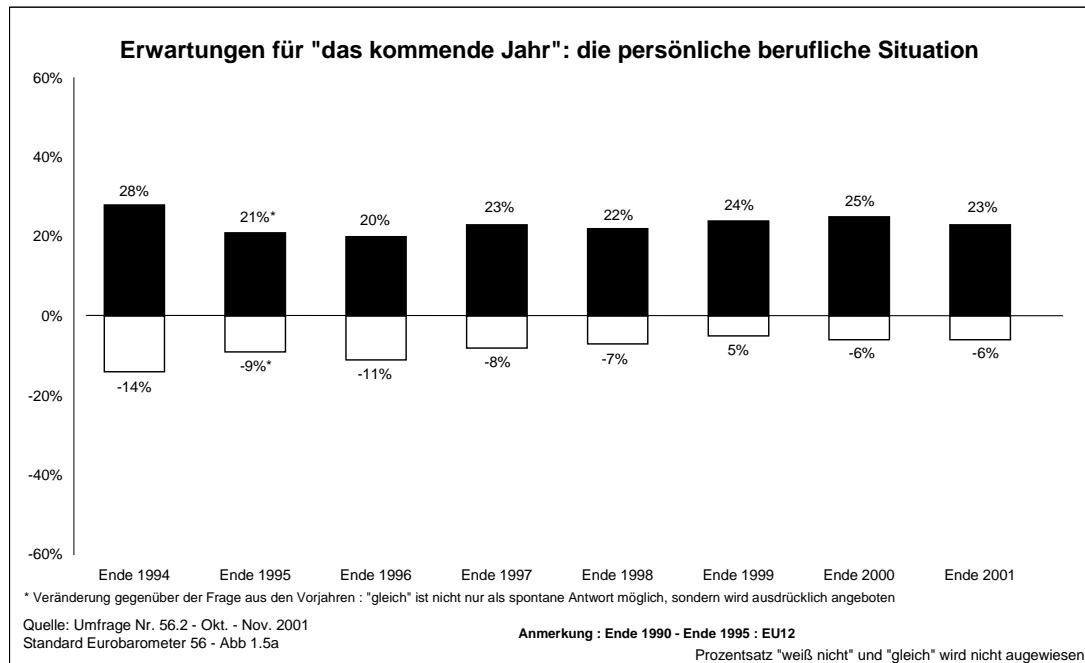
Die Stimmung ist in Italien am optimistischsten, wo 25% eine Verbesserung der Beschäftigungslage erwarten, gefolgt von Frankreich (23%) und Spanien (22%). Am pessimistischsten ist sie in Deutschland, wo 61% von einer Verschlechterung ausgehen, gefolgt von Belgien (57%), Irland (55%) und den Niederlanden (53%).



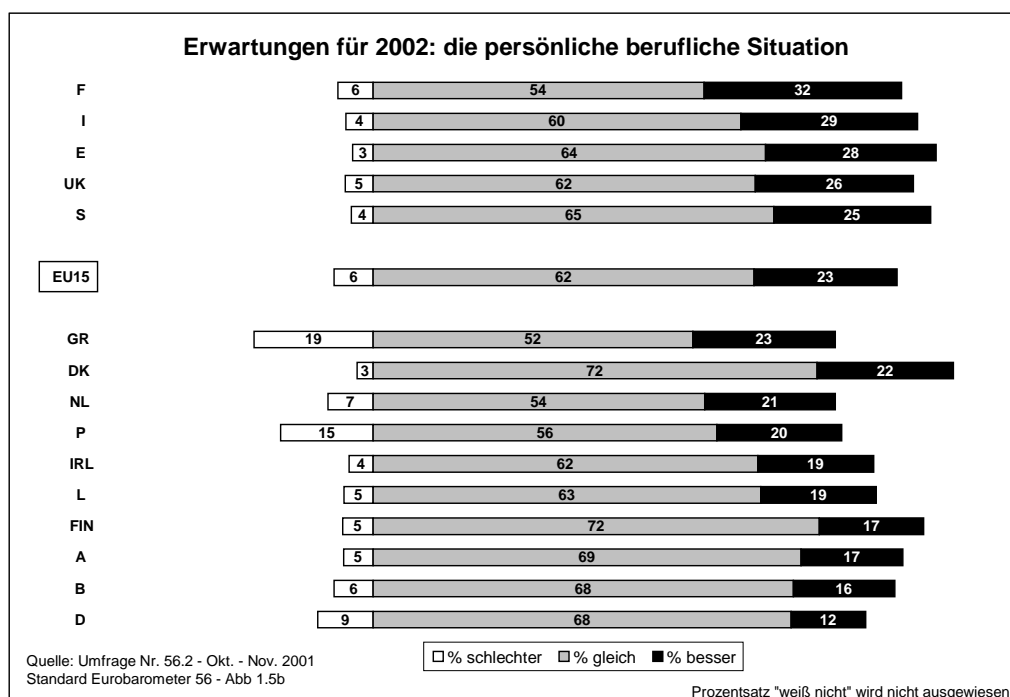
Der Vergleich der Vorhersagen für das Jahr 2002 mit den Vorhersagen für das Jahr 2001, die in der Umfrage des letzten Jahres abgegeben wurden, ergibt, dass der Anteil derer, die optimistisch sind, in allen Ländern gefallen ist. Die Werte reichen von einem Prozentpunkt in Portugal bis zu 30 Prozentpunkten in Finnland und Schweden.

Der Anteil derer, die pessimistisch sind, hat sich in allen Mitgliedstaaten erhöht. Es gibt jedoch bedeutende Schwankungen von Land zu Land (von +1 in Spanien bis zu +48 in Irland). (Tabelle 1.4a)

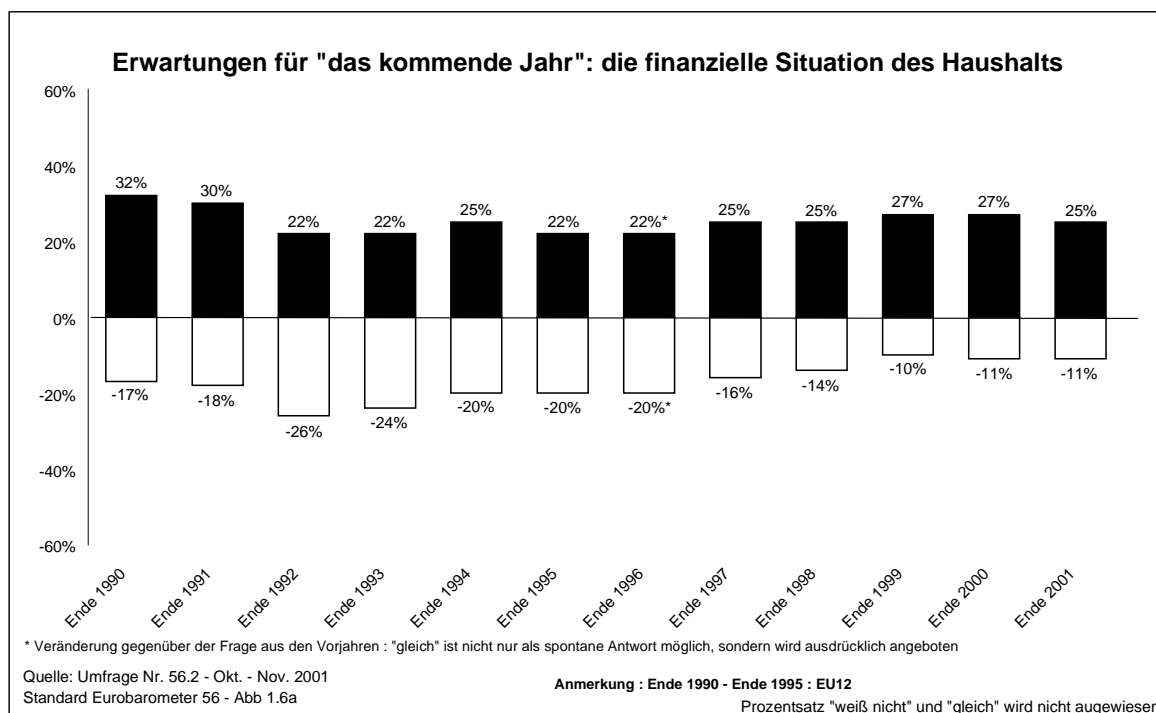
Die erhöhte Besorgnis über die Wirtschaft und die Beschäftigungslage in den Mitgliedstaaten scheinen die Erwartungen der Menschen für ihre persönliche Beschäftigungslage oder die wirtschaftliche Situation ihres eigenen Haushaltes nicht beeinflusst zu haben. Ungefähr sechs von zehn der Befragten glauben, beides werde sich im Jahr 2002 nicht verändern.



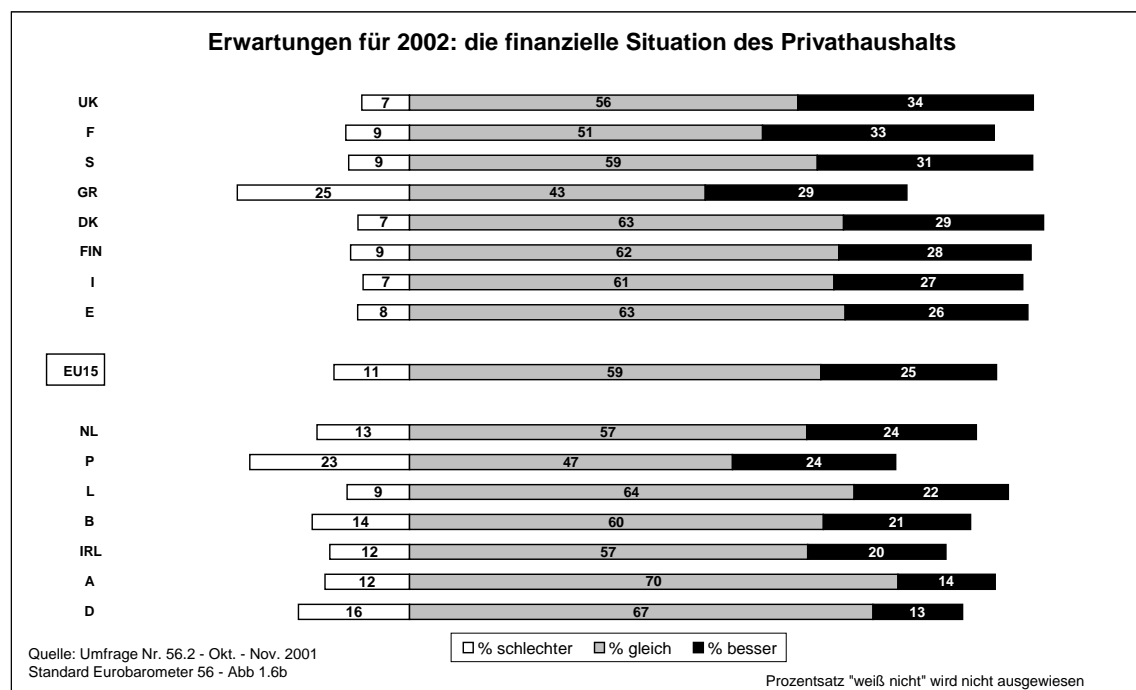
Wie das oben stehende Diagramm zeigt, ist die Einschätzung der Menschen ihrer persönlichen beruflichen Situation in den letzten Jahren stabil gewesen. Die Erwartungen schwanken jedoch deutlich von Land zu Land, wobei die Menschen in Frankreich am häufigsten für das Jahr 2002 eine Verbesserung ihrer persönlichen Beschäftigungslage erwarten (32%), gefolgt von Italien (29%) und Spanien (28%). Die Menschen in Griechenland (19%) und Portugal (15%) erwarten am häufigsten, ihre persönliche berufliche Situation werde sich verschlechtern. In allen anderen Ländern teilen weniger als 10% diese Ansicht und in allen Ländern ist die aktuelle Einstellung, die Dinge werden sich nicht verändern. (Tabelle 1.5a)



25% der Befragten glauben, die wirtschaftliche Situation ihres Haushalts werde sich verbessern und 11% glauben, sie werde sich verschlechtern. Wie das unten stehende Diagramm zeigt, ähnelt dies den Vorhersagen vom Ende des Jahres 2000 sehr.



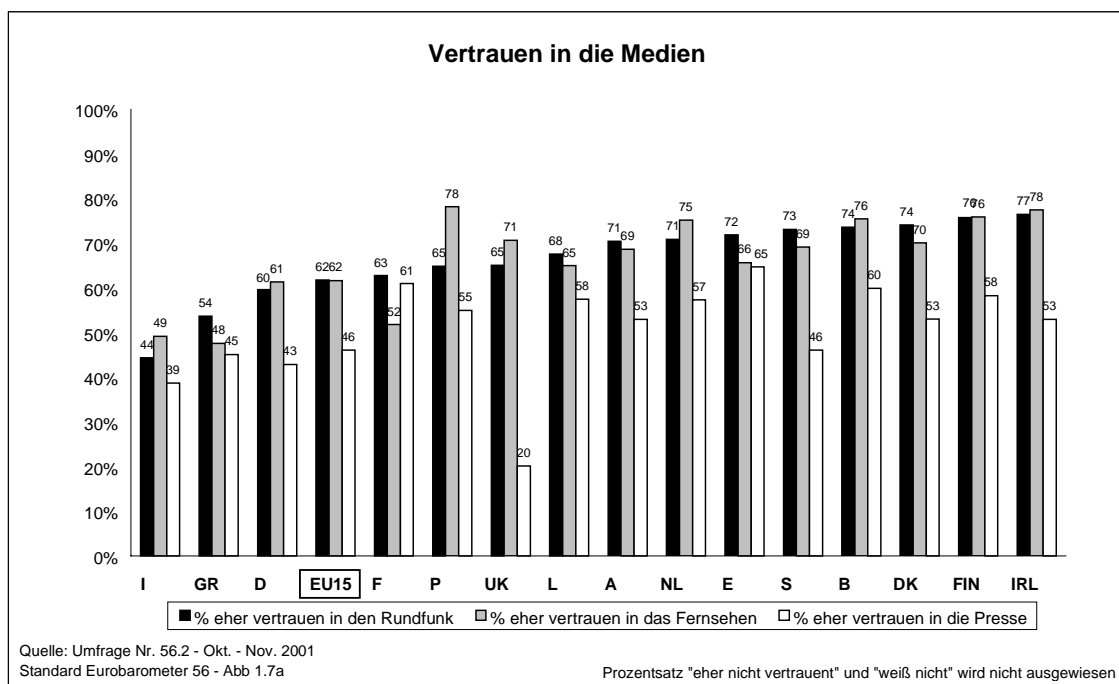
Die Mehrheit der Europäer erwartet keine Veränderung der finanziellen Situation ihres Privathaushalts im Jahre 2002. Dies ist die in allen Mitgliedstaaten am häufigsten geäußerte Meinung, mit Werten von 43% in Griechenland bis zu 70% in Österreich. (Tabelle 1.6a)



Die Erwartungen für das kommende Jahr unterscheiden sich in Abhängigkeit von einer Reihe von soziodemografischen Faktoren. Männer sind eher optimistischer als Frauen, und der Optimismus erhöht sich mit der Bildung und vermindert sich mit dem Alter. Junge und gebildete Menschen befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eher als ältere und weniger gebildete Menschen. Daraus schließen wir, dass diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, eher glauben, das Jahr 2002 werde besser als diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Siehe Tabelle 1.2b, 1.3b, 1.4b, 1.5b und 1.6b)

1.2. Vertrauen in Institutionen

Wie schon im Herbst 1997, im Frühjahr 1999 und im Frühjahr 2001 wurden die Teilnehmer der Umfrage gebeten, ihr Vertrauen oder Misstrauen gegenüber einer großen Anzahl von nationalen und internationalen Institutionen auszusprechen³. Wir beginnen mit der Betrachtung des Vertrauens der Menschen in die Medien. 62% der Befragten geben an, Radio und Fernsehen zu vertrauen, und 46% geben an, der Presse zu vertrauen.



Die Länderergebnisse zeigen, dass 7 von 10 Menschen in Irland (77%), Finnland (76%), Dänemark, Belgien (jeweils 74%), Schweden (73%), Spanien (72%), den Niederlanden und Österreich (jeweils 71%) dem **Radio** vertrauen. Am wenigsten verbreitet ist das Vertrauen in Italien (44%), gefolgt mit einigem Abstand von Griechenland (54%). Mehr als sieben von zehn Menschen in Portugal, Irland (jeweils 78%), Finnland, Belgien (jeweils 76%), den Niederlanden (75%) und dem Vereinigten Königreich (71%) vertrauen dem **Fernsehen**, während das Vertrauen wiederum in Griechenland (48%) und Italien (49%) am wenigsten verbreitet ist. Das Vertrauen in die **Presse** ist in Belgien am größten (60%), gefolgt von Finnland, Luxemburg (jeweils 58%) und den Niederlanden (57%). Im Vereinigten Königreich geben nur 20% der Befragten an, der Presse zu vertrauen, wobei dies 5 Prozentpunkte mehr sind als im Frühjahr 2001. (Tabelle 1.7a)

Der Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Frühjahr 2001 ergibt Folgendes: Das Vertrauen in das Fernsehen ist am größten (+4), wobei die deutlichste Verbesserung im Vereinigten Königreich gemessen wurde (+14), gefolgt von Spanien (+10), Finnland (+8), Irland (+7), Belgien (+6) und den Niederlanden (+4). In Portugal (-4) und Luxemburg (-3) ist das Vertrauen jetzt jedoch geringer als im Frühjahr 2001. Auf EU15-Ebene hat sich das Vertrauen in die Presse nicht sehr verändert, es gibt jedoch einige nennenswerte Verschiebungen auf Länderebene.

³ Die Frage umfasst 17 Institutionen. Die Ergebnisse für alle Institutionen außer der Europäischen Union werden in den Tabellen 1.7a bis 1.7c gezeigt. Die Ergebnisse für die Frage nach dem Vertrauen in die Europäische Union werden separat in Kapitel 3 behandelt. (siehe auch Tabelle 3.5).

Ein Anstieg des Vertrauens wurde in Frankreich, Irland (jeweils +7), Spanien, Finnland, Österreich, dem Vereinigten Königreich (jeweils +5) und Dänemark (+3) gemessen, während es in den Niederlanden (-8), Luxemburg (-6), Portugal und Italien (jeweils -4) fiel. Das Vertrauen in das Radio ist jetzt auf EU15-Ebene nur ein wenig geringer (-2), aber es gibt wiederum starke Veränderungen auf Länderebene. Im Vereinigten Königreich (+7), Belgien (+4) und Finnland (+3) ist das Vertrauen jetzt größer, während es in Italien (-11), Portugal (-7), den Niederlanden (-6), Dänemark (-5) und Deutschland (-4) wesentlich geringer ist.

Als nächstes betrachten wir das Vertrauen in vier öffentliche Einrichtungen: die nationalen Regierungen, die nationalen Parlamente, die Behörden und die politischen Parteien. Wie auch andere Umfragen zeigt das Eurobarometer, dass das Vertrauen in diese Institutionen gering ist, obwohl es im Herbst 2001 deutlich größer war als im Frühjahr 2001 (+5). Wir schreiben dieses Ergebnis den Ereignissen des 11. September zu⁴. Insgesamt vertrauen jetzt 40% der Europäer diesen vier Institutionen, mit Durchschnittswerten von 31% in Italien bis zu 59% in Luxemburg.

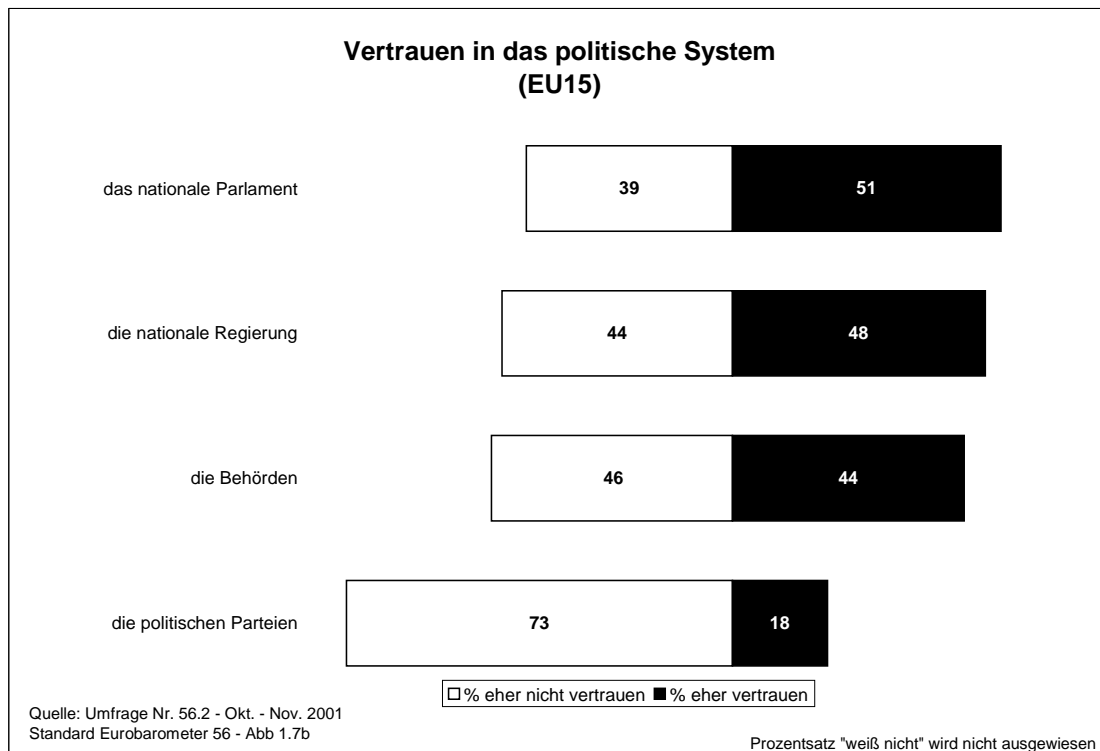
| Vertrauen in öffentliche Einrichtungen (Durchschnittliches Vertrauen in 4 Einrichtungen, in % nach Ländern) | |
|--|-----------|
| Land | % |
| Luxemburg | 59 |
| Die Niederlande | 58 |
| Dänemark | 58 |
| Schweden | 49 |
| Österreich | 49 |
| Irland | 47 |
| Finnland | 46 |
| Spanien | 45 |
| Portugal | 45 |
| Belgien | 44 |
| Griechenland | 43 |
| EU15 Durchschnitt | 40 |
| Deutschland | 40 |
| Vereinigtes Königreich | 38 |
| Frankreich | 38 |
| Italien | 31 |

Im Vergleich mit dem Frühjahr 2001 wurde der größte Anstieg des Vertrauens in die vier öffentlichen Einrichtungen in Schweden gemessen (+9), gefolgt von Griechenland (+9), Dänemark, Belgien (jeweils +8), dem Vereinigten Königreich (+7), den Niederlanden, Portugal, Frankreich und Italien (jeweils +6). In jedem einzelnen Mitgliedstaat ist das Vertrauen gewachsen⁵.

Das nächste Diagramm verbildlicht die Ergebnisse für jede der vier Einrichtungen auf EU15 Ebene. Es zeigt, dass die EU Bürger am häufigsten dem Parlament ihres Landes vertrauen (51%), während nur 18% dazu neigen, den politischen Parteien in ihrem Land zu vertrauen.

⁴ Das Argument ist hier, dass sich die Menschen seit den Terrorangriffen des 11. September mehr auf das nationale politische System verlassen.

⁵ Siehe Eurobarometer Nr. 55, Kapitel 1.

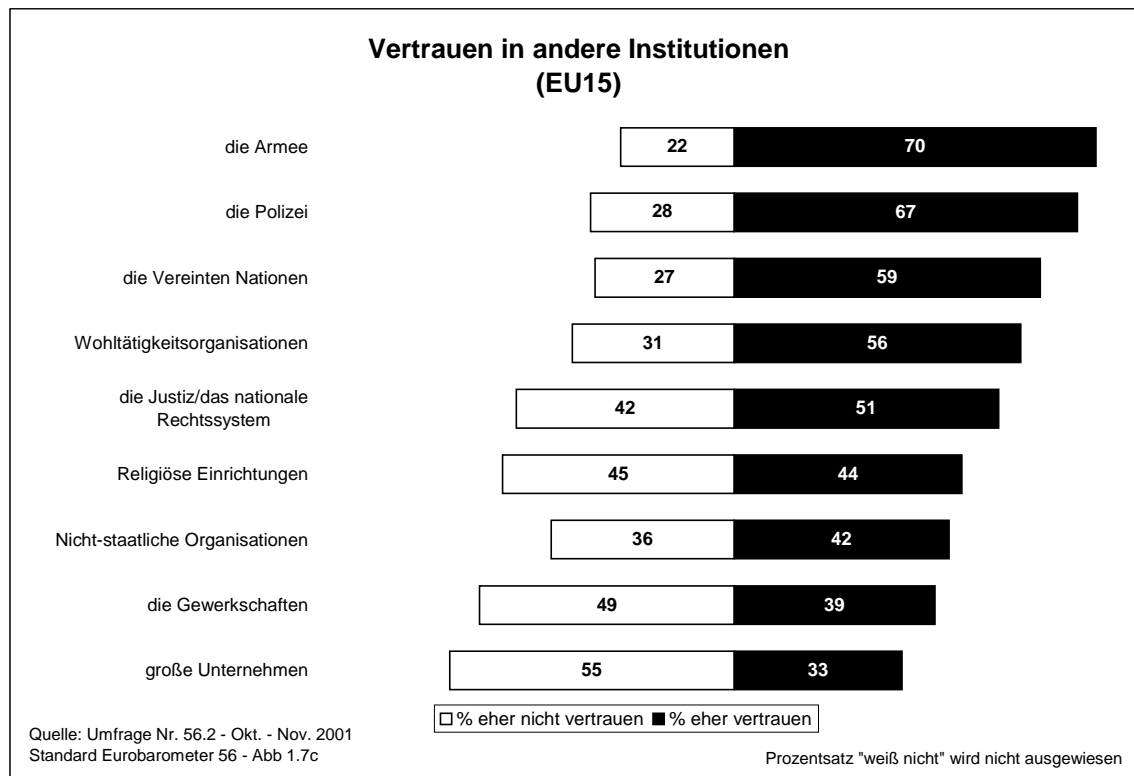


Unsere Analyse ergibt, dass die erwähnte Verbesserung hauptsächlich zugunsten der nationalen Regierungen und Parlamente geht, während sich das Vertrauen in die politischen Parteien und die Behörden seit dem Frühjahr 2001 kaum verändert hat. Das Vertrauen in das nationale **Parlament** ist in Dänemark (73%; +15) und Luxemburg (72%; +8) am größten und in Italien (43%; +11), Frankreich (47%; +12) und dem Vereinigten Königreich (47%; +13) am geringsten. Das Vertrauen in die nationale **Regierung** ist in Luxemburg (73%; +5) und den Niederlanden (70%; +8) am größten und in Italien (41%; +12), Frankreich (43%; +10) und dem Vereinigten Königreich (43%; +12) am geringsten. Das Vertrauen in die **Behörden** ist in Österreich (68%; -1 verglichen mit dem Frühjahr 2001) am größten, gefolgt von Luxemburg (61%; -2), Irland (62%; 0) und Dänemark (58%; +1). Es ist in Italien (27%; +1) und Griechenland (34%; +3) am niedrigsten. Das Vertrauen in die **politischen Parteien** ist in allen Mitgliedstaaten gering, mit Werten von 13% in Italien (+2) bis zu 36% in Dänemark (+2). (Tabelle 1.7b)

In der Umfrage wurde außerdem das Vertrauen in die folgenden Einrichtungen gemessen:

- Die Justiz/ Das Rechtssystem jedes Landes
- Die Polizei
- Die Armee
- Religiöse Einrichtungen
- Gewerkschaften
- Große Unternehmen
- Die Vereinten Nationen
- Nicht-staatliche Organisationen
- Freiwilligen- und Wohlfahrtsorganisationen

Das nächste Diagramm zeigt, dass die EU Bürger mit 70% am ehesten der Armee vertrauen, gefolgt von der Polizei (67%) und den Vereinten Nationen (59%). Im Frühjahr 2001 erreichten die Vereinten Nationen nur den sechsten Platz, als 48% der EU Bürger angaben, dieser internationalen Einrichtung zu vertrauen. Das Vertrauen in die Armee hat sich seit dem Frühjahr 2001 ebenfalls deutlich erhöht (+7). Es scheint, dass dies, zusammen mit dem größeren Vertrauen in die Vereinten Nationen, mit der Stimmung nach dem 11. September zusammenhängt. Das Vertrauen in große Unternehmen ist immer noch am wenigsten verbreitet (33%). Weniger als vier von zehn der Befragten geben an, den Gewerkschaften in ihrem Land zu vertrauen.



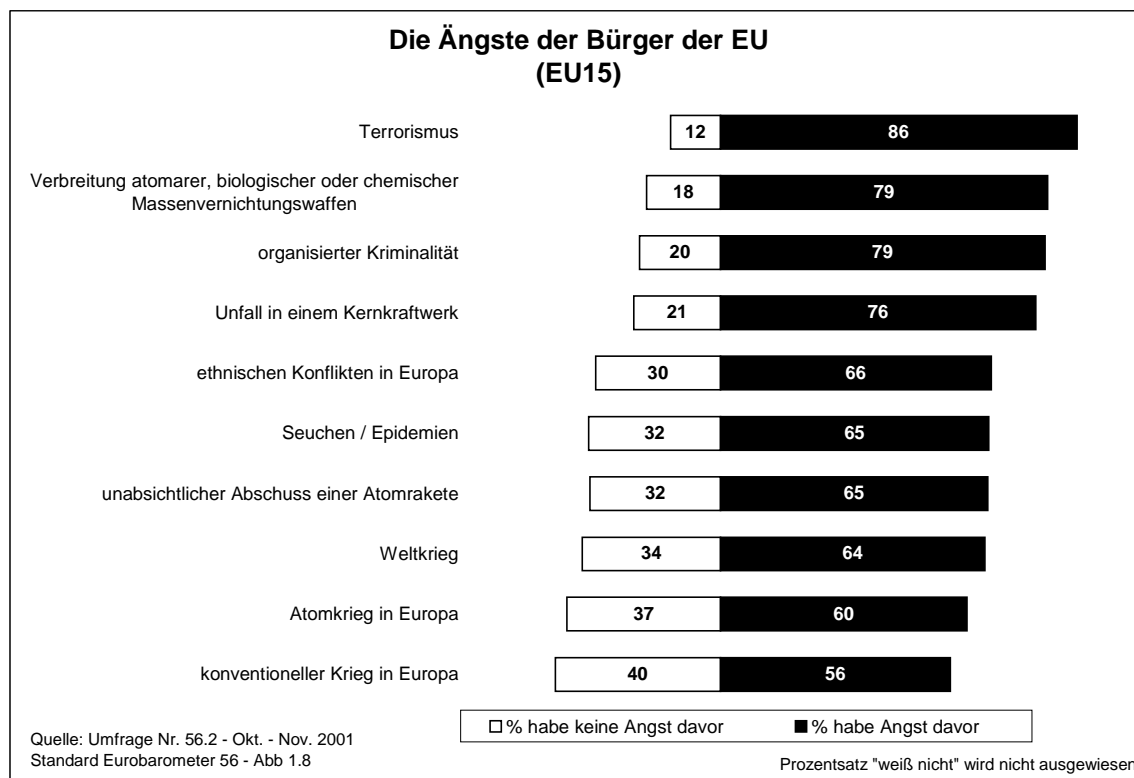
Die nächste Tabelle zeigt, welchen drei dieser Einrichtungen in jedem Mitgliedstaat am meisten Vertrauen entgegengebracht wird. **Die Armee** steht in acht von 15 Mitgliedstaaten an erster Stelle, in weiteren zwei Ländern steht sie an zweiter und in weiteren vier Ländern an dritter Stelle. Nur in Spanien findet sie sich nicht unter den ersten drei, was aber nicht heißt, dass man ihr dort kein Vertrauen entgegenbringen würde (63%). **Die Polizei** steht jetzt in vier Ländern an erster Stelle, in weiteren sechs Ländern steht sie an zweiter und in weiteren zwei Ländern an dritter Stelle. Griechenland, Spanien und Portugal sind die einzigen Länder, in denen die Polizei nicht einen der ersten drei Plätze erreicht. **Die Vereinten Nationen** stehen in Schweden und den Niederlanden an erster Stelle, in vier weiteren Ländern stehen sie an zweiter und in vier weiteren Ländern an dritter Stelle. Im Frühjahr 2001 erreichten sie nur in Schweden einen der ersten drei Plätze. Wohlfahrtsorganisationen erreichen einen der ersten drei Plätze in Spanien und Frankreich, sie stehen in diesen beiden Ländern aber nicht mehr an erster Stelle. **Das Rechtssystem** befindet sich in Österreich, Griechenland und Deutschland unter den ersten drei. **Religiöse Einrichtungen** erreichen in Finnland, Portugal und Griechenland einen der drei ersten Plätze. **Nicht-staatliche Einrichtungen** kommen nur in Spanien unter die ersten drei, wo sie an erster Stelle stehen. Mit 67% ist das Vertrauen in nicht-staatliche Einrichtungen in Spanien wesentlich höher als in den anderen Mitgliedstaaten. Keine der anderen Einrichtungen erreicht die ersten drei Plätze. (Siehe auch Tabelle 1.7c⁶)

⁶ Zum Vergleich mit den Ergebnissen vom Frühjahr 2001, siehe Eurobarometer 55, Tabelle 1.4a-c.

| DIE DREI EINRICHTUNGEN, DENEN AM MEISTEN VERTRAUEN ENTGEGENGEBRACHT WIRD (IN %, NACH MITGLIEDSSTAAT) | | | |
|---|----|---------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Die Armee | 62 | Die Polizei | 70 |
| Die Vereinten Nationen | 57 | Die Vereinten Nationen | 68 |
| Die Polizei | 54 | Die Armee | 65 |
| Dänemark | | Die Niederlande | |
| Die Polizei | 90 | Die Vereinten Nationen | 68 |
| Die Armee | 83 | Die Polizei | 67 |
| Die Vereinten Nationen | 82 | Die Armee | 67 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Die Polizei | 74 | Die Polizei | 78 |
| Die Armee | 67 | Das Rechtssystem | 73 |
| Das Rechtssystem | 61 | Die Armee | 70 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Die Armee | 88 | Die Armee | 77 |
| Das Rechtssystem | 69 | Die Vereinten Nationen | 68 |
| Religiöse Einrichtungen | 65 | Religiöse Einrichtungen | 67 |
| Spanien | | Finnland | |
| Nicht-staatliche Einrichtungen | 67 | Die Armee | 89 |
| Die Vereinten Nationen | 66 | Die Polizei | 88 |
| Wohlfahrtsorganisationen | 65 | Religiöse Einrichtungen | 71 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Die Armee | 66 | Die Vereinten Nationen | 77 |
| Wohlfahrtsorganisationen | 63 | Die Polizei | 74 |
| Die Polizei | 57 | Die Armee | 71 |
| Irland | | Das Vereinigte Königreich | |
| Die Armee | 78 | Die Armee | 82 |
| Die Polizei | 70 | Die Polizei | 65 |
| Die Vereinten Nationen | 68 | Die Vereinten Nationen | 59 |
| Italien | | | |
| Die Armee | 67 | | |
| Die Polizei | 67 | | |
| Die Vereinten Nationen | 65 | | |

1.3. Die Ängste der EU Bürger im Zusammenhang mit dem 11. September

Die Umfrage im Herbst 2001 wiederholte eine Frage, die erstmals im Frühjahr 2000 gestellt wurde. Diese Frage untersucht, ob die Menschen sich vor zehn Dingen fürchten, die katastrophale Folgen in der Welt haben könnten. Die Ergebnisse zeigen, welchen Einfluß der 11. September und seine Folgen auf die Menschen hatte. Im Vergleich zum Herbst 2000 ergibt sich ein Anstieg von 19 Prozentpunkten bei der Angst vor einem Weltkrieg, ein Anstieg von 17 Prozentpunkten bei der Angst vor der Verbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen, ein Anstieg von 16 Prozentpunkten bei der Angst vor einem Atomkrieg in Europa, ein Anstieg von 12 Prozentpunkten bei der Angst vor Terrorismus und ein Anstieg von 11 Prozentpunkten bei der Angst vor einem konventionellen Krieg in Europa.



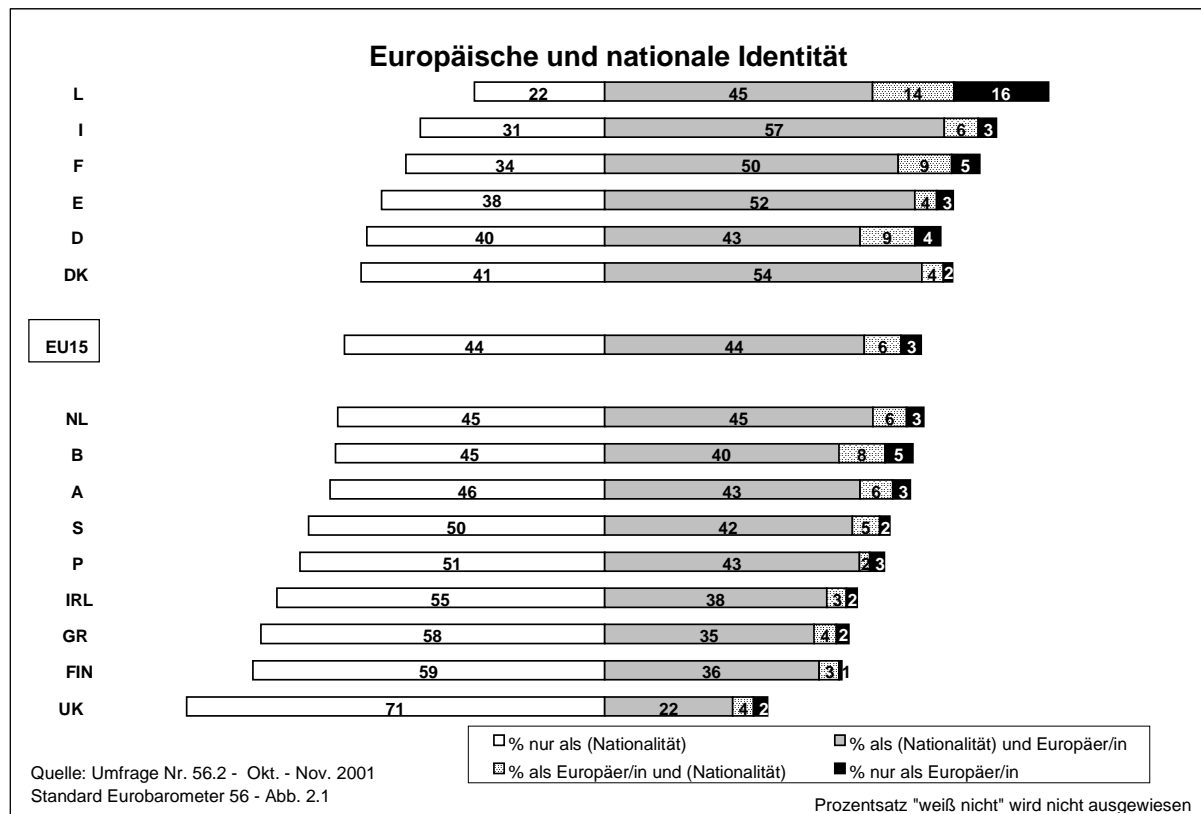
Mit 86% hat jetzt die größte Anzahl der Befragten Angst vor Terrorismus, gefolgt von der Verbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen (79%). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen sich nicht vor anderen Dingen fürchten. In der EU fürchten sich 79% der Bürger vor dem organisierten Verbrechen und 76% fürchten sich vor einem Atomarunfall, wobei hier jedoch im Vergleich mit vorherigen Messungen kein deutlicher Anstieg festgestellt wurde. (Tabelle 1.8)

2. Identität, Stolz und Demokratie

In diesem Kapitel untersuchen wir, inwieweit die EU Bürger sich als Europäer fühlen und inwieweit sie stolz darauf sind, Europäer zu sein. Das Kapitel betrachtet auch die Zufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Funktionsweise der Demokratie in jedem Mitgliedsstaat sowie in der Europäischen Union.

2.1. Europäische und nationale Identität

53% der EU Bürger fühlen sich zu einem gewissen Grad europäisch, verglichen mit 44%, die sich nur mit der eigenen Nationalität identifizieren. In neun von 15 Mitgliedsstaaten ist die Identifizierung mit Europa stärker als die ausschließliche Identifizierung mit der eigenen Nationalität.



Der Anteil derer, die sich nicht mit der eigenen Nationalität identifizieren und die sich als Europäer fühlen, ist nur in Luxemburg die größte Gruppe (16%), wo es den höchsten Prozentsatz von Bürgern aus anderen EU Ländern gibt. Weitere 59% fühlen sich sowohl als Europäer als auch als Luxemburger. In den anderen Mitgliedsstaaten reicht der Anteil derer, die sich zu einem gewissen Grad als Europäer fühlen, von 28% im Vereinigten Königreich bis zu 66% in Italien.

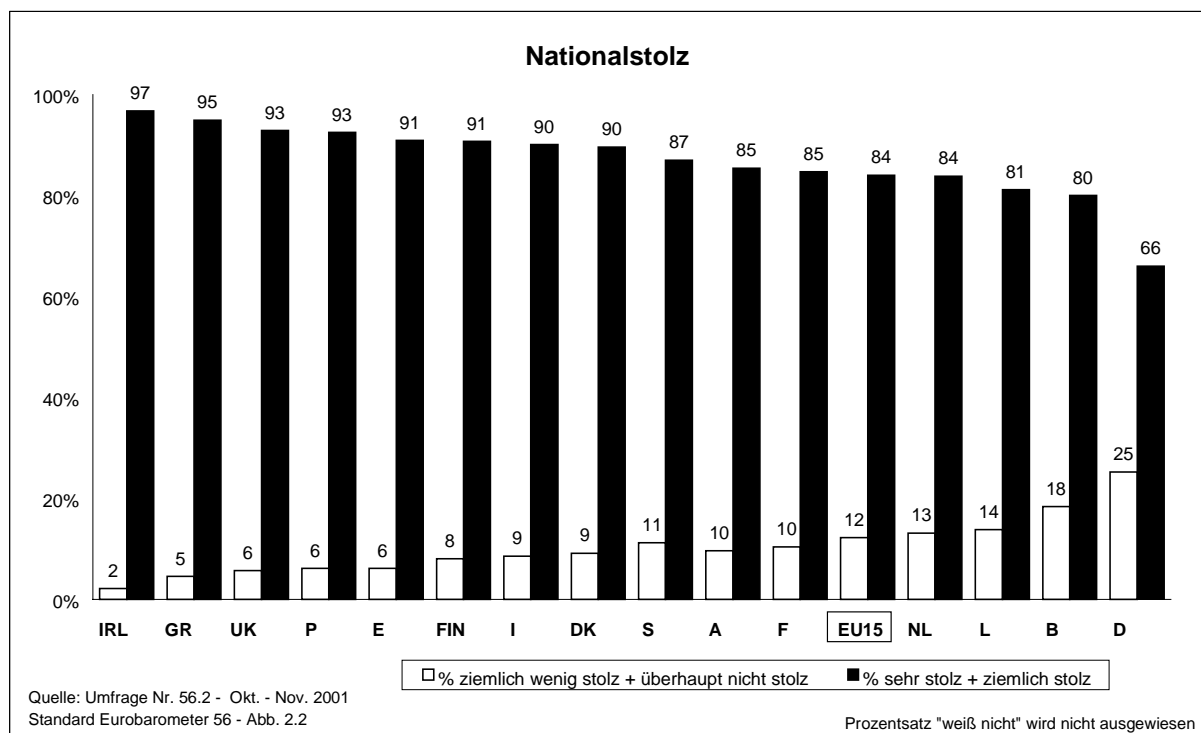
Trotz der weit verbreiteten Identifizierung mit Europa stellen wir fest, dass es in vielen Mitgliedsstaaten jetzt mehr Menschen gibt, die sich nur mit der eigenen Nationalität identifizieren als im Herbst 2000. In Spanien wurde in diesem Zusammenhang ein Anstieg von 18 Prozentpunkten gemessen, gefolgt von neun Prozentpunkten im Vereinigten Königreich und Irland, einem Anstieg von acht Prozentpunkten in Griechenland und Italien und sieben Prozentpunkten in Luxemburg. Dänemark (-8), Österreich (-5) und Schweden (-4) sind die einzigen Länder, in denen der Anteil derer, die sich nur mit der eigenen Nationalität identifizieren, seit dem Herbst 2000 gesunken ist. (Tabelle 2.1a)

Die demografische Analyse zeigt, dass sich diejenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben, Studenten (jeweils 69%) und Führungskräfte (68%), am häufigsten zu einem gewissen Grad als Europäer fühlen. Menschen im Ruhestand (54%) und Hausfrauen/-männer (53%) identifizieren sich am häufigsten mit der eigenen Nationalität.

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 70% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, sich zu einem gewissen Grad als Europäer fühlen. Auf der anderen Seite identifizieren sich 73% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, mit der eigenen Nationalität. Die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen ist jedoch jetzt kleiner als im Herbst 2000, als 78% der pro-Europäer sich zu einem gewissen Grad als Europäer fühlten und 72% der Europagegner sich mit der eigenen Nationalität identifizierten. (Tabelle 2.1b)

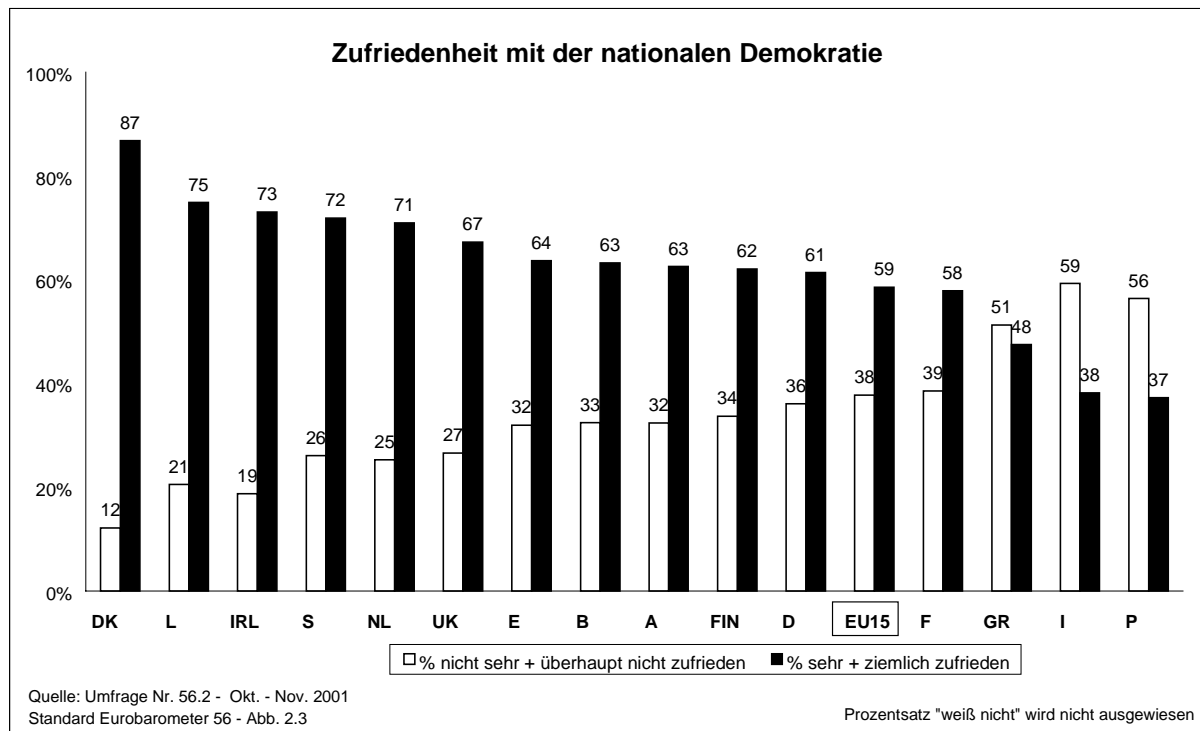
2.2 Ansichten über das eigene Land

Das folgende Diagramm zeigt, dass mehr als acht von zehn EU Bürgern stolz auf ihre Nationalität sind, mit Werten von 66% in Deutschland bis zu 97% in Irland. (Siehe auch Tabelle 2.2)



Sechs von zehn der EU Bürger (59%) sind sehr oder ziemlich zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land. Unter den Mitgliedsstaaten ist die Zufriedenheit in Dänemark bei weitem am größten, wo beinahe neun von zehn Menschen (87%) mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind. In Luxemburg, Irland, Schweden und den Niederlanden schätzen mehr als sieben von zehn Menschen die Demokratie ihres Landes positiv ein. Dasselbe gilt für mehr als sechs von zehn Menschen im Vereinigten Königreich, Spanien, Belgien, Österreich, Finnland und Deutschland und beinahe sechs von zehn Menschen in Frankreich. Italien (59%), Portugal (56%) und Griechenland (51%) sind die einzigen Länder, in denen mehr Menschen mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land unzufrieden, als zufrieden sind. (Tabelle 2.3a)

Die demografische Analyse zeigt, dass Führungspersonen (66%) am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind, während Arbeitslose (47%) die einzige Gruppe mit einem Zufriedenheitsgrad von unter 50% sind. Die Analyse der Einstellungen zeigt eine Kluft von 17 Prozentpunkten im Zufriedenheitsgrad zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten und denjenigen, die sie ablehnen. Im Herbst 2000 lag diese Kluft bei 23 Prozentpunkten. (Tabelle 2.3b)



2.3 Stolz darauf, Europäer zu sein und die Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie

Das Eurobarometer hat zum zweiten Mal gemessen, inwieweit die EU Bürger stolz darauf sind, Europäer zu sein. Die folgende Frage wurde gestellt:

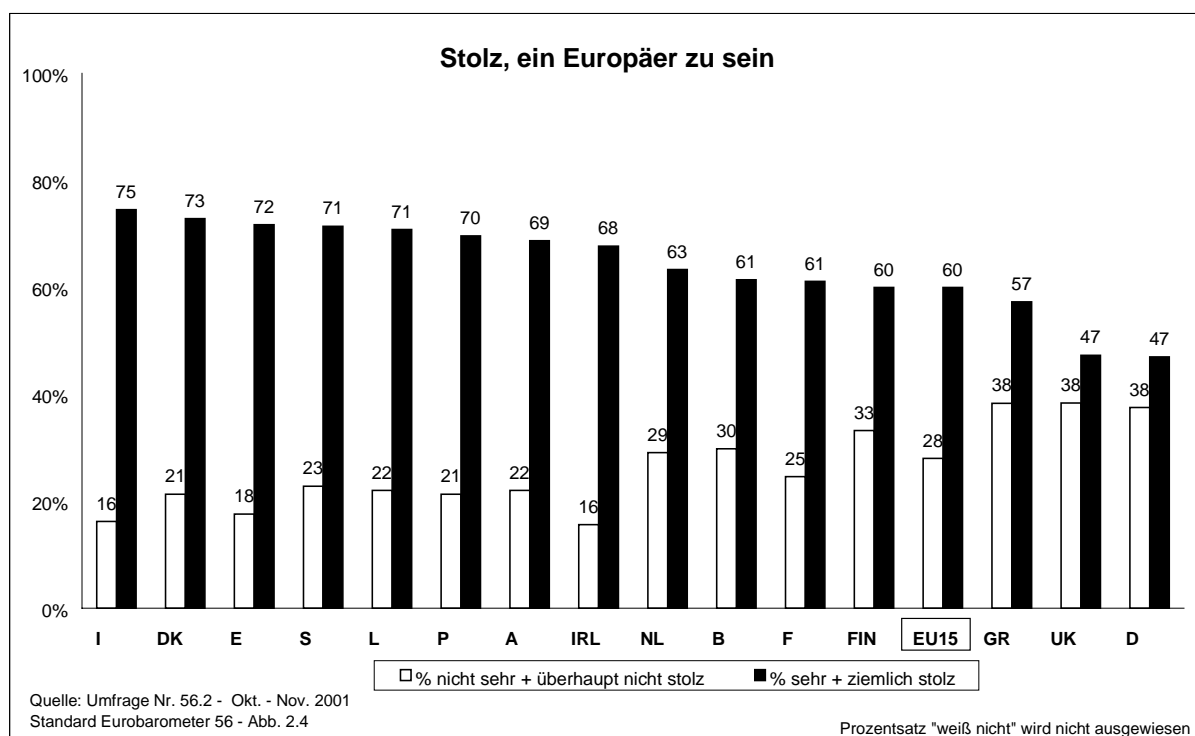
“Würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, Europäer zu sein?”

Sechs von zehn EU Bürgern sind sehr oder ziemlich stolz darauf, Europäer zu sein, ungefähr drei von zehn sind nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, und ein EU Bürger von zehn hat dazu keine Meinung. Das folgende Diagramm zeigt, dass diejenigen, die sehr oder ziemlich stolz sind, in allen 15 Mitgliedsstaaten die Mehrheit bilden.

Der Stolz ist am größten in Italien (75%), Dänemark (73%), Spanien (72%), Schweden, Luxemburg (jeweils 71%) und Portugal (70%). Die Gruppe derer, die stolz darauf sind, Europäer zu sein, ist in Deutschland und dem Vereinigten Königreich am kleinsten (jeweils 47%). Im Vereinigten Königreich sind 17% überhaupt nicht stolz darauf, Europäer zu sein, während diese Gruppe in Deutschland (11%) noch wesentlich kleiner ist.

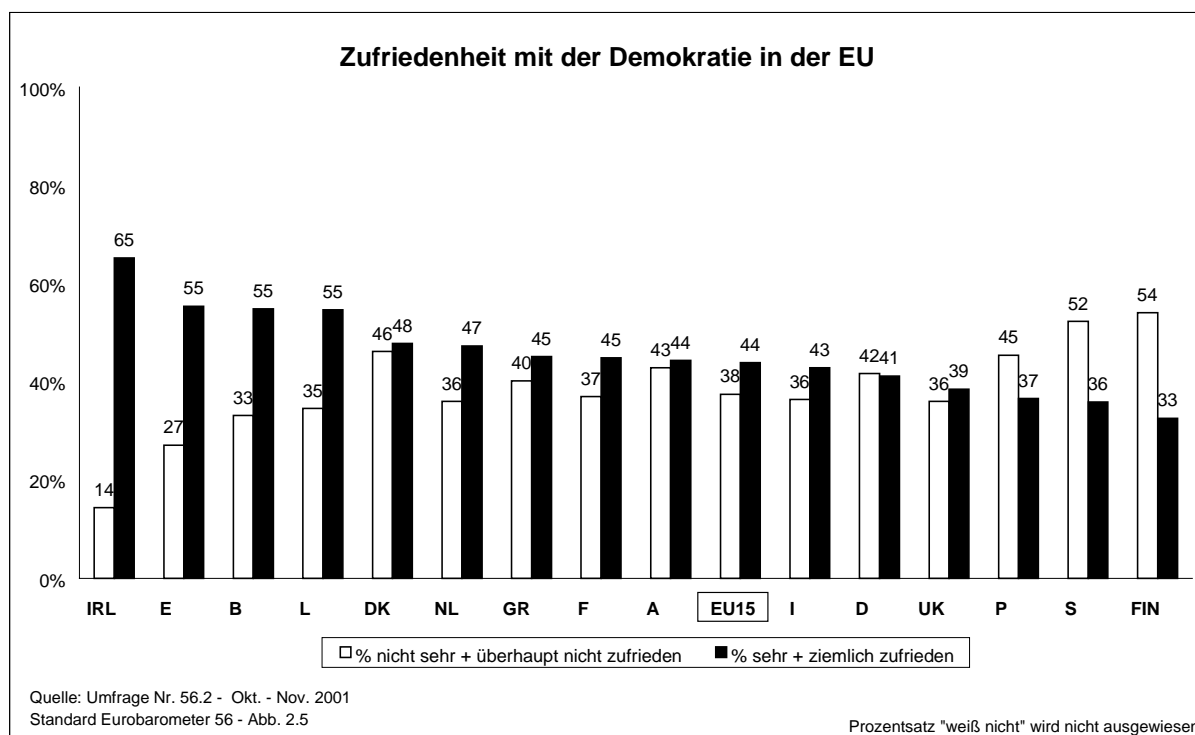
Im Vergleich zum Herbst 2000 geben die Dänen jetzt häufiger an, sie seien stolz darauf, Europäer zu sein (+4). Im Vereinigten Königreich, Italien, Schweden, Portugal, Belgien und Frankreich wurden keine bedeutenden Veränderungen festgestellt, während die Menschen in den restlichen Ländern jetzt etwas weniger häufig angeben, stolz zu sein. Die deutlichste Abnahme wurde in Finnland (-7), Griechenland, Luxemburg, Spanien (jeweils -5) und Deutschland (-4) gemessen. (Tabelle 2.4a)

Demografische Analysen zeigen keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Unter den verschiedenen Altersgruppen finden sich deutliche Unterschiede zwischen Menschen im Alter unter 25 Jahren und Menschen im Alter von 40 Jahren und älter. In der ersten Gruppe sind 65% stolz darauf, Europäer zu sein, verglichen mit 58% in der zweiten Gruppe. Die Bildung ist ein weiterer bestimmender Faktor für den Stolz der Menschen: 69% der Studenten sind stolz darauf, Europäer zu sein, gefolgt von 68% derjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind. Diejenigen, die die Schule vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben, sind mit 56% die Bildungsgruppe, die am wenigsten stolz darauf ist, Europäer zu sein. Unter den Berufsgruppen stellen wir fest, dass Angestellte am ehesten stolz sind (68%), gefolgt von Führungskräften und Selbständigen (jeweils 65%). Arbeitslose (49%) sind am seltensten stolz darauf, Europäer zu sein.



In der Analyse der Einstellungen ergibt sich eine starke Beziehung zwischen der Einstellung zur Mitgliedschaft in der EU und der Haltung gegenüber der Europäischen Union. 75% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, sind stolz darauf, Europäer zu sein, verglichen mit nur 31% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 2.4b)

Die Teilnehmer wurden auch gefragt, wie zufrieden sie mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union sind. Seit dem Herbst 2000 wurde eine deutliche Verbesserung gemessen. 44% der Befragten geben an, sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden zu sein (+4) und 38% (-5) geben an, nicht sehr oder gar nicht zufrieden zu sein. Die restlichen 19% haben dazu keine Meinung.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU in Irland am größten ist (65%), gefolgt von Spanien, Belgien und Luxemburg (jeweils 55%). In allen anderen Ländern sind weniger als 50% der Bevölkerung mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, aber in mehreren Ländern (den Niederlanden, Frankreich, Italien, Griechenland, dem Vereinigten Königreich, Dänemark und Österreich) ist dies dennoch die Ansicht einer Mehrheit. Finnland (54%) und Schweden (52%) sind die einzigen Länder, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht sehr oder überhaupt nicht mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden ist.

Im Vergleich zum Herbst 2000 hat sich die Zufriedenheit in Dänemark um 17 Prozentpunkte verbessert. Auch in den Niederlanden (+15), Österreich (+11), Schweden (+9), Irland (+7), Italien, dem Vereinigten Königreich (jeweils +6), Deutschland (+5) und Frankreich (+3) wurden deutliche Verbesserungen gemessen. Spanien und Luxemburg sind die einzigen beiden Länder, in denen die Zufriedenheit jetzt wesentlich geringer ausfällt als im Herbst 2000. (Tabelle 2.5a)

Die demografische Analyse zeigt, dass junge Menschen (51%) am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden sind, während Arbeitslose (38%) am seltensten diese Ansicht teilen. Der Anteil der „weiß nicht“-Antworten schwankt sehr und erklärt zum Teil die unterschiedlichen Zufriedenheitsgrade.

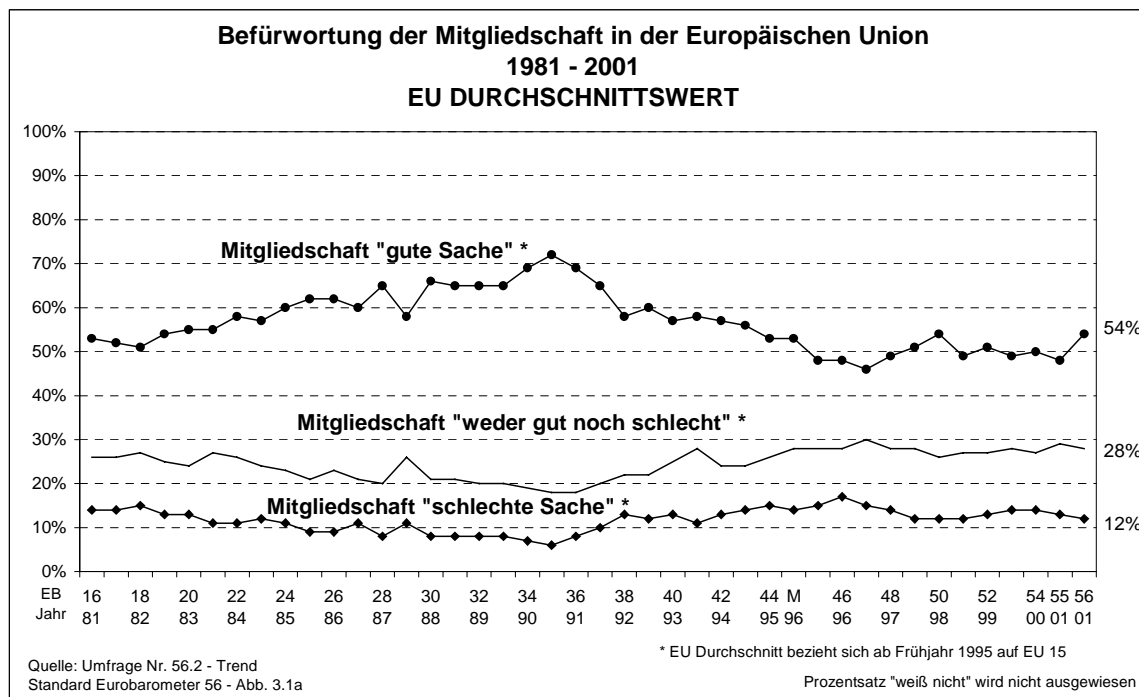
Bei der Untersuchung der Einstellungen zeigt sich, dass die Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union noch größer ist, als dies für die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie der Fall war. 56% der Befürworter sind zufrieden, verglichen mit nur 21% der Gegner. (Tabelle 2.5b)

3. Die Hauptindikatoren für die Befürwortung der Europäischen Union

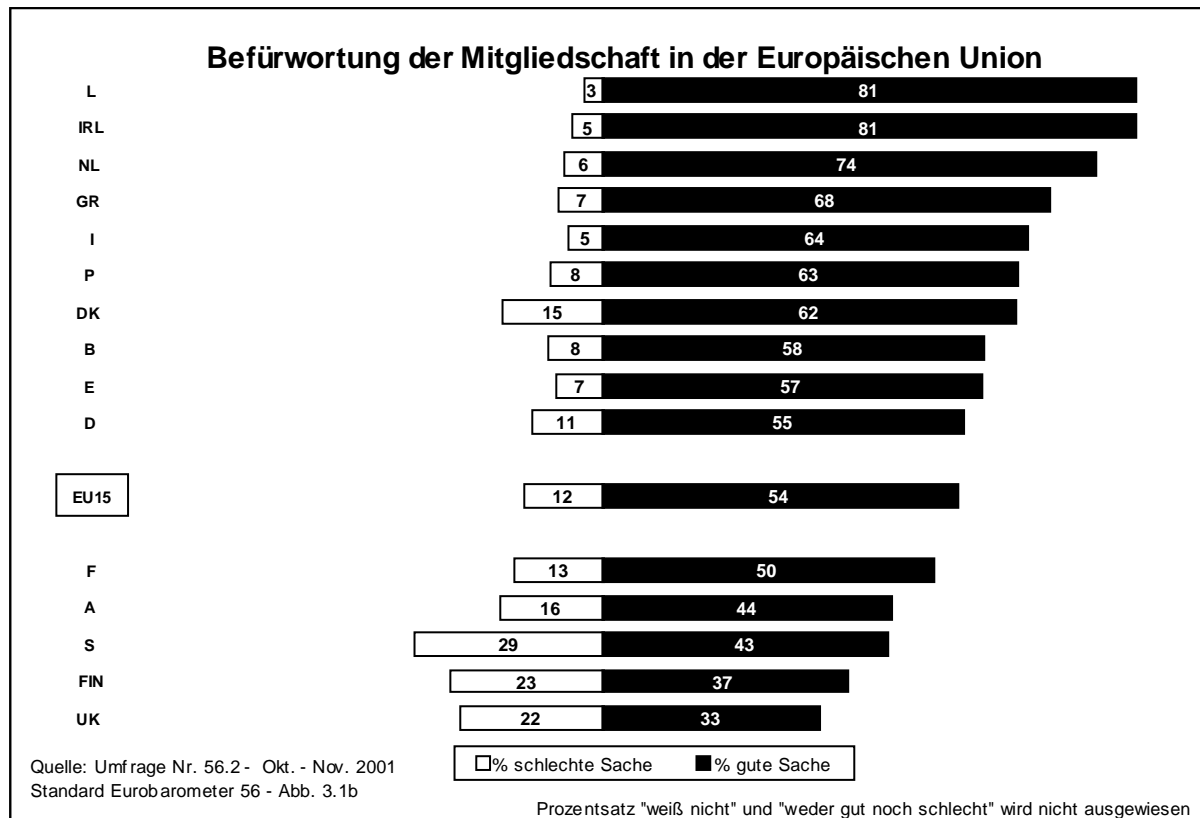
In diesem Kapitel betrachten wir die Entwicklung einiger der Standardindikatoren für die Befürwortung der Europäischen Union. Allgemein stellen wir fest, dass die EU Bürger jetzt häufiger positive Ansichten über die Europäische Union haben als im Frühjahr 2001. Diese Verbesserungen müssen jedoch im Kontext mit der aktuellen Unsicherheit analysiert werden, die in allen westlichen Nationen aufgrund der Ereignisse vom 11. September, dem folgenden Krieg in Afghanistan und der wirtschaftlichen Krise herrscht.

3.1. Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Über einen Zeitraum von sechs Monaten hat sich die Befürwortung der Europäischen Union um sechs Prozentpunkte auf 54% verbessert. Die EU Bürger haben jetzt häufiger eine Meinung (-3) zur Mitgliedschaft ihres Landes in der EU und eine größere Anzahl bewertet die Mitgliedschaft weder als gut noch als schlecht (-1). Der Anteil derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, ist immer klein gewesen und liegt jetzt bei 12% (-1 seit dem Frühjahr 2001).



Die Befürwortung der EU Mitgliedschaft hat wieder dasselbe Niveau erreicht, das vor dem Rücktritt der Santer Kommission gemessen wurde und kennzeichnet hoffentlich das Ende einer Zeit des Desinteresses und der Apathie gegenüber der Europäischen Union. Die Befürwortung ist jedoch immer noch nicht so hoch wie zu Beginn der 90er Jahre, als 72% der EU Bürger für die Mitgliedschaft ihres Landes in den damaligen Europäischen Gemeinschaften waren (siehe auch die Diagramme für die einzelnen Länder, Ziffern 3.3a-o)



Das oben stehende Diagramm zeigt, dass mehr als acht von zehn Menschen in Luxemburg und Irland (beide 81%) die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten. In den Niederlanden (74%) befürworten mehr als sieben von zehn Menschen die Mitgliedschaft ihres Landes und in Griechenland, Italien, Portugal und Dänemark teilen mehr als sechs von zehn Menschen diese Ansicht. Der Anteil der Gegner der EU Mitgliedschaft reicht von 3% in Luxemburg bis zu 29% in Schweden, aber im Gegensatz zum Frühjahr 2001 gibt es jetzt keine Länder mehr, in denen die Gruppe der Gegner der EU Mitgliedschaft größer ist als die Gruppe der Befürworter.

Die Trendanalyse zeigt, dass die Unterstützung der EU Mitgliedschaft sich in allen Ländern außer in Spanien verbessert hat (wo nach wie vor nur 57% die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten). Die größte Verbesserung wurde in Dänemark gemessen (+14), gefolgt von Griechenland, den Niederlanden (jeweils +11), Deutschland, Österreich und Schweden (jeweils +10). (Tabelle 3.1a)

Männer befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes weiterhin häufiger als Frauen (57% zu 51%), obwohl die Kluft jetzt wesentlich kleiner ist und mehr als die Hälfte der weiblichen Bevölkerung jetzt die EU Mitgliedschaft ihres Landes befürwortet. Die Bildung ist weiterhin ein wichtiger bestimmender Faktor für die Einstellung zur Europäischen Union. Die Befürwortung der Europäischen Union erhöht sich mit dem Bildungsniveau. Nur 45% derer, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben, befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes, verglichen mit 67% derer, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben oder noch studieren. Das Alter ist ebenfalls ein wichtiger bestimmender Faktor: Die Gruppe im Alter von 15 bis 24 Jahren befürwortet die Mitgliedschaft ihres Landes wesentlich häufiger (59%) als die Gruppe im Alter von 55 Jahren und älter (48%). Die Analyse der Berufsgruppen ergibt eine Kluft von 25 Prozentpunkten bei der Befürwortung zwischen Führungskräften (68%) auf der einen Seite und Arbeitslosen (43%) auf der anderen Seite.

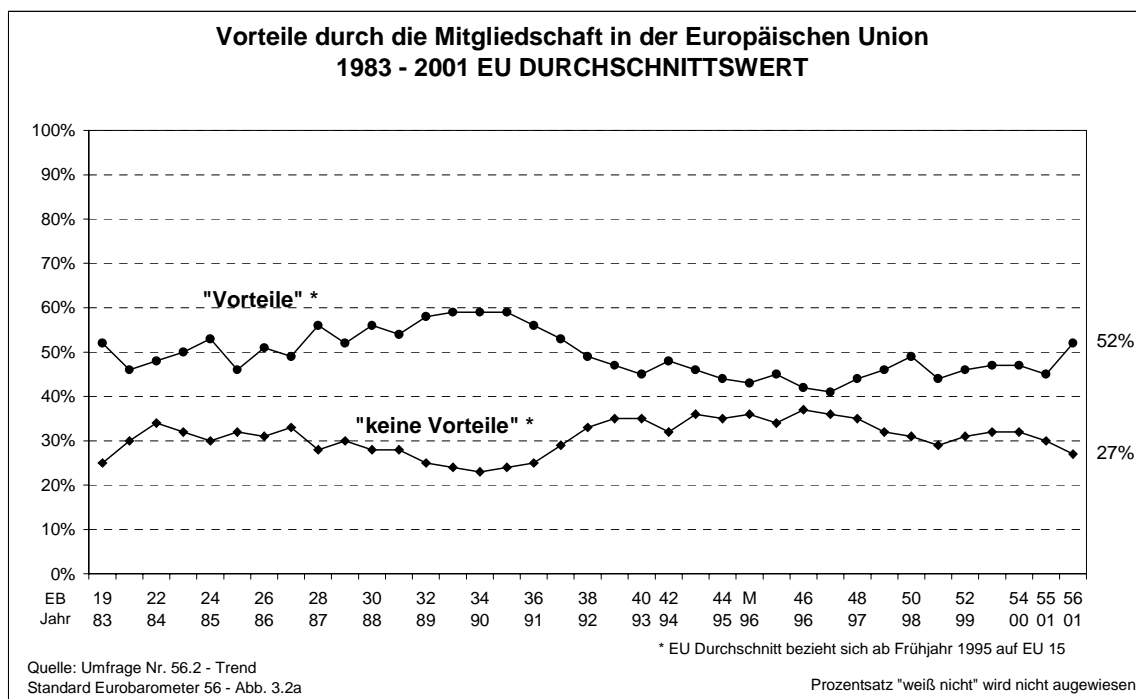
Bei der Untersuchung der Einstellungen ergibt sich ein großer Unterschied zwischen denjenigen, die sich eine wichtigere Rolle für die Europäische Union wünschen und denjenigen, die sich eine weniger wichtige Rolle wünschen. Unter denjenigen, die sich eine wichtigere Rolle wünschen, befürworten 74% die Mitgliedschaft ihres Landes, verglichen mit nur 22% derjenigen, die sich eine weniger wichtige Rolle für die EU wünschen. (Tabelle 3.1b)

Ein sehr wichtiger Indikator für die Befürwortung der EU Mitgliedschaft sind die Kenntnisse über die EU, ihre Institutionen und Politik⁷. Unsere Analyse zeigt, dass diejenigen, die glauben, viel über die Europäische Union zu wissen, wesentlich häufiger die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten als diejenigen, die glauben, sehr wenig zu wissen.

| Befürwortung der EU Mitgliedschaft im Verhältnis zurselbst eingeschätzten Kenntnis (in %, für EU15) | | | |
|--|-----------------------|------------------------|---------------------|
| Die Mitgliedschaft meines Landes in der EU ist: | Geringe Kenntnisse | Mittlere Kenntnisse | Große Kenntnisse |
| Eine gute Sache | 40% | 60% | 74% |
| Weder gut noch schlecht | 34% | 26% | 14% |
| Eine schlechte Sache | 14% | 11% | 9% |
| Weiß nicht | 13% | 4% | 2% |
| Gesamt | 101% | 101% | 99% |

3.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union

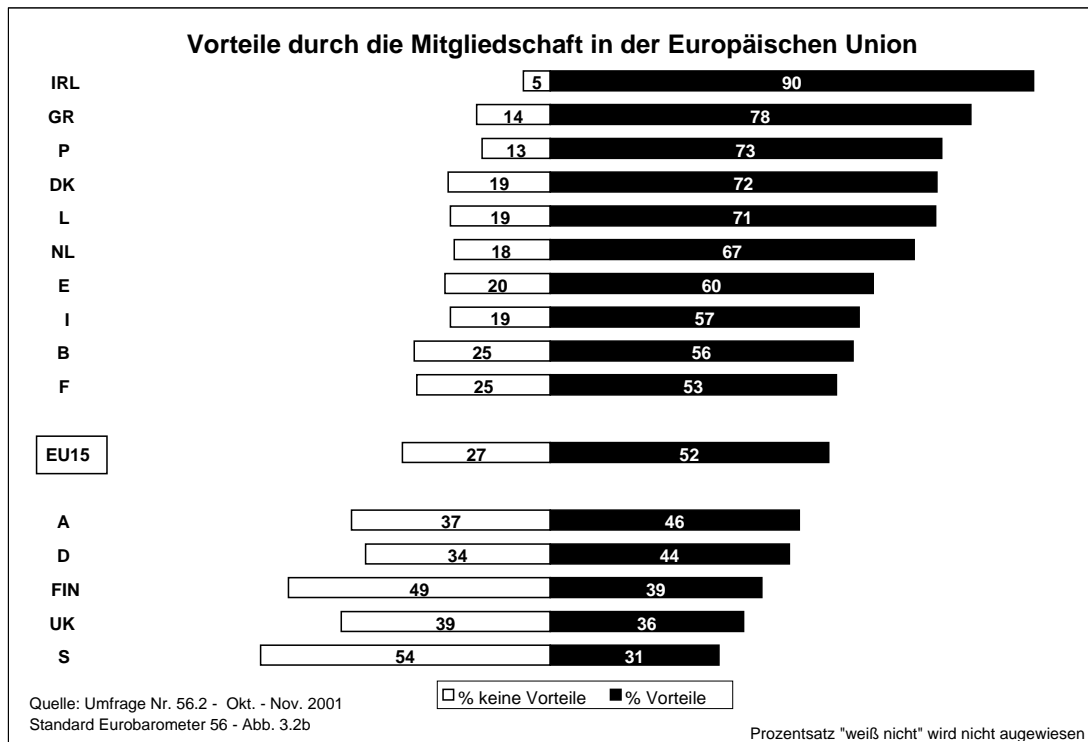
52% der EU Bürger glauben jetzt, ihr Land habe im Durchschnitt durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile gehabt. Dies ist der höchste Prozentsatz seit 1991 und ein Anstieg von sieben Prozentpunkten seit dem Frühjahr 2001. Der Anteil derer, die glauben, ihr Land habe keine Vorteile erlangt, ist um drei Prozentpunkte gefallen, und der Anteil derer, die keine Meinung dazu haben, ist um vier Prozentpunkte gefallen.



⁷ Die Ergebnisse werden erzielt, indem die Teilnehmer gebeten werden, auf einer Skala von 1 bis 10 anzugeben, wieviel sie über die Europäische Union, ihre Institutionen und Politik zu wissen glauben. Diejenigen, die die Nummern 1-3 auf der Skala angeben, haben einen geringen Kenntnisstand, diejenigen, die die Nummern 4-7 angeben, haben einen mittleren Kenntnisstand und diejenigen, die die Nummern 8-10 angeben, haben einen hohen Kenntnisstand. Siehe Kapitel 7 für mehr Informationen über diese Frage.

Neun von zehn Menschen in Irland (90%) sind jetzt der Ansicht, ihr Land habe Vorteile erlangt, ein Anstieg verglichen mit den 83% aus dem Frühjahr 2001. In Griechenland glauben beinahe acht von zehn Menschen, ihr Land habe Vorteile erlangt (78%), gefolgt von Portugal (73%), Dänemark (72%) und Luxemburg (71%). Schweden (31%), das Vereinigte Königreich (36%) und Finnland (39%) sind die einzigen drei Länder, in denen weniger als vier von zehn Menschen dieser Ansicht sind und wo diejenigen, die glauben, ihr Land habe keine Vorteile erlangt, in der Mehrheit sind. (Siehe auch die Diagramme für die einzelnen Länder, Ziffern 3.4a-o)

In allen 15 Mitgliedstaaten haben sich die Werte seit dem Frühjahr 2001 verbessert, wobei der größte Anstieg des Anteils derer, die glauben, ihr Land habe Vorteile erlangt, in Dänemark (+11), Griechenland (+9), Italien, Österreich (jeweils +8), Irland und dem Vereinigten Königreich (jeweils +7) registriert wurde. (Tabelle 3.2a)



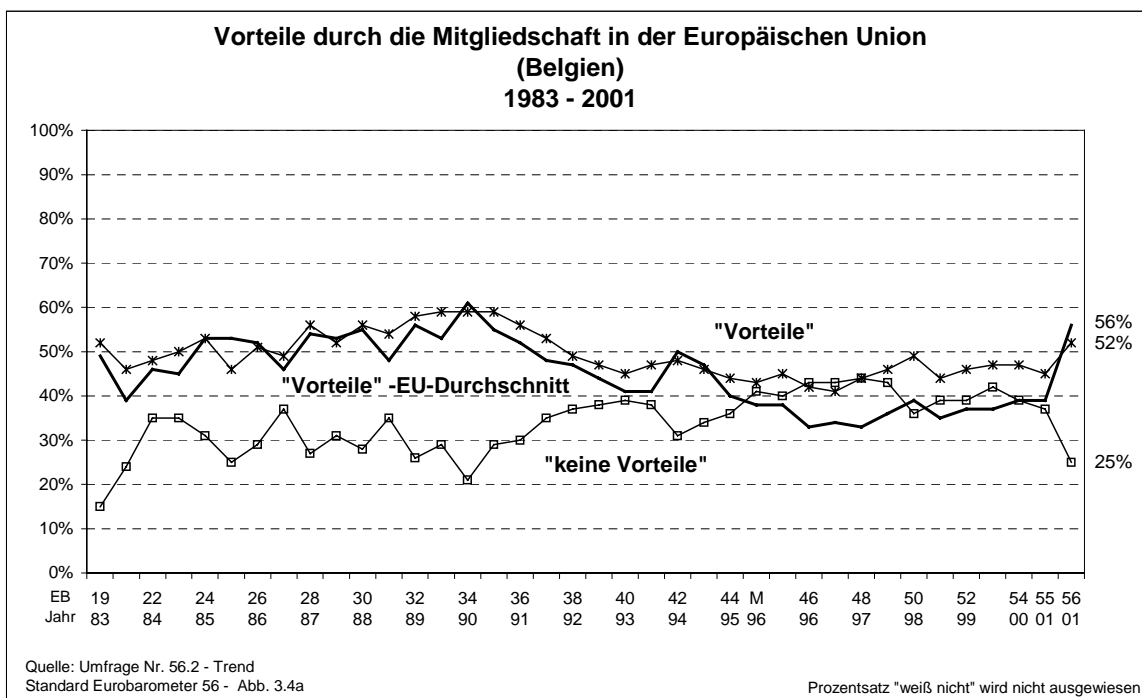
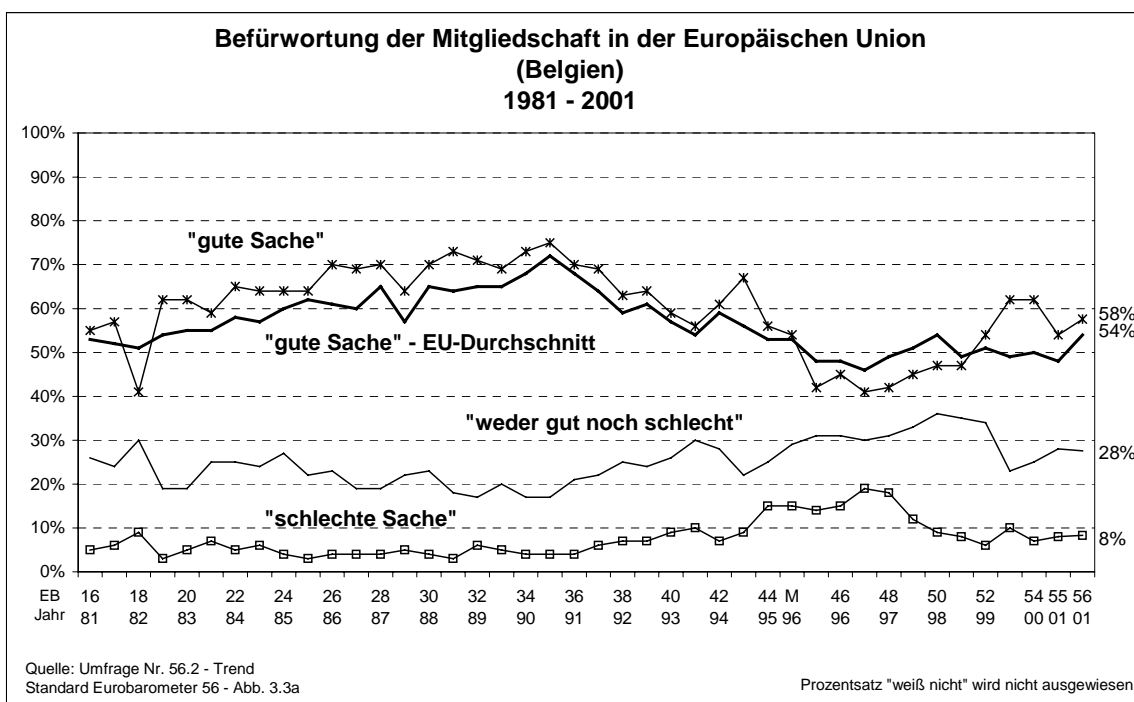
Die demografische Analyse zeigt, dass Studenten (66%) am häufigsten glauben, ihr Land habe Vorteile erlangt, während Arbeitslose und diejenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben (jeweils 43%) am seltensten dieser Ansicht sind.

Gegner und Befürworter der Europäischen Union sind bei diesem Thema ganz klar geteilter Ansicht: 79% der Befürworter der Mitgliedschaft ihres Landes glauben, ihr Land habe Vorteile erlangt, verglichen mit nur 10% der Gegner der Mitgliedschaft. (Tabelle 3.2b)

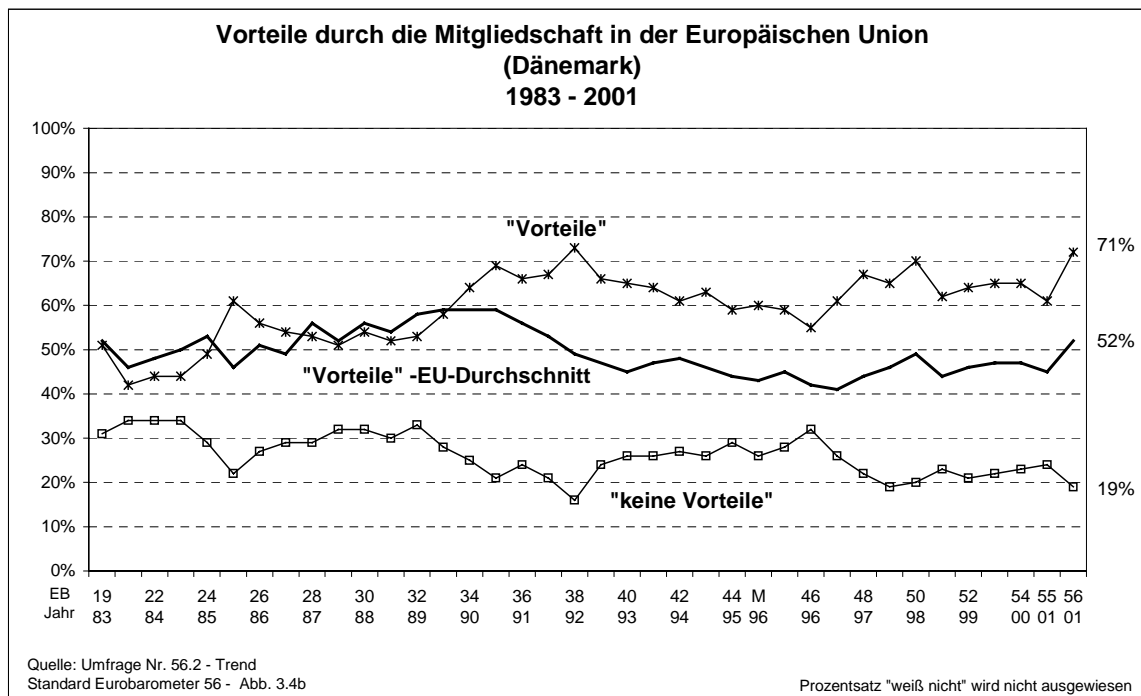
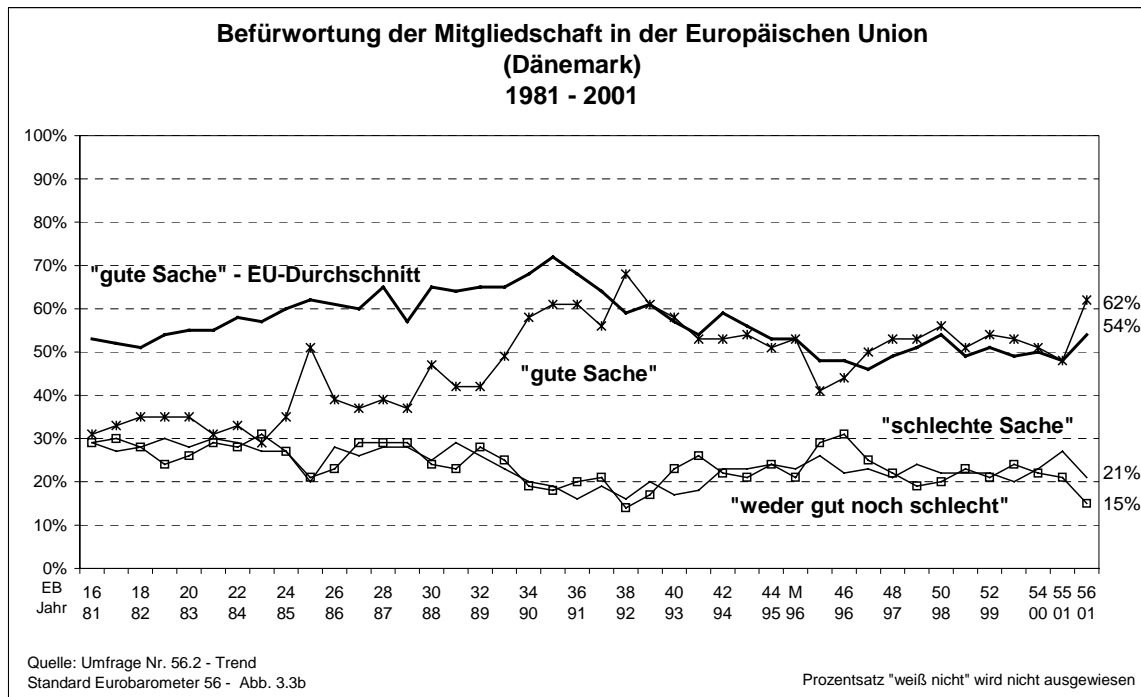
Bei der Untersuchung des Verhältnisses bei selbst eingeschätzter Kenntnis ergibt sich, dass 71% derjenigen mit einem großen Kenntnissen glauben, ihr Land habe Vorteile erlangt, verglichen mit 39% derer mit einem niedrigen Kenntnisstand.

| Vorteile durch die EU Mitgliedschaft bei selbst eingeschätzten Kenntnissen (in %, für EU15) | | | |
|--|--------------------|---------------------|------------------|
| Mein Land hat: | Geringe Kenntnisse | Mittlere Kenntnisse | Große Kenntnisse |
| Vorteile erlangt | 39% | 58% | 71% |
| Keine Vorteile erlangt | 30% | 27% | 19% |
| Weiß nicht | 31% | 16% | 10% |
| Gesamt | 100% | 101% | 100% |

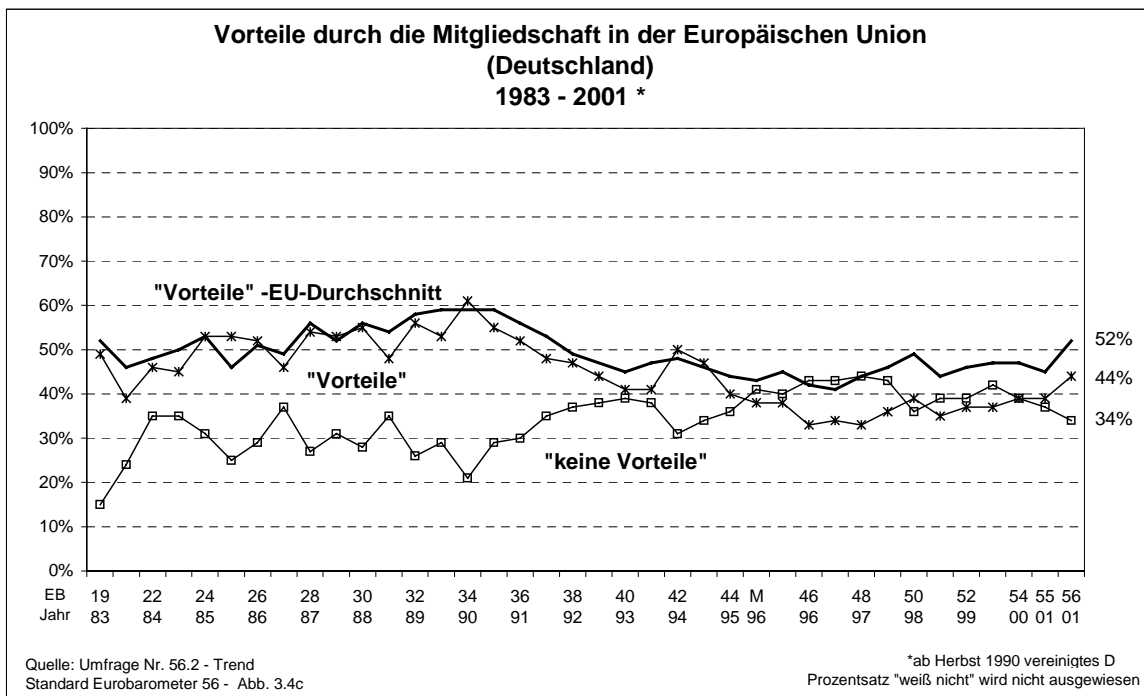
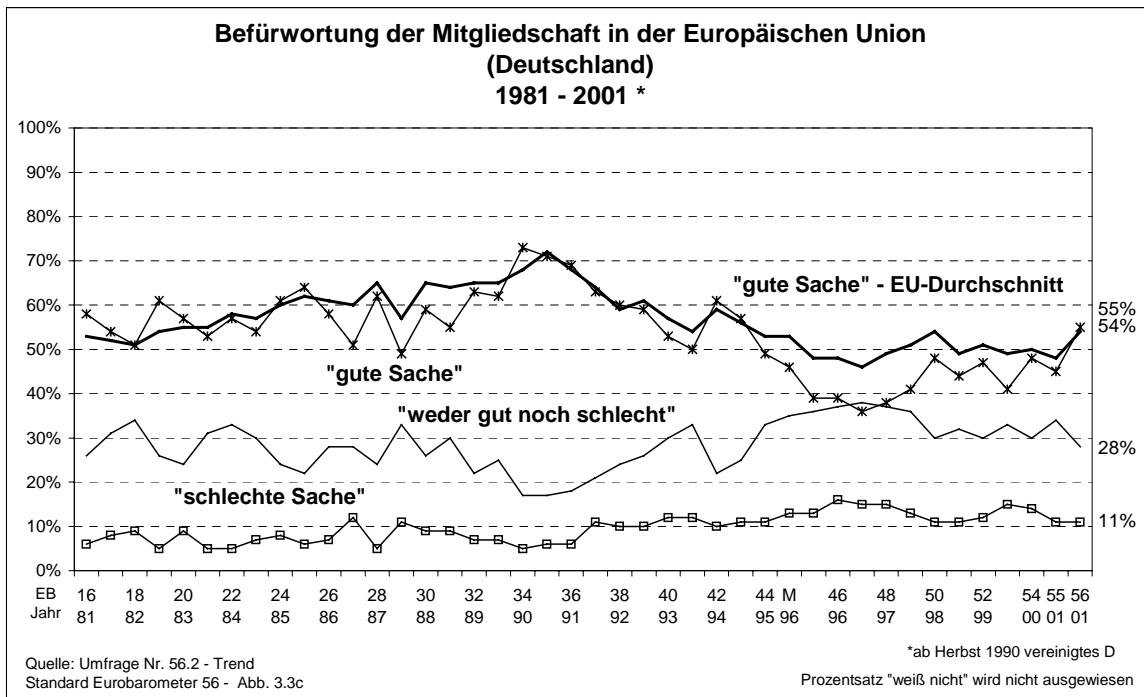
BELGIEN



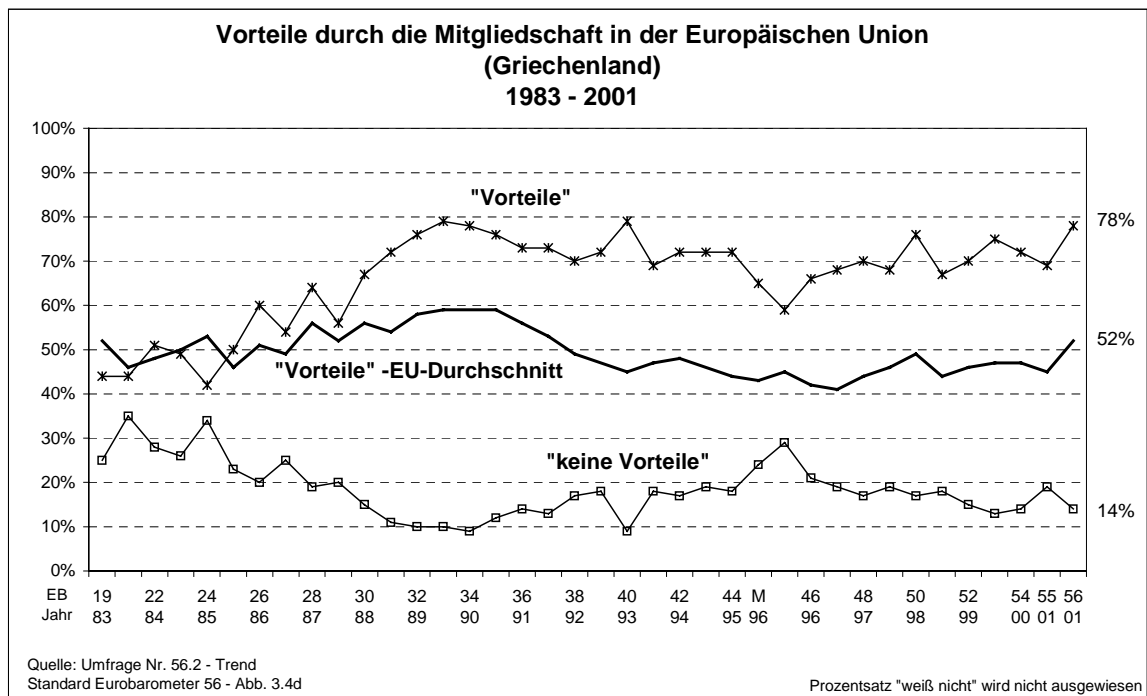
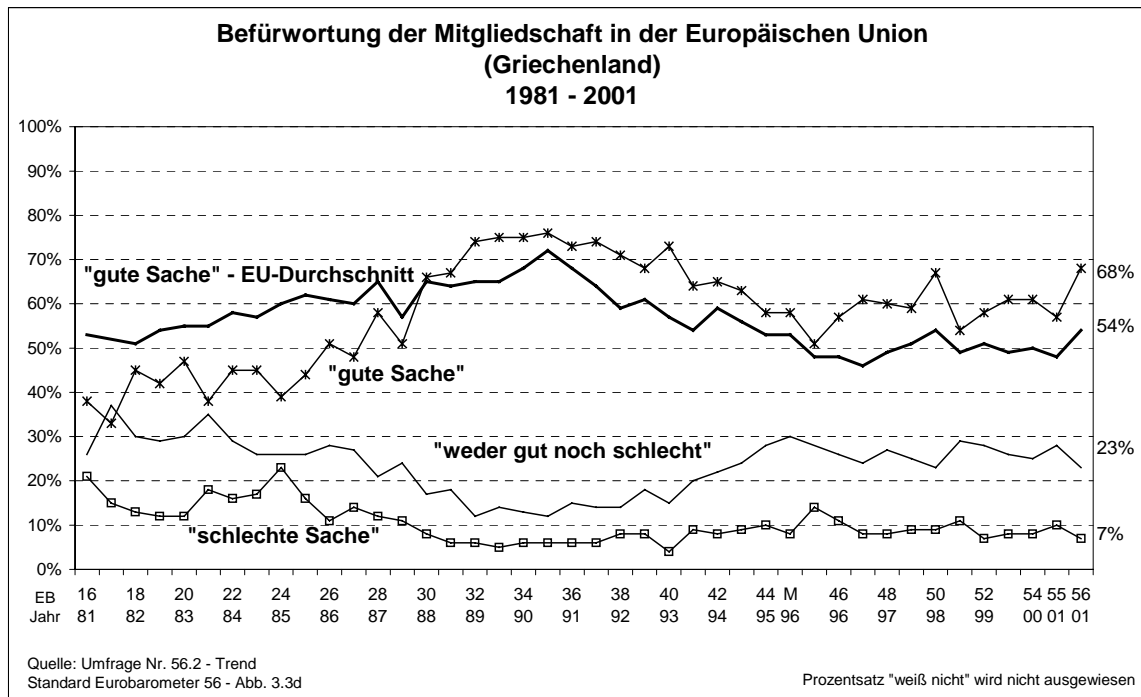
DÄNEMARK



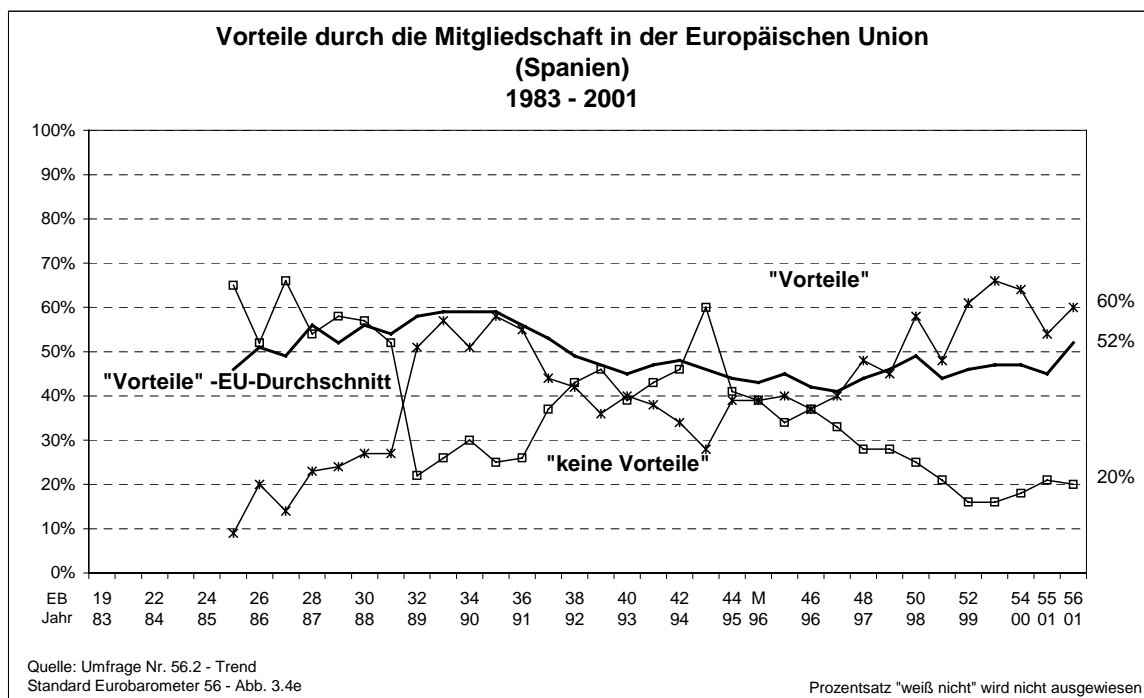
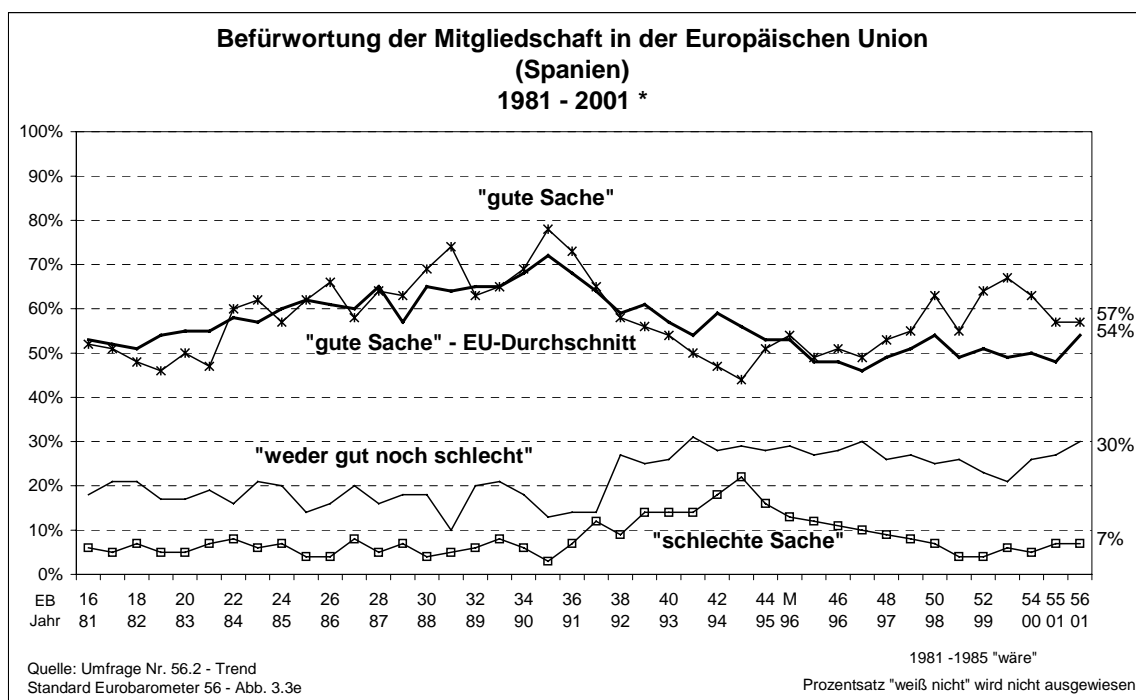
DEUTSCHLAND



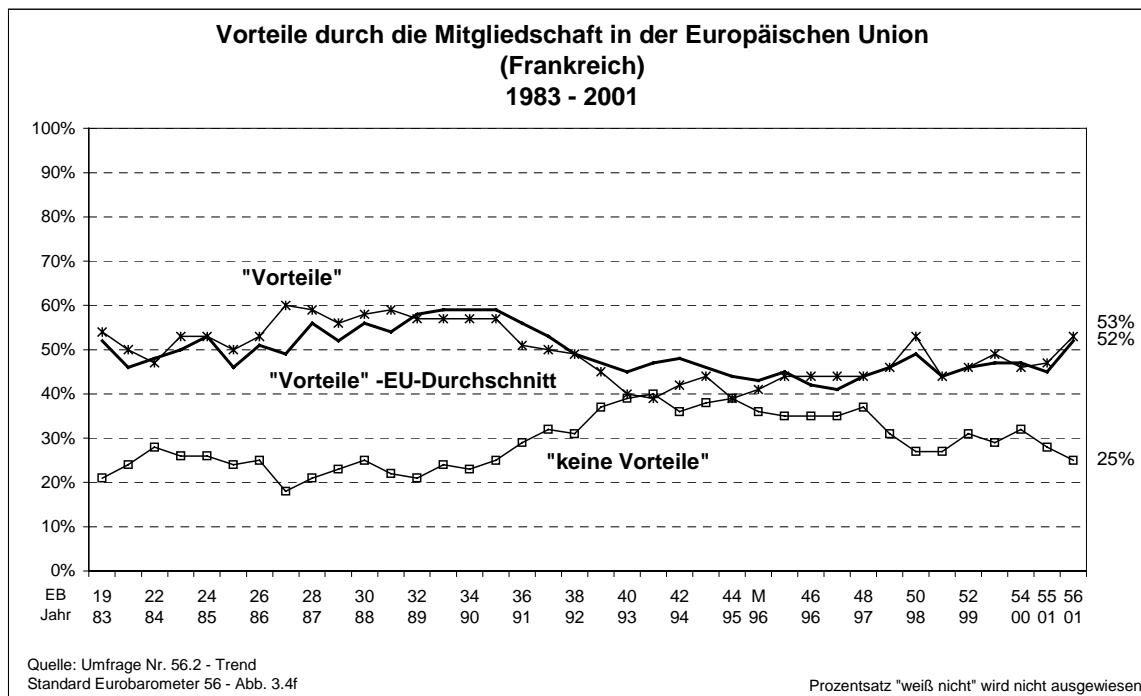
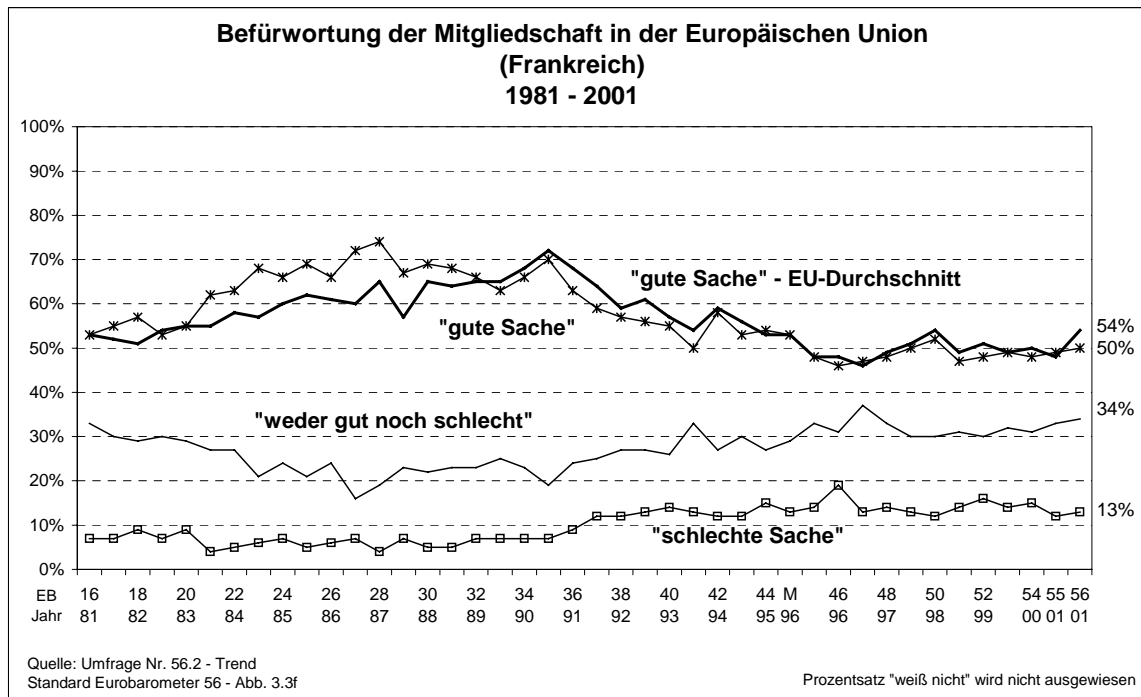
GRIECHENLAND



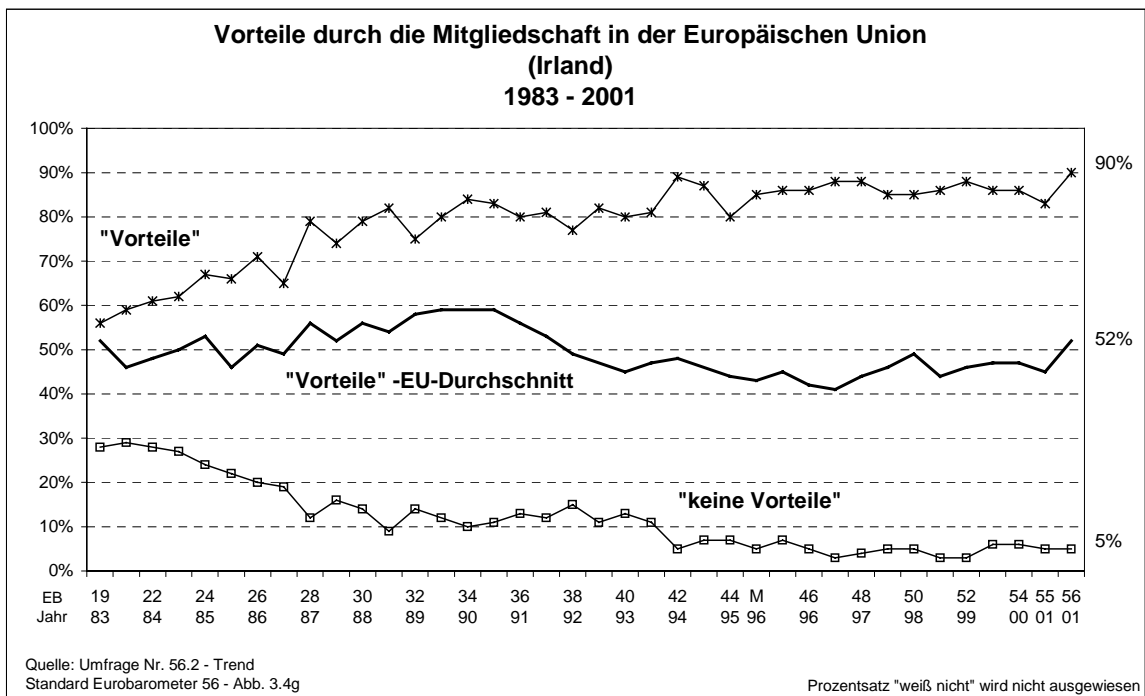
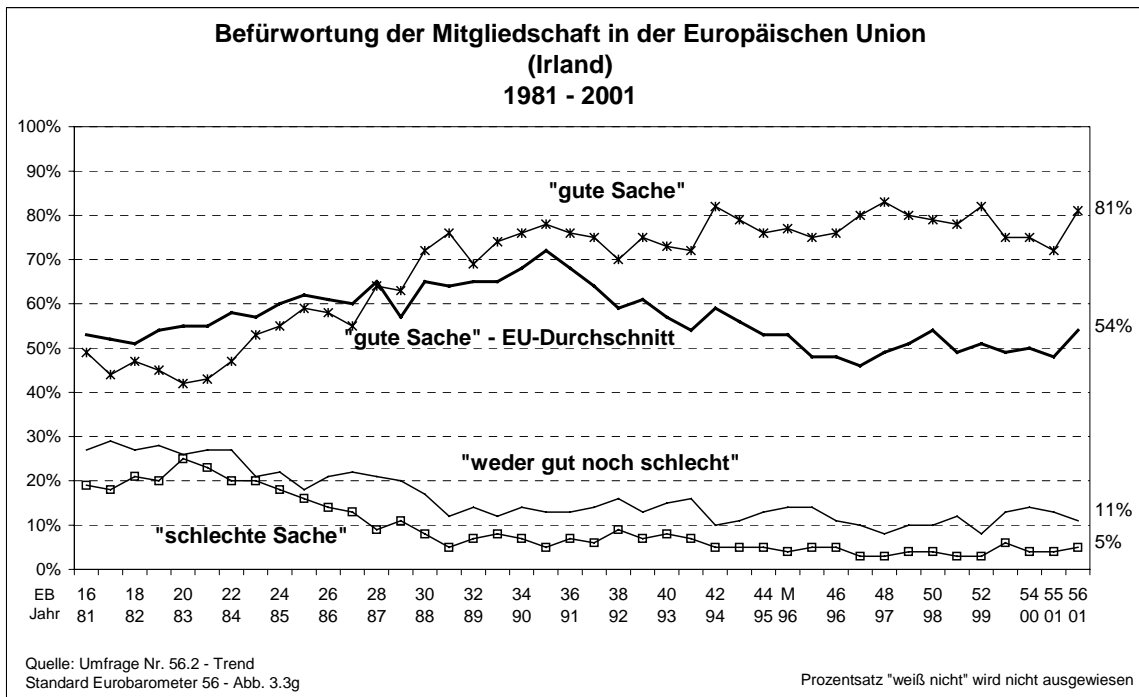
SPANIEN



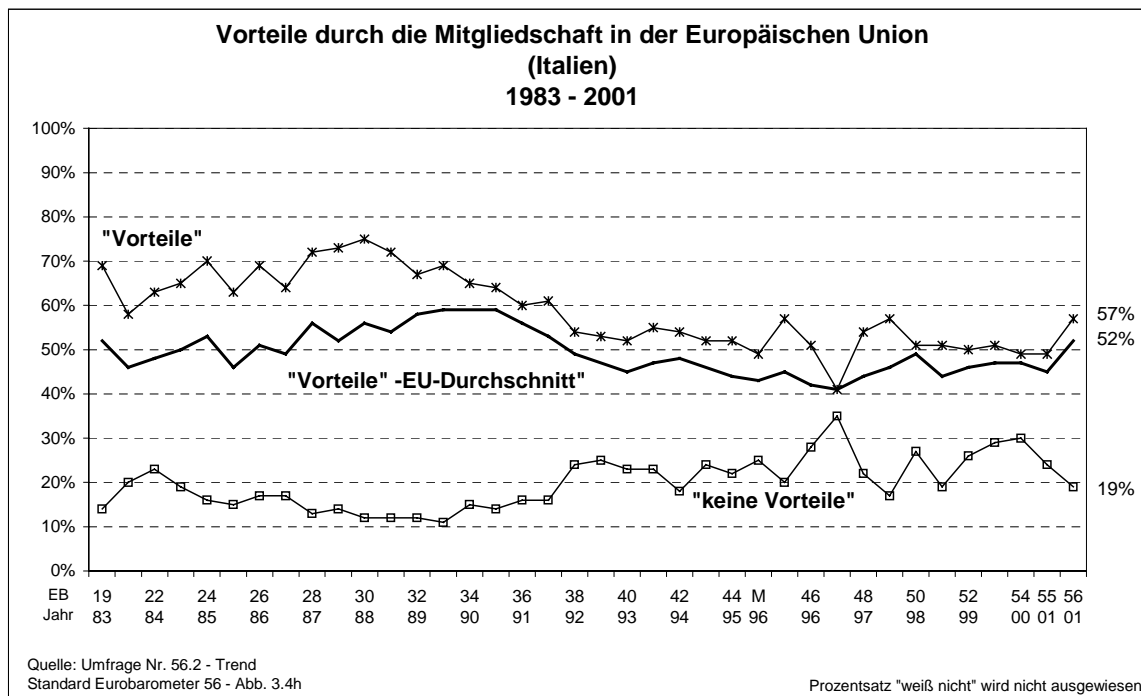
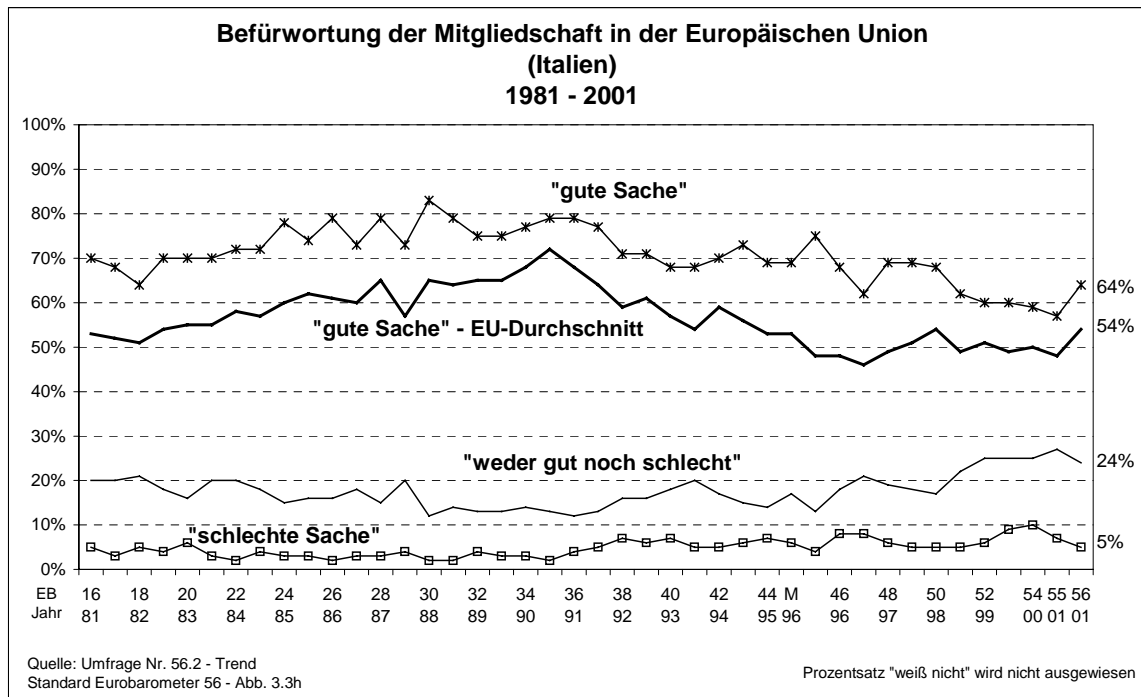
FRANKREICH



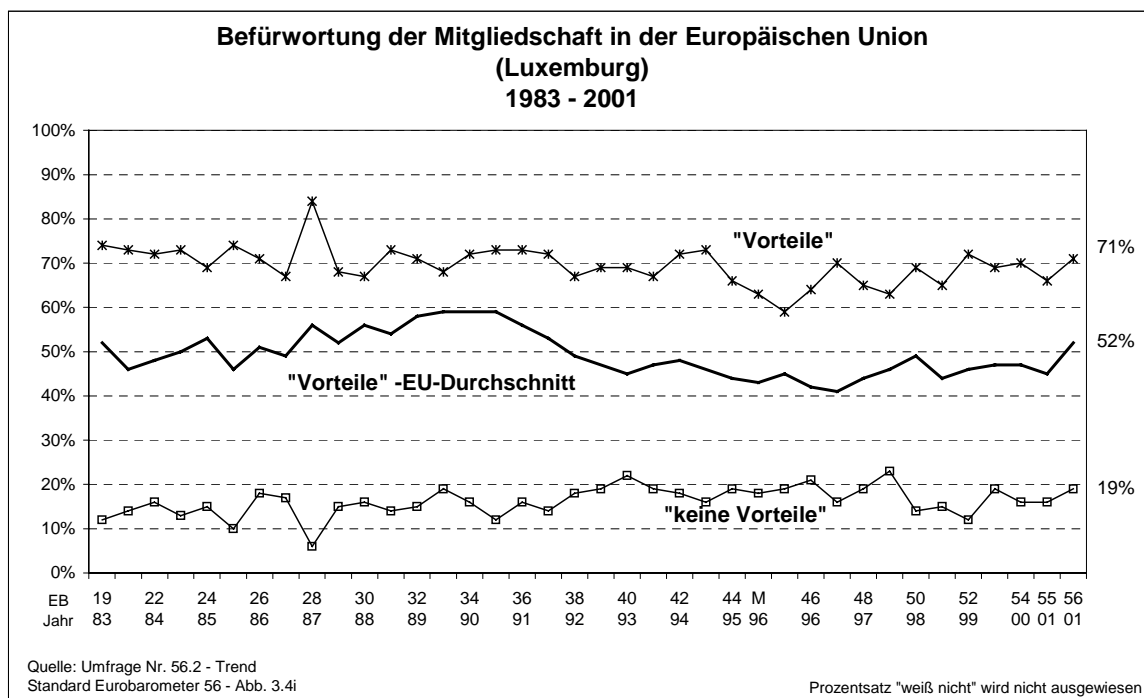
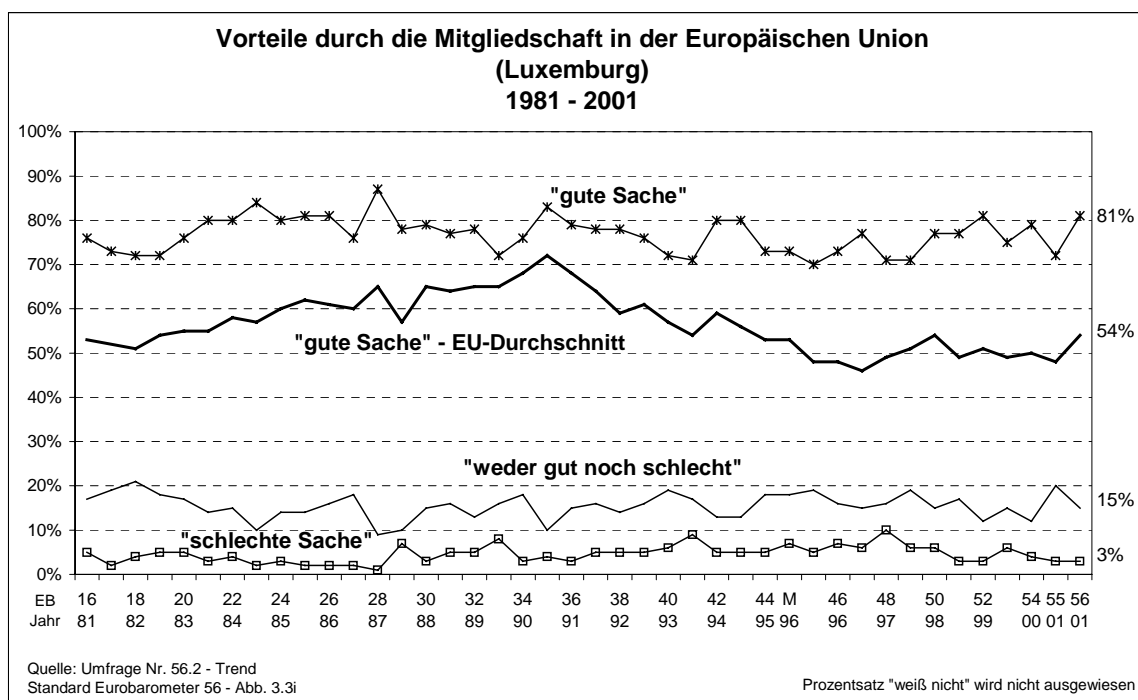
IRLAND



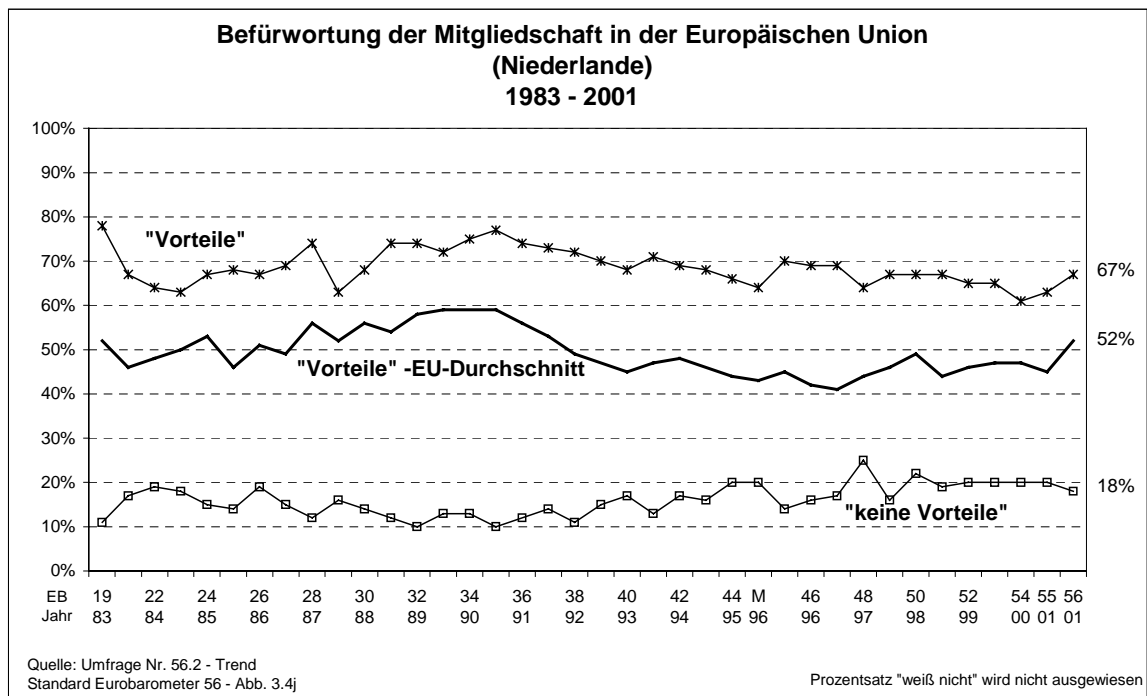
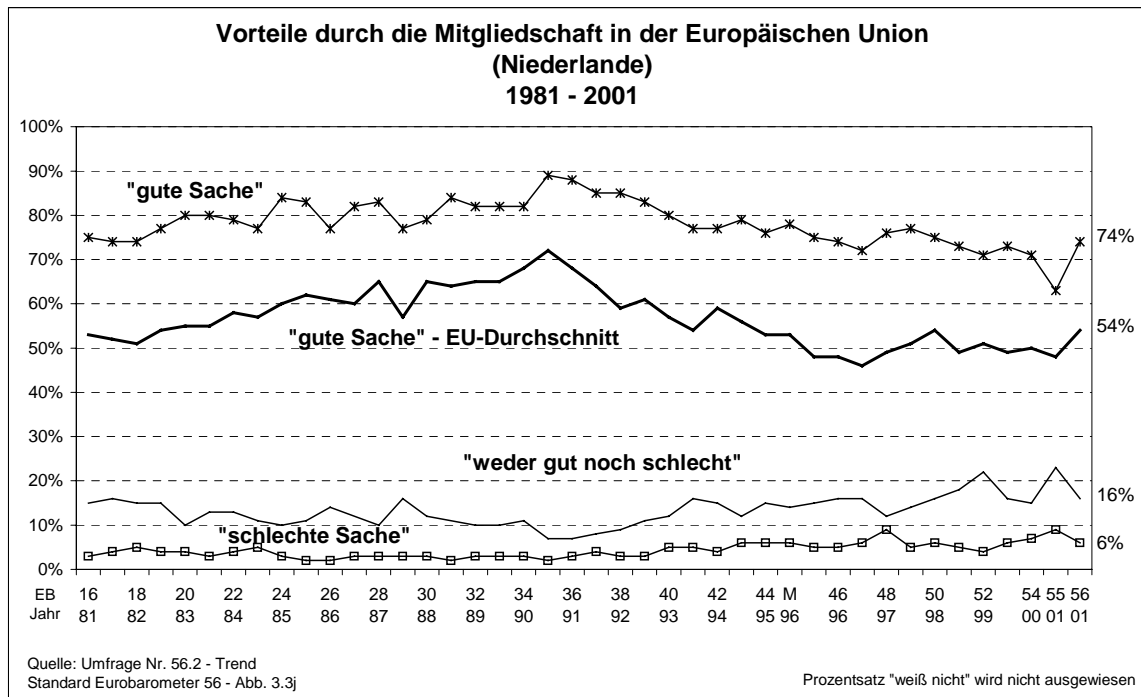
ITALIEN



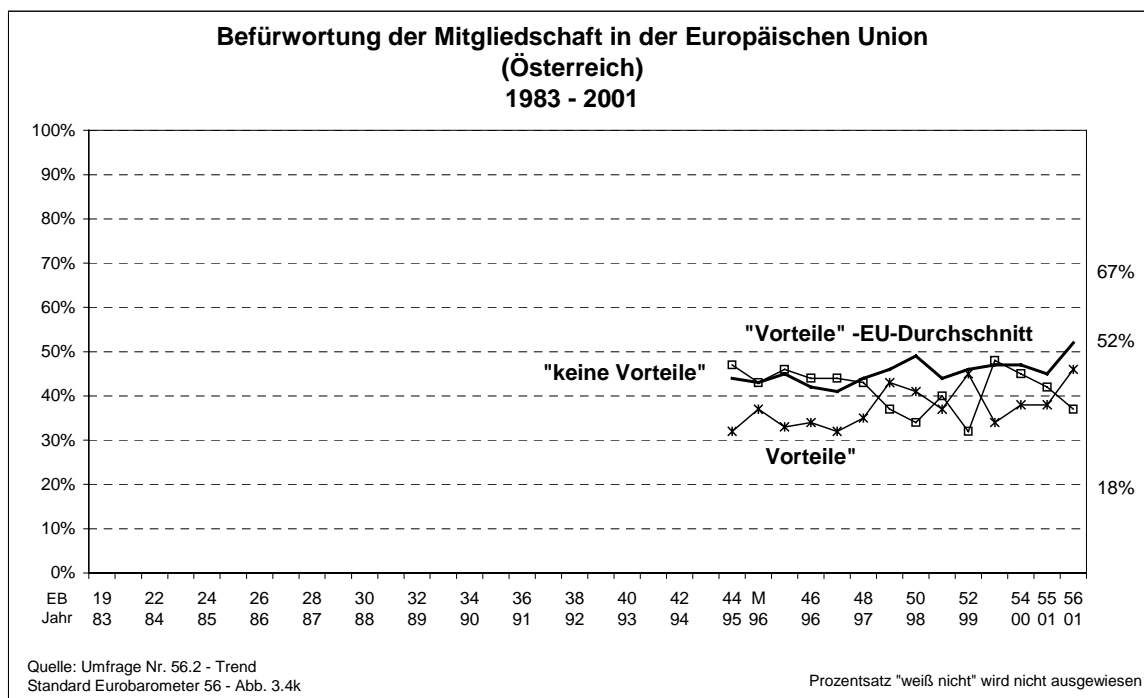
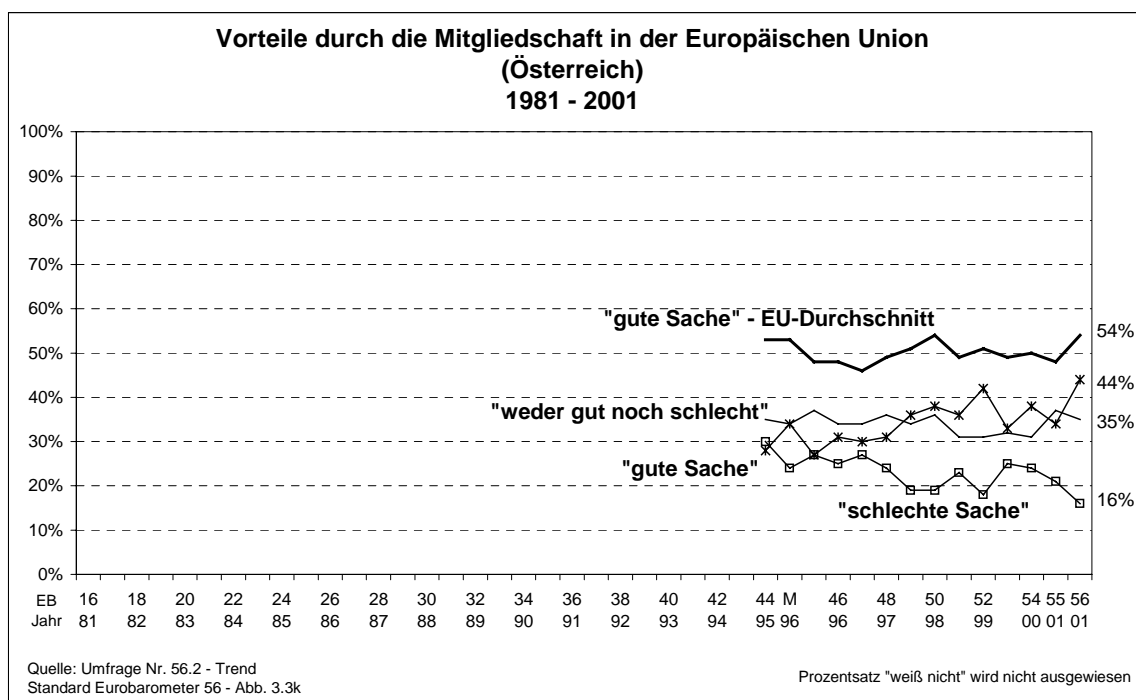
LUXEMBURG



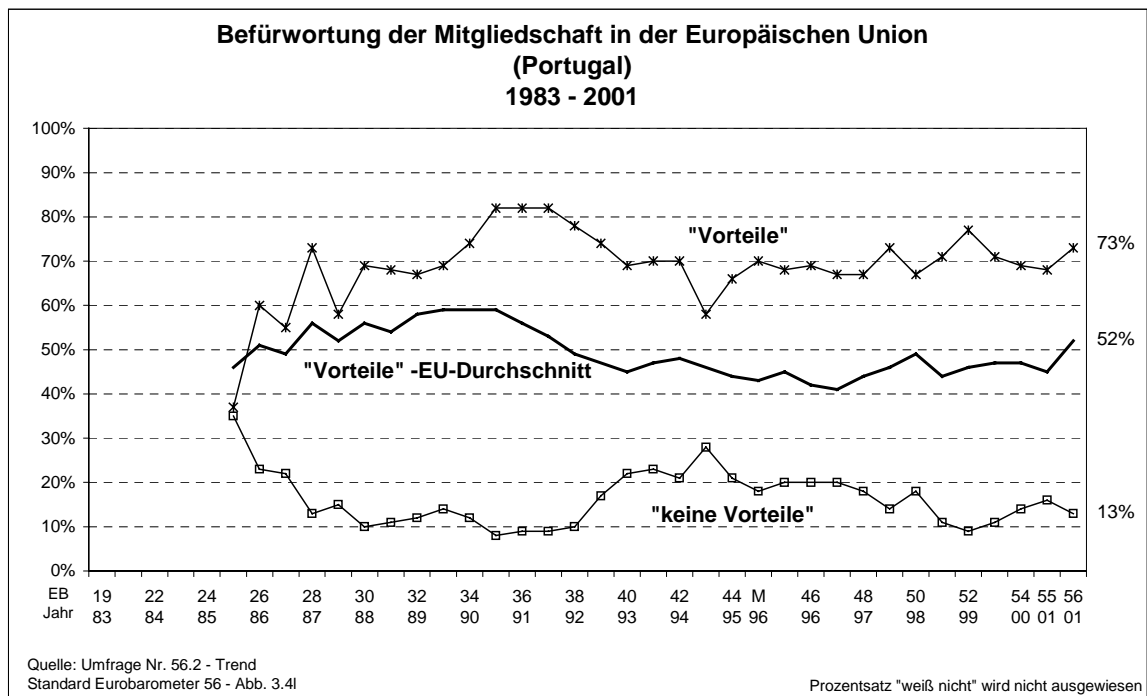
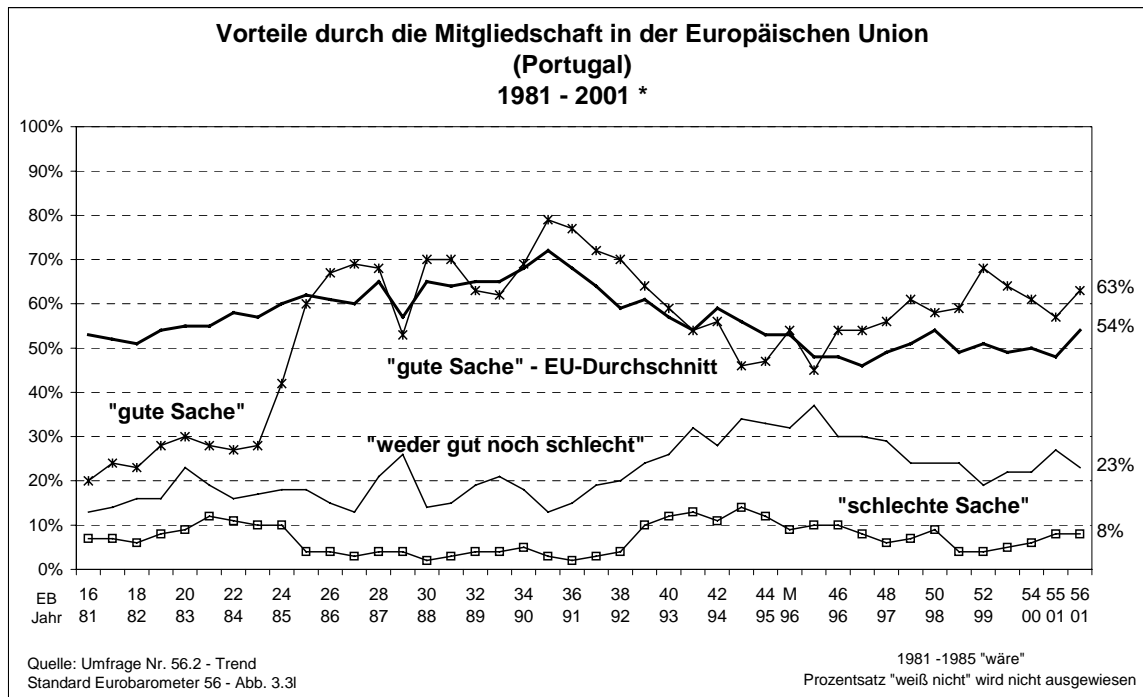
DIE NIEDERLANDE



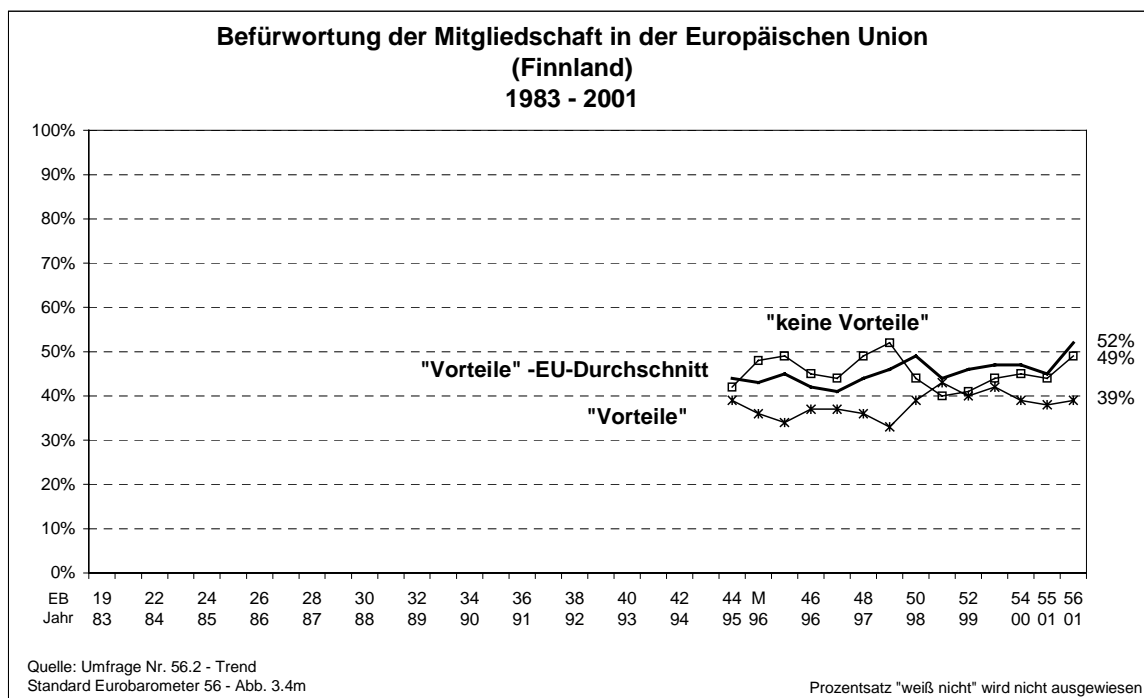
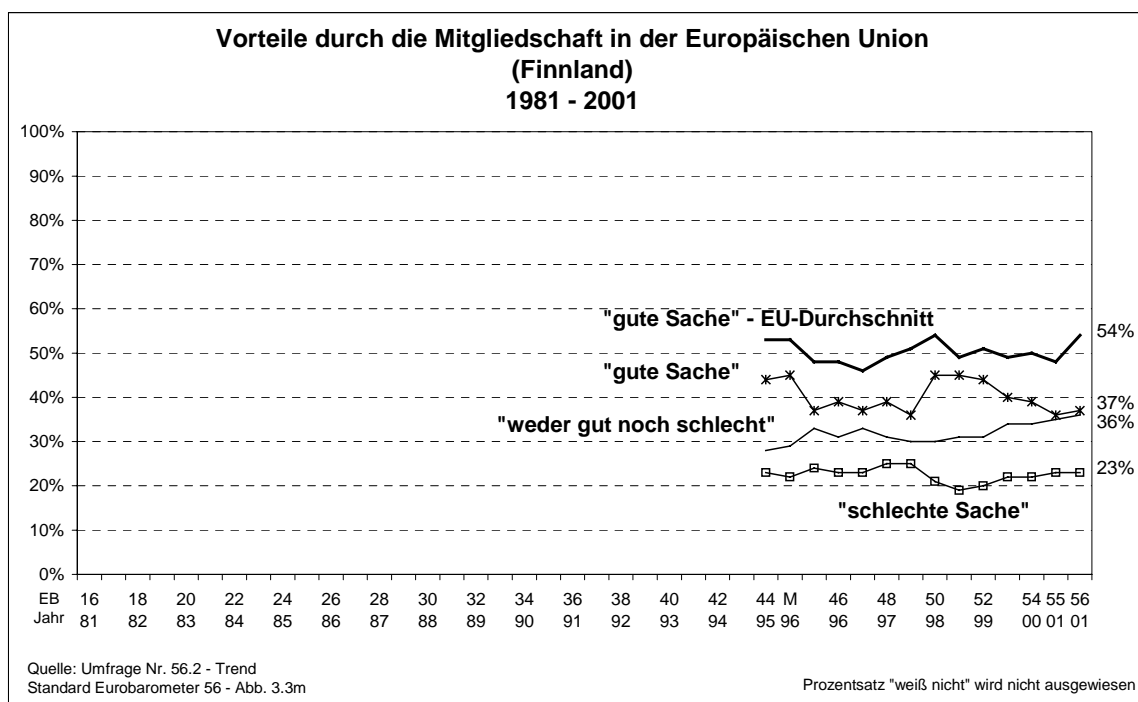
ÖSTERREICH



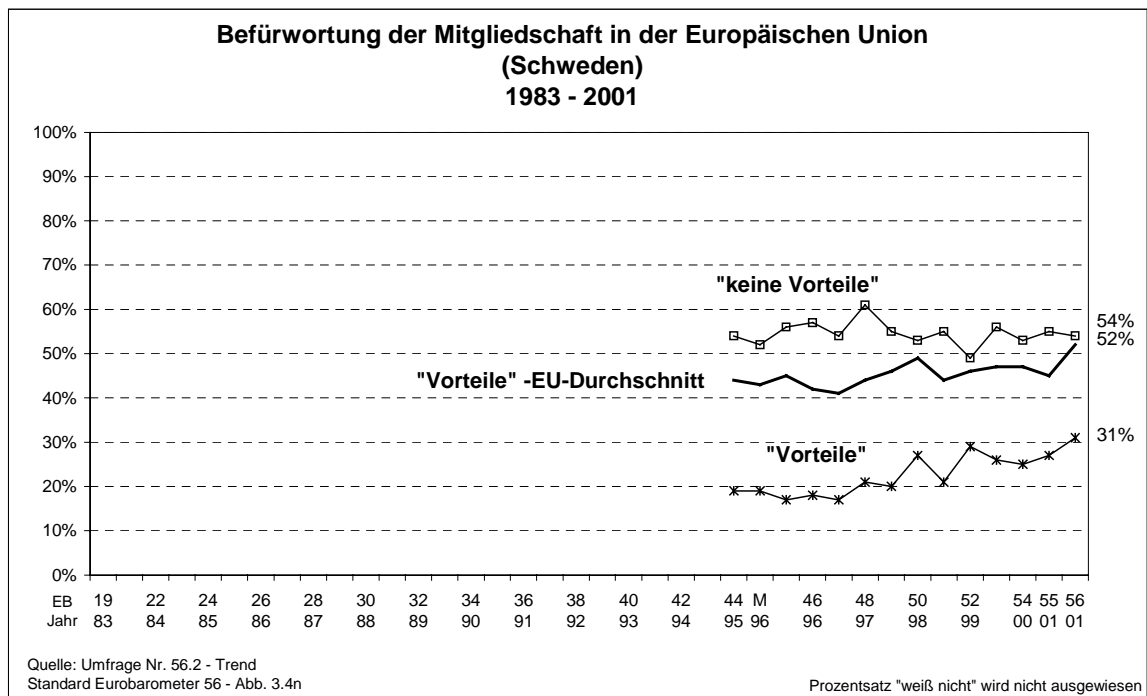
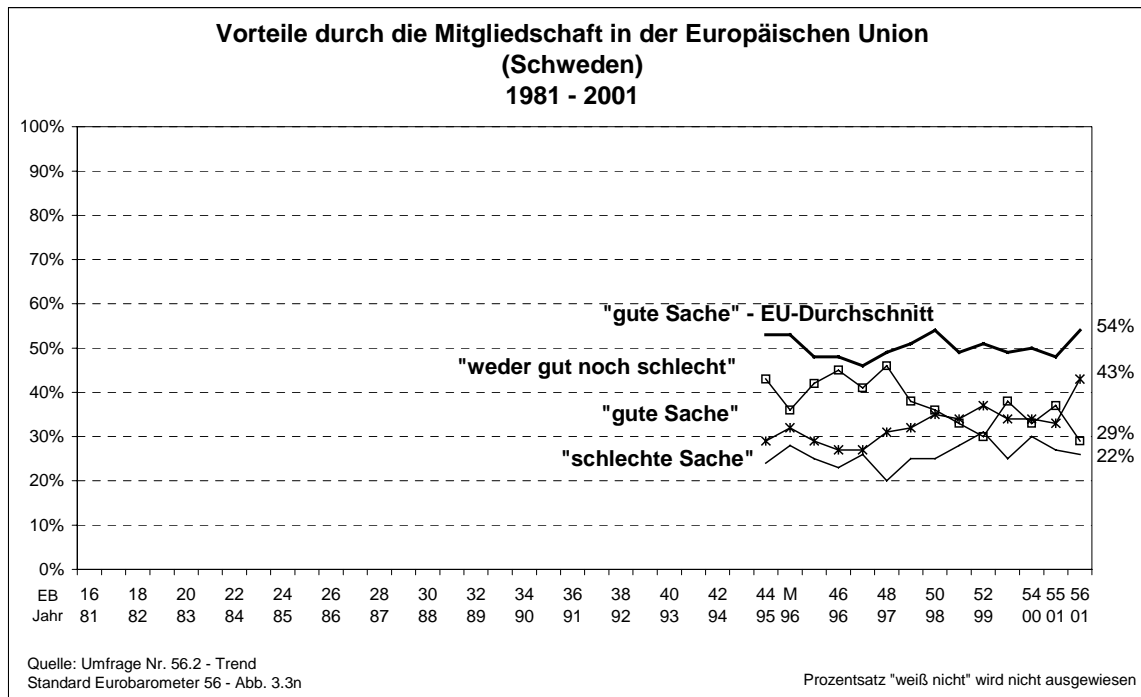
PORTUGAL



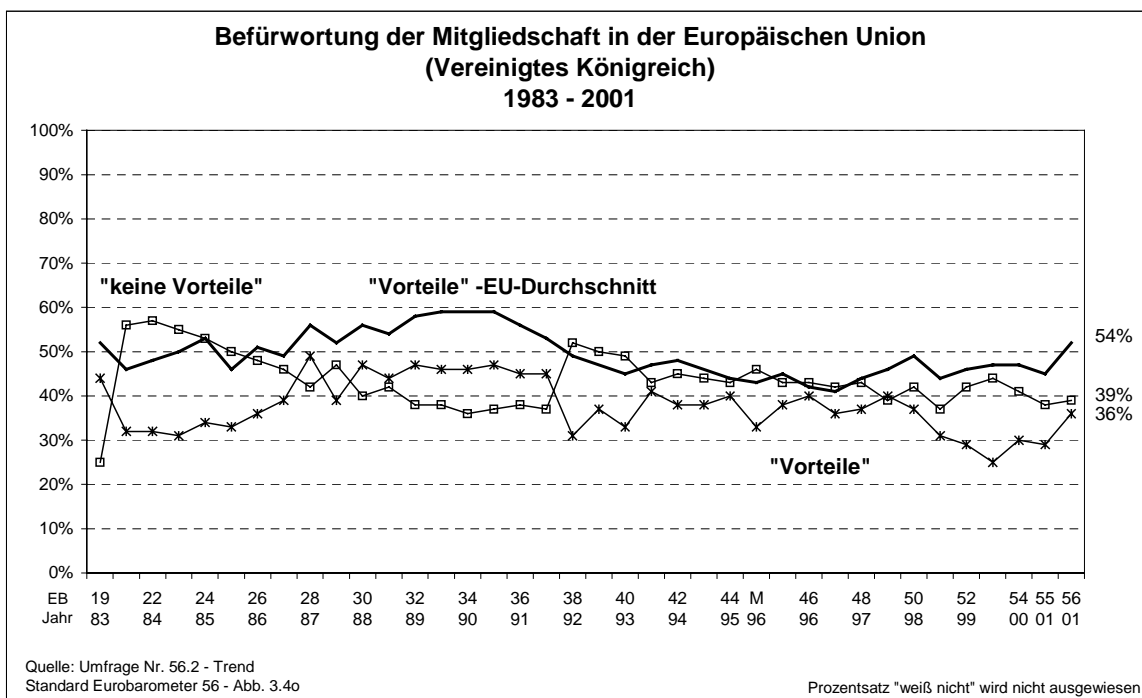
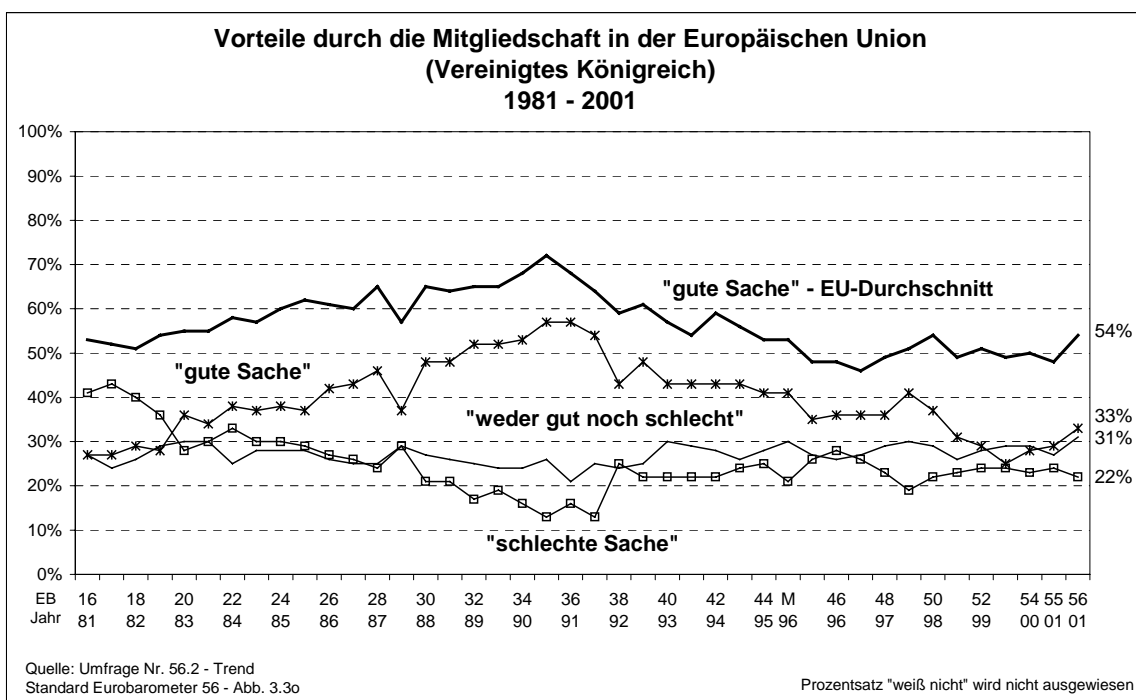
FINNLAND



SCHWEDEN



DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH



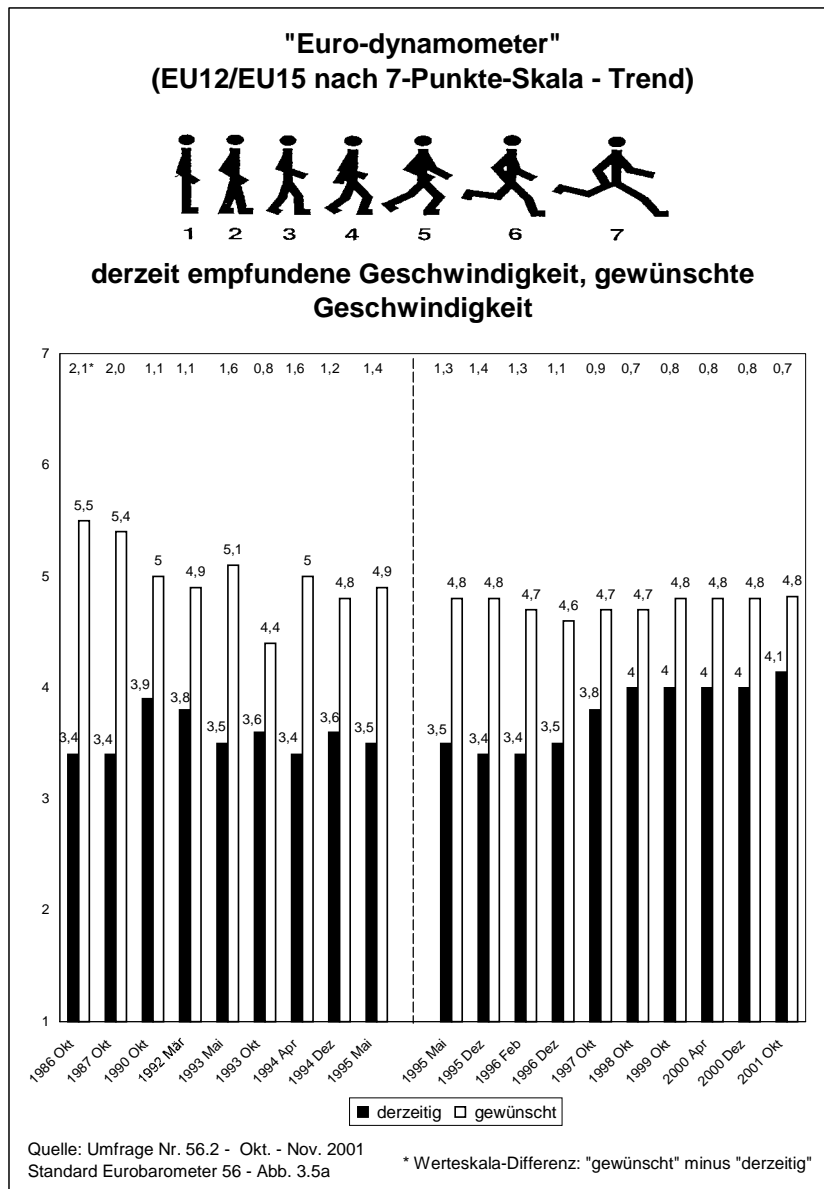
3.3. Geschwindigkeit der europäischen Integration

Seit 1986 hat das Eurobarometer mit der folgenden Frage die subjektiv empfundene aktuelle und die gewünschte Geschwindigkeit der europäischen Integration gemessen:

a. Mit welcher Geschwindigkeit wird Europa Ihrer Meinung nach im Moment aufgebaut? Schauen Sie sich bitte diese Leute an (Karte zeigen). Nr.1 steht still; Nr.7 läuft so schnell wie möglich. Wählen Sie dasjenige Bild, das Ihrer Meinung über die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, am ehesten entspricht.

b. Und welches Bild entspricht am ehesten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden? (Dieselbe Karte zeigen)

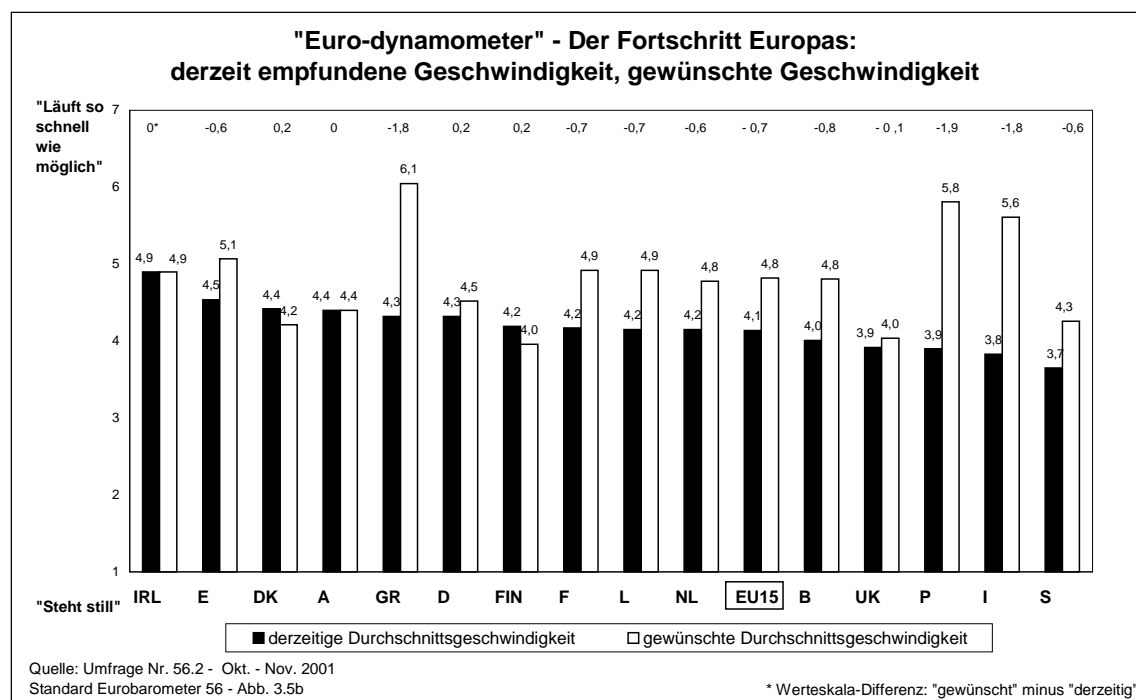
Auf einer Skala von eins bis sieben ist die durchschnittliche Geschwindigkeit, von der die Menschen glauben, sie entspreche der Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, 4,14. Dies ist etwas schneller als in vorherigen Jahren (bis zu 0,18 schneller seit dem Herbst 2000). Die durchschnittliche Geschwindigkeit, die die Menschen sich für die Integration Europas wünschen, hat sich auf 4,82 erhöht, verglichen mit 4,75 im Herbst 2000. Die Kluft zwischen der subjektiv empfundenen aktuellen und der gewünschten Geschwindigkeit (0,7) ist jedoch immer noch sehr viel kleiner als 1986 (2,1), als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde.



Die wahrgenommene Geschwindigkeit der Integration ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Am größten ist sie in Irland (4,9) und am niedrigsten in Schweden (3,7). Ein Vergleich der neuesten Ergebnisse mit denen aus vorherigen Jahren ergibt, dass in den meisten Ländern die Menschen glauben, die Vereinigung entwickle sich jetzt mit größerer Geschwindigkeit. Der größte Anstieg wurde in Frankreich gemessen (+0,39), gefolgt von den Niederlanden (+0,33) und Österreich (+0,30). Belgien (-0,33) und Finnland (-0,31) sind die einzigen Länder, in denen die Menschen glauben, die Vereinigung Europas entwickle sich jetzt wesentlich langsamer als im letzten Jahr. (Tabelle 3.3a)

Die Menschen in Griechenland wünschen sich die größte Geschwindigkeit für den Aufbau Europas (6,1; ein Anstieg von 5,9 im Herbst 2000), gefolgt von Portugal (5,8) und Italien (5,6). Die gewünschte Geschwindigkeit ist jetzt in Finnland und dem Vereinigten Königreich am niedrigsten (jeweils 4,0). Im Vereinigten Königreich hat sich jedoch die gewünschte Geschwindigkeit erheblich erhöht (+0,38). Dasselbe gilt auch für Dänemark (+0,34). Spanien ist das einzige Land, in dem die gewünschte Geschwindigkeit jetzt wesentlich niedriger ist. (-0,24). (Tabelle 3.3b)

Wie das unten stehende Diagramm zeigt, sind die Menschen in den meisten Ländern der Ansicht, der Aufbau Europas komme nicht so schnell vorwärts, wie sie es sich wünschen würden. Durch den Abzug der durchschnittlichen gewünschten Geschwindigkeit von der durchschnittlichen aktuellen Geschwindigkeit ergibt sich die größte negative (gewünschte Geschwindigkeit ist schneller als die aktuelle Geschwindigkeit) Differenz in Portugal, Italien und Griechenland. Dänemark und Finnland sind jetzt die einzigen Länder, in denen die aktuelle Geschwindigkeit schneller ist als die gewünschte Geschwindigkeit.



Die nächste Tabelle zeigt, inwiefern die Ansichten der Menschen über die Europäische Union im allgemeinen mit den Ansichten über eine weitere Integration zusammenhängen. Wie erwartet, würden sich diejenigen mit einer pro-europäischen Einstellung einen schnelleren Aufbau Europas wünschen, als dies zur Zeit der Fall ist, während diejenigen mit einer anti-europäischen Einstellung sich einen langsameren Fortgang wünschen würden. Daraus lässt sich schließen, dass die allgemeine Einstellung zur Europäischen Union ein guter Indikator für die Einstellung bezüglich der Geschwindigkeit der europäischen Integration ist.

Die Analyse der soziodemografischen Gruppen in der Bevölkerung ergibt, dass alle sich einen schnelleren Aufbau Europas wünschen, als sie glauben, dass dies zur Zeit der Fall ist. Daraus kann man schließen, dass soziodemografische Faktoren für die Erklärung der Unterschiede, die in den Ansichten der Menschen über die empfundene und die gewünschte Geschwindigkeit der europäischen Integration zu finden sind, nicht so wichtig sind wie die Ländervariablen und die Variable der Einstellungen.

| "Das Euro-Dynamometer" Durchschnittliche Ergebnisse für Menschen mit pro-, neutralen und anti-EU Ansichten (EU15) | | | |
|--|---|---|--|
| EU Ansichten: | Durchschnittliche aktuelle Geschwindigkeit | Durchschnittliche gewünschte Geschwindigkeit | Differenz aktuell minus gewünscht |
| Pro-EU Ansichten: | | | |
| EU Mitgliedschaft ist eine gute Sache | 4.21 | 5.32 | -1.11 |
| Das Land hat von der Mitgliedschaft profitiert | 4.26 | 5.33 | -1.07 |
| Neutrale EU Ansichten: | | | |
| EU Mitgliedschaft ist weder gut noch schlecht | 4.03 | 4.51 | -0.48 |
| Anti-EU Ansichten: | | | |
| Das Land hat nicht von der Mitgliedschaft profitiert | 3.95 | 3.91 | +0.04 |
| EU Mitgliedschaft ist eine schlechte Sache | 4.10 | 3.21 | +0.89 |

3.4. Die Rolle der Institutionen und Organe der Europäischen Union

Zum sechsten Mal hat das Eurobarometer die öffentliche Meinung zu einer Reihe von Institutionen und Organen der Europäischen Union untersucht. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie glauben, neun der Institutionen und Organe der Europäischen Union spielten eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union oder nicht. Die Institutionen und Organe, die in der Umfrage behandelt werden, sind das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Ministerrat, der Europäische Gerichtshof, der Europäische Ombudsmann, die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof, der Ausschuss der Regionen und der Wirtschafts- und Sozialausschuss⁸.

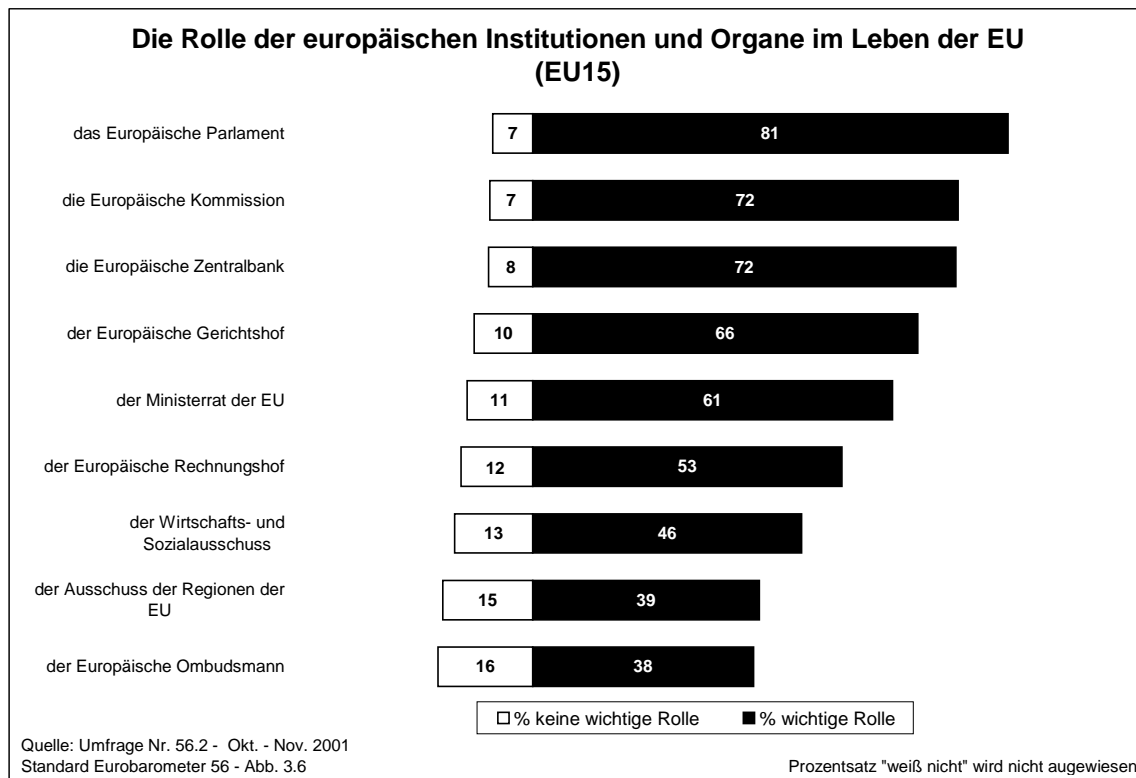
Wie das unten stehende Diagramm zeigt, glaubt die Öffentlichkeit der EU mit 81% am ehesten, dass das Europäische Parlament eine wichtige Rolle in der Europäischen Union spiele. Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank stehen an zweiter Stelle (jeweils 72%), gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (66%). Die Öffentlichkeit glaubt am seltensten, der Europäische Ombudsmann (38%) und der Ausschuss der Regionen (39%) spielten eine wichtige Rolle. Dieses Ergebnis kann man aber mit der Tatsache erklären, dass der Europäische Ombudsmann und der Ausschuss der Regionen den meisten Menschen unbekannt sind.

Im Vergleich zum Frühjahr 2001 ergibt sich, dass die Menschen die Institutionen jetzt häufiger für wichtig halten. Im Durchschnitt reichen die Anstiegswerte von vier Prozentpunkten für den Europäischen Ombudsmann bis zu acht Prozentpunkten für die Europäische Zentralbank und den Wirtschafts- und Sozialausschuss⁹.

Die Länderanalyse zeigt, dass der Anteil derjenigen, die glauben, das **Europäische Parlament** spiele eine wichtige Rolle, von 75% im Vereinigten Königreich bis zu 92% in Luxemburg reicht. Dieses letztgenannte Land hat auch den höchsten Anteil an Menschen (90%), die glauben, die **Europäische Kommission** spiele eine wichtige Rolle. Deutschland (65%) und das Vereinigte Königreich (66%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als sieben von zehn Menschen dieser Ansicht sind. Die Ansicht, die **Europäische Zentralbank** spiele eine wichtige Rolle, ist ebenfalls in Luxemburg am weitesten verbreitet (87%). Nur 53% der Menschen im Vereinigten Königreich teilen diese Meinung. In allen anderen Ländern glauben mindestens sieben von zehn Menschen, die Europäische Zentralbank spiele eine wichtige Rolle in der Europäischen Union, während 69% der Menschen in Griechenland dieser Ansicht sind. (Tabelle 3.4)

⁸ Die Bekanntheit dieser Institutionen/Organe in der Öffentlichkeit wird in Kapitel 7 diskutiert.

⁹ Für die Ergebnisse vom Frühjahr 2001 siehe Eurobarometer Nr. 55, Seite 75.



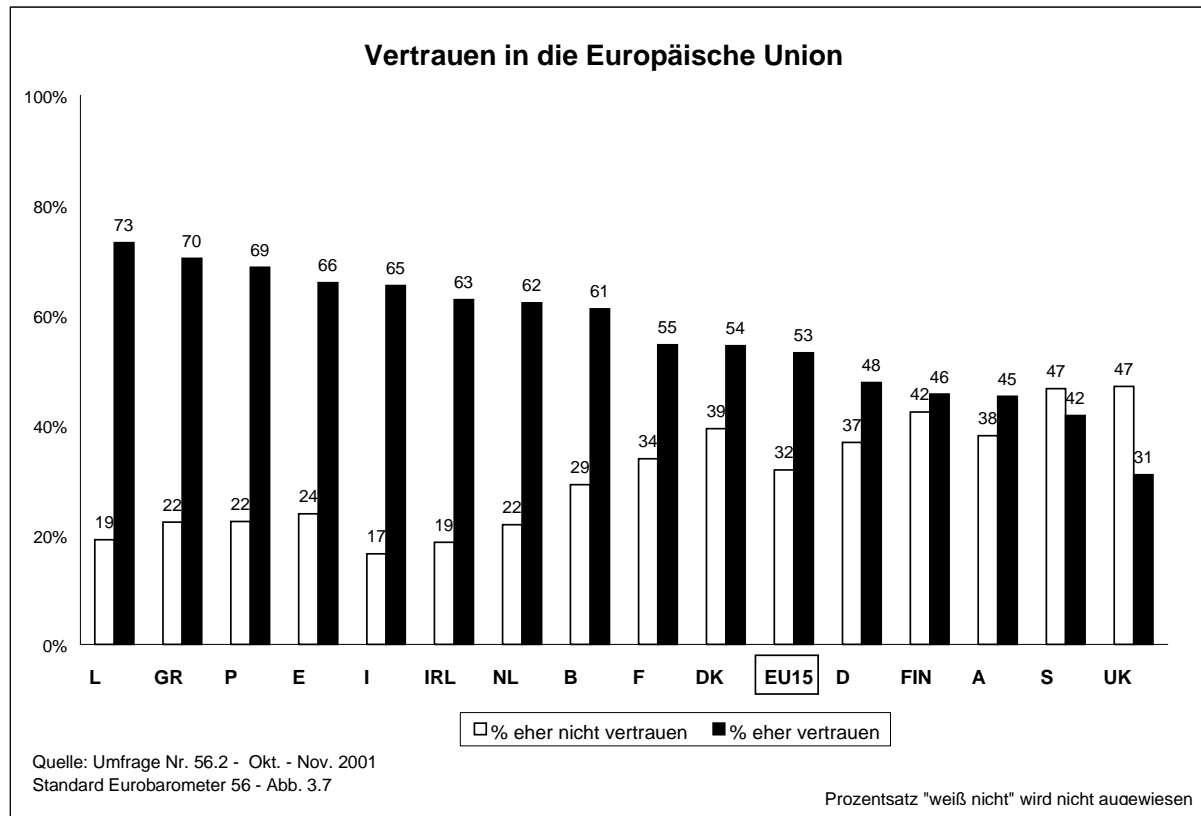
3.5. Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen und Organe

Die Umfrage untersucht auch, inwieweit diesen neun Institutionen und Organen vertraut wird. Zunächst betrachten wir das Vertrauen in die Europäische Union als Ganzes. Im Durchschnitt erklären 53% der Europäer, sie vertrauten der Europäischen Union. 32% geben an, sie vertrauten ihr eher nicht und 15% haben dazu keine Meinung¹⁰. Dies ist das beste Resultat seit die Frage im Herbst 1997 zum ersten Mal gestellt wurde. Zu dieser Zeit gaben nur 37% der EU Bürger an, der EU zu vertrauen. Im Frühjahr 1999 erhöhte sich der Wert auf 39% und im Frühjahr 2001 gaben 41% an, der Europäischen Union zu vertrauen.

In 10 der 15 Mitgliedstaaten vertraut mehr als die Hälfte der Befragten der EU, wobei das Vertrauen in Luxemburg (73%), Griechenland (70%) und Portugal (69%) am höchsten ist. Die Menschen im Vereinigten Königreich vertrauen der Europäischen Union am wenigsten. Zusammen mit Schweden ist es jetzt das einzige Land, in dem diejenigen, die der EU nicht vertrauen, die Mehrheit bilden. Im Frühjahr 2001 waren diejenigen, die der EU nicht vertrauen, in sieben Mitgliedstaaten in der Mehrheit.

Die auf EU15 Ebene gemessene Verbesserung gilt auch auf Länderebene in allen Mitgliedstaaten, wobei die größte positive Veränderung in Schweden und Dänemark gemessen wurde (jeweils +17). Mit jeweils 6 Prozentpunkten wurde die kleinste Verbesserung in Portugal und im Vereinigten Königreich festgestellt. Obwohl in den meisten Ländern die Erhöhung des Vertrauens einem Abfall des Misstrauens entspricht, hat in mehreren Ländern das größere Vertrauen ein breites Desinteresse ersetzt. (Tabelle 3.5a)

¹⁰ Diese Frage ist Teil eines größeren Fragenkatalogs. Die anderen Vertrauensfragen werden in Kapitel 1 behandelt (siehe Tabelle 1.7a-c).



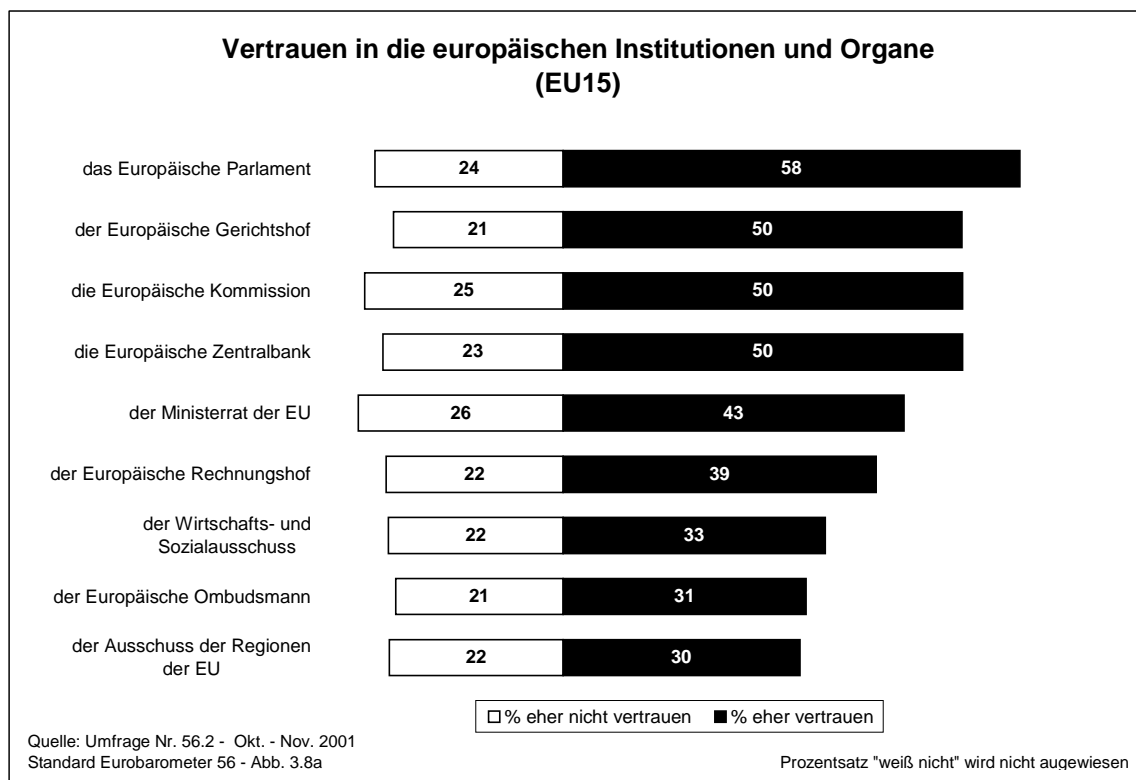
Der Grad des Vertrauens variiert nicht nur von Land zu Land, er hängt auch davon ab, welche Ansicht die Menschen allgemein über die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU haben. Unsere Analyse zeigt, dass 71% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, der Europäischen Union vertrauen. Umgekehrt geben 71% der Gegner der EU an, ihr nicht zu vertrauen.

Die Beziehung zwischen Vertrauen und selbst eingeschätzter Kenntnis der Europäischen Union ist genauso wichtig und informativ. Die Tabelle zeigt, je mehr die Menschen glauben über die Europäische Union zu wissen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie ihr vertrauen.

| Vertrauen in die EU im Verhältnis zur selbst eingeschätzten Kenntnis der EU (in %, für EU15) | | | |
|--|------------------|-------------------|----------------|
| | Geringe Kenntnis | Mittlere Kenntnis | Große Kenntnis |
| % eher vertrauen | 42 | 58 | 71 |
| % eher nicht vertrauen | 37 | 30 | 23 |
| % weiß nicht | 21 | 12 | 6 |
| % Gesamt | 100 | 100 | 100 |

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer etwas häufiger der Europäischen Union sowohl vertrauen als auch misstrauen als Frauen, wobei Frauen häufiger keine Meinung angeben. Die jüngste Altersgruppe (58%) gibt viel häufiger an, der Europäischen Union zu vertrauen als ältere Menschen. Unter den verschiedenen Bildungsgruppen stellen wir fest, dass Studenten der EU am ehesten vertrauen (63%), während 49% derjenigen, die die Schule vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben angegeben, ihr zu vertrauen. Mit 42% sind Arbeitslose die Berufsgruppe, die der EU am wenigsten vertraut. (Tabelle 3.5b)

Als nächstes betrachten wir das Vertrauen in neun der Institutionen und Organe. Obwohl der Grad des Vertrauens in den 15 Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist, springt als erstes der hohe Anteil an „weiß nicht“-Antworten ins Auge, insbesondere für den Ausschuss der Regionen, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Europäischen Ombudsmann. Dies erklärt zum Teil, warum das im folgenden Diagramm veranschaulichte Vertrauen so niedrig ist.



Mit 58% wird dem Europäischen Parlament am meisten vertraut, gefolgt vom Europäischen Gerichtshof, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (jeweils 50%). Das Vertrauen in die Institutionen und Organe ist jetzt wesentlich größer als im Frühjahr 2001. Die gemessene Verbesserung reicht von fünf Prozentpunkten für den Europäischen Ombudsmann und die Europäische Kommission bis zu acht Prozentpunkten für die Europäische Zentralbank¹¹.

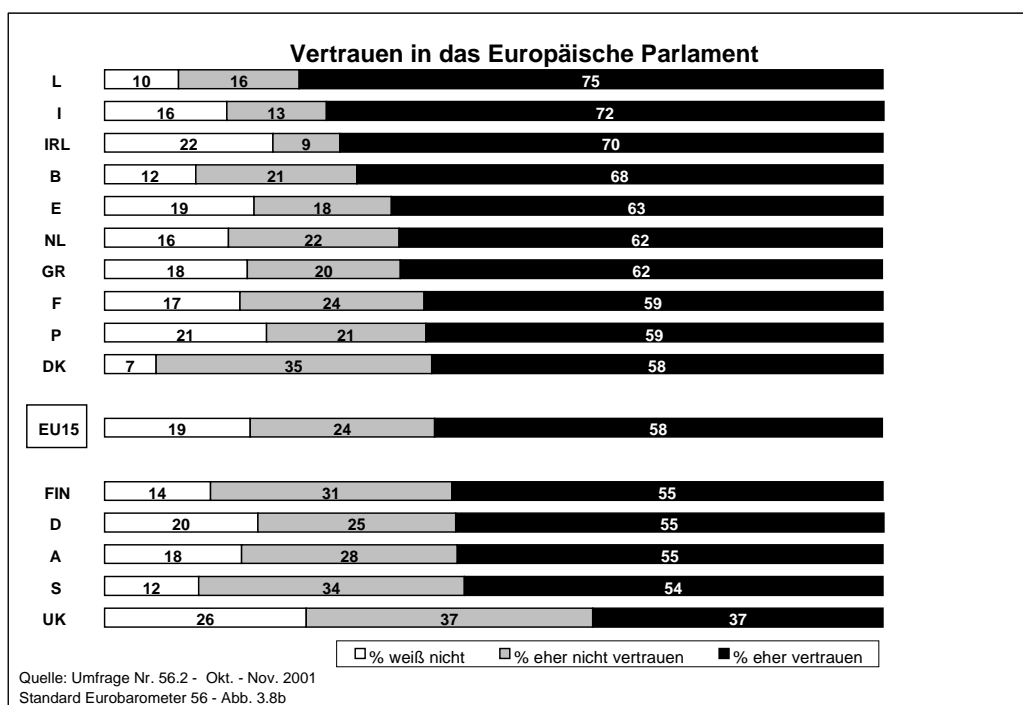
Die nächste Tabelle zeigt die drei Institutionen und Organe, denen in den einzelnen Mitgliedstaaten am meisten vertraut wird. Das **Europäische Parlament** steht in allen Ländern außer Finnland auf einem der ersten drei Plätze. In neun Ländern steht es an erster Stelle, in weiteren zwei steht es an zweiter und in weiteren drei an dritter Stelle. Der **Europäische Gerichtshof** steht in Luxemburg, Dänemark, Deutschland und Schweden an erster Stelle und in den Niederlanden, Finnland und Österreich an zweiter Stelle. Er steht in Belgien und dem Vereinigten Königreich an dritter Stelle. Die **Europäische Kommission** erreicht in acht Ländern den zweiten Platz, während die **Europäische Zentralbank** in den Niederlanden an erster Stelle, in zwei weiteren Ländern an zweiter Stelle und in acht weiteren Ländern an dritter Stelle steht. Der **Ministerrat** erreicht in Spanien und Griechenland einen der ersten drei Plätze. Der **Europäische Ombudsmann**, ein Finne, ist in seinem Heimatland die Institution, der am meisten vertraut wird. (Siehe auch Tabelle 3.6)

¹¹ Siehe Eurobarometer Bericht 55, Tabelle 2.7.

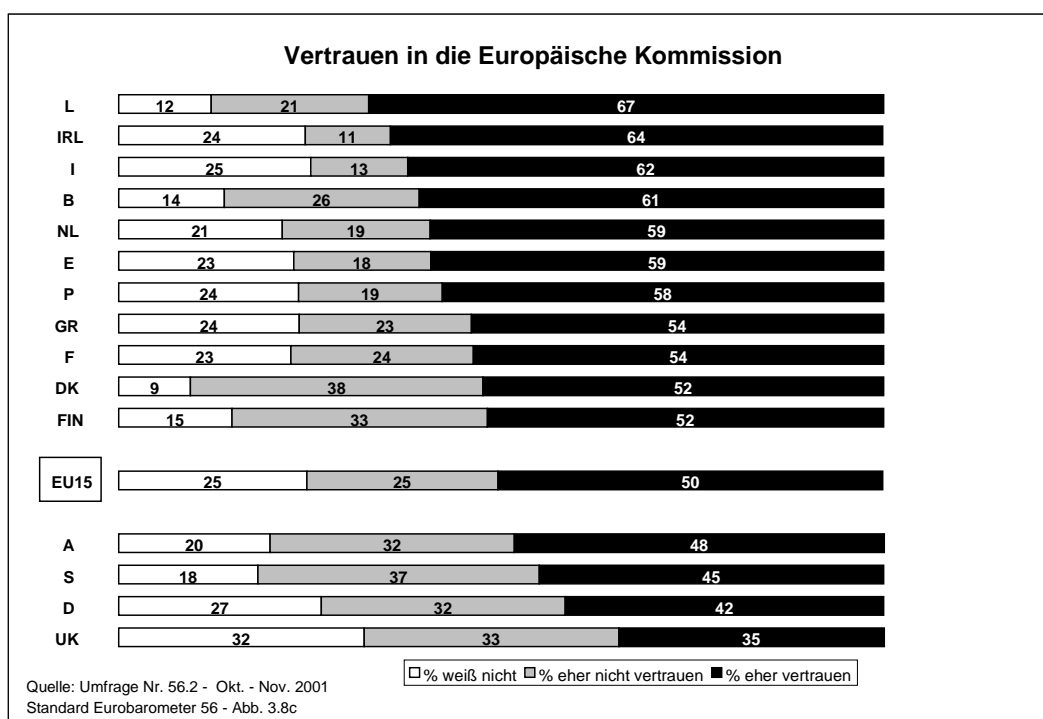
| DIE DREI INSTITUTIONEN UND ORGANE DER EU, DENEN AM MEISTEN VERTRAUT WIRD. (IN %, NACH MITGLIEDSSTAAT) | | | |
|--|----|--------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Europäisches Parlament | 68 | Europäischer Gerichtshof | 76 |
| Europäische Kommission | 61 | Europäisches Parlament | 75 |
| Europäischer Gerichtshof | 58 | Europäische Zentralbank | 70 |
| Dänemark | | Die Niederlande | |
| Europäischer Gerichtshof | 74 | Europäische Zentralbank | 67 |
| Europäische Zentralbank | 60 | Europäischer Gerichtshof | 65 |
| Europäisches Parlament | 58 | Europäisches Parlament | 62 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Europäischer Gerichtshof | 61 | Europäisches Parlament | 55 |
| Europäische Zentralbank | 56 | Europäischer Gerichtshof | 54 |
| Europäisches Parlament | 55 | Europäische Zentralbank | 54 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Europäisches Parlament | 62 | Europäisches Parlament | 59 |
| Europäische Kommission | 54 | Europäische Kommission | 58 |
| Ministerrat | 53 | Europäische Zentralbank | 54 |
| Spanien | | Finnland | |
| Europäisches Parlament | 63 | Europäischer Ombudsmann | 64 |
| Europäische Kommission | 59 | Europäischer Gerichtshof | 63 |
| Ministerrat | 55 | Europäische Zentralbank | 59 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Europäisches Parlament | 59 | Europäischer Gerichtshof | 56 |
| Europäische Kommission | 54 | Europäisches Parlament | 54 |
| Europäische Zentralbank | 48 | Europäische Zentralbank | 54 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Europäisches Parlament | 70 | Europäisches Parlament | 37 |
| Europäische Kommission | 64 | Europäische Kommission | 35 |
| Europäische Zentralbank | 61 | Europäischer Gerichtshof | 32 |
| Italien | | | |
| Europäisches Parlament | 72 | | |
| Europäische Kommission | 62 | | |
| Europäische Zentralbank | 57 | | |

Ein Blick auf die Länderergebnisse für das **Europäische Parlament** ergibt, dass drei Viertel der Bevölkerung in Luxemburg ihm vertrauen, genauso wie ungefähr sieben von zehn Menschen in Italien (72%) und Irland (70%) und mehr als sechs von zehn Menschen in Belgien (68%), Spanien (63%), den Niederlanden und Griechenland (beide 62%). Die Mehrheit der Menschen in allen anderen Ländern außer dem Vereinigten Königreich teilt diese Ansicht. Im Vereinigten Königreich ist die öffentliche Meinung zu diesem Thema geteilt. Der Anteil an „weiß nicht“-Antworten ist bedeutend geringer als im Frühjahr 2001 und reicht von 7% in Dänemark bis zu 26% im Vereinigten Königreich. Im Vergleich zum Frühjahr 2001 hat sich das Vertrauen in allen Mitgliedstaaten deutlich verbessert, wobei der größte Anstieg in Schweden (+10), dem Vereinigten Königreich (+9) und Deutschland (+8) festgestellt wurde¹².

¹² Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 55, Tabelle 2.7.



Bei der Untersuchung der Länderergebnisse für die **Europäische Kommission** ergibt sich, dass dieser Institution in allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Menschen vertraut wird – zum ersten Mal, seit diese Messung im Frühjahr 1999 erstmals vorgenommen wurde. Das Vertrauen ist in Luxemburg (67%) und Irland (64%) am größten, gefolgt von Italien (62%) und Belgien (61%). Das Vereinigte Königreich (35%), Deutschland (42%), Schweden (45%) und Österreich (48%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als die Hälfte der Bevölkerung der Europäischen Kommission vertraut. Im Vergleich zum Frühjahr 2001 hat sich das Vertrauen in allen Mitgliedstaaten erhöht, wobei der größte Anstieg im Vereinigten Königreich gemessen wurde (+10), gefolgt von Österreich (+9), Portugal und Schweden (jeweils +7)¹³. Der Anteil an „weiß nicht“-Antworten reicht von 9% in Dänemark bis zu 32% im Vereinigten Königreich, was wiederum deutlich geringer ist als im Frühjahr 2001.



¹³ Siehe auch Eurobarometer Bericht Nr. 55, Tabelle 2.7.

Schließlich betrachten wir das durchschnittliche Vertrauen für alle neun Institutionen und Organe in jedem Mitgliedsstaat¹⁴. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Durchschnittswert in Luxemburg am höchsten (65%) und im Vereinigten Königreich am niedrigsten (22%).

| Vertrauen in die Institutionen und Organe der EU (Durchschnittswert - Anteil derer, die angeben, den 9 Institutionen und Organen eher zu vertrauen, in % nach Land) | |
|--|---------------------|
| Land | Durchschnitt |
| Luxemburg | 65 |
| Irland | 56 |
| Belgien | 54 |
| Die Niederlande | 53 |
| Portugal | 52 |
| Finnland | 52 |
| Dänemark | 49 |
| Griechenland | 48 |
| Frankreich | 46 |
| Italien | 45 |
| Spanien | 45 |
| Österreich | 45 |
| Schweden | 45 |
| EU15 | 43 |
| Deutschland | 42 |
| Vereinigtes Königreich | 22 |

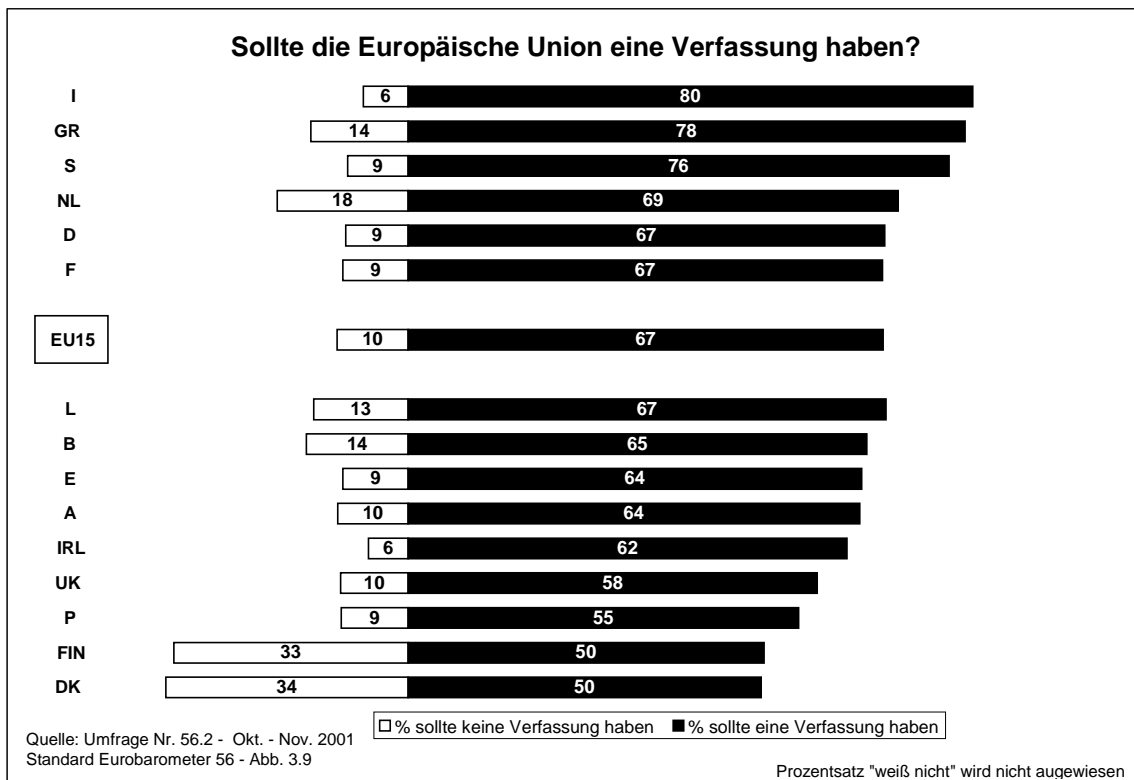
3.6. Befürwortung einer Verfassung für die Europäische Union

Die Befürwortung einer Verfassung für die Europäische Union ist seit dem Frühjahr 2001 um fünf Prozentpunkte gestiegen und liegt jetzt bei zwei Dritteln (67%) der EU Bürger im Alter von 15 Jahren und älter. Nur eine von zehn Personen (10%) ist der Ansicht, die EU solle keine Verfassung haben. Die verbleibenden 23% haben dazu keine Meinung.

In allen 15 Mitgliedstaaten unterstützt mindestens die Hälfte der Öffentlichkeit diese Idee. Dennoch gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Ländern, wobei der Grad der Unterstützung von 50% in Dänemark und Finnland bis zu 80% in Italien reicht. Der Anteil an „weiß nicht“-Antworten ist jetzt kleiner als im Frühjahr 2001 (-6). Der Anteil der Gegner einer Verfassung ist immer noch gering, er liegt in den meisten Ländern bei ungefähr einer Person von zehn, wobei Dänemark (34%) und Finnland (33%) klare Ausnahmen bilden.

Im Vergleich zum Frühjahr 2001 hat sich die Unterstützung einer Verfassung in allen Ländern außer in Belgien (-2), den Niederlanden (-1) und Portugal (keine Veränderung) erhöht. Der größte Anstieg wurde im Vereinigten Königreich (+14), Schweden (+11) und Luxemburg (+10) gemessen. (Tabelle 3.7a)

¹⁴ Wir geben hier den Median „% Vertrauen“ anstelle des Durchschnitts an, da der Median ein angemessenerer Wert für die Messung einer Tendenz im Falle von Verteilungen mit extremen Werten ist. Wir erinnern den Leser noch einmal daran, dass ein niedriger Vertrauensgrad meistens einem hohen Anteil von „weiß nicht“ Antworten entspricht, und nicht einem hohen Anteil von Misstrauensbekundungen.



Die demografische Analyse zeigt, dass die Befürwortung einer Verfassung bei denjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (75%), Führungskräften und Selbständigen (jeweils 74%) am größten ist. Nur wenige lehnen die Idee einer Verfassung ab, wobei die unterschiedlichen Prozentsätze größtenteils durch relativ große Schwankungen im Anteil der „weiß nicht“-Antworten erklärt werden können.

Wie zu erwarten, haben diejenigen, die glauben, viel über die Europäische Union zu wissen, häufiger eine Meinung hierzu als diejenigen, die glauben, zu wenig über die EU zu wissen. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Unterstützung in der ersten Gruppe wesentlich größer ist (82%), als in der zweiten Gruppe (55%).

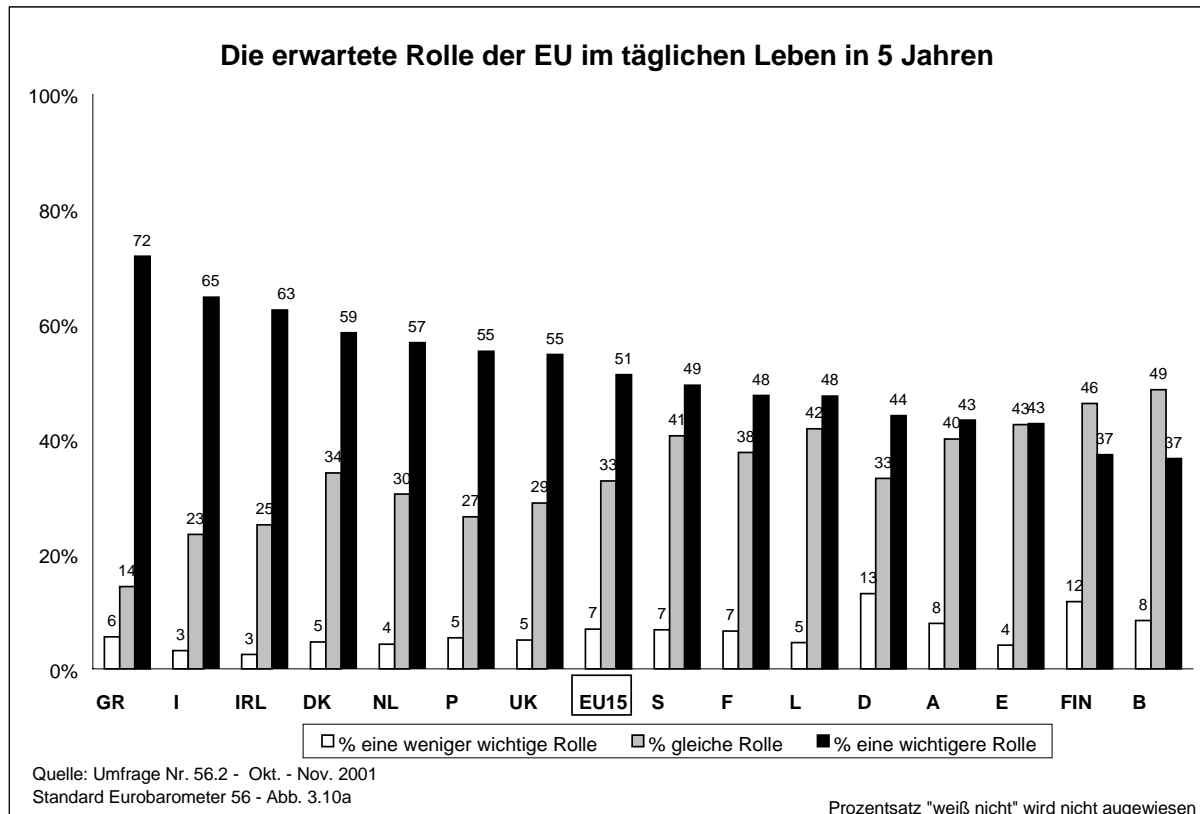
| Befürwortung einer EU Verfassung im Verhältnis zur Kenntnis über die EU (in %) | | | |
|--|------------------|-------------------|---------------|
| | Geringe Kenntnis | Mittlere Kenntnis | Hohe Kenntnis |
| % sollte eine Verfassung haben | 55 | 73 | 82 |
| % sollte keine Verfassung haben | 9 | 11 | 11 |
| % weiß nicht | 36 | 17 | 7 |
| % gesamt | 100 | 101 | 100 |

Es ist nicht überraschend, dass die Befürworter der EU eher die Idee einer Verfassung unterstützen als ihre Gegner (77% zu 53%). 20% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union ablehnen sind gegen eine Verfassung, verglichen mit 8% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten. (Tabelle 3.7b)

3.7. Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren

Nachdem wir die aktuelle öffentliche Meinung über die Europäische Union betrachtet haben, beenden wir nun das Kapitel mit einem Blick in die Zukunft.

51% der Europäer glauben, dass die Europäische Union in fünf Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem Leben spielen wird, 33% glauben, ihre Rolle wird gleich bleiben und nur 7% glauben, sie wird eine weniger wichtige Rolle spielen.

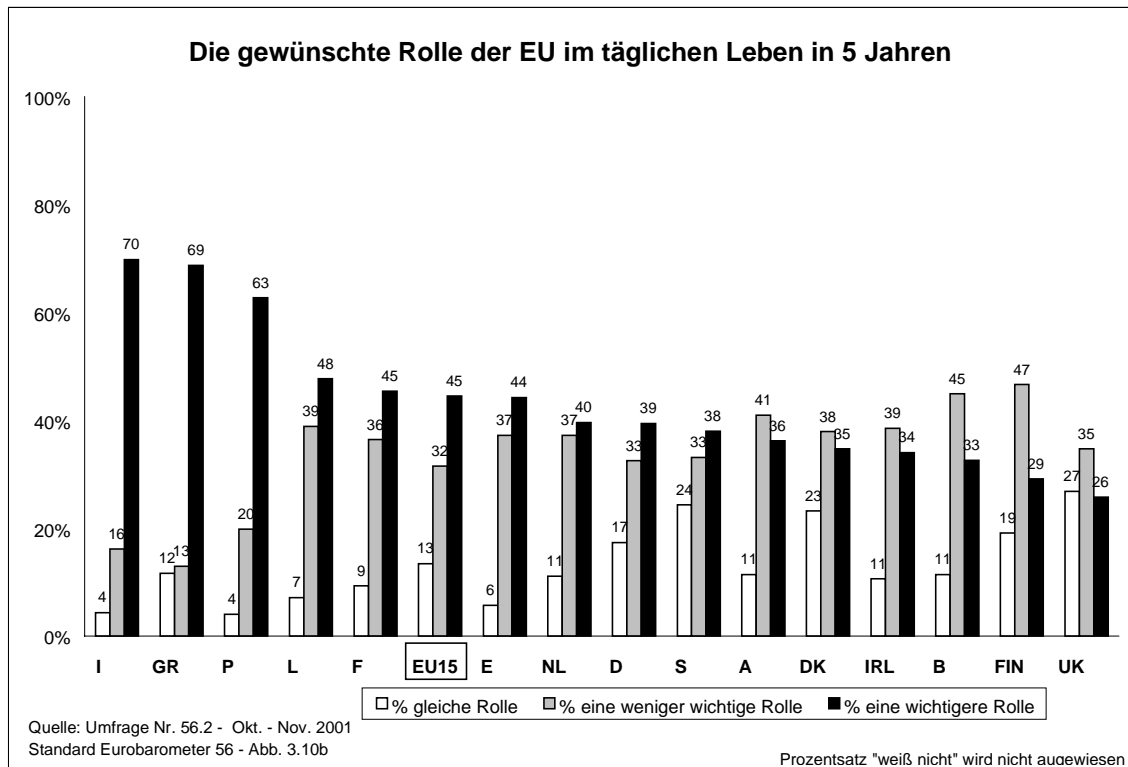


Die Menschen in Griechenland (72%), Italien (65%) und Irland (63%) glauben am häufigsten, die Europäische Union werde in fünf Jahren eine wichtigere Rolle spielen. Mindestens die Hälfte der Bevölkerung in vier weiteren Ländern teilt diese Ansicht und in allen anderen Ländern außer Finnland und Spanien teilt die Mehrheit diese Ansicht. In Finnland ist der Anteil derjenigen, die glauben, die Rolle der EU werde gleich bleiben (46%) größer als der Anteil derer, die glauben, sie werde eine wichtigere Rolle spielen (37%). In Spanien ist der Anteil dieser beiden Gruppen gleich groß (43%). Die Ansicht, die EU werde eine weniger wichtige Rolle spielen, wird in allen Mitgliedstaaten nur von wenigen geteilt, die Werte reichen von 4% in Spanien und den Niederlanden bis zu 13% in Deutschland.

Im Vergleich zu den letzten Messungen (Herbst 2000) stellen wir fest, dass in den meisten Ländern die Menschen jetzt häufiger glauben, dass die EU in fünf Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem Leben spielen wird. Der größte Anstieg wurde in Griechenland gemessen (+9), gefolgt von Luxemburg (+8) und Irland (+7). In Spanien (-10) und Belgien (-6) glauben dies jetzt weniger Menschen, und mehr Menschen glauben dort, die EU werde in fünf Jahren dieselbe Rolle spielen. (Tabelle 3.8a)

Die Analyse der demografischen Variablen zeigt, dass der Anteil derer, die glauben, die EU werde eine weniger wichtige Rolle spielen, für alle in der Umfrage enthaltenen demografischen Gruppen unter 10% liegt, außer im Falle der Haltung gegenüber der EU. 16% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen geben an, die EU werde in fünf Jahren eine weniger wichtige Rolle in ihrem täglichen Leben spielen, verglichen mit nur 4% derer, die die EU Mitgliedschaft befürworten. (Tabelle 3.8b)

Die Betrachtung der Frage, welche Rolle die Menschen sich für die Europäische Union in fünf Jahren wünschen würden ergibt, dass 45% der Europäer sich eine wichtigere Rolle wünschen. 32% wünschen sich eine gleich bleibende Rolle und nur 13% wünschen sich eine weniger wichtige Rolle für die Europäische Union.



Die Menschen in Italien (70%) und Griechenland (69%) wünschen sich bei weitem am häufigsten, die EU solle eine wichtigere Rolle in ihrem Leben spielen, gefolgt von Portugal mit 63%. Obwohl weniger als die Hälfte der Bevölkerung in den restlichen Ländern sich eine wichtigere Rolle für die EU wünscht, ist dies dennoch die Meinung der Mehrheit in Luxemburg, Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Deutschland und Schweden. In Finnland, Belgien, Österreich, Irland, Dänemark und dem Vereinigten Königreich ist die am häufigsten geäußerte Meinung der Wunsch, die EU solle weiterhin dieselbe Rolle spielen. Das Vereinigte Königreich ist das einzige Land, in dem der Anteil derer, die sich eine weniger wichtige Rolle für die EU wünschen (27%), etwas größer ist als der Anteil derer, die sich wünschen, die EU solle eine wichtigere Rolle spielen (26%).

Im Vergleich zum Herbst 2000 ergibt sich eine positive Veränderung in Griechenland (+10), Schweden, Luxemburg, Dänemark (jeweils +7), Finnland (+6), den Niederlanden (+4), Deutschland und Österreich (jeweils +3). In Spanien und Belgien (den beiden Ländern, in denen, wie schon erwähnt, jetzt weniger Menschen glauben, die EU werde eine wichtigere Rolle spielen) stellen wir fest, dass die Menschen jetzt wesentlich häufiger wünschen, die EU solle die jetzige Rolle behalten (jeweils +11 und +9) und dass sie sich seltener eine wichtigere Rolle für die EU wünschen (jeweils -12 und -7). Ein ähnlicher Trend wurde in Portugal und Frankreich beobachtet. (Tabelle 3.9a)

Die Untersuchung der Haltung gegenüber der EU ergibt, dass diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten (61%), sich wesentlich häufiger eine wichtigere Rolle für die EU wünschen als diejenigen, die die Mitgliedschaft ablehnen (17%). 45% der letzteren Gruppe wünschen sich eine weniger wichtige Rolle für die EU in fünf Jahren. Auf demografischer Ebene stellen wir fest, dass die Ansicht, die EU solle eine weniger wichtige Rolle spielen, von weniger als zwei von zehn Menschen geteilt wird, unabhängig von Geschlecht, Alter, Berufsgruppe oder Länge der Ausbildung. (Tabelle 3.9b)

4. Beschlussfassung in der EU, Prioritäten und politische Schlüsselthemen

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse für Fragen analysiert, die die Meinung der Menschen über die Hauptaktivitäten der Europäischen Union messen. Das Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, welche der Aktivitäten nach Meinung der Öffentlichkeit gemeinsam auf EU Ebene entschieden werden sollten, welche der Aktivitäten sie als prioritär ansieht, und es untersucht, inwieweit die Öffentlichkeit einige der Schlüsselthemen unterstützt. In Kapitel 5 und 6 werden zwei dieser Schlüsselthemen – der Euro und die Erweiterung – im Detail behandelt.

4.1. Unterstützung der gemeinsamen Beschlussfassung auf EU Ebene

In einer Standardfrage werden die Teilnehmer gebeten anzugeben, ob Entscheidungen in 26 Gebieten, in denen die EU unterschiedlich große Entscheidungskompetenz hat, auf nationaler oder auf EU Ebene getroffen werden sollte. Es wurde zum ersten Mal ein weiterer Punkt, die Frage nach der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, zu der Liste hinzugefügt.

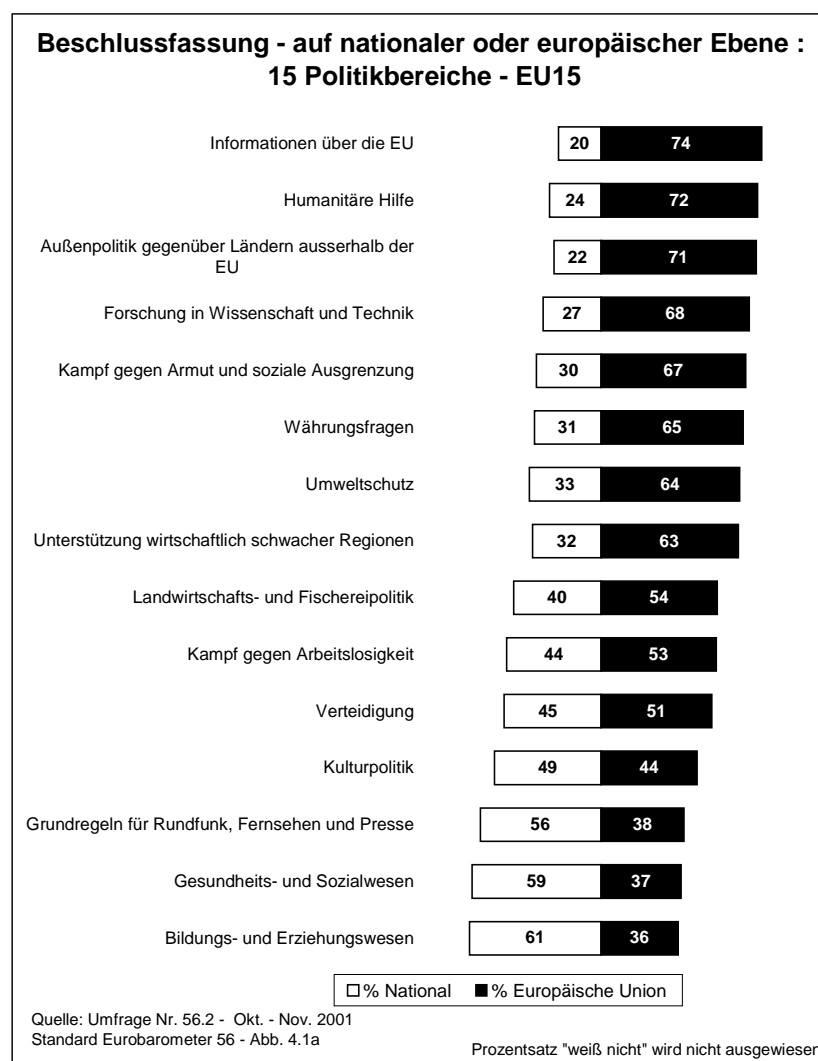
Im Durchschnitt unterstützen 57% der Öffentlichkeit die gemeinsame Beschlussfassung auf EU Ebene in diesen Gebieten, und sie wird in 18 der 26 Gebiete der nationalen Beschlussfassung vorgezogen.

| UNTERSTÜTZUNG DER GEMEINSAMEN BESCHLUSSFASSUNG AUF EU EBENE NACH LAND | | |
|--|---|--|
| Land | Durchschnittliche Unterstützung der EU Beschlussfassung (für 26 Gebiete, in %) | Anzahl der Gebiete, in denen die EU Beschlussfassung der nationalen Beschlussfassung vorgezogen wird |
| Italien | 67% | 23 |
| Griechenland | 67% | 23 |
| Spanien | 64% | 22 |
| Belgien | 60% | 18 |
| Frankreich | 57% | 18 |
| EU15 | 57% | 18 |
| Deutschland | 57% | 15 |
| Die Niederlande | 56% | 17 |
| Luxemburg | 56% | 15 |
| Irland | 51% | 14 |
| Österreich | 49% | 15 |
| Dänemark | 46% | 13 |
| Portugal | 46% | 12 |
| Vereinigtes Königreich | 45% | 11 |
| Schweden | 45% | 12 |
| Finnland | 41% | 12 |

In neun der 15 Mitgliedstaaten bevorzugt mehr als die Hälfte der Bevölkerung die gemeinsame Beschlussfassung auf EU Ebene in allen 26 in der Umfrage behandelten Bereichen. Die Unterstützung der EU Beschlussfassung ist am größten in Italien und Griechenland, wo sie in 23 der 26 Bereichen der nationalen Beschlussfassung vorgezogen wird. Die Menschen in Finnland bevorzugen im Durchschnitt die EU Beschlussfassung am seltensten, aber im Vereinigten Königreich ist die Anzahl der Bereiche, in denen die EU Beschlussfassung bevorzugt wird, geringer.

Unter Ausschluss der neuen Frage stellen wir fest, dass die Menschen in den meisten Ländern jetzt häufiger die gemeinsame Beschlussfassung bevorzugen als zur Zeit der letzten Umfrage im Herbst 2000, als die Frage zum letzten Mal gestellt wurde¹⁵.

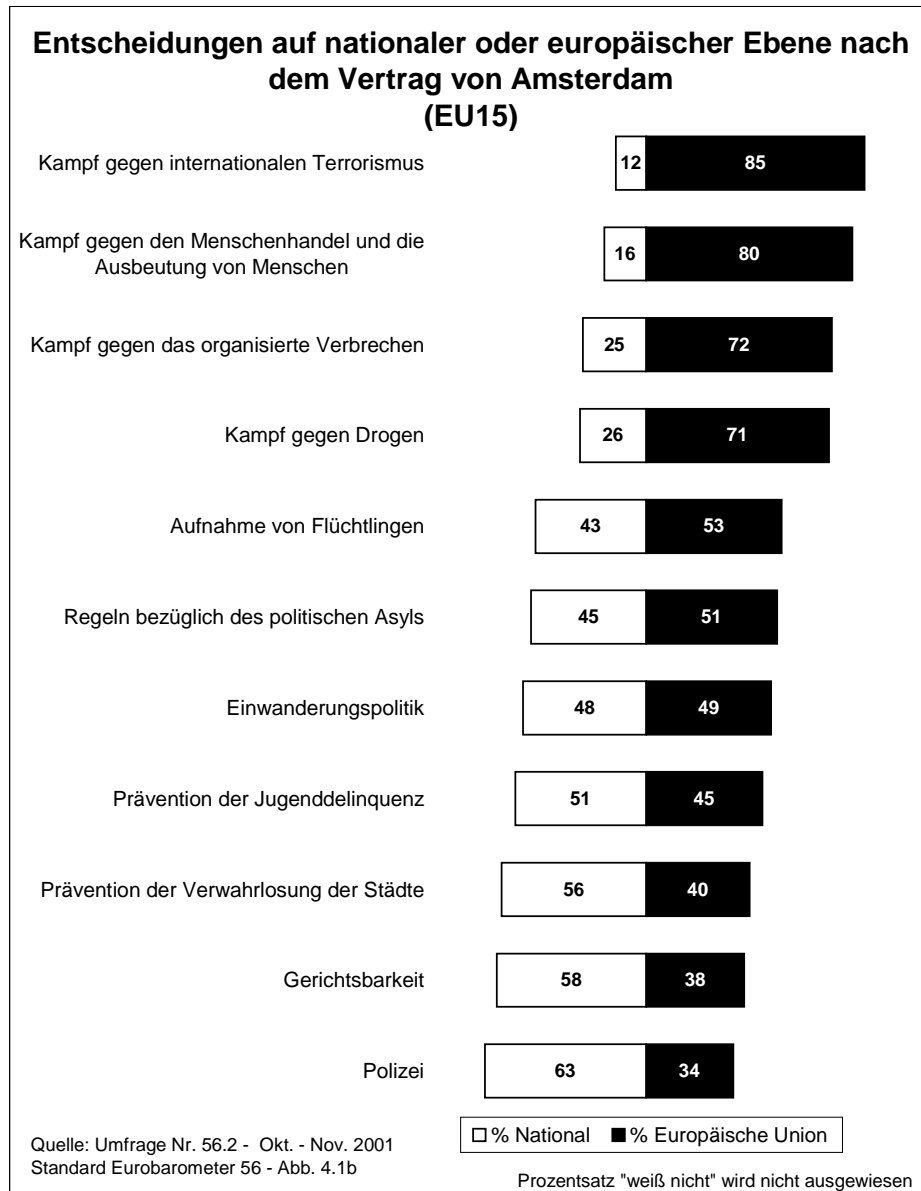
In der Umfrage ist die Frage in Politikbereiche, die den drei Pfeilern des Maastrichter Vertrages entsprechen, und einige neue Politikbereiche, von denen die meisten im Amsterdamer Vertrag und im Vertrag von Nizza enthalten sind, unterteilt. Wir betrachten zunächst die Haltung der Menschen gegenüber den Politikbereiche aus dem Maastrichter Vertrag.



Die Befürwortung für eine gemeinsame Beschlussfassung ist nach wie vor am größten im Bereich der Informationen über die EU, ihre Politik und Institutionen. Die nächsten vier Bereiche, für die die Öffentlichkeit die gemeinsame Beschlussfassung bevorzugt sind humanitäre Hilfe, Außenpolitik, Wissenschaft und Forschung und der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Die Befürwortung der gemeinsamen Beschlussfassung ist am geringsten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales, sowie bei den Grundrechten für die Medien.

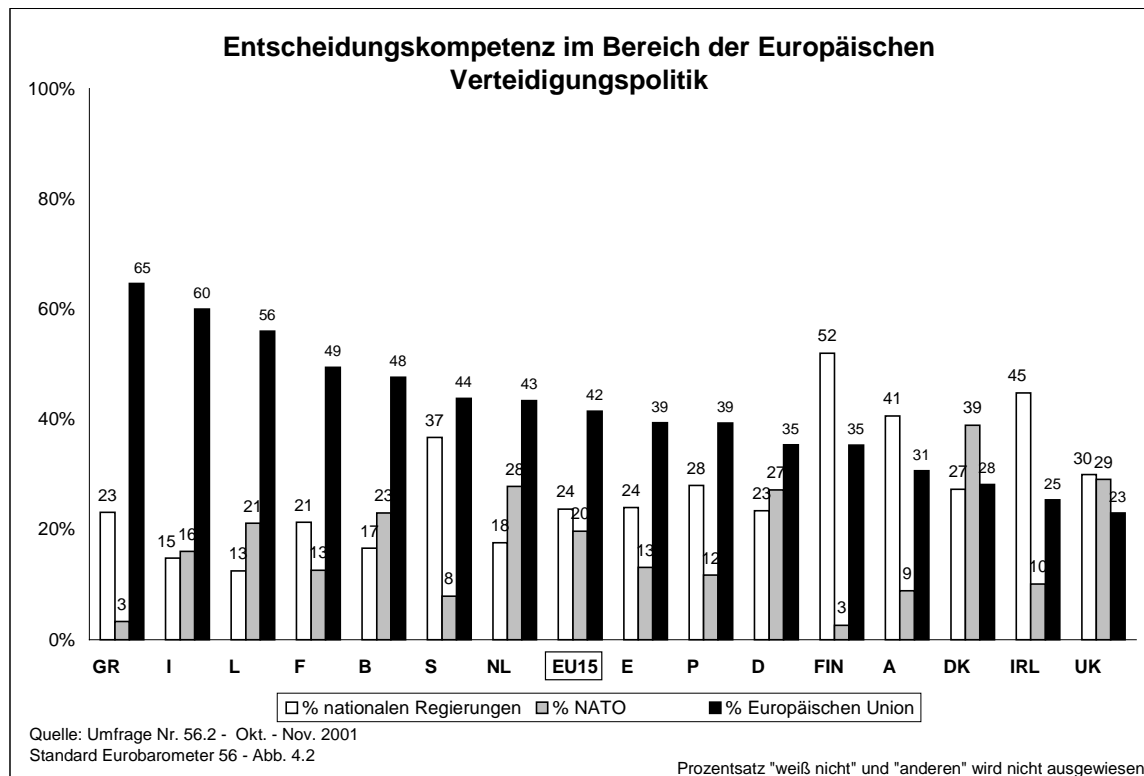
¹⁵ Im Herbst 2000 wurde in 15 von 25 Bereichen die EU Beschlussfassung der nationalen Beschlussfassung vorgezogen, und sie war durchschnittlich die bevorzugte Alternative von 52% der Befragten.

Im Folgenden betrachten wir die verbleibenden Bereiche und stellen fest, dass 85% der EU Bürger glauben, die EU und nicht die nationale Regierung sollte Entscheidungen über den Kampf gegen den internationalen Terrorismus treffen. In diesem Bereich bevorzugen die meisten Menschen die EU Beschlussfassung.



Was die anderen Politikbereiche aus dem Vertrag von Amsterdam betrifft, finden wir die größte Unterstützung für die gemeinsame Beschlussfassung in den Bereichen Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen, während die größte Unterstützung für die nationale Beschlussfassung in den Bereichen Polizei, Justiz/Gerichtsbarkeit und die Prävention urbaner Kriminalität/Prävention der Verwahrlosung der Städte zu finden ist. (Siehe auch Tabelle 4.1)

Auf die Frage, ob Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik auf nationaler Ebene, auf EU – Ebene oder von der NATO getroffen werden sollten, antworten bei weitem die meisten Befragten (42%), sie bevorzugten die EU. Nur 20% sind der Meinung, die NATO sollte Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik treffen, und 24% sind der Ansicht, die nationalen Regierungen sollten dafür zuständig sein.



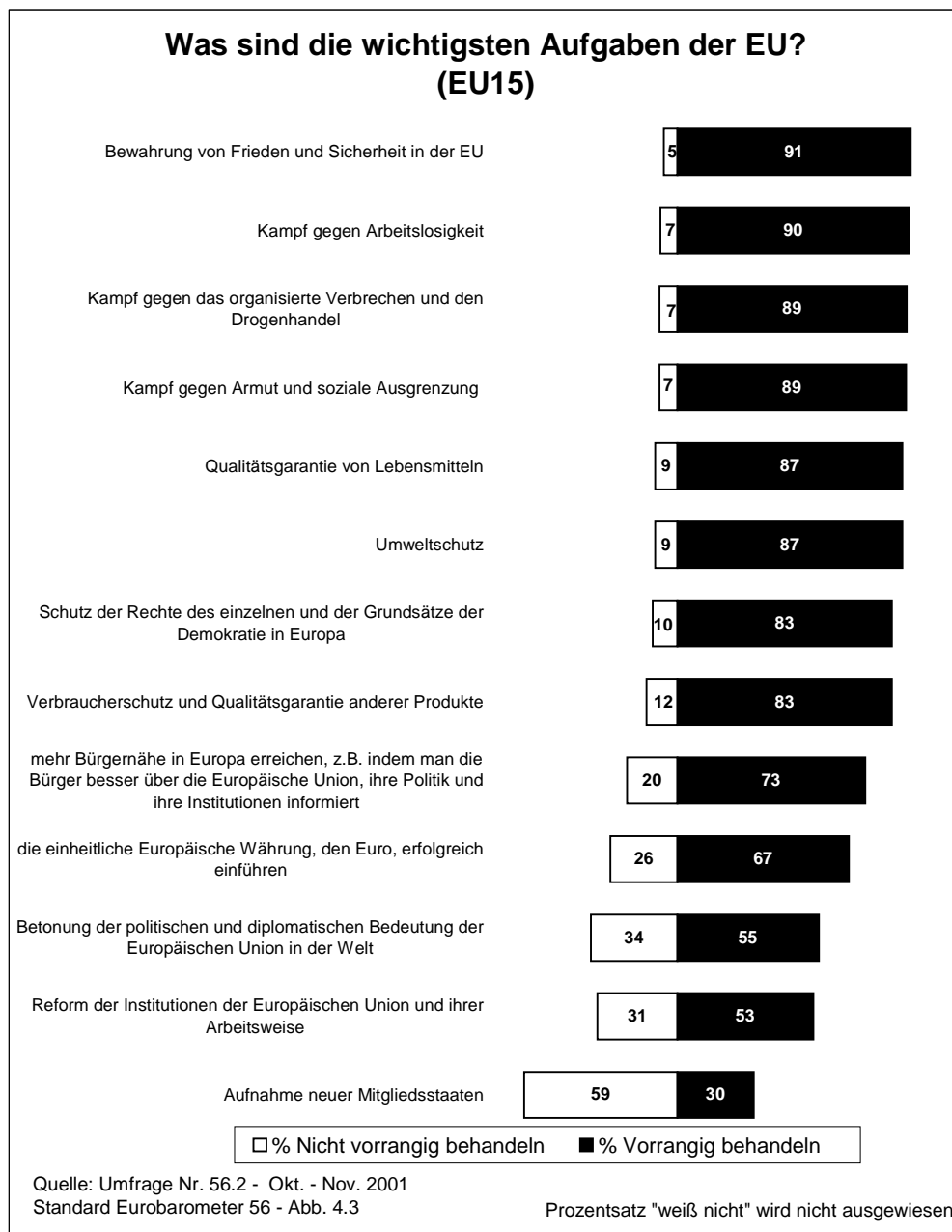
Die Länderergebnisse zeigen, dass die Menschen in Griechenland am ehesten der Ansicht sind, die Europäische Union sollte die Entscheidungskompetenz in diesem Bereich haben (65%), gefolgt von Italien (60%) und Luxemburg (56%). Auch in Frankreich, Belgien, Schweden, den Niederlanden, Spanien, Portugal und Deutschland wird die EU als beschlussfassende Instanz bevorzugt. In Finnland sind 52% der Menschen der Meinung, Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik sollten von den nationalen Regierungen getroffen werden, während 35% glauben, sie sollten von der Europäischen Union getroffen werden. Nur 3% glauben, die NATO sollte hier zuständig sein. In Irland (45%) und Österreich (41%) ist die Öffentlichkeit ebenfalls der Ansicht, diese Entscheidungen sollten von den nationalen Regierungen getroffen werden, während die Menschen im Vereinigten Königreich zu gleichen Teilen glauben, die nationalen Regierungen (30%) oder die NATO (29%) sollten diese Entscheidungen treffen. In Dänemark glaubt die Mehrheit der Menschen, die Entscheidungskompetenz sollte in diesem Bereich bei der NATO liegen (39%). (Tabelle 4.2)

4.2. Haltung gegenüber den Prioritäten der EU

Seit vielen Jahren enthält das Eurobarometer eine Frage, die untersucht, inwieweit die Öffentlichkeit die Aktivitäten der EU als prioritär ansieht¹⁶.

Angeht es um den Krieg, der zur Zeit der Umfrage von den Vereinigten Staaten und deren Verbündeten in Afghanistan geführt wurde, um das Terroristennetz zu zerstören, das für die Angriffe auf Amerika am 11. September verantwortlich sein soll, ist es keine Überraschung, dass die EU Bürger mit 91% am ehesten der Ansicht sind, der Erhalt von Frieden und Sicherheit in Europa sollte eine Priorität der Europäischen Union sein. Es gibt jedoch noch viele andere Themen, die nach Meinung einer großen Mehrheit der EU Bürger Prioritätscharakter haben. Zum Beispiel sind 90% der Ansicht, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sollte eine Priorität der EU sein und 89% glauben dies im Bereich des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen und Drogenhandel, sowie im Bereich des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Für 87% der EU Bürger sind die Qualitätsgarantie von Nahrungsmitteln und der Umweltschutz ebenfalls Themen, die die EU prioritär behandeln sollte.

¹⁶ Eine Beschreibung des Arbeitsprogramms der Kommission für das Jahr 2001 finden Sie unter http://www.europa.eu.int/comm/off/work_programme/index_de.htm.

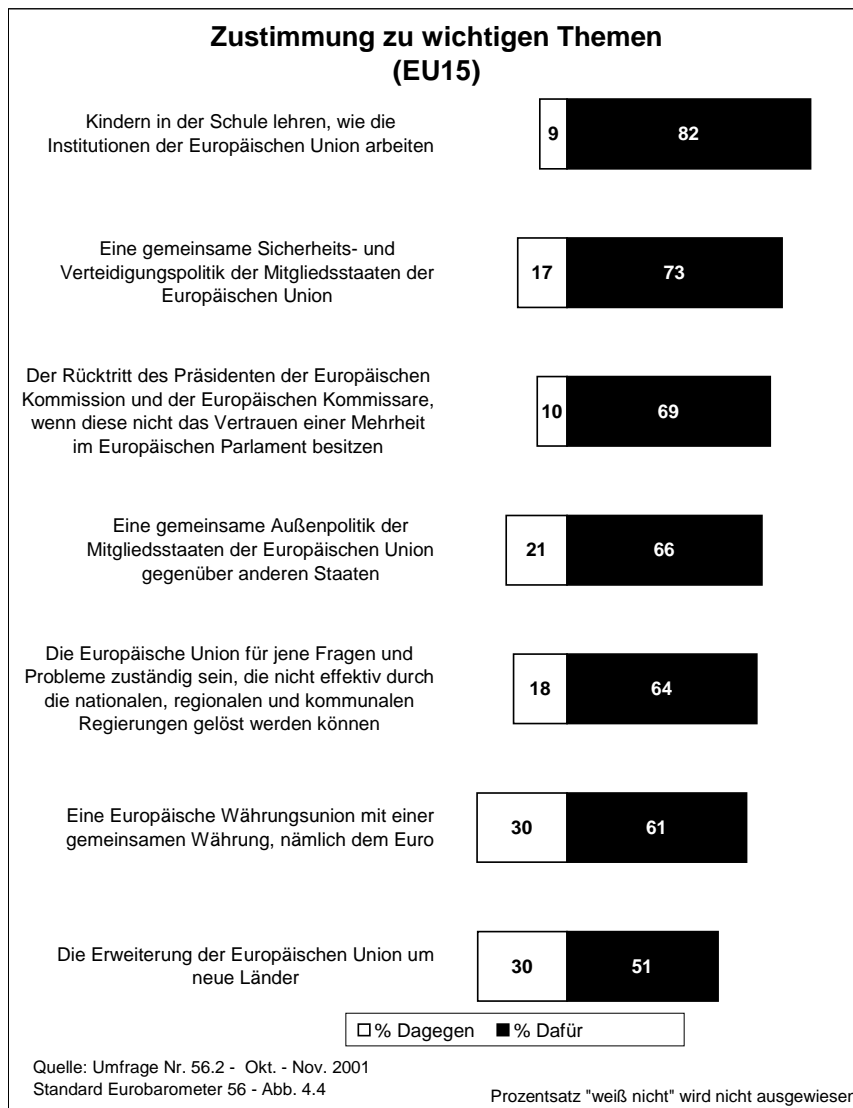


Die folgende Tabelle zeigt die drei wichtigsten Prioritäten für die Europäische Union in jedem Mitgliedsstaat. **Der Erhalt von Frieden und Sicherheit in Europa** steht in sechs der 15 Mitgliedsstaaten an erster Stelle, in fünf weiteren steht er an zweiter Stelle und in drei weiteren steht er an dritter Stelle. Portugal ist das einzige Land, in dem dieses Thema nicht unter den ersten drei zu finden ist, es wird aber dennoch als Priorität für die Europäische Union als Ganzes betrachtet (93%). **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit** steht in fünf Ländern an erster Stelle, in zwei weiteren an zweiter Stelle und in zwei weiteren an dritter Stelle. Im Vereinigten Königreich, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Luxemburg und Schweden kommt es nicht unter die ersten drei. **Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel** steht in Schweden, Irland und Belgien an erster Stelle, in Finnland und dem Vereinigten Königreich an zweiter Stelle und in sechs weiteren Ländern an dritter Stelle. In Deutschland, Spanien, Italien und Griechenland erreicht er nicht die ersten drei Plätze. **Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung** ist in Griechenland, Portugal, den Niederlanden, Spanien und Deutschland eine der wichtigsten Prioritäten. **Der Umweltschutz** steht in Dänemark an erster Stelle, in Schweden an zweiter und in Finnland und im Vereinigten Königreich an dritter Stelle. **Die Qualitätsgarantie von Nahrungsmitteln** kommt in Luxemburg und Italien unter die ersten drei. (Siehe auch Tabelle 4.3)

| DIE DREI WICHTIGSTEN PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION (IN %, NACH MITGLIEDSSTAAT) | | | |
|--|----|---------------------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Kampf gegen Verbrechen & Drogen | 90 | Frieden und Sicherheit | 97 |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 90 | Qualitätsgarantie von Nahrungsmitteln | 95 |
| Frieden und Sicherheit | 87 | Kampf gegen Verbrechen & Drogen | 95 |
| Dänemark | | Die Niederlande | |
| Umweltschutz | 95 | Frieden und Sicherheit | 92 |
| Frieden und Sicherheit | 94 | Armut und soziale Ausgrenzung | 92 |
| Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 94 | Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 90 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 89 | Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 88 |
| Frieden und Sicherheit | 89 | Frieden und Sicherheit | 85 |
| Armut und soziale Ausgrenzung | 87 | Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 85 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 97 | Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 95 |
| Armut und soziale Ausgrenzung | 96 | Armut und soziale Ausgrenzung | 93 |
| Frieden und Sicherheit | 96 | Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 93 |
| Spanien | | Finnland | |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 92 | Frieden und Sicherheit | 91 |
| Frieden und Sicherheit | 92 | Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 89 |
| Armut und soziale Ausgrenzung | 90 | Umweltschutz | 86 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Frieden und Sicherheit | 94 | Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 97 |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 94 | Umweltschutz | 97 |
| Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 93 | Frieden und Sicherheit | 96 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 93 | Frieden und Sicherheit | 86 |
| Frieden und Sicherheit | 92 | Kampf gegen Verbrechen und Drogen | 86 |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 92 | Umweltschutz | 85 |
| Italien | | | |
| Frieden und Sicherheit | 92 | | |
| Qualitätsgarantie von Nahrungsmitteln | 92 | | |
| Kampf gegen Arbeitslosigkeit | 91 | | |

4.3. Unterstützung für Schlüsselthemen

Ein Standardbestandteil der Umfrage ist die Untersuchung der öffentlichen Meinung zu einer Reihe von Schlüsselthemen der Europäischen Union. Einige der Themen sind ganz klar politischer Natur, während andere die demokratischen Prozesse, die die Funktionsweise der Europäischen Union bestimmen, betreffen.



Die Untersuchung der vier Punkte, die die aktuelle Politik betreffen, zeigt:

- 73% der EU Bürger befürworten eine **gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den EU Mitgliedsstaaten**. Die Unterstützung ist am größten in Luxemburg (89%), Italien (85%), Belgien und Griechenland (jeweils 81%). Die größte Anzahl von Gegnern finden wir in Finnland (44%).
- Die Unterstützung für eine **gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** liegt bei zwei von drei EU Bürgern. Die Unterstützung ist am größten in Luxemburg, Griechenland (jeweils 81%) und Italien (80%), während wir in Finnland (36%), dem Vereinigten Königreich, Schweden (jeweils 35%) und Dänemark (32%) am meisten Gegner einer gemeinsamen Außenpolitik finden.
- In den letzten Monaten vor der Einführung des Euro Bargeldes befürworten 68% der Menschen in den 12 Ländern der Eurozone die **Europäische Währungsunion mit einer Einheitswährung**, während in den drei Ländern außerhalb der Eurozone (Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich) nur 32% diese Ansicht teilen¹⁷.
- Mehr als die Hälfte der EU Bürger (51%) sind für die **Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder**¹⁸.

¹⁷ Kapitel 5 bietet eine detaillierte Analyse der öffentlichen Meinung zur Einheitswährung.

¹⁸ Kapitel 6 bietet eine detaillierte Analyse der öffentlichen Meinung zur Erweiterung.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittliche Unterstützung der vier politischen Themen für jeden Mitgliedsstaat.

| DURCHSCHNITTLICHE UNTERSTÜTZUNG DER 4 THEMEN ZUR AKTUELLEN POLITIK IN %, NACH LÄNDERN | |
|--|---------------------------------|
| Land | Durchschnittliche Unterstützung |
| Griechenland | 78 |
| Luxemburg | 76 |
| Italien | 76 |
| Die Niederlande | 71 |
| Belgien | 69 |
| Spanien | 69 |
| Deutschland | 65 |
| Portugal | 64 |
| EU15 | 63 |
| Dänemark | 61 |
| Frankreich | 60 |
| Irland | 60 |
| Österreich | 59 |
| Schweden | 57 |
| Finnland | 51 |
| Vereinigtes Königreich | 40 |

Wie man sehen kann, unterstützen die Menschen in Griechenland, Luxemburg und Italien am häufigsten die aktuelle Politik der EU, während die meisten Gegner im Vereinigten Königreich zu finden sind¹⁹.

Wenn wir die anderen in dieser Frage behandelten Punkte betrachten, sehen wir, dass:

- Die Mehrheit der EU Bürger befürwortet die **Aufnahme der Funktionsweise der Europäischen Union in den Lehrpläne der Schulen**, wobei die Werte von 66% im Vereinigten Königreich bis zu 92% in Schweden reichen.
- Beinahe sieben von zehn EU Bürgern sind für den **Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Kommissare für den Fall, dass sie keine mehrheitliche Unterstützung von Seiten des Europäischen Parlamentes haben**. Die Werte reichen von 54% im Vereinigten Königreich bis zu 82% in Finnland.
- 64% der EU Bürger befürworten, dass die **Europäische Union in Bereichen, die nicht effektiv von den nationalen, regionalen und kommunalen Regierungen ausgeführt werden können**, verantwortlich ist, wobei die Werte von 49% im Vereinigten Königreich bis zu 76% in Griechenland reichen.

¹⁹ Das Vereinigte Königreich zeigt den höchsten Prozentsatz an "weiß nicht"-Antworten, die zu diesen niedrigen Prozentsätzen für Befürwortung geführt haben und die in allen Bereichen von nicht mehr als durchschnittlichen Prozentsätzen für Ablehnung begleitet werden.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittliche Unterstützung für diese drei Punkte für jeden Mitgliedsstaat.

| DURCHSCHNITTliche UNTERSTÜTZUNG IN %, NACH LÄNDERN | |
|---|---------------------------------|
| Land | Durchschnittliche Unterstützung |
| Luxemburg | 81 |
| Griechenland | 79 |
| Finnland | 78 |
| Italien | 78 |
| Dänemark | 77 |
| Die Niederlande | 77 |
| Schweden | 77 |
| Belgien | 75 |
| Deutschland | 75 |
| Irland | 73 |
| Österreich | 73 |
| Frankreich | 72 |
| EU15 | 72 |
| Spanien | 70 |
| Portugal | 68 |
| Vereinigtes Königreich | 56 |

Wie man sehen kann, unterscheidet sich die Rangfolge der Länder für diese drei Punkte sehr von der Rangfolge für die vier politischen Themen, obwohl Luxemburg und Griechenland wieder die oberen Plätze belegen. Finnland, Dänemark und Schweden stehen jetzt jedoch wesentlich weiter oben auf der Liste. Die niedrige durchschnittliche Unterstützung im Vereinigten Königreich, und bis zu einem gewissen Grad in Portugal und Spanien, hängt wiederum mit der Erklärung in Fußnote 19 zusammen. (Siehe auch Tabelle 4.4)

5. Der Euro

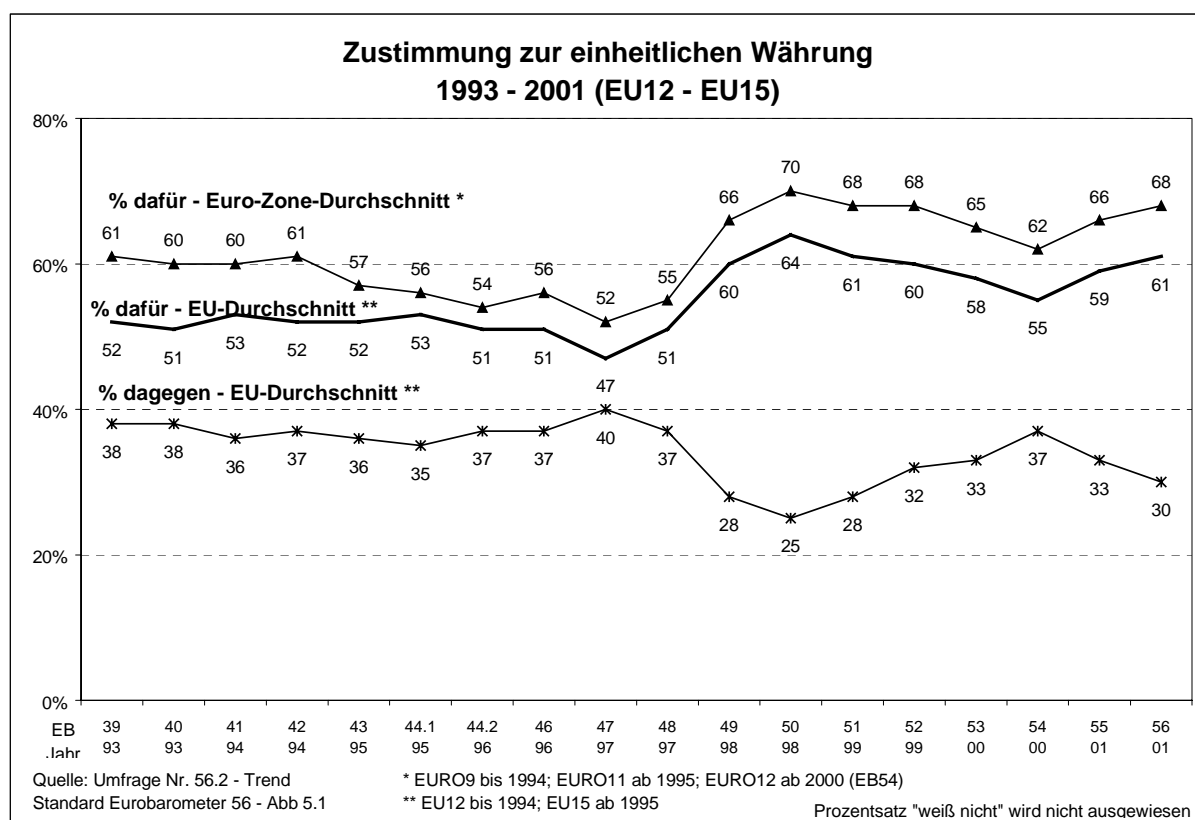
Die Umfrage wurde drei Monate vor der Einführung des Euro Bargeldes in den 12 Mitgliedsstaaten der Eurozone durchgeführt²⁰. Das Kapitel untersucht die Unterstützung für den Euro in den Ländern der Eurozone und in den drei Ländern, die den Euro nicht eingeführt haben. Das Kapitel analysiert außerdem, wie sich die Menschen im Umgang mit dem Euro fühlen, inwieweit sie informiert sind und ob sie Informationen erhalten haben. Es berichtet auch über die Ergebnisse eines Katalogs von Punkten, die die unterschwelligen Einstellungen der Menschen zum Euro messen.

5.1. Unterstützung für die Einheitswährung

Die Ergebnisse des Eurobarometers aus dem Herbst 2001 zeigen, dass 61% der EU Bürger die Europäische Einheitswährung, den Euro, unterstützen, dass 30% der EU Bürger dagegen sind und dass 9% dazu keine Meinung haben. Die Unterstützung für den Euro ist in den "EURO 12" Ländern wesentlich größer als in den "pre-in" Ländern (68% zu 32%).

In der Umfrage vom Herbst 2001 wurde die Frage nach der Unterstützung für den Euro umformuliert. Die alte Fragestellung war: "Es muss eine europäische Einheitswährung, den Euro, geben". Es gibt jedoch keinen Hinweis darauf, dass diese Umformulierung Land für Land die Antworten der Menschen beeinflusst hätte. Daher ergibt der Vergleich der Ergebnisse aus dem Herbst 2001 mit vorhergehenden Ergebnissen, wenn man ihn auch mit Vorsicht anstellen muss, eine kleine Verbesserung in der Unterstützung für den Euro.

Das folgende Diagramm zeigt, wie sich die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Euro entwickelt hat, seit das Eurobarometer dies im Jahre 1993 zum ersten Mal gemessen hat.

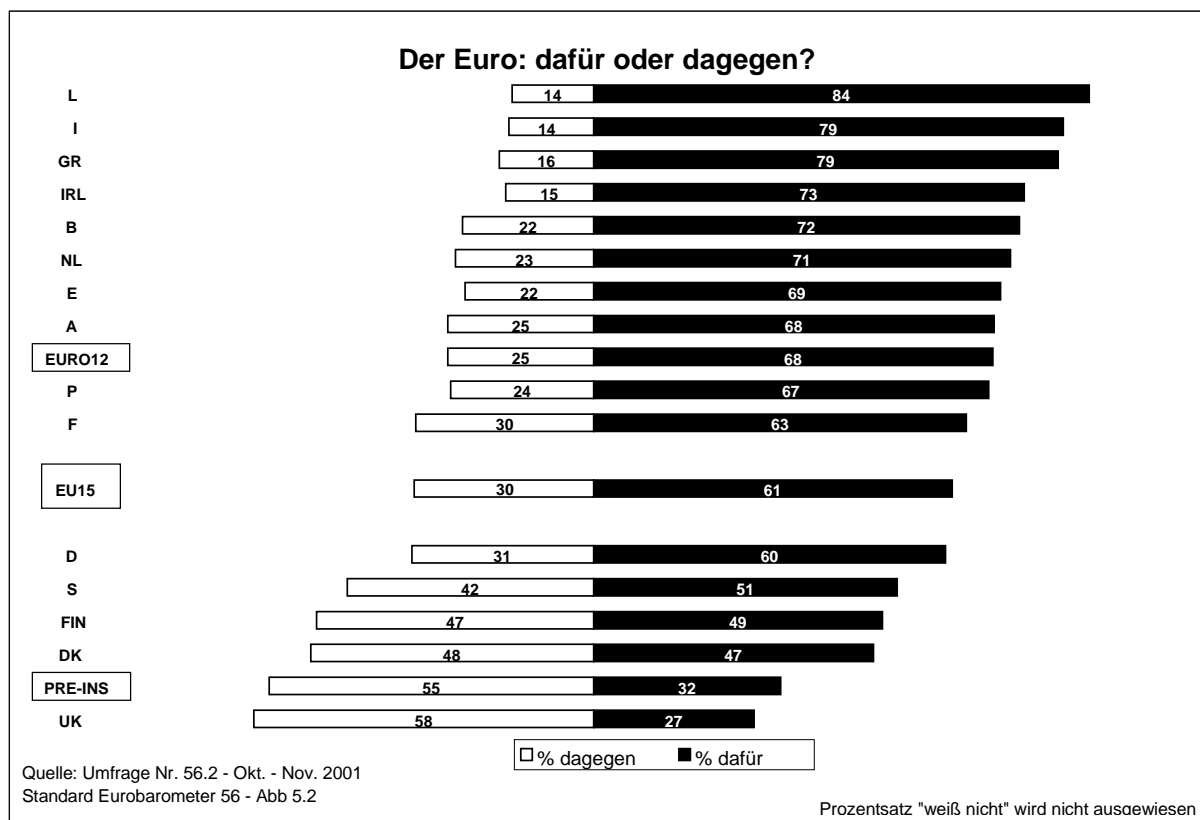


²⁰ Diese Ländern sind Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Für den Rest dieses Berichts werden wir diese Gruppe als "EURO 12" Länder bezeichnen. Die drei Länder außerhalb der Eurozone sind Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich. Wir bezeichnen sie als "pre-in" Länder.

Wie man sehen kann, erreichte die Unterstützung für den Euro im Herbst 1998, kurz vor seiner Einführung am 1. Januar 1999, mit 64% ein Hoch. Im Herbst 2000, fiel die Unterstützung auf 55%, sie hat sich jedoch seitdem bis auf den aktuellen Stand von 61% ständig erhöht. Die Ablehnung des Euro ist jetzt drei Prozentpunkte niedriger als im Frühjahr 2001 und sieben Prozentpunkte niedriger als im Herbst 2000.

In den "EURO 12" Ländern ist die Unterstützung in Luxemburg (84%) am größten, gefolgt von Italien, Griechenland (jeweils 79%), Irland (73%), Belgien (72%) und den Niederlanden (71%). In Finnland ist die öffentliche Meinung geteilt, wobei 49% für den Euro und 47% gegen ihn sind.

Im Vergleich zum Frühjahr 2001 hat sich die Unterstützung der Öffentlichkeit in Österreich (+9), Portugal (+8), Griechenland, Deutschland (jeweils +7), den Niederlanden (+5) und Luxemburg (+3) verbessert, während sie sich in Frankreich, Italien (jeweils -4) und Belgien (-3) verschlechtert hat. In den restlichen vier Ländern wurde keine bedeutende Veränderung gemessen.



Von den "pre-in" Ländern unterstützen mehr als die Hälfte der Menschen in Schweden den Euro (51%), was eine starke Veränderung der öffentlichen Meinung seit dem Frühjahr 2001 bedeutet, als nur 29% den Euro unterstützten. Auch in Dänemark hat sich die Unterstützung deutlich verbessert (wobei der Anteil der Befürworter um 7 Prozentpunkte gestiegen ist, während der Anteil der Gegner um 8 Prozentpunkte gefallen ist). Obwohl jetzt 47% der Dänen für den Euro sind, bleibt die öffentliche Meinung nach wie vor geteilt. Im Vereinigten Königreich ist sie weiterhin hauptsächlich gegen den Euro, wobei 27% für und 58% gegen ihn sind. (Tabelle 5.1a)

Unter den verschiedenen demografischen Gruppen in der Bevölkerung ist die Unterstützung für den Euro unter denjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, am größten (73%), gefolgt von Selbständigen (72%), Studenten (71%) und Führungskräften (70%). Am meisten Gegner finden wir unter den Arbeitslosen (41%), während jedoch in allen soziodemografischen Gruppen mehr Befürworter als Gegner des Euro zu finden sind.

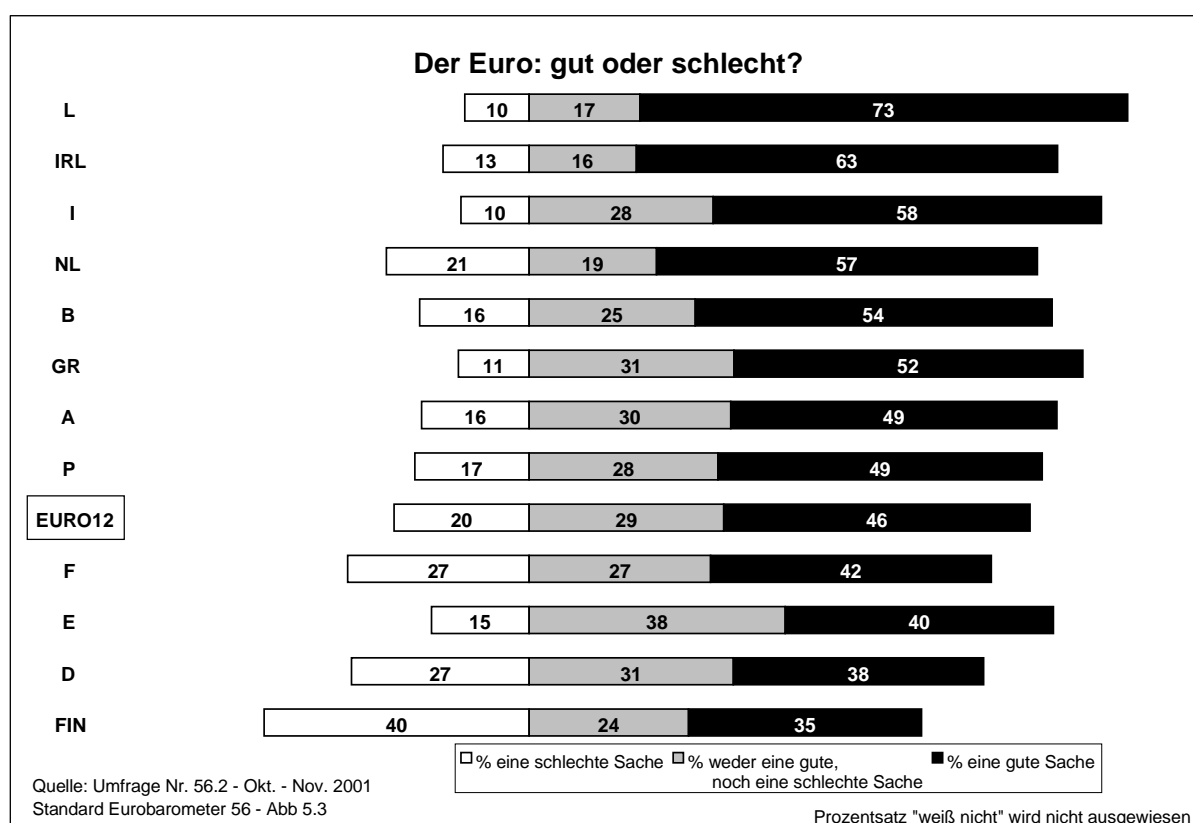
Bei der Analyse der Einstellungen stellen wir fest, dass die Kluft zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten (81%) und denjenigen, die sie ablehnen (19%), weiterhin sehr groß ist. (Tabelle 5.1b)

Die Umfrage beinhaltet auch die folgende neue Frage nach der Unterstützung des Euro. Sie wurde nur in den 12 Ländern der Eurozone gestellt.

“Am 1. Januar 2002 wird die Nationalwährung durch den Euro ersetzt. Denken Sie, dies ist eine sehr gute Sache, eine ziemlich gute Sache, weder eine gute noch eine schlechte Sache, eine ziemlich schlechte Sache oder eine sehr schlechte Sache?”

Die Verteilung der Antworten zu dieser neuen Frage unterscheidet sich sehr von der traditionellen Frage nach der Unterstützung, weil den Befragten mehr Antwortmöglichkeiten gegeben werden, während die traditionelle Frage nach der Unterstützung sie zwingt, zwischen der Befürwortung und der Ablehnung der Einheitswährung zu wählen. Wir stellen also fest, dass auf die neue Frage 46% der Befragten in den “EURO 12” Ländern glauben, der Ersatz der Nationalwährung durch den Euro sei eine gute Sache, 29% denken, er sei weder gut noch schlecht und 20% sehen ihn als eine schlechte Sache an.

Ein weiterer Faktor, der zum Abfall der vollkommen positiven Einstellungen zum Euro beigetragen haben könnte, liegt in der Formulierung der Frage, die speziell erwähnt, dass der Euro die Nationalwährungen ersetzen wird. Dies ändert den Kontext, in dem die Befragten über den Euro denken, ganz erheblich.



Wie das oben stehende Diagramm zeigt, betrachten die Menschen in Luxemburg den Euro am häufigsten als eine gute Sache (73%), gefolgt von den Menschen in Irland (63%), Italien (58%) und den Niederlanden (57%). Mehr als die Hälfte der Menschen in Belgien und Griechenland betrachten ihn ebenfalls als eine gute Sache. In jedem einzelnen Land außer Finnland ist diese Gruppe erheblich größer als die Gruppe, die den Euro als eine schlechte Sache ansieht. Diese Ansicht wird von weniger als 2 von 10 Menschen in 8 der 12 Länder der Eurozone geteilt. In den Niederlanden glauben 21%, der Euro sei eine schlechte Sache und in Deutschland und Frankreich sind 27% dieser Ansicht. In Finnland glauben 40% der Menschen, der Euro sei eine schlechte Sache, verglichen mit 35%, die ihn für eine gute Sache halten. (Tabelle 5.2a)

Die folgende Tabelle zeigt, dass trotz der durch die neue Frage gemessenen geringeren Unterstützung, die Rangfolge der Länder derjenigen bei der traditionellen Frage nach der Unterstützung ziemlich ähnlich ist.

| UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN EURO NACH LÄNDERN | | |
|--|-----------|--------------|
| Land | % dafür | % gute Sache |
| Luxemburg | 84 | 73 (1) |
| Italien | 79 | 58 (3) |
| Griechenland | 79 | 52 (6) |
| Irland | 73 | 63 (2) |
| Belgien | 72 | 54 (5) |
| Die Niederlande | 71 | 57 (4) |
| Spanien | 69 | 40 (10) |
| Österreich | 68 | 49 (7) |
| EU12 | 68 | 46 |
| Portugal | 67 | 49 (8) |
| Frankreich | 63 | 42 (9) |
| Deutschland | 60 | 38 (11) |
| Finnland | 49 | 35 (12) |

Die Überkreuztabellierung dieser beiden Fragen zeigt weiterhin, wie sehr sie miteinander verbunden sind, da 64% derjenigen, die den Euro befürworten, ihn als eine gute Sache ansehen, verglichen mit nur 7% derjenigen, die ihn ablehnen. Genauso betrachten 63% derjenigen, die den Euro ablehnen, ihn als eine schlechte Sache, verglichen mit nur 5% derjenigen, die den Euro im Prinzip befürworten.

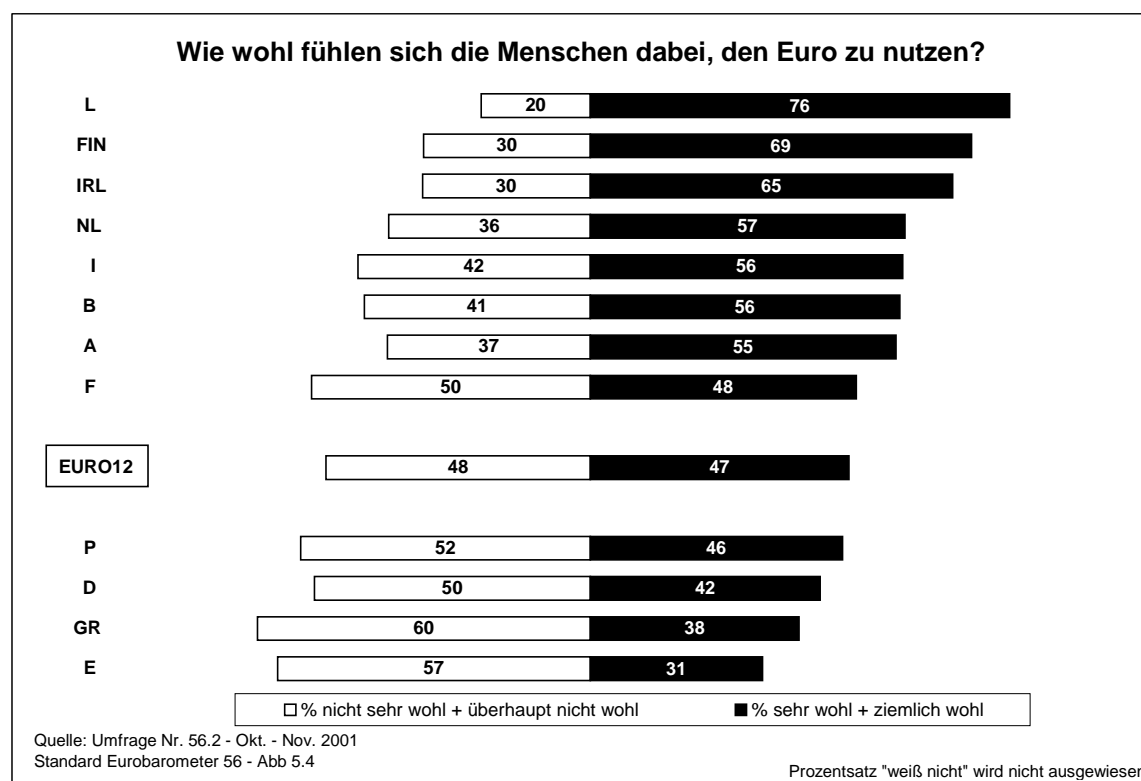
Die demografische Analyse zeigt, dass Männer deutlich häufiger glauben, der Austausch der Nationalwährungen gegen den Euro sei eine gute Sache, als Frauen (53% zu 40%). Die Analyse zeigt auch die Altersabhängigkeit, wobei Menschen im Alter von 55 Jahren und älter wesentlich seltener den Euro befürworten (39%) als jüngere Menschen (49%). Das Alter, in dem die Menschen die Vollzeitausbildung abgeschlossen haben, ist ebenfalls bestimmend: 58% derjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Schule geblieben sind glauben, der Euro sei eine gute Sache, verglichen mit nur 34% derjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben. (Tabelle 5.2b)

5.2. Einstellungen zum Euro

Eine weitere neue Frage, die auch nur den Teilnehmern in den 12 Ländern der Eurozone gestellt wurde, misst, wie sicher sich die Menschen im Umgang mit dem Euro fühlen.

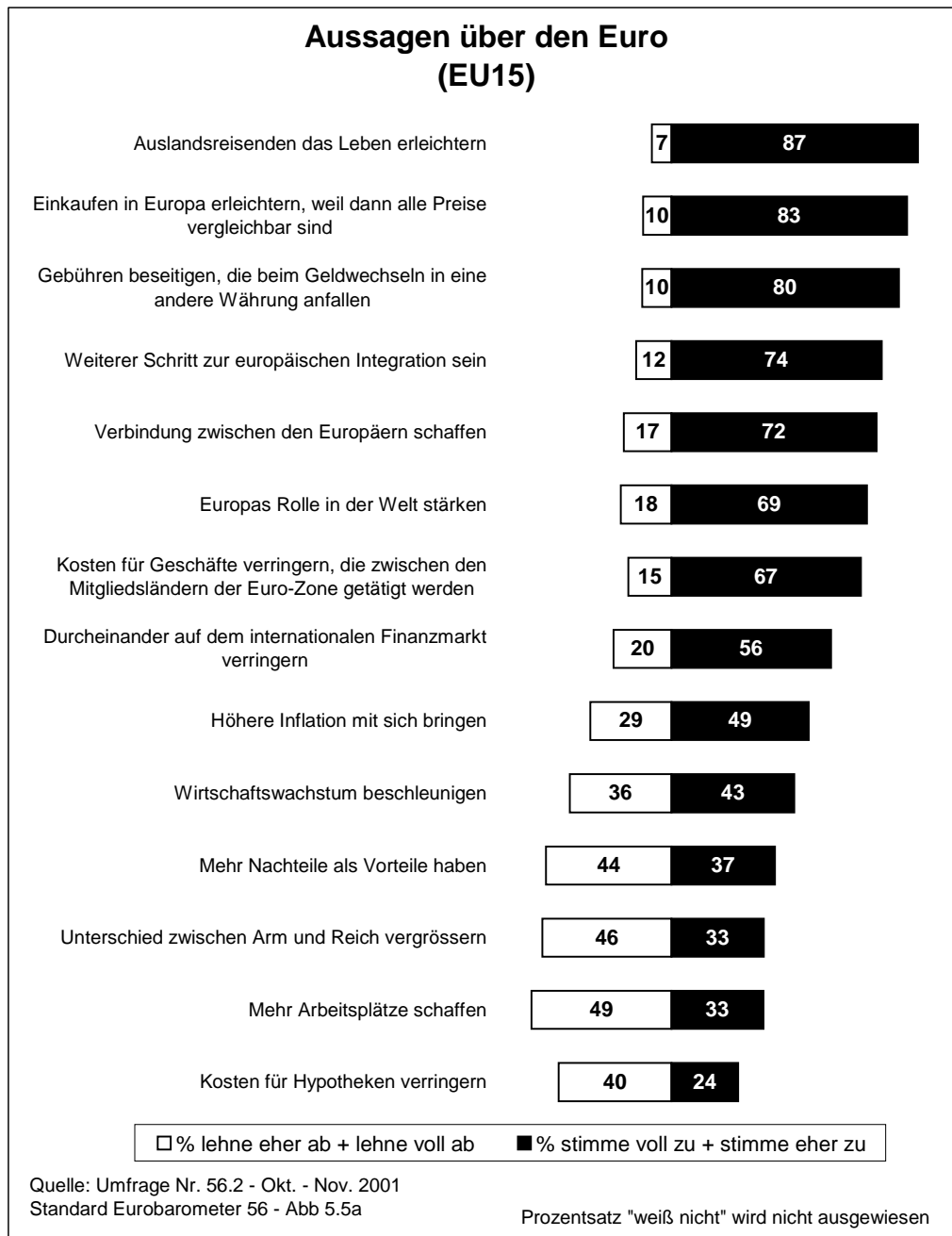
Wie das unten stehende Diagramm zeigt, fühlen sich 3 von 4 Menschen in Luxemburg sicher im Umgang mit dem Euro. Finnland steht an zweiter Stelle (69%), trotz der Tatsache, dass die Unterstützung in diesem Land am niedrigsten ausfällt. In Spanien und Griechenland fühlen sich die Menschen wesentlich weniger sicher, wobei 60% der Griechen angeben, sie fühlten sich nicht sehr sicher oder überhaupt nicht sicher. In Spanien liegt diese Ziffer bei 57%, aber weitere 12% haben dazu keine Meinung, was als solches nicht gerade eine Sicherheitserklärung darstellt. (Siehe auch Tabelle 5.3a)

Es gibt deutliche Unterschiede zwischen denjenigen, die den Euro befürworten und denjenigen, die ihn ablehnen. Unter denjenigen, die ihn befürworten, fühlen sich 61% sicher, verglichen mit nur 15% derjenigen, die ihn ablehnen.



Die demografische Analyse zeigt, dass 55% der Männer sich im Umgang mit dem Euro sicher fühlen, verglichen mit nur 39% der Frauen. Dies könnte zum Teil erklären, warum Frauen den Euro seltener als eine gute Sache ansehen. Die Altersabhängigkeit ist ganz klar zu finden, wobei nur 39% der Menschen im Alter von 55 Jahren oder älter sich sicher fühlen, verglichen mit 50% der jüngeren Leute. In Bezug auf den Bildungsstand stellen wir fest, dass diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, sich zweimal so häufig sicher fühlen wie diejenigen, die die Schule vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben (62% zu 31%). Unter den verschiedenen Berufsgruppen gibt es genauso große Unterschiede: 66% der Führungskräfte fühlen sich im Umgang mit dem Euro sicher, während nur 33% der Arbeitslosen sich sicher fühlen. (Tabelle 5.3b)

Die Umfrage beinhaltet auch eine Katalog von Aussagen, denen die Befragten vollkommen zustimmen, etwas zustimmen, die sie etwas ablehnen oder vollkommen ablehnen konnten. Das Ziel dieser Aussagen war es, ein besseres Verständnis von den unterschwelligsten Einstellungen der Menschen zum Euro zu bekommen.

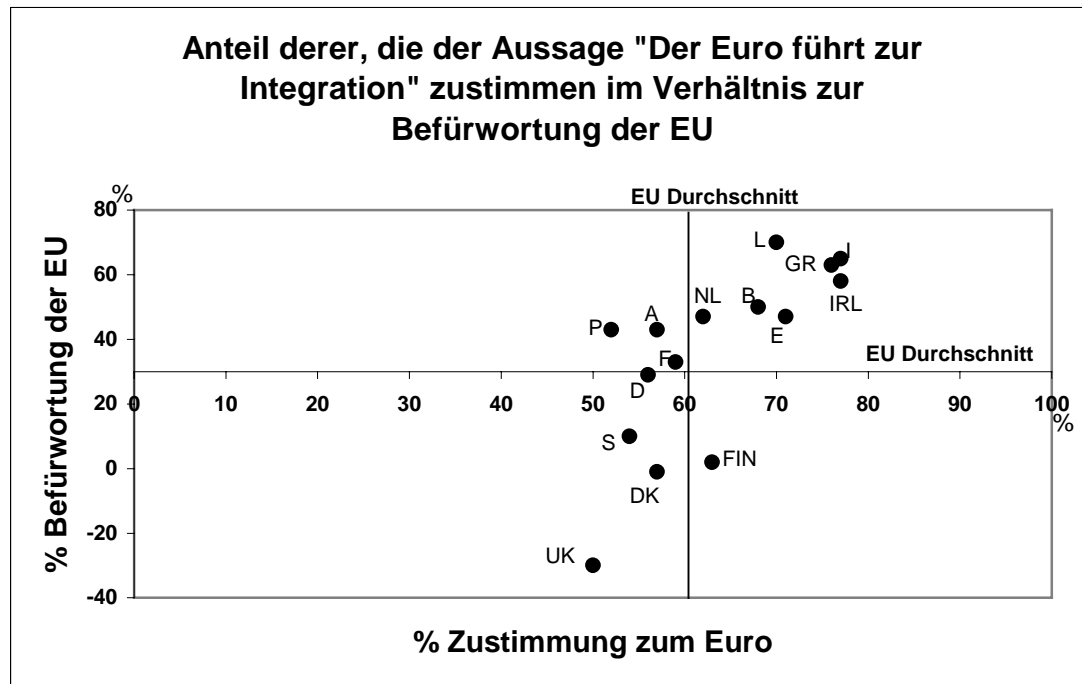


Insgesamt neigt die Öffentlichkeit der EU eher dazu, im Euro Vorteile zu sehen, als Nachteile, wobei 44% der Aussage, der Euro werde mehr Nachteile als Vorteile bringen, nicht zustimmen, und 37% ihr zustimmen.

Die praktischen Folgen des Euro werden weitgehend als ein Vorteil angesehen und nicht als ein Nachteil. Die Ergebnisse zeigen, dass eine große Mehrheit der EU Bürger der Aussage, der Euro werde das Leben derjenigen, die grenzüberschreitend reisen, leichter machen, zustimmt (87%). Auch den Aussagen, dass es einfacher werde, in ganz Europa einzukaufen, da die Preise vergleichbar werden (83%) und dass der Euro die Gebühren für den Geldumtausch eliminieren werde (80%), stimmt eine große Mehrheit zu.

Für drei von vier EU Bürgern bedeutet der Euro einen Schritt nach vorn in der europäischen Integration. Um die Relevanz dieser Ergebnisse besser zu verstehen, haben wir den Gesamtanteil der „stimme nicht zu“ Antworten vom Gesamtanteil der „stimme zu“ Antworten in jedem Land abgezogen, um die Nettostimmung für jedes Land zu erhalten. Dann haben wir diese Nettostimmung mit der Nettounterstützung für den Euro verglichen (indem wir dieselbe Formel wie oben beschrieben benutzten).

Wie das folgende Diagramm zeigt, ist das Gefühl, der Euro repräsentiere einen Schritt in Richtung europäische Integration, mit der Unterstützung für den Euro auf Länderebene in einer Reihe von Ländern verbunden. Diese Länder sind Italien, Luxemburg, Griechenland, Irland und zu einem geringeren Grad Spanien, Belgien und die Niederlande. In diesen sechs Ländern liegen der Anteil derer, die dem zustimmen, dass der Euro ein Schritt zur europäischen Integration ist und der Anteil der Befürworter des Euro über dem Durchschnitt in der EU. In Finnland scheint diese Gesamtanalyse zu ergeben, dass die Beziehung zwischen der fortschreitenden Integration als ein Resultat des Euro und der Unterstützung für den Euro negativ ist.



In Österreich und Portugal liegt die Unterstützung für den Euro über dem Durchschnitt, aber der Anteil derer, die glauben, der Euro helfe dem Fortschritt der Integration, liegt unter dem Durchschnitt (was in Portugal weitgehend an dem hohen Anteil an „weiß nicht“-Antworten liegt). Die Ergebnisse für Frankreich liegen ungefähr beim EU Durchschnitt. In Deutschland liegt die Unterstützung für den Euro ebenfalls ungefähr beim EU Durchschnitt, während der Anteil derer, die glauben, der Euro helfe beim Fortschritt der Integration, leicht unter dem EU Durchschnitt liegt.

Die drei „pre-in“ Länder finden sich alle im unteren linken Viertel des Diagramms. Dies bedeutet, dass die Unterstützung für den Euro und die Zustimmung zu der Aussage, der Euro helfe beim Fortschritt der Integration unter dem Durchschnitt liegen. Dennoch glaubt in allen drei Ländern eine Mehrheit der Menschen, der Euro helfe beim Fortschritt der Integration. Dieses Ergebnis untermauert die Hypothese, die Ablehnung des Fortschritts der EU Integration sei einer der Gründe für die geringe Unterstützung des Euro in diesen Ländern.

72% der EU Bürger sind der Ansicht, der Euro werde eine Brücke zwischen den Europäern schlagen. Diese Ansicht wird von mehr als acht von zehn Menschen in Irland (85%), Luxemburg (84%) und Italien (83%) geteilt. Mit 57% glauben die Niederländer am seltensten, der Euro werde eine Brücke zwischen den Europäern schlagen.

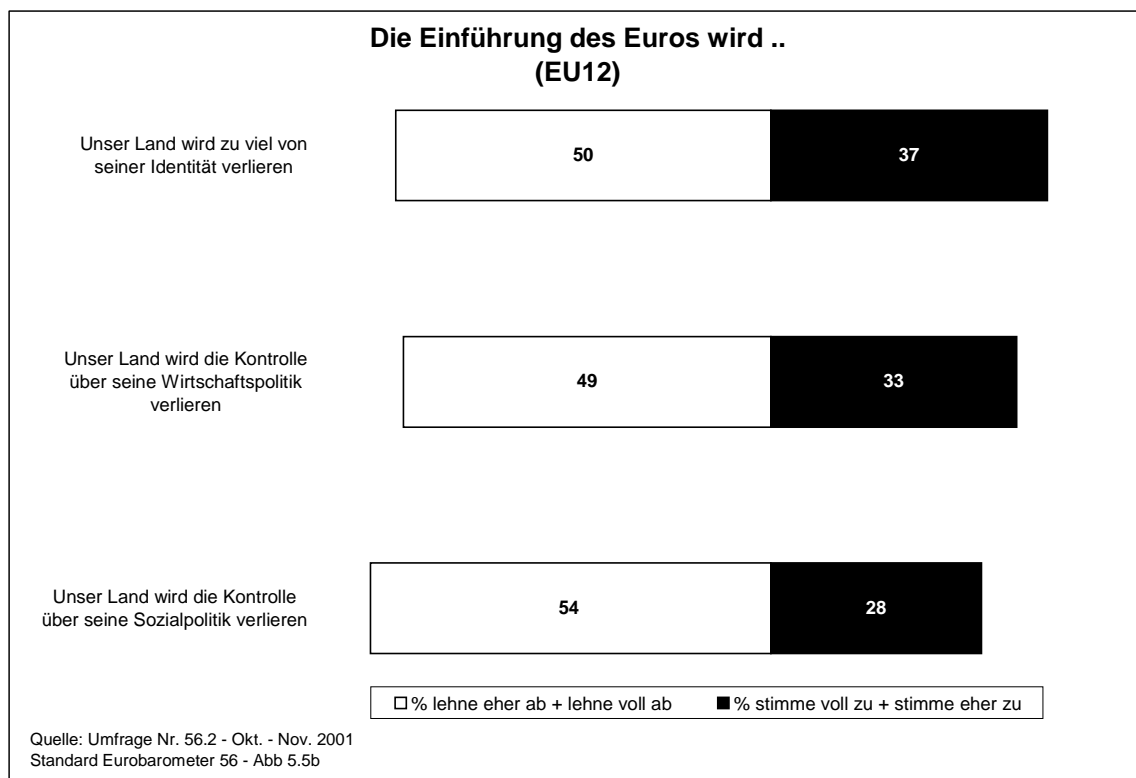
Beinahe sieben von zehn EU Bürgern stimmen der Aussage zu, die Einführung des Euro werde Europa in der Welt stärker machen. Dies ist in allen Mitgliedsstaaten die Ansicht der Mehrheit, wobei die Werte von 52% im Vereinigten Königreich bis zu 88% in Luxemburg reichen.

Ein Blick auf die Frage, wie der Euro von einer wirtschaftlichen Perspektive aus betrachtet wird, stellen wir fest, dass 67% der EU Bürger glauben, der Euro werde die Kosten des Handels zwischen den Ländern der Eurozone verringern. 56% glauben, er werde Turbulenzen auf den internationalen Geldmärkten reduzieren und 43% glauben, der Euro werde für ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum sorgen.

Der Optimismus bezüglich des Euro ist unter den EU Bürgern in Bezug auf die folgenden Aspekte weniger weit verbreitet. Beinahe die Hälfte aller EU Bürger stimmen der Aussage zu, die Einführung des Euro werde die Preise von Verbrauchergütern hochtreiben und 33% glauben, er werde die Kluft zwischen arm und reich vergrößern. Nur 33% glauben, der Euro werde mehr Arbeitsplätze schaffen. Die Umfrage stellte auch die Frage, ob die Bürger der Aussage, der Euro werde die Zinsen für Bausparverträge vermindern, zustimmen. 40% der Befragten stimmen dem nicht zu, 37% haben dazu keine Meinung und nur 24% stimmen dem zu. (Siehe auch Tabelle 5.4)

In den "EURO 12" Ländern wurden drei weitere Fragen gestellt, die untersuchen, ob die Menschen glauben, die Einführung des Euro werde zur Folge haben, dass ihr Land a) die Kontrolle über die eigene Wirtschaftspolitik verlieren werde, b) die Kontrolle über die eigene Sozialpolitik verlieren werde und c) zu viel der eigenen Nationalidentität verlieren werde.

Die Mehrheit der Menschen in den "EURO 12" Ländern stimmt diesen drei Aussagen nicht zu. Nur 28% glauben, die Einführung des Euro werde zur Folge haben, dass ihr Land die Kontrolle über die eigene Sozialpolitik verlieren werde, und 33% glauben dies in Bezug auf die Wirtschaftspolitik ihres Landes. Im Durchschnitt denken 37%, die Einführung des Euro werde zur Folge haben, dass ihr Land zu viel der eigenen Identität verlieren werde.



Die folgende Tabelle zeigt den durchschnittlichen Anteil der zustimmenden Antworten für alle drei Punkte für jedes der 12 Länder. Wie man sehen kann, stimmen die Menschen in Luxemburg und Italien diesen drei Aussagen im Durchschnitt am seltensten zu. Am meisten Zustimmung findet sich in Finnland und Griechenland²¹.

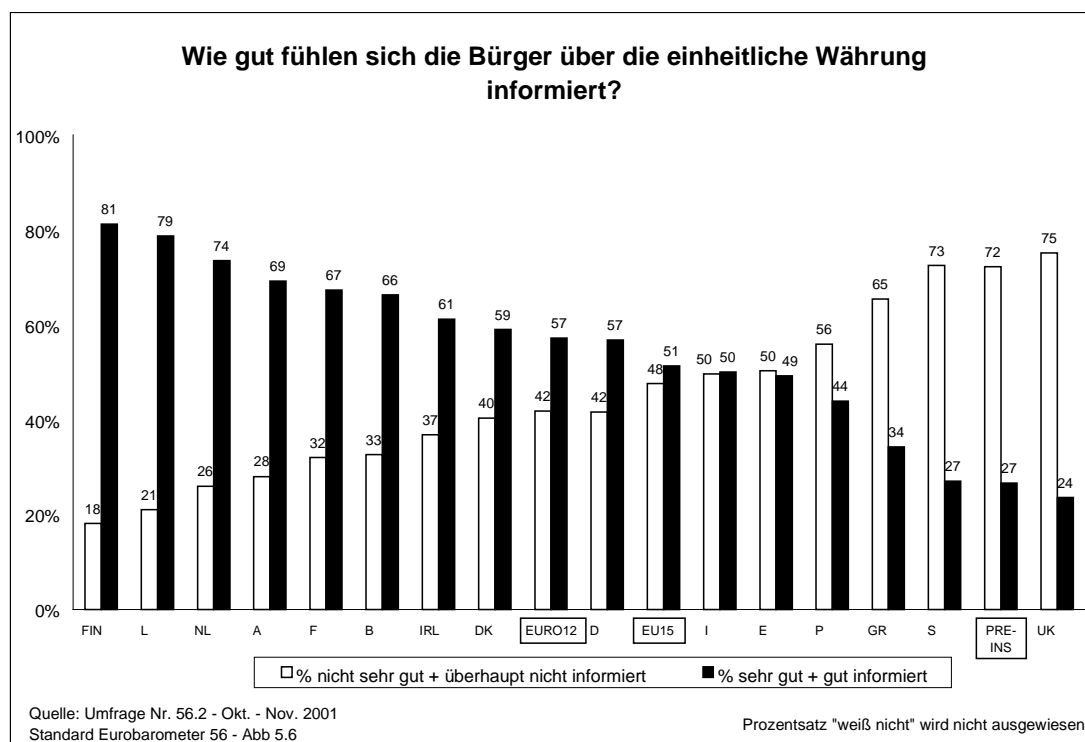
²¹ Die genauen Zahlen für jedes Land finden Sie in Tabelle 5.4.

| DURCHSCHNITTLICHER ANTEIL DER ZUSTIMMENDEN ANTWORTEN FÜR DIE DREI EURO FRAGEN, DIE IN DEN „EURO 12“ LÄNDERN GESTELLT WURDEN IN %, NACH LÄNDERN | |
|---|---|
| Land | Durchschnittlicher Anteil zustimmender Antworten in % |
| Luxemburg | 21 |
| Italien | 24 |
| Spanien | 26 |
| Belgien | 30 |
| Die Niederlande | 32 |
| Portugal | 32 |
| EU12 | 33 |
| Österreich | 34 |
| Deutschland | 35 |
| Frankreich | 41 |
| Irland | 42 |
| Griechenland | 43 |
| Finnland | 44 |

5.3. Informationen über den Euro

Der letzte Teil dieses Kapitels untersucht, inwieweit sich die EU Bürger über den Euro informiert fühlen, ob sie Informationen über den Euro erhalten haben und von wem sie sie erhalten haben.

Der Anteil der EU Bürger, die sich gut über den Euro informiert fühlen, ist seit dem Frühjahr 2001 um zehn Prozentpunkte gestiegen und liegt jetzt zum ersten Mal seit Beginn der Messungen vor mehreren Jahren über 50%. 48% der EU Bürger geben an, sie fühlten sich nicht gut informiert, verglichen mit 58% im Frühjahr 2001, und die verbleibenden 1% haben dazu keine Meinung.



Die Länderanalyse zeigt, dass sich die Menschen in den "EURO 12" Ländern weiterhin besser über den Euro informiert fühlen (57%) als die Menschen in den "pre-in" Ländern (27%). Wenn wir zunächst die "EURO 12" Länder betrachten, stellen wir fest, dass sich die Menschen in Finnland (81%) am häufigsten gut informiert fühlen, gefolgt von Luxemburg (79%) und den Niederlanden (74%). Die Menschen in Griechenland (34%) und Portugal (44%) fühlen sich am wenigsten gut informiert. In Spanien und Italien fühlt sich die Hälfte der Bevölkerung gut informiert. In den anderen "EURO 12" Ländern fühlt sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung gut über die Einheitswährung informiert.

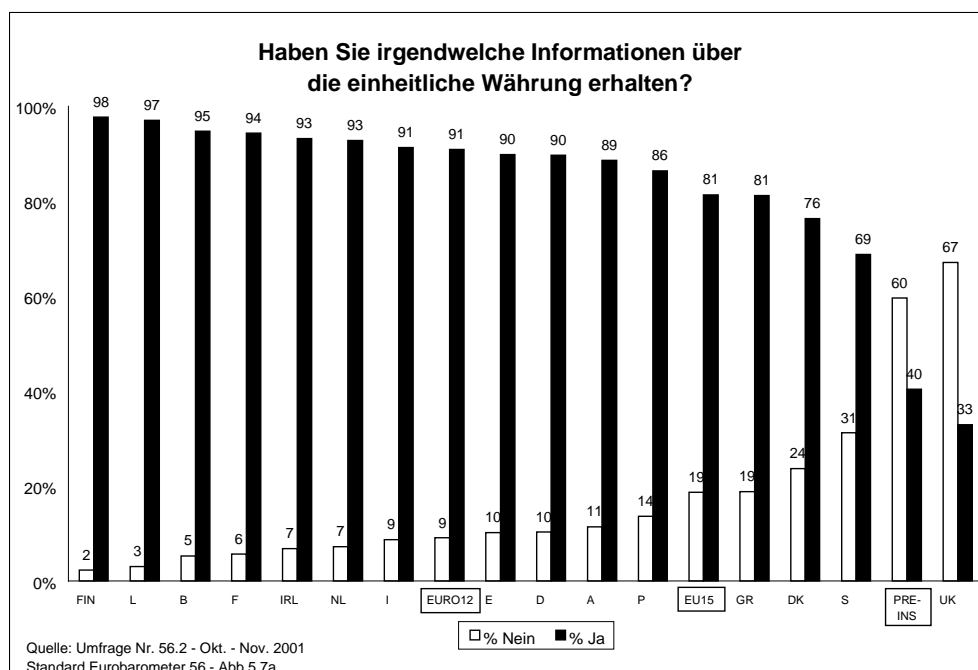
Im Vergleich zum Frühjahr 2001 hat sich der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, in allen "EURO 12" Ländern erhöht. Der größte Anstieg wurde in Irland gemessen (+23 Prozentpunkte), gefolgt von Luxemburg (+21), Italien (+18), Portugal, Finnland (jeweils +17) und Deutschland (+15).

In den "pre-in" Ländern hat sich der Anteil derer, die sich gut über den Euro informiert fühlen, aus den bekannten Gründen nicht so deutlich erhöht wie in den "EURO 12" Ländern. Die Dänen fühlen sich immer noch am häufigsten gut informiert (59%). In Schweden (27%) und dem Vereinigten Königreich (24%; +4), fühlen sich die Menschen immer noch eher nicht gut informiert, wobei jedoch in beiden Ländern seit dem Frühjahr 2001 deutliche Verbesserungen gemessen wurden. (Tabelle 5.5a)

Die Analyse der Einstellungen ergibt, dass 63% derjenigen, die für den Euro sind, sich gut informiert fühlen, verglichen mit 35% derjenigen, die gegen den Euro sind. Die Analyse zeigt auch, dass es auch im Zusammenhang damit, wieviel die Menschen glauben, über die Europäische Union im allgemeinen zu wissen, erhebliche Unterschiede gibt. In der kleinen Gruppe derer, die glauben, sehr viel über die EU zu wissen, liegt der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, bei 80%. In der Gruppe derer, die glauben, durchschnittliche Kenntnisse zu haben, liegt der Anteil bei 62% und in der Gruppe derer, die glauben sehr geringe Kenntnisse zu haben, liegt er bei nur 29%. Schließlich zeigt die Analyse, dass 63% derer, die die EU für eine gute Sache halten sich auch gut informiert fühlen, verglichen mit nur 40% derjenigen, die die Europäische Union für eine schlechte Sache halten.

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer sich wesentlich häufiger gut über den Euro informiert fühlen als Frauen (59% zu 44%). Es besteht eine klare Kluft zwischen Menschen im Alter von 55 Jahren und älter und jüngeren Menschen. 54% der jüngeren Altersgruppe fühlen sich gut informiert, verglichen mit nur 45% der älteren Altersgruppe. Die Frage, inwieweit sich die Menschen informiert fühlen, hängt auch stark von dem Alter ab, in dem sie die Vollzeitausbildung abgeschlossen haben. Diejenigen, die die Schule im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben (70%) geben zweimal häufiger an, sich gut informiert zu fühlen als diejenigen, die vor dem 15. Lebensjahr die Schule verlassen haben (35%). Unter den verschiedenen Berufsgruppen stellen wir fest, dass Führungskräfte sich am häufigsten gut informiert fühlen (68%), während nur 37% der Hausfrauen/-männer sich gut informiert fühlen. (Tabelle 5.5b)

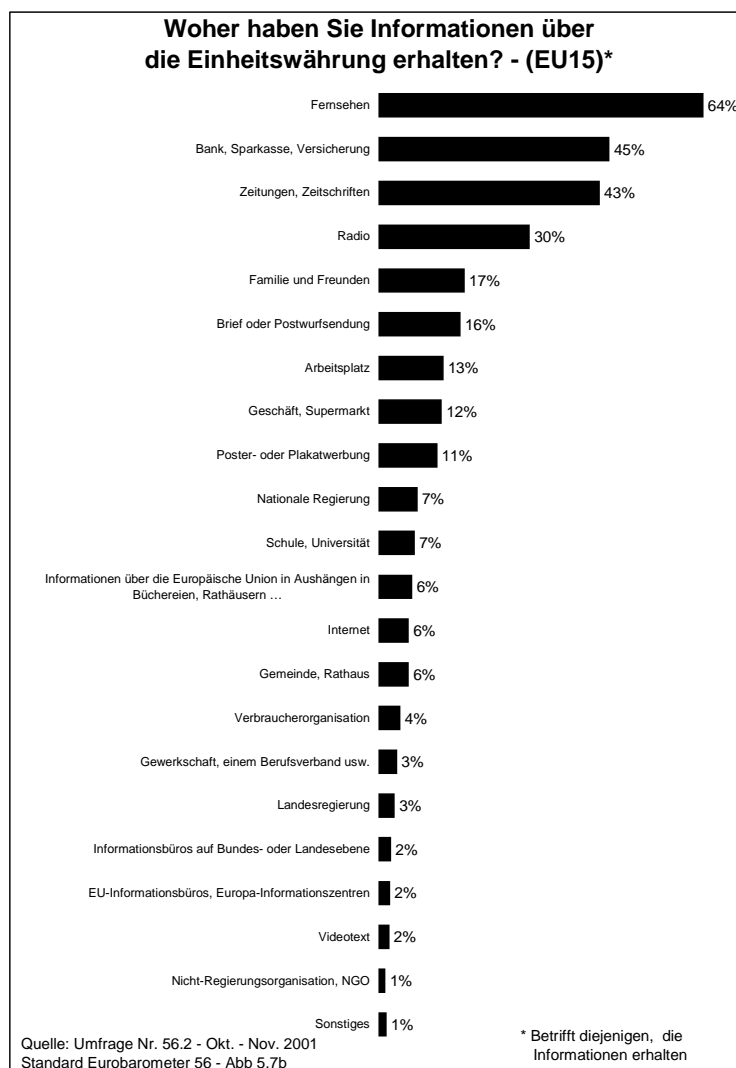
Das folgende Diagramm zeigt, dass 81% der EU Bürger angeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben.



In den "EURO 12" Ländern reicht der Anteil derjenigen, die angeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben, von 81% in Griechenland bis zu 98% in Finnland. Im Vergleich zum Frühjahr 2001 messen wir einen Anstieg von 16 Prozentpunkten in Irland, einen Anstieg von 10 Prozentpunkten in Belgien und 9 Prozentpunkten in Portugal. In den anderen Ländern wurden geringere Verbesserungen gemessen, ausgenommen in den Niederlanden, wo der Anteil derer, die angeben, Informationen erhalten zu haben von 96% auf 93% gefallen ist.

In den drei "pre-in" Ländern stellen wir fest, dass 76% der dänischen Befragten Informationen über die Einheitswährung erhalten haben, im Vergleich zu 86% im Frühjahr 2001 und 100% im Herbst 2000. Vor dem Referendum im September 2000 hatten alle Dänen von ihren Lokalregierungen Informationen erhalten. In Schweden geben 69% der Bevölkerung an, Informationen erhalten zu haben, genau wie im Frühjahr 2001. Im Vereinigten Königreich haben 33% Informationen über die Einheitswährung erhalten, eine Verbesserung im Vergleich zu den 24%, die im Frühjahr 2001 gemessen wurden.

Wie das folgende Diagramm zeigt, geben die Menschen am häufigsten an, Informationen über den Euro aus dem Fernsehen erhalten zu haben (64%), ein Ergebnis das auch im Frühjahr 2001 gemessen wurde. 45% der Befragten sagen, sie hätten Informationen von Finanzinstituten erhalten, ein Anstieg im Vergleich zu den 33% aus dem Frühjahr 2001. Der Anteil derer, die angeben, Informationen durch die gedruckte Presse erhalten zu haben (43%) hat sich seit dem Frühjahr 2001 nicht verändert. Drei von zehn der Befragten geben an, Informationen durch das Radio erhalten zu haben. Alle anderen in der Umfrage aufgelisteten Quellen werden von weniger als zwei von zehn der Befragten angegeben²².



²² Die addierte Gesamtsumme der Antworten ist größer als der Anteil derer, die Informationen erhalten haben, weil die Befragten jede der Informationsquellen wählen konnten, die ihnen vorgelegt wurden. Die Ergebnisse aus dem Frühjahr 2001 finden Sie in Tabelle 3.5 des Eurobarometer Berichts Nr. 55.

Die folgende Tabelle zeigt, dass das Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften und Finanzinstitute die drei am häufigsten angegebenen Quellen in allen "EURO 12" Ländern außer Griechenland, Irland und Finnland sind. In Griechenland steht das Radio anstelle der Finanzinstitute als eine der drei am häufigsten genannten Quellen. In Irland und Finnland stehen durch die Post erhaltene Informationen an zweiter Stelle. Es war wahrscheinlich zu erwarten, dass Finanzinstitute in den „Pre-in“ Ländern nicht als eine der drei wichtigsten Informationsquellen genannt wurden. In diesen Ländern steht das Radio an dritter Stelle.

Unsere Analyse ergibt, dass Informationen durch Briefe oder Postwurfsendungen eine besonders effektive Methode ist, die Menschen zu informieren. Der größte Anstieg im Anteil derer, die sich gut über den Euro informiert fühlen, findet sich in Ländern, in denen ein großer Anteil der Befragten angab, Informationen über den Euro auf diese Weise erhalten zu haben. (Siehe auch Tabelle 5.6)

| DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN INFORMATIONSQUELLEN FÜR DEN EURO (IN %, NACH MITGLIEDSSTAATEN) | | | |
|--|----|----------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Fernsehen | 67 | Fernsehen | 79 |
| Finanzinstitute | 65 | Finanzinstitute | 71 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 47 | Zeitungen & Zeitschriften | 68 |
| Dänemark | | Die Niederlande | |
| Fernsehen | 65 | Fernsehen | 68 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 50 | Finanzinstitute | 66 |
| Radio | 40 | Zeitungen & Zeitschriften | 50 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Fernsehen | 69 | Finanzinstitute | 60 |
| Finanzinstitute | 62 | Fernsehen | 57 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 60 | Zeitungen & Zeitschriften | 50 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Fernsehen | 69 | Fernsehen | 71 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 33 | Finanzinstitute | 32 |
| Radio | 24 | Zeitungen & Zeitschriften | 21 |
| Spanien | | Finnland | |
| Fernsehen | 76 | Fernsehen | 79 |
| Finanzinstitute | 53 | Per Post/Postwurfsendungen | 78 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 33 | Zeitungen & Zeitschriften | 68 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Fernsehen | 73 | Fernsehen | 60 |
| Finanzinstitute | 71 | Zeitungen & Zeitschriften | 50 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 49 | Radio | 36 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Fernsehen | 56 | Fernsehen | 23 |
| Per Post/Postwurfsendungen | 49 | Zeitungen & Zeitschriften | 17 |
| Radio | 44 | Radio | 12 |
| Italien | | | |
| Fernsehen | 74 | | |
| Zeitungen & Zeitschriften | 46 | | |
| Finanzinstitute | 36 | | |

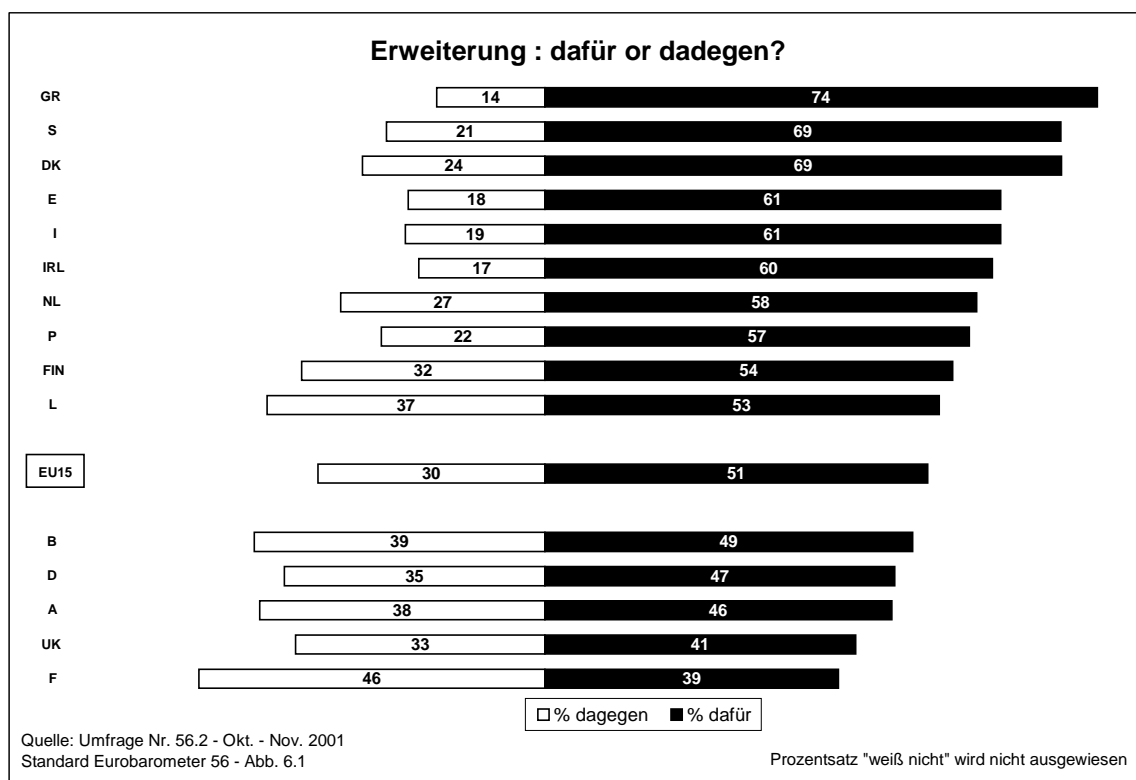
6. Die Erweiterung der Europäischen Union

Der für die Erweiterung der Europäischen Union zuständige Kommissar, Günther Verheugen, beschreibt die Erweiterung als eine "einzigartige und historische Aufgabe für die weitere Integration Europas durch friedliche Mittel; die Ausweitung einer Zone von Stabilität und Wohlstand auf neue Mitglieder". Diese Erweiterung ist in Bezug auf Umfang und Vielfalt ohne Beispiel. 13 Länder nehmen an dem Prozess teil²³.

Dieses Kapitel untersucht die Haltung der EU Bürger gegenüber der Erweiterung und betrachtet die unterschwelligen Einstellungen der Menschen zur Erweiterung. Das Kapitel behandelt auch die Frage, inwieweit die EU Bürger sich über die Erweiterung informiert fühlen und ob sie Informationen über dieses wichtige Thema erhalten haben.

6.1. Befürwortung der Erweiterung

Wie schon in Kapitel 4 berichtet, stimmen 51% der Befragten der Aussage zu, die Europäische Union solle um neue Länder erweitert werden. 30% stimmen dieser Aussage nicht zu und 19% haben dazu keine Meinung. Die neuesten Eurobarometer Ergebnisse weisen auf eine bedeutende positive Veränderung der öffentlichen Meinung seit dem Frühjahr 2001 hin, als 43% der Befragten dafür waren. Der Anstieg um acht Prozentpunkte bedeutet, dass das Eurobarometer zum ersten Mal eine absolute Mehrheit für die Erweiterung gemessen hat²⁴.



Wie das oben stehende Diagramm zeigt, ist die Unterstützung für die Erweiterung in Griechenland am größten (74%), gefolgt von Schweden und Dänemark (jeweils 69%). Frankreich ist das einzige Land mit mehr Gegnern (46%) als Befürwortern (39%) der Erweiterung.

²³ Die 13 Bewerberstaaten sind Bulgarien, Zypern, Die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die Türkei. Mehr Informationen über die Erweiterung finden Sie unter: <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/overview.htm>.

²⁴ Der Leser sollte beachten, dass die Formulierung der Aussage von "Die Europäische Union sollte erweitert werden, um neue Länder aufzunehmen" in "Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder" geändert worden ist. Es ist möglich, dass diese Veränderung die Antworten beeinflusst hat. Diese Möglichkeit wird zur Zeit untersucht und die Ergebnisse werden im nächsten Eurobarometer Bericht veröffentlicht. Die aktuellen Ergebnisse sollten unter Berücksichtigung dieser Veränderung gelesen werden.

Unter Berücksichtigung der Umformulierung der Aussage ergibt sich, dass die Unterstützung der Erweiterung in allen Ländern außer Irland (wo sie gleich geblieben ist) deutlich größer geworden ist. Die größte Verbesserung wurde in Schweden und Dänemark gemessen (jeweils 19 Prozentpunkte), gefolgt von den Niederlanden (+16), Österreich (+13), Deutschland (+12), Italien und Luxemburg (jeweils +10). (Tabelle 6.1a)

Die unterschiedlichen Ergebnisse für Männer und Frauen bezüglich der Unterstützung lassen sich weitgehend durch die Tatsache erklären, dass Frauen wesentlich häufiger als Männer keine Meinung angeben. Es gibt jedoch tatsächliche Meinungsunterschiede zwischen den vier Altersgruppen, wobei die jüngste Gruppe (57%) deutlich häufiger die Erweiterung unterstützt als Menschen im Alter von 55 Jahren und älter (46%). Die Unterstützung ist am höchsten bei denjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben (62%) und am niedrigsten bei denjenigen, die die Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben (45%).

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 65% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, für die Erweiterung sind, verglichen mit nur 25% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 6.1b)

Die folgende Tabelle zeigt, dass die Ansichten über die Erweiterungen auch in Abhängigkeit des Wissens über die Europäische Union stark variieren. 65% derjenigen, die glauben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen, befürworten die Erweiterung, während 40% derjenigen, die glauben, sehr wenig zu wissen, die Erweiterung ablehnen. Ein erwähnenswertes Ergebnis ist der Anteil derer, die keine Meinung angeben unter denjenigen mit geringem Wissen. Wenn wir berücksichtigen, dass 40% der EU Bürger in diese Kategorie fallen, wird klar, dass für eine Veränderung der öffentliche Meinung zum Vorteil der Erweiterung zunächst Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Kenntnisse der Menschen über die Europäische Union, ihre Institutionen und Politik zu verbessern.

| Die Beziehung zwischen der Befürwortung der Erweiterung und dem Wissen über die Europäische Union | | | |
|--|---------------------|---------------|-------------|
| Erweiterung: | Wissensstand | | |
| | Niedrig | Mittel | Hoch |
| | % | % | % |
| Dafür | 40 | 56 | 65 |
| Dagegen | 32 | 30 | 25 |
| Weiß nicht | 28 | 14 | 10 |
| <i>Gesamt</i> | 100 | 100 | 100 |

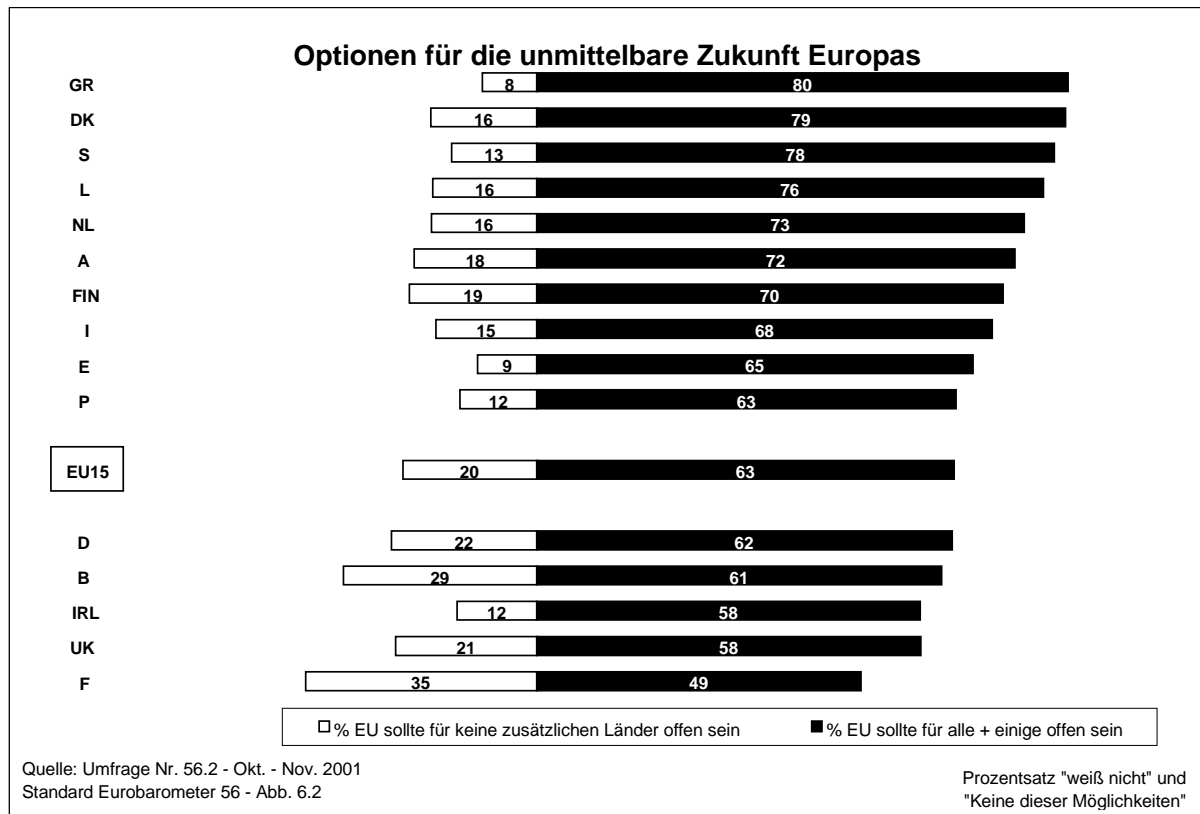
Da die Grundfrage "Erweiterung – dafür oder dagegen" die Tatsache, dass die 13 Bewerberländer der Union nicht gleichzeitig beitreten werden, nicht berücksichtigt, wurde eine andere Frage in die Umfrage aufgenommen, die die Unterstützung für die Erweiterung untersucht:

"Welche dieser drei Möglichkeiten bevorzugen Sie für die unmittelbare Zukunft Europas?"

- a) Die Europäische Union sollte um alle Länder erweitert werden, die ihr beitreten wollen*
- b) Die Europäische Union sollte um nur einige der Länder erweitert werden, die ihr beitreten wollen*
- c) Die Europäische Union sollte gar keine weiteren Länder aufnehmen*
- Keine dieser Aussagen (spontan)*
- Weiß nicht"*

Wie im Frühjahr 2001 ist die am meisten gewählte Möglichkeit unter EU Bürgern die, dass die Europäische Union nur um einige der Länder erweitert werden sollte, die ihr beitreten wollen. 39% sind dieser Ansicht, verglichen mit 44% im Frühjahr 2001.

24% der Befragten zeigen eine uneingeschränkte Befürwortung der Erweiterung und wählen die erste Möglichkeit, nämlich, dass die Europäische Union um alle Länder erweitert werden sollte, die ihr beitreten wollen. Im Frühjahr 2001 wählten 21% der Befragten diese Möglichkeit. Wir stellen jedoch auch fest, dass der Anteil derjenigen, die glauben, die Europäische Union sollte überhaupt keine weiteren Länder aufnehmen (dritte Antwortmöglichkeit), ebenfalls gestiegen ist, und zwar von 16% im Frühjahr 2001 auf aktuelle 20%.



Die Länderergebnisse zeigen, dass die Menschen in Griechenland der Erweiterung gegenüber am offensten sind, wobei 80% der Ansicht sind, die EU sollte allen oder einigen Ländern zum Beitritt offenstehen. In Dänemark (79%), Schweden (78%) und Luxemburg (76%) teilen mehr als drei Viertel der Bevölkerung diese Ansicht.

Wenn wir speziell die Unterstützung für die unbegrenzte Erweiterung betrachten, stellen wir fest, dass sie in Spanien am größten ist (40%), gefolgt von Schweden (37%) und Portugal (36%). In Spanien und Portugal ist dies die Meinung der Mehrheit. In Irland ist die Meinung der Öffentlichkeit geteilt, wobei gleiche Teile unbegrenzte und begrenzte Unterstützung für die Erweiterung zeigen (jeweils 29%).

In allen Mitgliedstaaten ist die eingeschränkte Erweiterung die beliebteste Lösung für die unmittelbare Zukunft Europas. Die Unterstützung für diese Art der Erweiterung ist in Dänemark (63%) und Luxemburg (58%) am größten und sie wird von mehr als der Hälfte der Niederländer (54%), Österreicher und Griechen (jeweils 51%) geteilt.

Frankreich ist das einzige Land, in dem mehr als 3 von 10 Menschen der Ansicht sind, die Europäische Union solle überhaupt keine weiteren Länder aufnehmen (35%). Diese Ansicht wird von 29% der Menschen in Belgien, 22% der Menschen in Deutschland und 21% der Menschen im Vereinigten Königreich geteilt. In allen anderen Ländern lehnen weniger als 2 von 10 Menschen die Erweiterung ab. Der Anteil an „weiß nicht“ Antworten reicht von 3% in Dänemark bis zu 29% in Irland. (Tabelle 6.2a)

Im Vergleich zum Frühjahr 2001 ergeben sich deutliche Veränderungen in einer Reihe von Ländern. Diese sind²⁵:

POSITIVE VERÄNDERUNGEN

| | |
|---------------|---|
| Österreich: | Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+5) und der eingeschränkten Unterstützung (+4) |
| Luxemburg: | Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+4) und der eingeschränkten Unterstützung (+4) |
| Schweden: | Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+6) auf Kosten der eingeschränkten Unterstützung (-3) und der Ablehnung (-3) |
| Spanien: | Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+12) auf Kosten der eingeschränkten Unterstützung (-17) |
| Griechenland: | Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+9) auf Kosten der eingeschränkten Unterstützung (-8) |
| Irland: | Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+6) auf Kosten der eingeschränkten Unterstützung (-8) |

NEUTRALE VERÄNDERUNGEN

| | |
|-------------------------|---|
| Vereinigtes Königreich: | Größere Polarisierung mit Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+9) und Ablehnung (+5) |
| Deutschland: | Größere Polarisierung mit Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+3) und Ablehnung (+5) |
| Die Niederlande: | Größere Polarisierung mit Anstieg der uneingeschränkten Unterstützung (+3) und Ablehnung (+5) |
| Portugal: | Mehr "weiß nicht" Antworten (+18) auf Kosten der uneingeschränkten Unterstützung (-5) und der eingeschränkten Unterstützung (-16) |

NEGATIVE VERÄNDERUNGEN

| | |
|-------------|---|
| Frankreich: | Anstieg der Ablehnung (+12), Abfall der uneingeschränkten Unterstützung (-6) und der eingeschränkten Unterstützung (-6) |
| Belgien: | Anstieg der Ablehnung (+7) auf Kosten der uneingeschränkten Unterstützung (-5) |
| Italien: | Anstieg der Ablehnung (+3) auf Kosten der eingeschränkten Unterstützung (-4) |

Die demografische Analyse zeigt, dass es zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen der Bevölkerung nur wenig Unterschiede gibt. Die Unterstützung für die uneingeschränkte Erweiterung reicht von 21% unter Menschen im Ruhestand bis zu 29% unter Arbeitslosen. Für die eingeschränkte Erweiterung ist die Unterstützung am größten unter denjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (48%), und sie ist am geringsten unter denjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben und Arbeitslosen (jeweils 32%). Die Ablehnung der Erweiterung reicht von 15% unter Studenten bis zu 23% unter Menschen im Ruhestand und denjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter zwischen 16 und 19 Jahren verlassen haben. Der Anteil derjenigen, die keiner der drei Möglichkeiten zustimmen, ist in allen demografischen Gruppen gering. Der Anteil der „weiß nicht“ Antworten reicht von 7% bei denen, die bis zum Alter von 20 Jahren und älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, bis zu 20% derjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben. (Tabelle 6.2b)

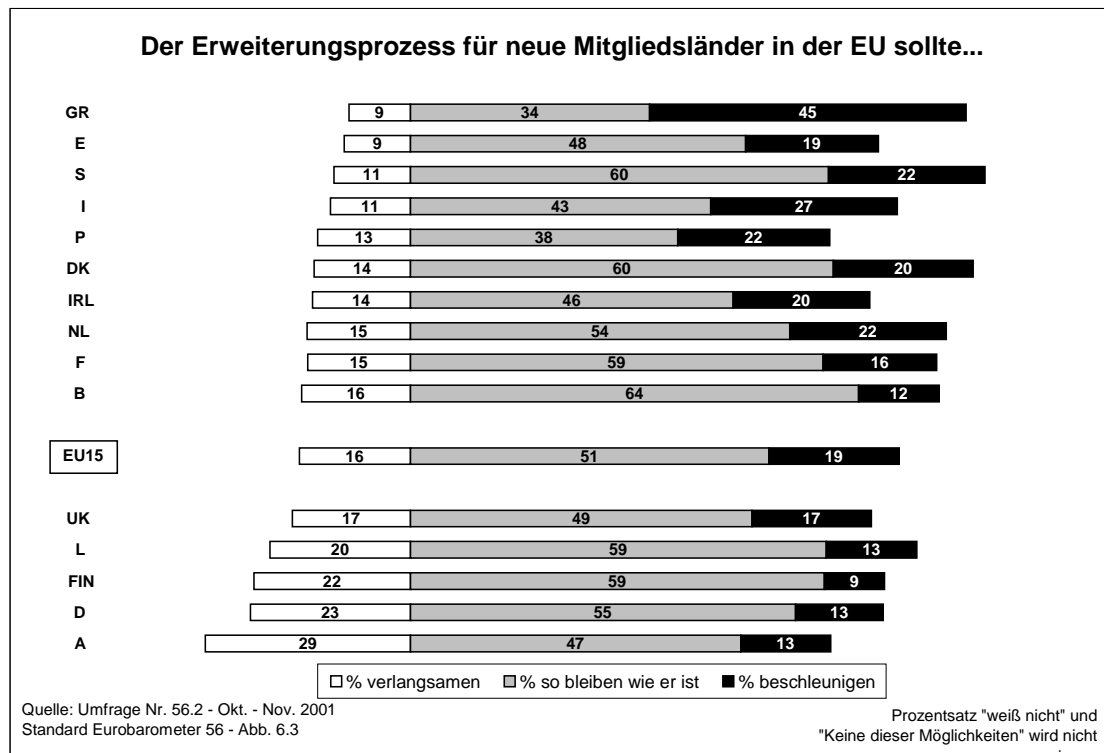
Wenn wir die Antworten auf diese Frage nach der Unterstützung mit den Antworten auf die "dafür oder dagegen" Frage vergleichen, ergibt sich, dass:

- 39% derjenigen, die die Erweiterung unterstützen glauben, sie solle alle Länder einschließen, die der EU beitreten wollen, verglichen zu 7% derjenigen, die die Erweiterung ablehnen.
- Die Unterstützung der eingeschränkten Erweiterung liegt bei 46% derjenigen, die für die Erweiterung sind und 29% derjenigen, die sie, wenn sie keine Wahl haben, ablehnen.
- Wenn sie zwischen zwei Extremen wählen müssen, glauben nur 6% der Befürworter der Erweiterung, die EU sollte überhaupt keine weiteren Länder aufnehmen, verglichen mit 48% der Gegner der Erweiterung.

Andere Untersuchungen zeigen, dass diejenigen, die sich einen schnelleren Erweiterungsprozess wünschen, häufiger die uneingeschränkte Erweiterung befürworten (49%) als diejenigen, die sich einen langsameren Prozess wünschen (11%).

Die Ergebnisse für die Frage über die Geschwindigkeit der Erweiterung zeigen, dass 51% der Befragten glauben, sie solle gleich bleiben, während 19% sich eine schnellere und 16% sich eine langsamere Erweiterung wünschen. Die übrigen 15% haben keine Meinung dazu.

²⁵ Siehe auch Tabelle 6.2a.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Menschen in Griechenland bei weitem am häufigsten angeben, sich einen schnelleren Erweiterungsprozess zu wünschen (45%). Tatsächlich ist dies die Meinung der Mehrheit in Griechenland. In allen anderen Ländern ist die Mehrheit der Ansicht, die Geschwindigkeit solle genauso bleiben, wie sie ist. In Belgien (64%), Dänemark und Schweden (jeweils 60%), teilen diese Ansicht 6 von 10 Menschen und in Luxemburg, Finnland und Frankreich (jeweils 59%) sind beinahe 6 von 10 Menschen dieser Meinung. Der Wunsch, der Erweiterungsprozess solle langsamer vor sich gehen, ist in Österreich (29%), Deutschland (23%), Finnland (22%) und Luxemburg (20%) am weitesten verbreitet. In allen anderen Ländern wünschen sich weniger als 2 von 10 der Befragten einen langsameren Erweiterungsprozess.

Im Vergleich zum Frühjahr 2001 geht der allgemeine Trend dahin, dass die Menschen sich eher wünschen, dass die Geschwindigkeit des Prozesses bleibe, wie sie ist. In den Niederlanden messen wir eine positive Entwicklung – die Menschen wünschen sich jetzt häufiger einen schnelleren Erweiterungsprozess. Der Anstieg der Anzahl derjenigen, die sich in Luxemburg, Griechenland und Finnland einen gleich schnellen Prozess wünschen, ist ebenfalls positiver Natur, da dort jetzt weniger Menschen glauben, der Prozess solle langsamer vonstatten gehen. In Portugal, Italien, Belgien und Frankreich gibt es jetzt jedoch wesentlich weniger Menschen, die sich einen schnelleren Prozess wünschen. (Tabelle 6.3a)

Die demografische Analyse zeigt, dass der Anteil derer, die sich einen schnelleren Erweiterungsprozess wünschen, von 16% der Menschen im Alter von 55 Jahren und älter bis zu 25% der Studenten reicht. Führungskräfte (21%) sind die einzige soziodemografische Gruppe, in der mehr als 20% für einen langsameren Prozess sind.

Wir stellen wiederum fest, dass die bevorzugte Meinung ist, die Geschwindigkeit des Erweiterungsprozesses solle so bleiben, wie sie ist, unabhängig davon, ob die Menschen die Erweiterung befürworten oder ablehnen. Unter denjenigen, die sie befürworten, ergibt sich jedoch, dass 30% sich eine schnellere Erweiterung wünschen, während 30% derer, die die Erweiterung ablehnen glauben, sie solle langsamer vor sich gehen. (Siehe auch Tabelle 6.3b)

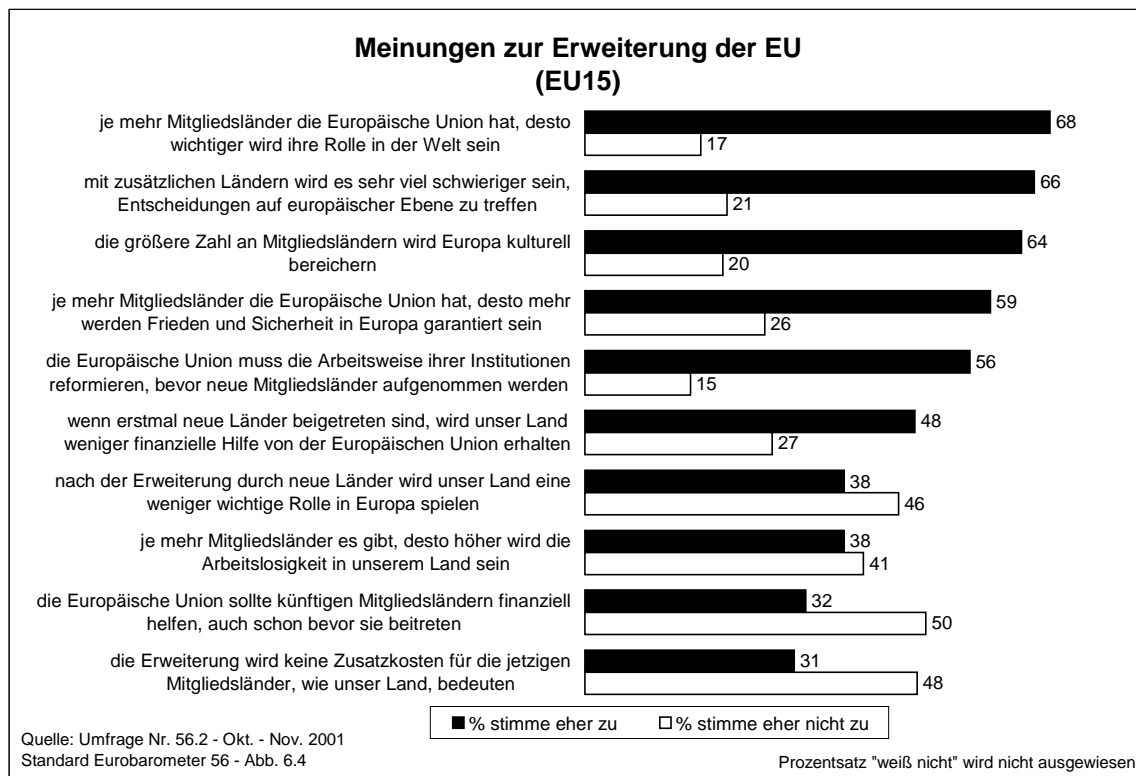
6.2. Meinungen zur Erweiterung

In diesem Abschnitt betrachten wir die unterschwelligen Einstellungen der Menschen zur Erweiterung, um ein besseres Verständnis für die etwas zögerliche Haltung der Öffentlichkeit zu bekommen. Die Untersuchung ergibt jedoch, dass die Erweiterung nach Meinung vieler auch viele positive Seiten hat.

Alles in allem sind die Ergebnisse aus dem Herbst 2001 positiver als die Ergebnisse aus dem Frühjahr 2001, was erklärt, warum die Unterstützung für die Erweiterung jetzt allgemein weiter verbreitet ist²⁶.

Die Mehrheit der EU Bürger sind der Ansicht, die EU werde in der Welt wichtiger, wenn sie mehr Länder aufnehme (68%), während nur 38% glauben, ihr eigenes Land werde weniger wichtig durch die Erweiterung. 64% der EU Bürger betrachten eine EU, die aus mehr Mitgliedstaaten besteht als eine kulturelle Bereicherung und 59% glauben, eine größere EU werde mehr Frieden und Sicherheit garantieren.

Die größte Veränderung in den Einstellungen seit dem Frühjahr 2001 findet sich unter denjenigen, die der Ansicht sind, die Erweiterung werde mehr Frieden und Sicherheit nach Europa bringen (+9 Prozentpunkte). Der Anteil derer, die dieser Aussage nicht zustimmen, ist um 6 Prozentpunkte gefallen. Weitere große Veränderungen ergeben sich unter denjenigen, die nicht der Meinung sind, ihr Land werde nach der Erweiterung weniger wichtig sein (+6) und unter denjenigen, die glauben, die Erweiterung werde die bereits existierenden Mitgliedsstaaten nicht mehr kosten (+6). Der Anteil derer, die nicht glauben, dass es nach der Erweiterung mehr Arbeitslosigkeit geben werde ist um dieselbe Anzahl von Punkten angestiegen wie der Anteil derer, die nicht der Ansicht sind, die Bewerberstaaten sollten finanzielle Hilfe erhalten (+5).



Viele Europäer teilen auch die offizielle Meinung, die EU Institutionen müssten reformiert werden (56%), da die Sorge, es werde mit mehr Ländern schwieriger, Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, weit verbreitet ist (66%).

Die Tendenz, zögerlich über die Erweiterung zu denken ist einfacher zu verstehen, wenn man die eingeschätzten wirtschaftlichen Implikationen betrachtet. Nur 31% der EU Bürger glauben, die Erweiterung werde für ihr Land keine Mehrkosten mit sich bringen. Viele vermuten auch, der Haushalt werde anders verteilt werden, wobei 48% glauben, dass ihr Land nach der Aufnahme neuer Länder weniger finanzielle Hilfe erhalten werde. Weiterhin ergibt sich, dass ziemlich viele EU Bürger nicht wollen, dass zukünftige Mitgliedsstaaten finanzielle Hilfe von der Europäischen Union bekommen, um sie für den Beitritt vorzubereiten (nur 32% sind der Ansicht, dies solle getan werden), während 38% der Europäer fürchten, die Erweiterung werde zu höheren Arbeitslosenraten in ihrem Land führen. (Tabelle 6.4)

²⁶ Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 55, Tabelle 3.9a.

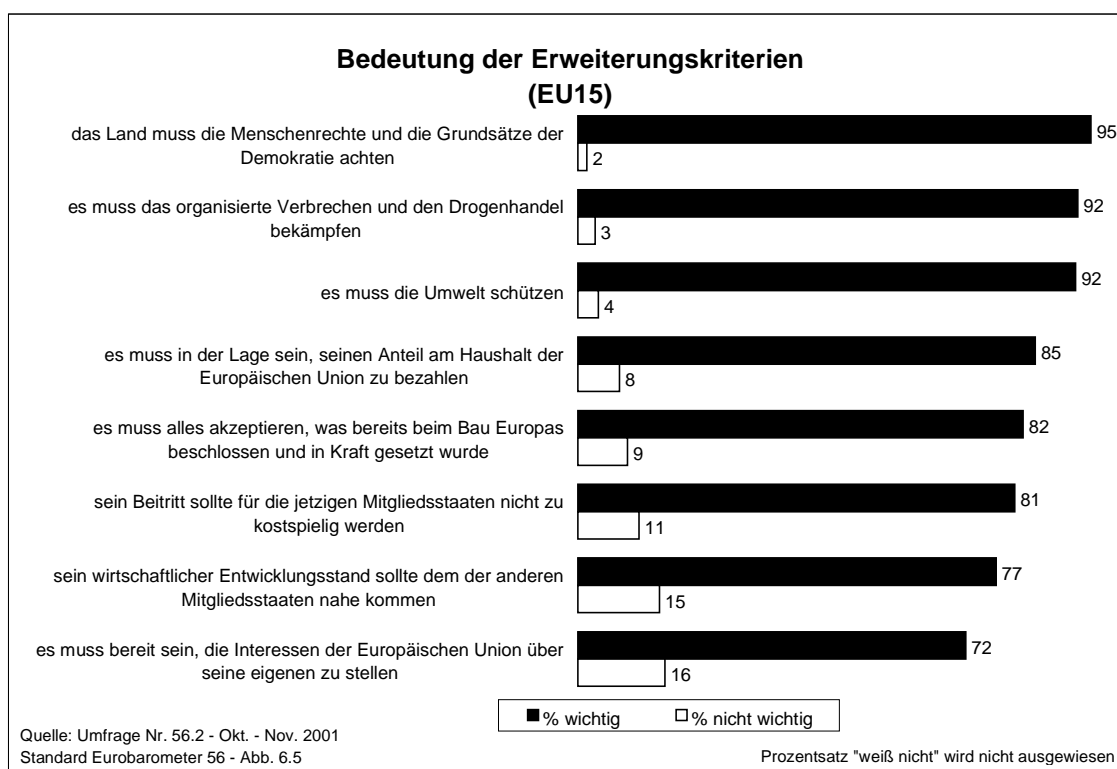
Die folgende Tabelle zeigt die verschiedenen Ansichten derjenigen, die die Erweiterung befürworten und derjenigen, die sie ablehnen für jeden der zehn einstellungsbezogenen Punkte.

| Die Beziehung zwischen den Meinungen zur Erweiterung und der Befürwortung der Erweiterung | | |
|--|--------------------------------------|----------------|
| Meinungen zur Erweiterung: | Befürwortung der Erweiterung: | |
| | Dafür | Dagegen |
| | % | % |
| Positive Meinungen: | | |
| EU wichtiger | 84 | 50 |
| EU kulturell reicher | 79 | 47 |
| Mehr Frieden und Sicherheit | 76 | 39 |
| Finanzielle Hilfe an neue Mitglieder | 43 | 21 |
| Keine Mehrkosten | 40 | 22 |
| Neutrale Meinungen: | | |
| Reform der Institutionen | 61 | 59 |
| Negative Meinungen: | | |
| Mehr Arbeitslosigkeit | 30 | 57 |
| Das Land wird weniger wichtig | 34 | 52 |
| Weniger finanzielle Hilfe für das Land | 46 | 59 |
| Schwieriger, Entscheidungen zu treffen | 63 | 77 |

Der Anteil an "weiß nicht" Antworten für alle Aussagen über die Erweiterung ist weiterhin erheblich größer als durchschnittlich für diese Umfrage normal ist. Dies bedeutet, dass hier die Möglichkeit einer Verbesserung der öffentlichen Meinung bestehen könnten

6.3. Kriterien, die die Bewerberstaaten erfüllen sollten

Die Umfrage enthält auch einen Fragenkatalog, der die Teilnehmer bittet, die Wichtigkeit der Erweiterungskriterien zu beurteilen, die die Bewerberstaaten erfüllen müssen, um der Europäischen Union beizutreten.

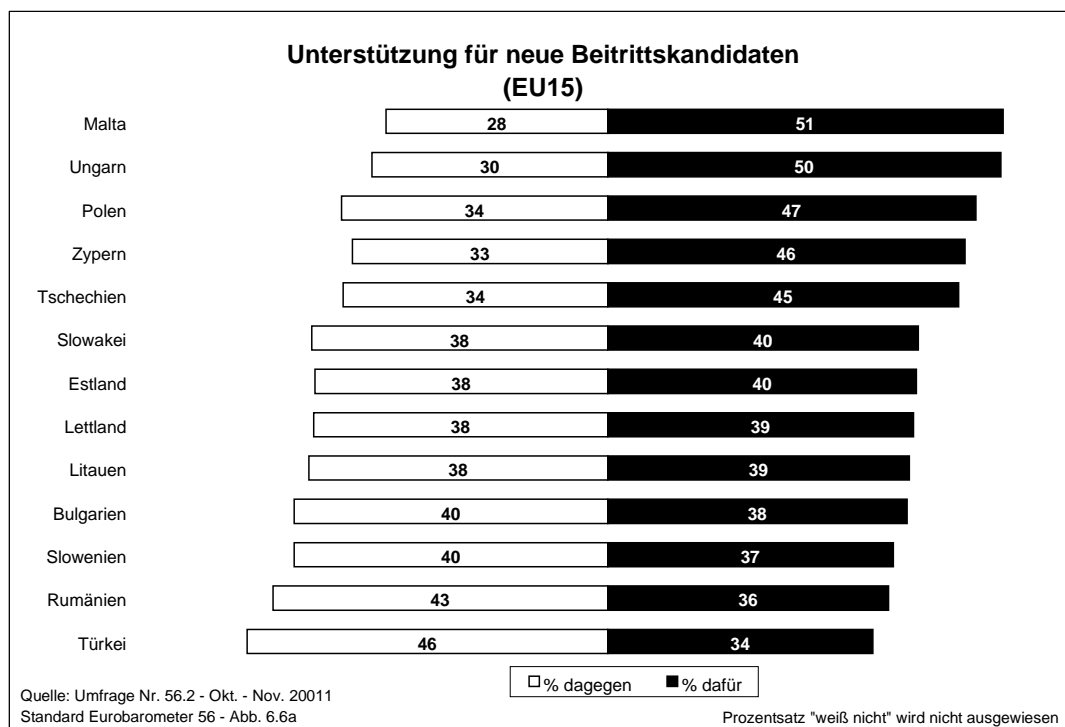


Mehr als 9 von 10 Menschen glauben, die Bewerberstaaten sollten a) die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie achten, b) das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen und c) die Umwelt schützen, wenn sie der Europäischen Union beitreten wollen. Die große Mehrheit (82%) ist auch der Ansicht, die Bewerberstaaten sollten auch alles akzeptieren, was bereits beim Aufbau Europas beschlossen und in Kraft gesetzt wurde. Die Sorge der Öffentlichkeit in Bezug auf die finanziellen Implikationen wird offensichtlich, wenn man die große Wichtigkeit betrachtet, die dem Kriterium, dass Bewerberstaaten in der Lage sein müssen, ihren Teil des EU Haushalts zu bezahlen (85%) und dass ihr Beitritt für die jetzigen Mitgliedsstaaten nicht zu kostspielig sein sollte (81%), zugesprochen wird. Mehr als drei Viertel der EU Bürger (77%) glauben, es sei wichtig, dass der Entwicklungsstand der Bewerberstaaten dem der anderen Mitgliedstaaten nahe komme. 72% der Menschen finden es wichtig, dass die Bewerberstaaten die Interessen der Europäischen Union über die eigenen stellen. Die Menschen in Dänemark (42%), Finnland (50%), Schweden (52%) und dem Vereinigten Königreich (58%) halten dieses Kriterium bei weitem weniger häufig für wichtig als die Menschen in den anderen Ländern. (Tabelle 6.5)

6.4. Welche Länder sollten beitreten?

In diesem Abschnitt untersuchen wir, inwieweit die Öffentlichkeit die Mitgliedschaft jedes der 13 Bewerberländer unterstützt. Die Umfrage untersuchte auch, ob die Menschen die Mitgliedschaft einer Reihe von EFTA Ländern, Albanien und die Länder des ehemaligen Jugoslawien, unterstützen würden.

Die Meinung der Öffentlichkeit variiert deutlich in Abhängigkeit von a) dem betreffenden Land und b) dem EU Mitgliedsstaat, in dem die Befragten leben. Wir betrachten zunächst die 13 Bewerberstaaten und stellen fest, dass die Menschen am ehesten den Beitritt Maltas (51%) zur Europäischen Union unterstützen, gefolgt von Ungarn (50%), Polen (47%), Zypern (46%) und der Tschechischen Republik (45%).



Wie man von den Ziffern im oben stehenden Diagramm ableiten kann, hat sich immer noch keine öffentliche Meinung zur Erweiterung herauskristallisiert. Viele Menschen wählen immer noch die „weiß nicht“ Antwortmöglichkeit, wenn man sie über ihre Unterstützung des Beitritts einiger Länder zur Europäischen Union befragt, obwohl der Anteil an „weiß nicht“ Antworten gefallen ist, seit die Frage im Herbst 2000 zum ersten Mal gestellt wurde. Die Rangfolge der Unterstützung für jedes Land ist seit dem Herbst 2000 ziemlich gleich geblieben, aber die Unterstützung hat sich für alle Länder erhöht, und zwar zwischen 4 Prozentpunkten (für Ungarn, die Tschechische Republik, Estland, Bulgarien und die Türkei) und einem Prozentpunkt (für Malta).

Der Anteil derjenigen, die gegen die Aufnahme sind, hat sich ebenfalls verändert, und zwar von 3 Prozentpunkten gegen Rumänien bis zu einem Prozentpunkt gegen Ungarn, der Tschechischen Republik und der Türkei.

Das Diagramm enthüllt jedoch nicht die großen Unterschiede zwischen den 15 Mitgliedsstaaten bezüglich der Unterstützung der Mitgliedschaft der Bewerberstaaten. Um diese Unterschiede zu offenbaren, haben wir den durchschnittlichen Anteil der Bevölkerung, der den Beitritt der 13 Bewerberstaaten zur Europäischen Union befürwortet, berechnet.

| DURCHSCHNITTLICHER ANTEIL DERER, DIE DEN BEITRITT DER 13 BEWERBERSTAATEN ZUR EU BEFÜRWORTEN (IN %, NACH LÄNDERN) | |
|---|-----------------------|
| Land | Durchschnitt % |
| Schweden | 67 |
| Griechenland | 61 |
| Dänemark | 58 |
| Spanien | 50 |
| Die Niederlande | 47 |
| Finnland | 47 |
| Italien | 46 |
| Portugal | 46 |
| Luxemburg | 46 |
| Irland | 46 |
| Belgien | 42 |
| EU15 | 42 |
| Vereinigtes Königreich | 40 |
| Deutschland | 39 |
| Österreich | 39 |
| Frankreich | 26 |

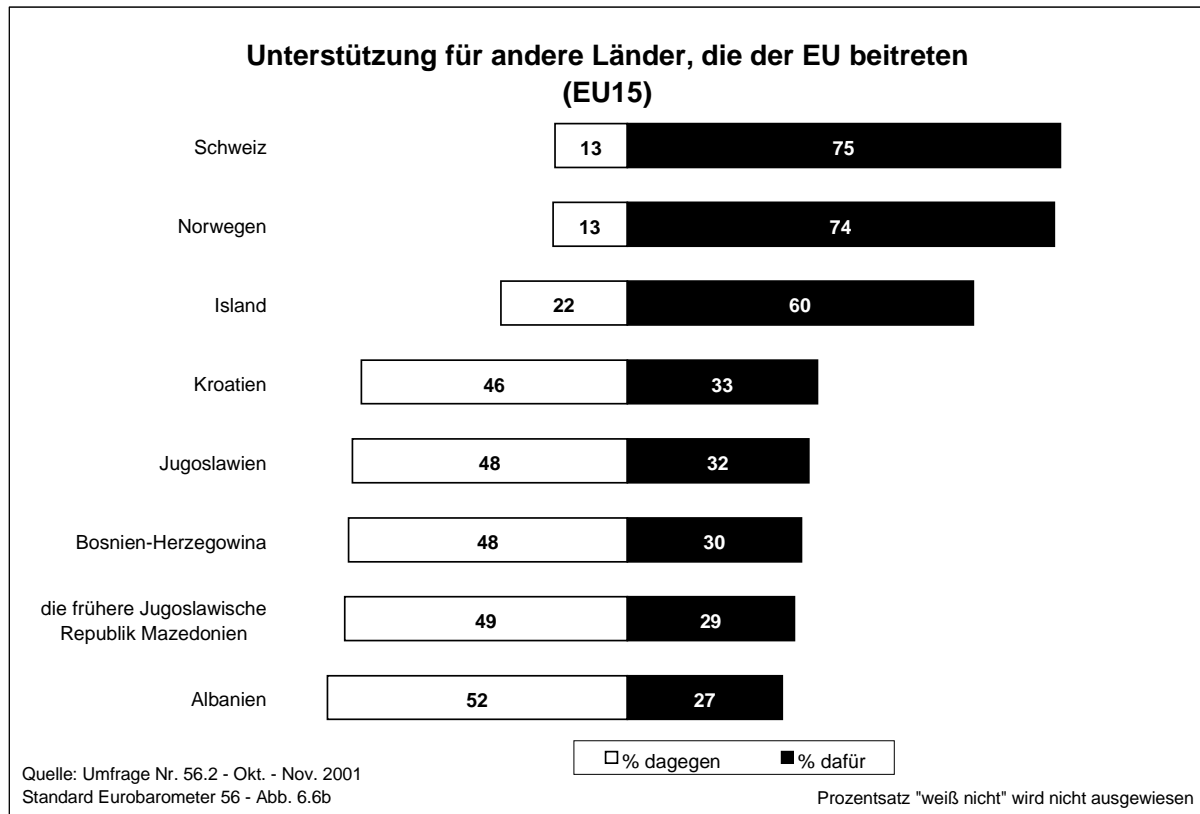
Im Durchschnitt ist die Unterstützung für den Beitritt der Bewerberstaaten zur EU in Schweden am größten (67%), während sie in Frankreich am geringsten ist (26%). Im Vergleich zum Herbst 2000 ist die Unterstützung für die EU Mitgliedschaft der Bewerberstaaten gestiegen, wobei ein Anstieg von 8 Prozentpunkten auf EU15 Ebene gemessen wurde²⁷. (Tabelle 6.6a)

Wenn wir die anderen in der Umfrage behandelten Länder betrachten, stellen wir fest, dass die Unterstützung für die EFTA Länder am weitesten verbreitet ist, wobei sich 75% für den Beitritt der Schweiz zur EU, 74% für den Beitritt Norwegens und 60% für den Beitritt Islands aussprechen.

In Bezug auf die Länder des ehemaligen Jugoslawien ergibt sich, dass die Menschen wenig Unterschiede zwischen ihnen machen, die Unterstützung reicht von 29% für die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien bis zu 33% für Kroatien. 27% der EU Bürger sprechen sich für den Beitritt Albaniens zur Europäischen Union aus²⁸.

²⁷ Sie finden die durchschnittliche Unterstützung in jedem Mitgliedsstaat im Herbst 2000 auf Seite 84 des Eurobarometer Berichts Nr. 54.

²⁸ Siehe auch Tabelle 6.6b



6.5. Beschlussfassung in einer erweiterten EU

Mit der Erweiterung im Hinterkopf haben die Staats- und Regierungschefs während des Ministerrattreffens in Nizza die Anzahl der Bereiche, in denen die einstimmige Beschlussfassung notwendig ist, verringert²⁹.

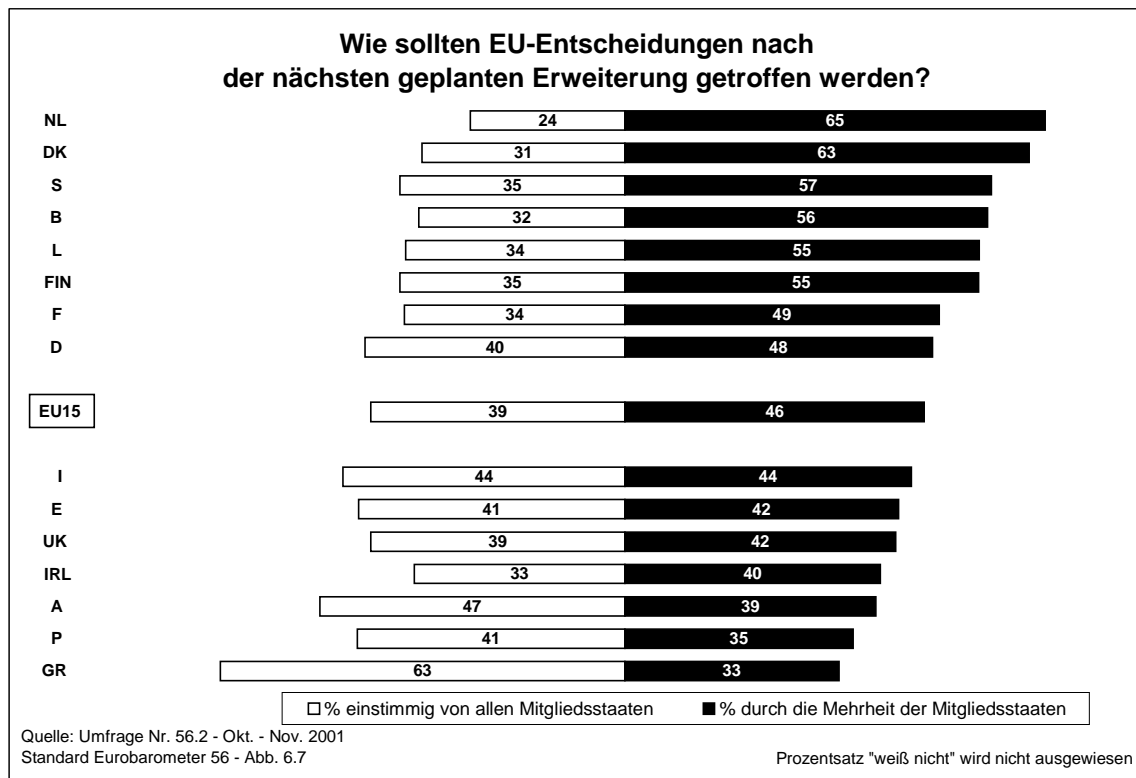
Das Eurobarometer hat die Meinung der Öffentlichkeit über die Mehrheitsentscheidung mit der folgenden Frage gemessen:

Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird sich die Anzahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf 25 erhöhen. Sollte die Europäische Union Ihrer Meinung nach ihre Entscheidungen einstimmig oder durch eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten treffen?

Die Ergebnisse zeigen, dass die Öffentlichkeit Mehrheitsentscheidungen in einer erweiterten Union eher unterstützt, wobei 46% diese Möglichkeit wählen und 39% die Einstimmigkeit vorziehen.

Die Länderanalyse zeigt, dass die Menschen in den Niederlanden (65%) und Dänemark (63%) bei weitem am häufigsten die Mehrheitsentscheidung vorziehen. In Schweden (57%), Belgien (56%), Luxemburg und Finnland (jeweils 55%) zieht mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Mehrheitsentscheidung vor. Dies ist auch in den fünf großen Mitgliedsstaaten die bevorzugte Methode, wenn auch die Mehrheit weniger deutlich ist. In Griechenland glauben 63% der Menschen, die Entscheidungen der Europäischen Union sollten nach der Erweiterung einstimmig durch alle Mitgliedsstaaten getroffen werden. Dieses Ergebnis steht im scharfen Gegensatz zu der breiten Unterstützung für die Erweiterung, die in Griechenland gemessen wurde. Österreich ist das einzige andere Land, in dem diejenigen, die die Mehrheitsentscheidung bevorzugen, in der Minderheit sind, aber da die Unterstützung für die Erweiterung in Österreich weniger verbreitet ist, ist dies weniger überraschend.

²⁹ Mehr Informationen über den Vertrag von Nizza finden Sie unter: <http://ue.eu.int/presid/conclusions.htm>.



Im Vergleich zum Frühjahr 2001 hat sich die Unterstützung für die Mehrheitsentscheidung Dänemark (+9), Schweden, Luxemburg (jeweils +5) und dem Vereinigten Königreich (+3) erhöht. In Deutschland (+9), Portugal (+7) und Griechenland (+3) auf der anderen Seite hat sich die Unterstützung für die einstimmige Beschlussfassung deutlich erhöht. Die Menschen in Luxemburg äußern jetzt häufiger eine Meinung, sei es für die einstimmige oder die Mehrheitsentscheidung. (Tabelle 6.7a)

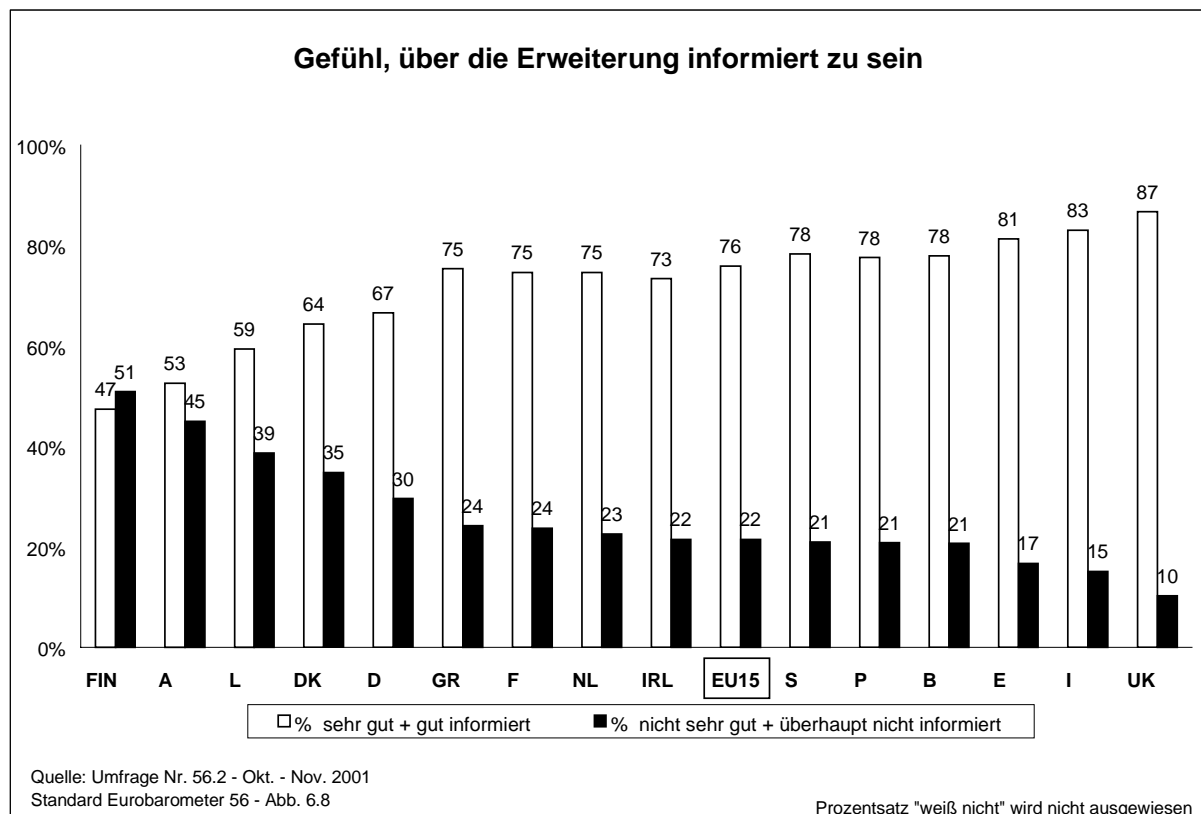
Die demografische Analyse zeigt, dass Führungskräfte (59%) am häufigsten die Mehrheitsentscheidung vorziehen, gefolgt von denjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verlassen haben (58%). Arbeitslose und diejenigen, die die Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr verlassen haben (beide 40%) unterstützen sie am seltensten. Arbeitslose sind die einzige demografische Gruppe, in der die einstimmige Beschlussfassung bevorzugt wird, wenn auch nur von einer knappen Mehrheit.

Bei der Untersuchung der Einstellungen ergibt sich, dass 54% derjenigen, die die EU Mitgliedschaft befürworten die Mehrheitsentscheidung bevorzugen, verglichen mit 37% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen. In der letzten Gruppe ist die einstimmige Beschlussfassung die bevorzugte Methode in einer erweiterten EU (45%). (Tabelle 6.7b)

6.6. Informationsstand über die Erweiterung

Zum zweiten Mal hat die Umfrage untersucht, inwieweit sich die Öffentlichkeit über die Erweiterung informiert fühlt. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der EU Bürger, die sich gut informiert fühlen (22%) immer noch sehr klein ist, obwohl seit dem Frühjahr 2001 ein deutlicher Anstieg gemessen wurde (+4). Auf der anderen Seite fühlen sich 76% nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut informiert, verglichen mit 78% bei der letzten Umfrage.

Die Länderanalyse zeigt, dass Finnland das einzige Land ist, in dem knapp über die Hälfte der Bevölkerung sich gut über die Erweiterung informiert fühlt (51%), gefolgt von Österreich (45%). Die Menschen im Vereinigten Königreich (10%), Italien (15%) und Spanien (17%) fühlen sich am seltensten gut über die Erweiterung informiert.



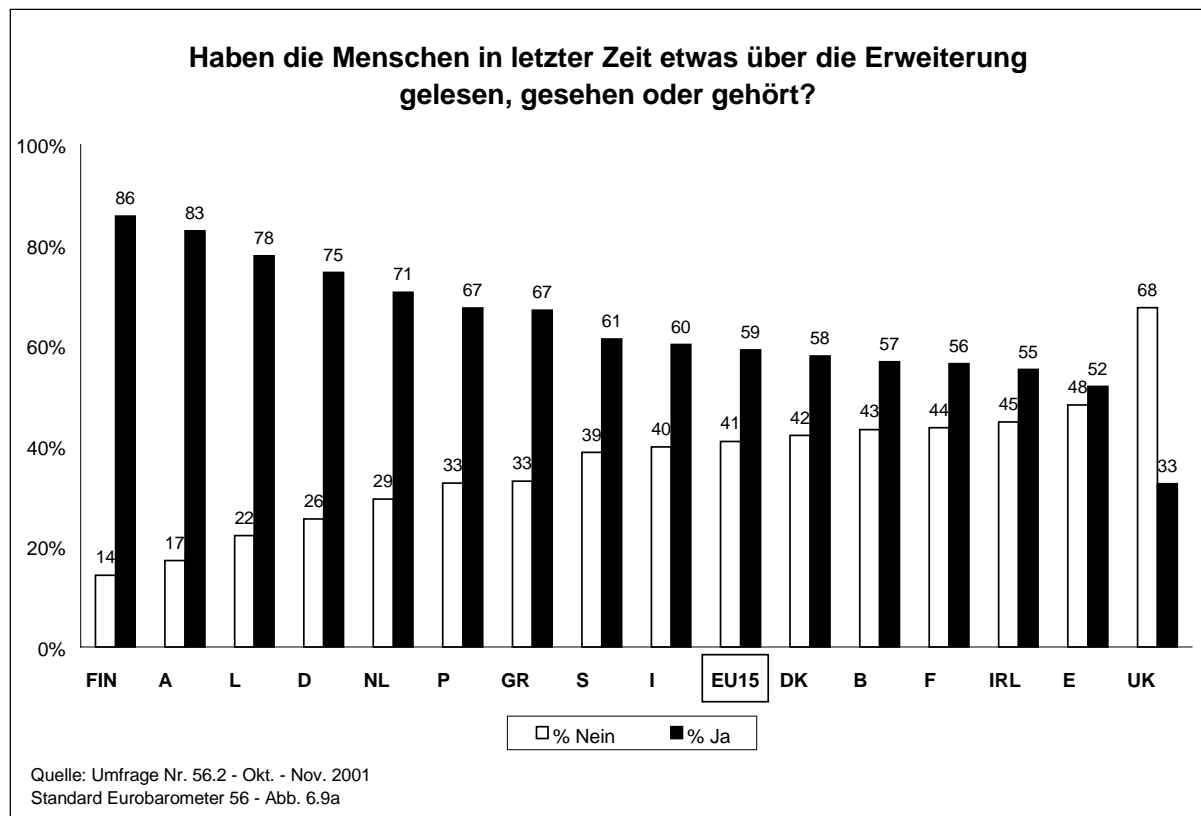
Im Vergleich zum Frühjahr 2001 finden sich in einer Reihe von Mitgliedstaaten deutliche Verbesserungen, wobei der Anstieg bei 15 Prozentpunkten in Österreich, 12 Prozentpunkten in Luxemburg, 10 Prozentpunkten in Irland und 9 Prozentpunkten in den Niederlanden liegt. Dänemark ist das einzige Land, in dem die Menschen sich jetzt wesentlich seltener gut über die Erweiterung informiert fühlen, ein Abfall von 40% aus dem Frühjahr 2001 auf 35% im Herbst 2001. (Tabelle 6.8a)

Die demografische Analyse zeigt, dass der Anteil der Menschen, die sich gut über die Erweiterung informiert fühlen, von 13% der Hausfrauen/-männer und der Arbeitslosen bis zu 38% der Führungskräfte reicht. Der Informationsstand ist unter denjenigen, die die (eingeschränkte oder uneingeschränkte) Erweiterung unterstützen, etwas besser als unter denjenigen, die der Ansicht sind, die Europäische Union solle nicht erweitert werden. (Tabelle 6.8b)

6.7. Informationen über die Erweiterung

In dieser Umfrage wurden die Teilnehmer zum ersten Mal gefragt, ob sie kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört hätten. Im Durchschnitt geben 59% der Befragten an, dies sei der Fall. Ein Viertel (25%) gibt an, sie suchten nie nach solcher Information oder seien nicht daran interessiert und 16% wissen es nicht oder können sich nicht daran erinnern.

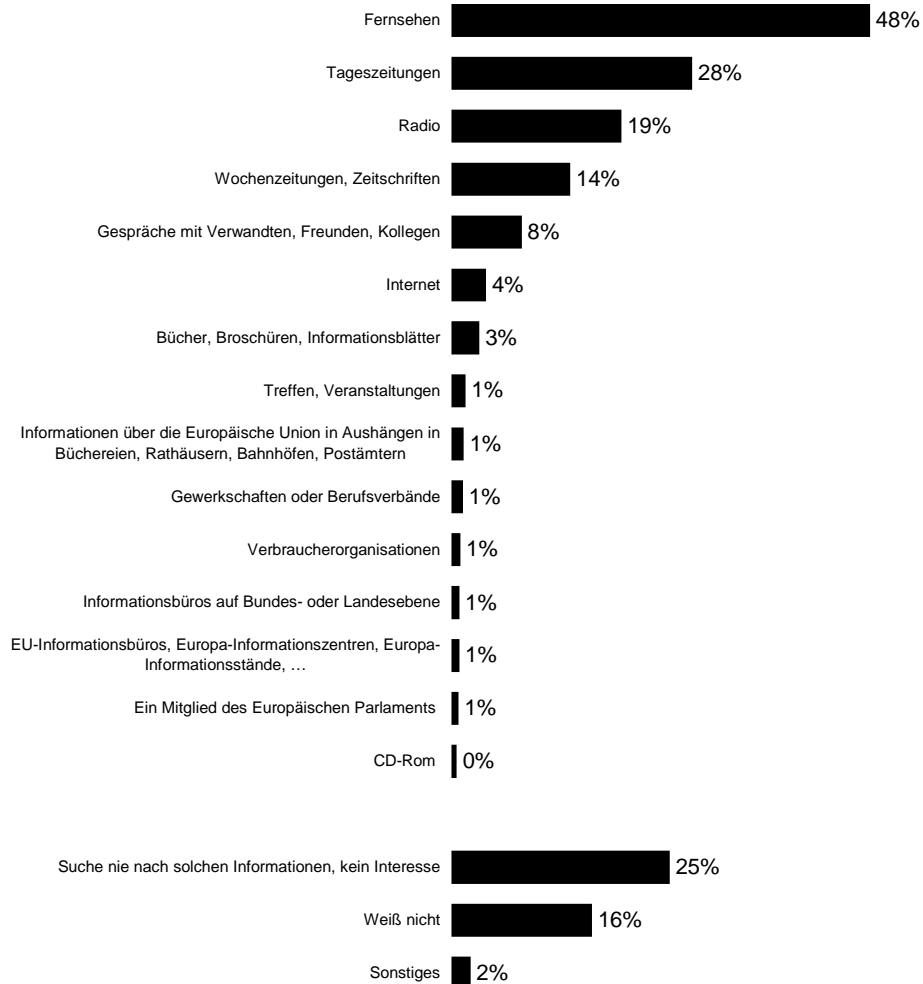
Wie das unten stehende Diagramm zeigt, gibt es starke Schwankungen zwischen den Mitgliedsstaaten, was zum Teil erklärt, warum der Informationsstand über die Erweiterung so stark variiert. Mit 86% haben die Finnen am häufigsten kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört. Wie wir bereits gesehen haben, ist Finnland auch das Land mit dem größten Anteil von Menschen, die sich gut über die Erweiterung informiert fühlen. Die Österreicher stehen an zweiter Stelle, wobei 83% angeben, kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört zu haben. Die Menschen im Vereinigten Königreich geben am seltensten an, kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört zu haben (33%) und sie fühlen sich am seltensten gut über sie informiert.



Der Anteil derjenigen, die nicht nach Informationen über die Erweiterung suchen oder sich nicht für sie interessieren, variiert ebenfalls deutlich zwischen den Mitgliedsstaaten. In Spanien (37%), dem Vereinigten Königreich (34%) und Frankreich (33%) trifft dies auf 3 von 10 der Befragten zu. In Finnland (9%) und Österreich (11%) trifft dies nur auf einen von 10 der Befragten zu. (Tabelle 6.9)

Den Befragten, die angaben, kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört zu haben, wurde eine Karte vorgelegt und sie wurden gefragt, von welchen Quellen sie die Informationen erhalten hatten. Die Ergebnisse zeigen, dass 48% der EU Bürger kürzlich etwas über die Erweiterung im Fernsehen gesehen hatten, 28% hatten etwas darüber in der Tageszeitung gelesen und 19% hatten etwas darüber im Radio gehört.

**Von wem
haben die Menschen Informationen über die
Erweiterung erhalten?
(EU15)**



Quelle: Umfrage Nr. 56.2 - Okt. - Nov. 2001
Standard Eurobarometer 56 - Abb. 6.9b

Die folgende Tabelle zeigt, dass das Fernsehen in allen 15 Mitgliedstaaten die am häufigsten angegebene Quelle ist. Tageszeitungen sind in 11 Ländern die am zweithäufigsten erwähnte Quelle und in weiteren drei Ländern stehen sie an dritter Stelle. Griechenland ist das einzige Land, in dem Tageszeitungen nicht unter die ersten drei Plätze kommen. Das Radio steht in Dänemark, Frankreich und Griechenland an zweiter Stelle und in allen anderen Ländern außer Portugal und Italien an dritter Stelle. In Portugal belegen Gespräche mit Verwandten, Freunden und Kollegen einen der ersten drei Plätze und in Italien und Griechenland stehen dort andere Zeitungen und Zeitschriften. (Siehe auch Tabelle 6.9)

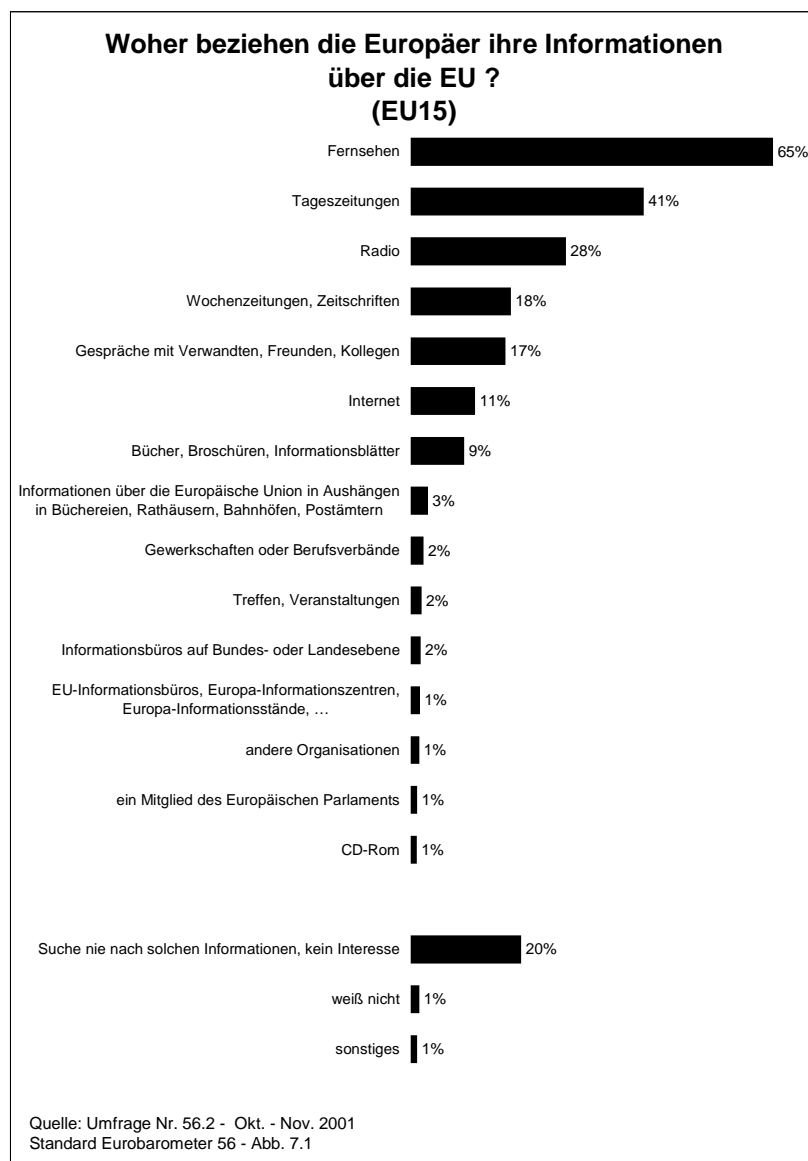
| DIE DREI AM HÄUFIGSTEN ERWÄHNTEN QUELLEN, VON DENEN DIE MENSCHEN INFORMATIONEN ÜBER DIE ERWEITERUNG ERHALTEN HABEN (IN %, NACH MITGLIEDSSTAAT) | | | |
|--|----|-------------------------------|----|
| Belgien | | Luxemburg | |
| Fernsehen | 48 | Fernsehen | 65 |
| Tageszeitungen | 24 | Tageszeitungen | 48 |
| Radio | 22 | Radio | 47 |
| Dänemark | | Die Niederlande | |
| Fernsehen | 50 | Fernsehen | 59 |
| Radio | 27 | Tageszeitungen | 36 |
| Tageszeitungen | 24 | Radio | 25 |
| Deutschland | | Österreich | |
| Fernsehen | 63 | Fernsehen | 64 |
| Tageszeitungen | 47 | Tageszeitungen | 45 |
| Radio | 29 | Radio | 39 |
| Griechenland | | Portugal | |
| Fernsehen | 60 | Fernsehen | 61 |
| Radio | 21 | Gespräche | 13 |
| Zeitungen & Zeitschriften | 17 | Tageszeitungen | 11 |
| Spanien | | Finnland | |
| Fernsehen | 45 | Fernsehen | 77 |
| Tageszeitungen | 18 | Tageszeitungen | 51 |
| Radio | 17 | Radio | 40 |
| Frankreich | | Schweden | |
| Fernsehen | 44 | Fernsehen | 53 |
| Radio | 21 | Tageszeitungen | 38 |
| Tageszeitungen | 21 | Radio | 28 |
| Irland | | Vereinigtes Königreich | |
| Fernsehen | 39 | Fernsehen | 20 |
| Tageszeitungen | 28 | Tageszeitungen | 15 |
| Radio | 21 | Radio | 9 |
| Italien | | | |
| Fernsehens | 47 | | |
| Tageszeitungen | 22 | | |
| Zeitungen & Zeitschriften | 14 | | |

7. Kenntnisse über die Europäische Union

Dieses Kapitel untersucht, wie die Menschen nach Informationen über die Europäische Union suchen und welche Quellen sie bevorzugen. Wir untersuchen auch, wie die Menschen die Medienberichterstattung über EU Angelegenheiten empfinden und wir berichten über das selbst eingeschätzte Wissen der Menschen über die Europäische Union und die Bekanntheit einer Reihe von EU Institutionen. Auch die geschätzte Art der Haushaltsausgaben der EU wird analysiert.

7.1. Informationsquellen über die Europäische Union

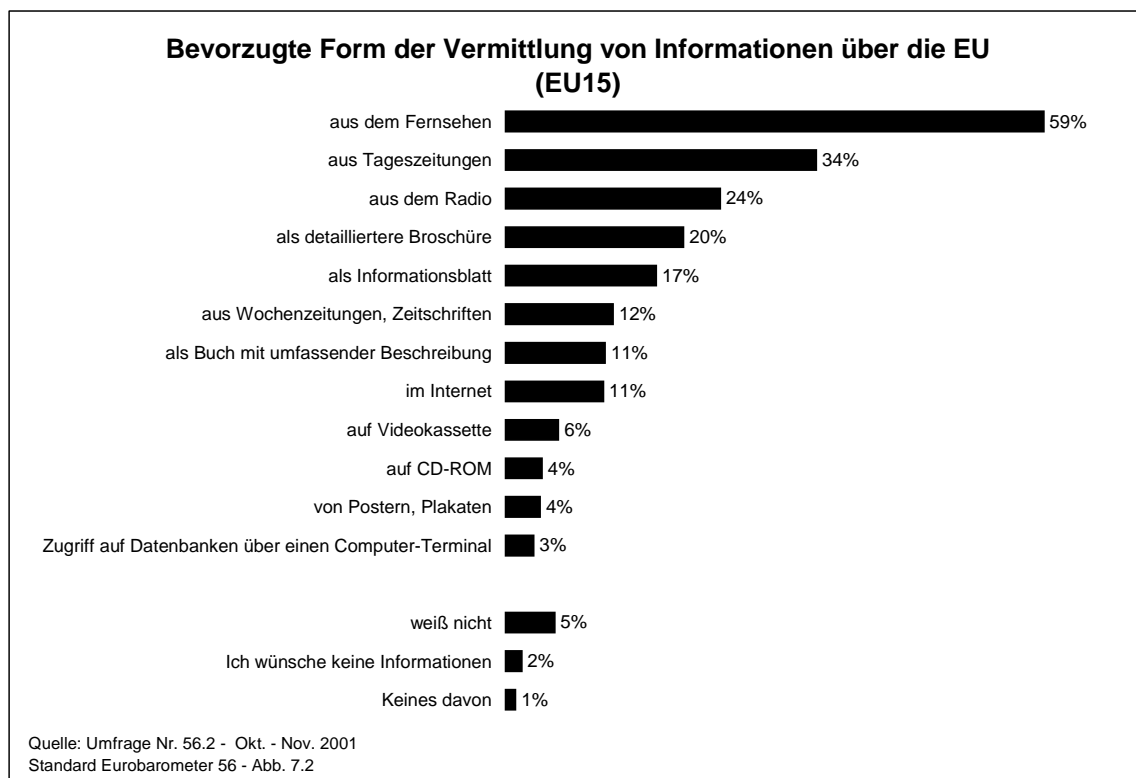
Das Eurobarometer befragt die EU Bürger regelmäßig über die Quellen, die sie benutzen, um nach Informationen über die Europäische Union zu suchen. Wie üblich zeigen die Ergebnisse, dass die Öffentlichkeit am häufigsten die Medien nutzt: 65% der Befragten geben an, sie schalten das Fernsehen an, wenn sie nach Informationen suchen, 41% der Befragten lesen Tageszeitungen und 28% hören Radio³⁰. Alle anderen Quellen werden von weniger als 2 von 10 der EU Bürger genutzt.



³⁰ Den Befragten wurde eine Karte mit 15 Quellen gezeigt und sie wurden gebeten, alle diejenigen anzugeben, die sie nutzen, wenn sie nach Informationen über die EU suchen. Es konnten auch andere Quellen angegeben werden, sagen, dass sie niemals Informationen nach der EU suchen (kein Interesse) oder sagen, dass sie es nicht wissen.

Wie aus dem unten stehenden Diagramm ersichtlich ist, suchen 20% der Befragten nie nach Informationen oder sind nicht interessiert. Diese Ziffer variiert erheblich von Land zu Land. In Luxemburg gaben nur 3% der Befragten diese Antwort, während mehr als 33% der Menschen in Spanien nie nach Informationen über die Europäische Union suchen oder nicht an solcher Information interessiert sind. (Tabelle 7.1)

Die Umfrage bittet die Teilnehmer auch regelmäßig, ihre bevorzugte Form des Bezugs von Informationen über die Europäische Union von einer Liste von 11 vordefinierten Quellen auszuwählen. Es ist nicht überraschend, dass die Menschen die drei Medien bevorzugen, die sie am häufigsten nutzen: 59% der Befragten bevorzugen das Fernsehen, 34% bevorzugen Tageszeitungen und 24% bevorzugen das Radio. Das Internet wird von 11% der Befragten gewählt. Die anderen nicht-gedruckten Quellen, wie Videokassetten (6%), CD-Roms (4%) und Computerdatenbanken (3%) sind weiterhin weniger beliebt als die gedruckten Quellen³¹.



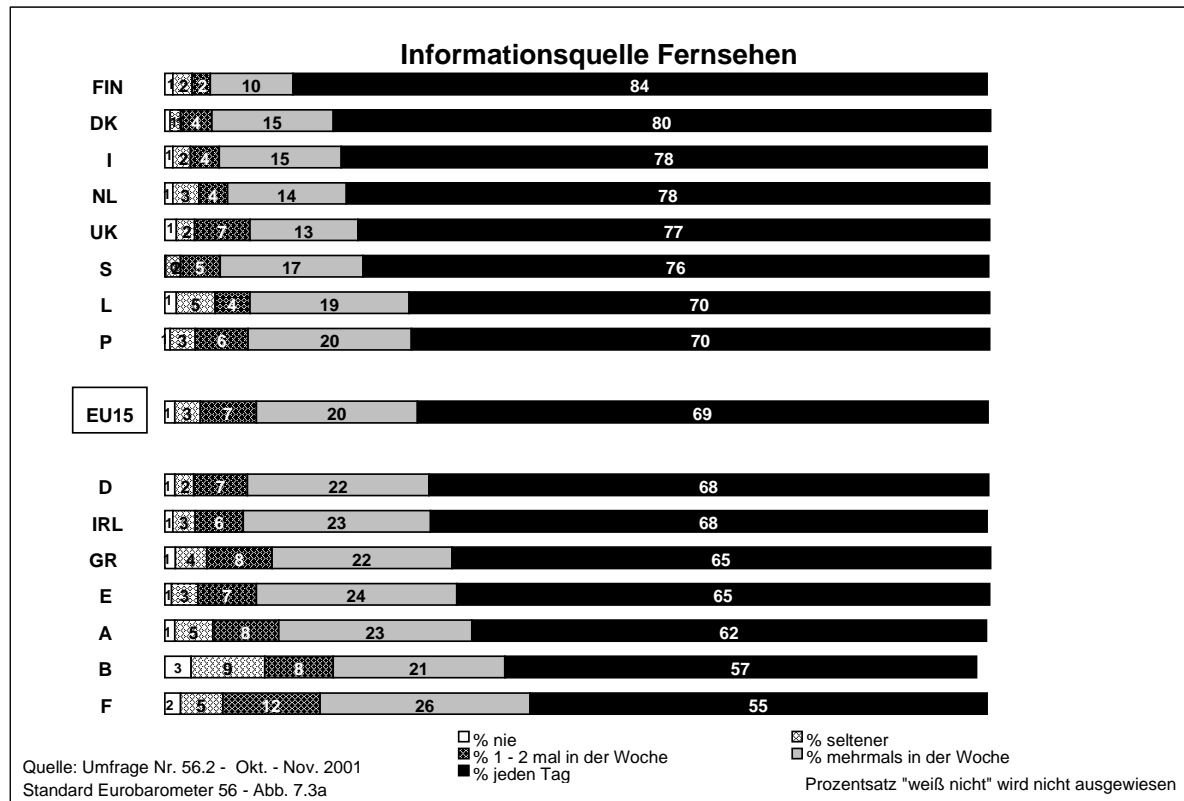
7.2. Die Nachrichtenmedien und ihre Berichterstattung über EU-Angelegenheiten

Das Publikum der Nachrichten im Fernsehen

Wie das unten stehende Diagramm zeigt, sehen 69% der Befragten täglich die Nachrichten im Fernsehen an, und weitere 20% sehen sie mehrmals in der Woche an³².

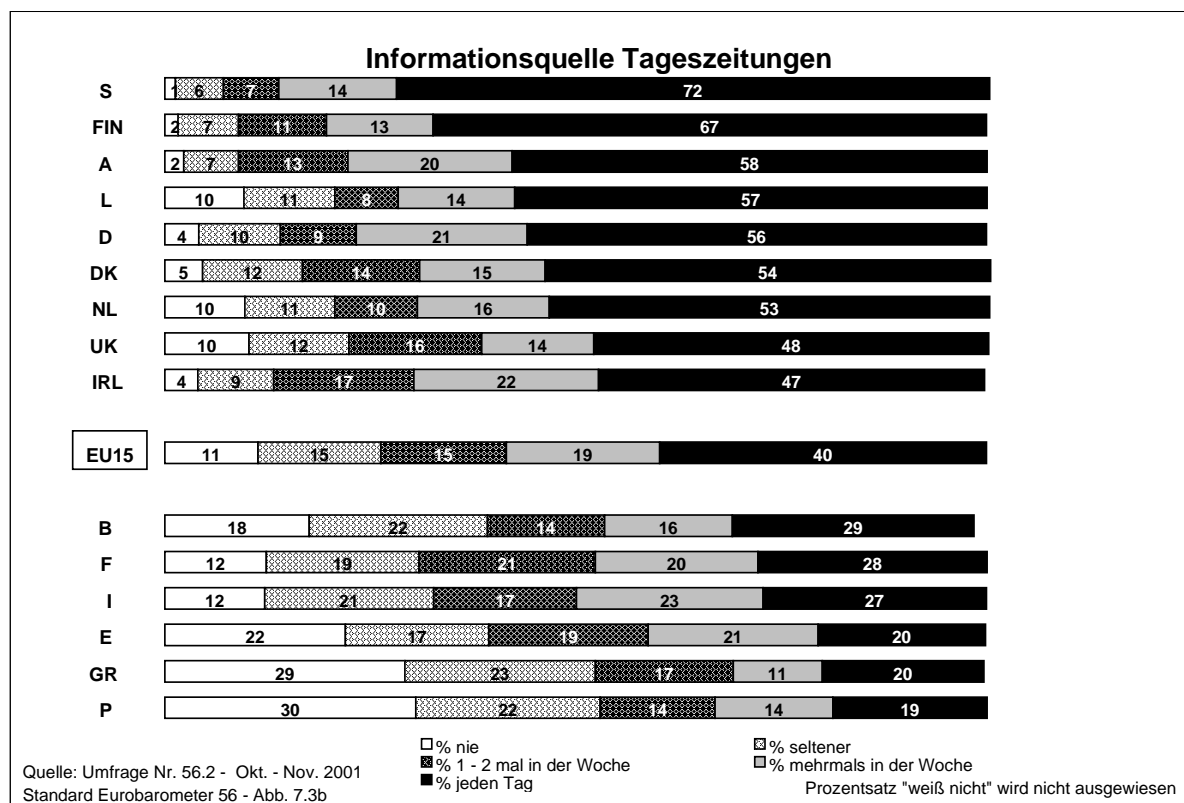
³¹ Siehe Tabelle 7.2 für die Länderergebnisse.

³² Siehe Tabelle 7.3a für die Länderergebnisse.



Die Leserschaft der Nachrichten in Tageszeitungen

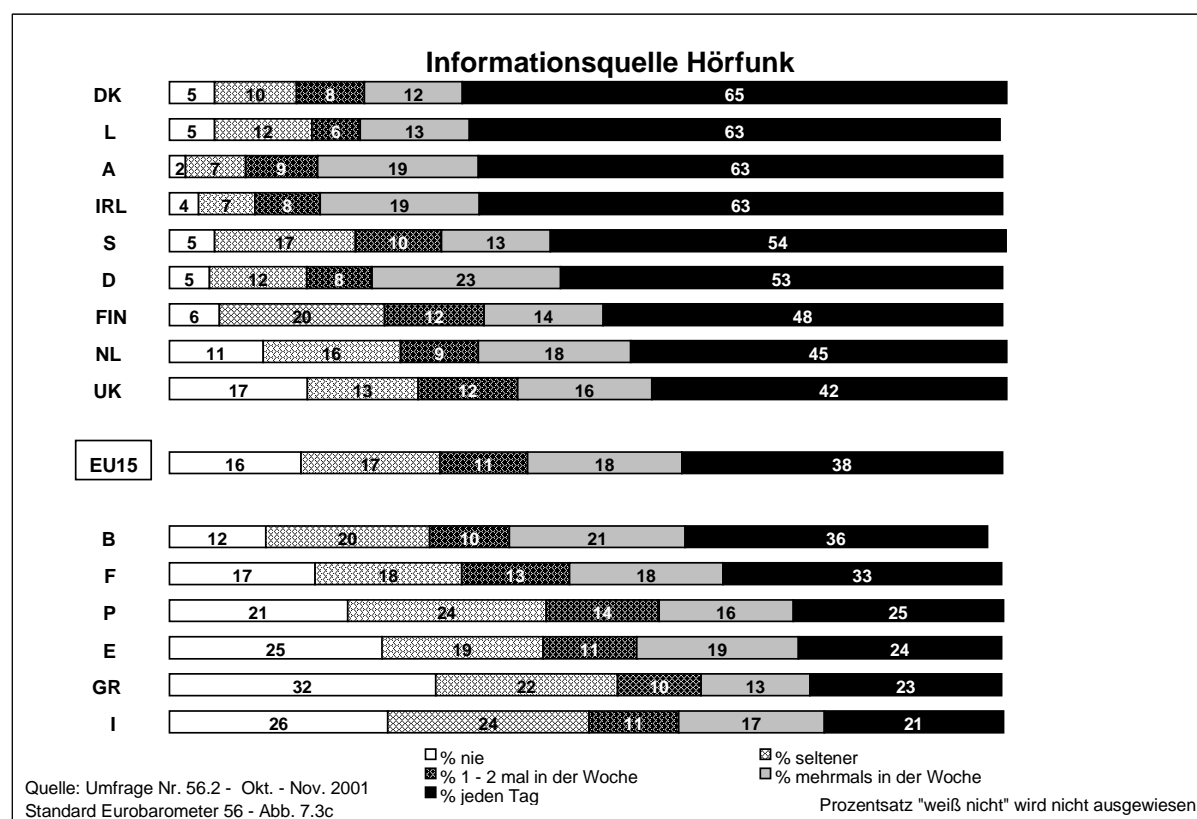
Vier von zehn der Befragten lesen die Nachrichten in Tageszeitungen jeden Tag, und weitere 19% lesen mehrmals die Woche die Tageszeitung³³.



³³ Siehe Tabelle 7.3b für die Länderergebnisse.

Die Hörerschaft der Nachrichten im Radio

Beinahe 4 von 10 der Befragten hören jeden Tag Radio (38%) und 18% tun diese mehrmals wöchentlich³⁴.



Die Berichterstattung der Medien über EU-Angelegenheiten

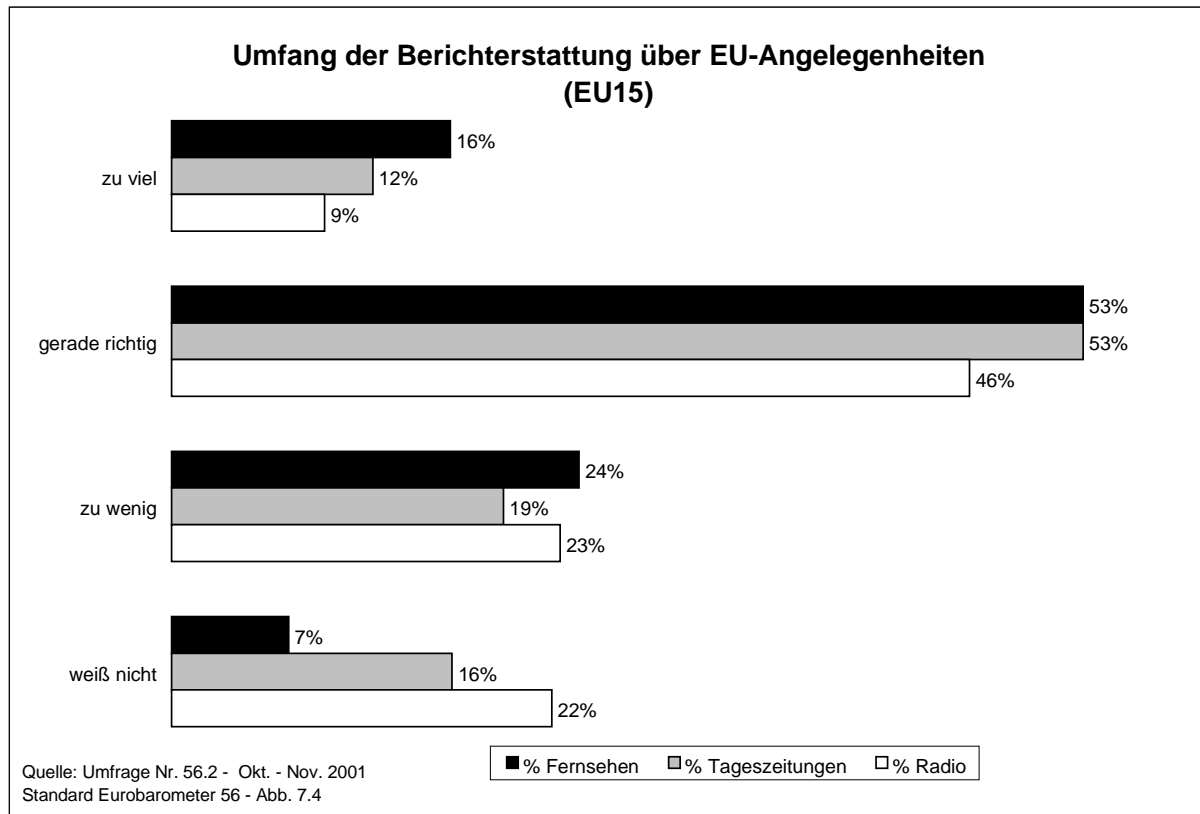
Im Folgenden untersuchen wir, was die Europäer über den Umfang der Berichterstattung denken, den die Medien den Angelegenheiten der Europäischen Union widmen. Den Teilnehmern wurde die folgende Frage gestellt:

"Denken Sie, dass der Umfang der Berichterstattung über Angelegenheiten der Europäischen Union viel zu groß ist, zu groß, gerade richtig, zu gering oder viel zu gering ist in..."

- den Nachrichten im (nationalen) Fernsehen?
- den Nachrichten in den (nationalen) Tageszeitungen?
- den Nachrichten im (nationalen) Radio?"

Wie das folgende Diagramm zeigt, ist mehr als die Hälfte der EU Bürger der Ansicht, Fernsehen und Tageszeitungen berichteten im richtigen Umfang über EU-Angelegenheiten. Diese Ziffer ist für das Radio etwas kleiner (46%). Während nur eine kleine Minderheit der Ansicht ist, die drei Medien berichteten zu viel über EU-Angelegenheiten, sind ziemlich viele der Befragten der Meinung, der Umfang sei nicht groß genug. 24% meinen, das Fernsehen berichte zu wenig, 23% meinen dies für das Radio und 19% meinen dies für Tageszeitungen.

³⁴ Siehe Tabelle 7.3c für die Länderergebnisse.



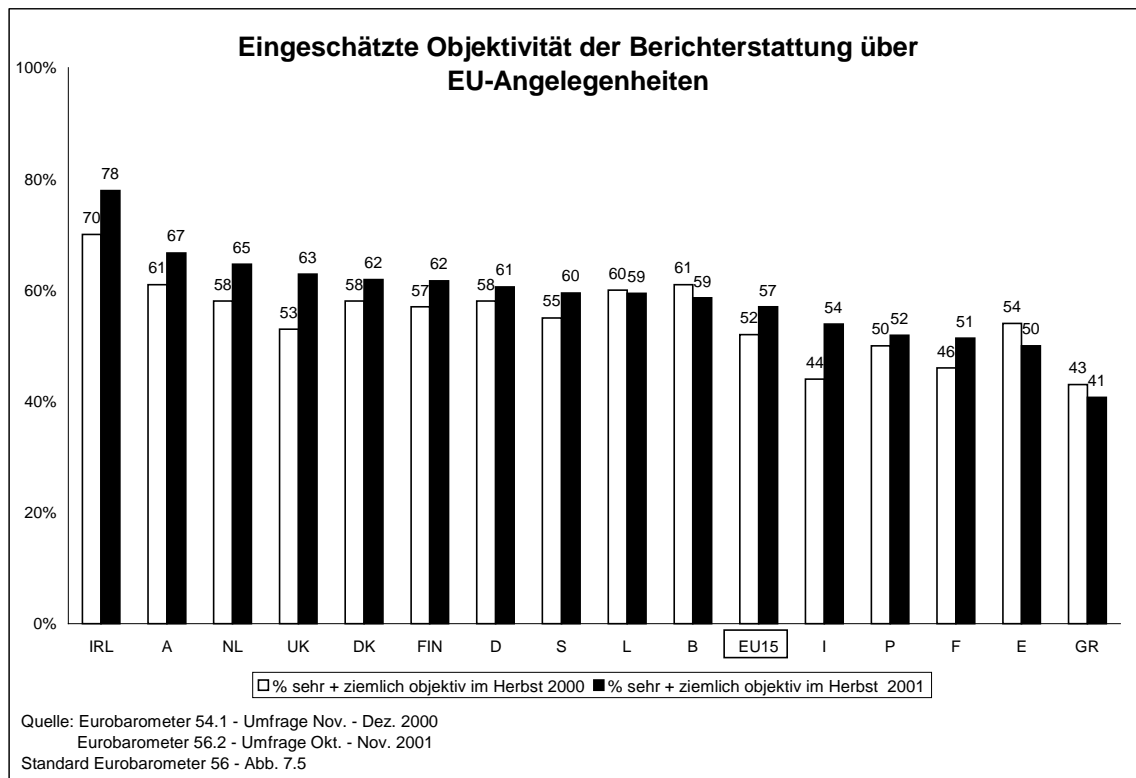
Die Länderanalyse zeigt, dass die Menschen in Luxemburg (43%) am häufigsten der Ansicht sind, der Umfang der Berichterstattung über europäische Angelegenheiten im **Fernsehen** sei nicht ausreichend, gefolgt von den Menschen in Italien (34%), Dänemark (33%), Griechenland (31%) und den Niederlanden (30%). Der Anteil derjenigen, die meinen, der Umfang der Berichterstattung im Fernsehen sei zu groß, ist am größten in Spanien (28%) und Portugal (26%). In Finnland (69%), Irland (66%), Belgien (65%), Österreich (64%) und Schweden (63%) glauben mehr als 6 von 10 Menschen, der Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten im Fernsehen sei ungefähr richtig. Luxemburg (38%), Griechenland (40%), Spanien und Portugal (jeweils 47%) sind die einzigen beiden Länder, in denen weniger als 50% der Bevölkerung diese Ansicht teilt. (Tabelle 7.4a)

Die Menschen in Finnland geben am häufigsten an, der Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den **Tageszeitungen** sei ungefähr richtig (69%), gefolgt von den Menschen in Österreich (67%), Irland (66%), Schweden (63%) und Dänemark (62%). Weitere Länder, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieser Ansicht ist, sind die Niederlande, Belgien (jeweils 58%), Frankreich, Luxemburg, Deutschland (jeweils 56%) und das Vereinigte Königreich (53%). Die Menschen in Italien (27%) meinen am häufigsten, der Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Tageszeitung sei nicht ausreichend. (Tabelle 7.4b)

Die Niederlande (30%), Italien (29%), Deutschland (28%) und Dänemark (27%) haben den höchsten Anteil an Menschen, die glauben, der Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten im **Radio** sei nicht ausreichend. Die Iren glauben am ehesten, der Umfang der Berichterstattung sei ungefähr richtig (66%), gefolgt von den Österreichern (64%). Mit 14% beziehungsweise 16% meinen die Griechen und Spanier am häufigsten, der Umfang der Berichterstattung über europäische Angelegenheiten im Radio sei zu groß. (Tabelle 7.4c)

Eingeschätzte Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten

57% der EU Bürger sind der Ansicht, die Medien in ihrem eigenen Land berichteten über EU-Angelegenheiten auf objektive Art und Weise, 27% meinen, dies sei nicht der Fall und 16% haben dazu keine Meinung.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Menschen in Irland glauben, wie schon im Frühjahr und Herbst 2000, dass die Medien in ihrem Land auf objektive oder ziemlich objektive Art und Weise über EU-Angelegenheiten berichten (78%). Mehr als 6 von 10 Menschen in Österreich, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Finnland und Deutschland geben den Medien in ihren Ländern ebenfalls gute Noten. In allen anderen Ländern außer Griechenland glaubt mindestens die Hälfte der Bevölkerung, die Medien berichteten über EU-Angelegenheiten auf objektive Art und Weise. In Griechenland teilen 41% diese Ansicht, und 48% meinen, die Berichterstattung der Medien über EU-Angelegenheiten sei in ihrem Land nicht objektiv.

Die Öffentlichkeit in der EU beurteilt die Berichterstattung der Medien über EU-Angelegenheiten in ihrem Land jetzt häufiger als objektiv, wobei der größte Anstieg im Vereinigten Königreich und Italien gemessen wurde (jeweils +10). Spanien ist das einzige Land, in dem ein deutlicher Abfall der positiven Antworten gemessen wurde (-4). (Tabelle 7.5a)

Wir untersuchen auch, ob die Nutzung der Medien mit den Ansichten der Menschen über die Objektivität der Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten zusammenhängt. Wie die folgende Tabelle zeigt, beurteilen die Menschen die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten häufiger als objektiv, je mehr sie die Nachrichtenmedien nutzen. Diejenigen, die die Medien am wenigsten nutzen, beurteilen sie am häufigsten als nicht sehr objektiv oder überhaupt nicht objektiv. Wie zu erwarten, sind die Menschen umso seltener in der Lage zu sagen, ob die Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten objektiv ist oder nicht, je weniger sie die Medien nutzen³⁵.

| Verhältnis zwischen der eingeschätzten Objektivität der Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten und den Ergebnissen des Mediennutzer Index | | | | |
|--|------------------------|-----------------------|-----------------------|-------------------------|
| Die Medienberichterstattung ist: | Mediennutzer Index +++ | Mediennutzer Index ++ | Mediennutzer Index -- | Mediennutzer Index ---- |
| Sehr + ziemlich objektiv | 65% | 56% | 50% | 39% |
| Nicht sehr+ überhaupt nicht objektiv | 25% | 28% | 29% | 31% |
| Weiß nicht | 11% | 15% | 21% | 30% |
| Gesamt | 101% | 99% | 100% | 100% |

³⁵ Eine Definition des Mediennutzer Index finden Sie in Anhang C.4

Die Ansichten der Menschen variieren auch in Abhängigkeit davon, wieviel sie glauben, über die Europäische Union zu wissen³⁶. 69% derjenigen, die glauben, eine ganze Menge zu wissen (nämlich diejenigen, die die Punkte 8 bis 10 auf der Skala für den selbst eingeschätzten Kenntnisstand wählen) glauben, die Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten in ihrem Land sei objektiv, verglichen mit nur 46% derjenigen, die meinen, sehr wenig über die Europäische Union zu wissen. In der letzten Gruppe können 3 von 10 der Befragten nicht sagen, ob die Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten objektiv ist.

| Eingeschätzte Objektivität der Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten im Verhältnis zur selbst eingeschätzten Kenntnis über die EU | | | |
|---|-----------------|---------------------|------------------|
| Die Medienberichterstattung ist: | Gute Kenntnisse | Mittlere Kenntnisse | Wenig Kenntnisse |
| Sehr + ziemlich objektiv | 69% | 63% | 46% |
| Nicht sehr + überhaupt nicht objektiv | 25% | 28% | 26% |
| Weiß nicht | 6% | 9% | 28% |
| Gesamt | 100% | 100% | 100% |

Die Einschätzung der Objektivität der Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten hängt auch, wenn auch in geringerem Maße, davon ab, wie die Menschen zur Europäischen Union im allgemeinen eingestellt sind. 65% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, meinen, die Medienberichterstattung in ihrem Land sei objektiv, verglichen mit 51% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass Arbeitslose die einzige Gruppe sind, in der weniger als 50% meinen, die Medienberichterstattung über EU-Angelegenheiten sei objektiv. Mit 65% sind Führungskräfte am häufigsten dieser Ansicht. (Tabelle 7.5b)

7.3. Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäischen Union

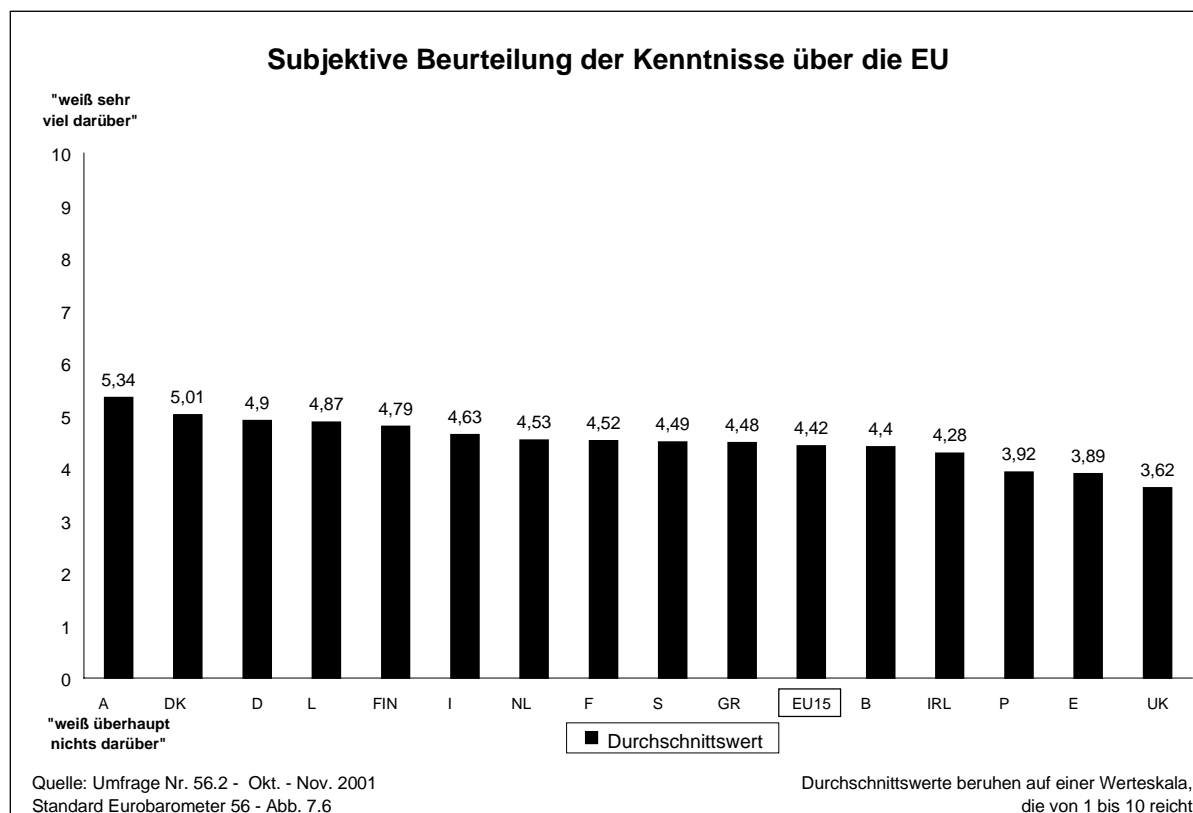
Als eine der Standardfragen untersucht das Eurobarometer, wieviel die Menschen glauben über die Europäische Union zu wissen³⁷. Die in der unten stehenden Tabelle vorgestellten EU15 Ergebnisse zeigen, dass 28% der EU Bürger glauben, ziemlich viel bis eine ganze Menge über die Europäische Union zu wissen (nämlich diejenigen, die die Nummern 6 bis 10 auf der Skala wählen). Dies ist wesentlich mehr als im Frühjahr 2001, als das Ergebnis bei 21% lag.

| Subjektive Kenntnisse über EU-Angelegenheiten Herbst 2001 (in %, EU15) | |
|---|-------------|
| Skala | % |
| 1 (Weiß überhaupt nichts) | 7 |
| 2 | 10 |
| 3 | 16 |
| 4 | 17 |
| 5 | 20 |
| 6 | 13 |
| 7 | 8 |
| 8 | 5 |
| 9 | 1 |
| 10 (Weiß eine ganze Menge) | 1 |
| Weiß nicht | 3 |
| Durchschnitt | 4,42 |

³⁶ Sie finden eine Definition der Skala für die subjektive Beurteilung des Wissens in Anhang C.4. Der nächste Abschnitt in diesem Kapitel berichtet über den Grad dieses Wissens in der EU Bevölkerung.

³⁷ Die Frage ist: "Wieviel glauben Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen zu wissen?". Die Teilnehmer wurden gebeten, eine Nummer von einer Karte zu wählen – auf einer Skala von 1 bis 10 – die ihre selbst beurteilte Kenntnis über die Europäische Union am besten repräsentiert. Je größer die Zahl, die sie wählen, ist, desto mehr glauben sie, über die EU zu wissen.

Das folgende Diagramm verbildlicht die durchschnittlichen Ergebnisse³⁸ für jeden der 15 Mitgliedsstaaten. Es zeigt, dass der selbst eingeschätzte Kenntnisstand deutlich von einem Land zum anderen variiert.



Wie schon im Frühjahr 2001 ist der Kenntnisstand in Österreich am größten, mit einem Durchschnitt von 5.34, und er ist im Vereinigten Königreich am niedrigsten, mit einem Durchschnitt von 3.62. Die Untersuchung der Verteilung der Antworten zeigt, dass 44% der Österreicher glauben, ziemlich viel bis eine ganze Menge (Nummern 6 und höher auf der Skala) über die EU zu wissen. Mit 37% stehen die Dänen an zweiter Stelle, gefolgt von den Deutschen (35%), den Niederländern, den Finnen (jeweils 34%), den Italienern (31%) und den Belgiern (30%). Im Vereinigten Königreich (15%), Spanien (17%) und Portugal (18%) glauben weniger als 2 von 10 Menschen, ziemlich viel oder eine ganze Menge über die EU zu wissen. (Tabelle 7.6³⁹)

In allen Ländern ist der selbst eingeschätzte Kenntnisstand jetzt höher als im Frühjahr 2001, wobei der Anstieg der Durchschnittswerte von 0,08 in Spanien bis zu 0,69 in Irland reicht⁴⁰.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Ergebnisse für verschiedene soziodemografische Gruppen in der EU. Sie zeigt, dass Meinungsführer, Führungskräfte und diejenigen, die am längsten in der Vollzeitausbildung verblieben sind, am häufigsten die größten Nummern auf der Skala wählen. Am unteren Ende der Tabelle stehen diejenigen, die auf dem Mediennutzer Index die niedrigsten Ergebnisse erzielen⁴¹.

³⁸ Der Durchschnitt repräsentiert die Summe der Antworten für jeden der zehn Punkte auf der Skala, multipliziert mit dem Wert für jeden Punkt und geteilt durch die Gesamtanzahl der Antworten.

³⁹ Um das Lesen der Tabelle zu erleichtern, wird eine neu kodierte Version der Skala präsentiert, die aus vier Kategorien besteht: 'weiß (fast) nichts' - Nummern 1+2; 'weiß ein bißchen' - Nummern 3 bis 5; 'weiß ziemlich viel' - Nummern 6 bis 8 und 'weiß eine ganze Menge' - Nummern 9+10.

⁴⁰ Die Ergebnisse für das Frühjahr 2001 finden Sie im Eurobarometer Bericht Nr.55, Ziffer 4.6.

⁴¹ Eine Definition der in dieser Tabelle erwähnten Indexe finden Sie in Anhang C.4.

| Durchschnittswerte auf der Skala für das subjektive Wissen für verschiedene Gruppen auf EU15 Ebene | |
|--|-------------|
| Gruppe | Wert |
| Meinungsführer Index: ++ | 5,59 |
| Führungskräfte | 5,51 |
| Bis zum Alter von 20+ ausgebildete Menschen | 5,21 |
| Mediennutzer Index:+++ | 4,95 |
| Meinungsführer Index: + | 4,89 |
| Selbständige | 4,87 |
| Studenten | 4,75 |
| Männer | 4,74 |
| Angestellte | 4,72 |
| Altersgruppe 40-54 Jahre | 4,57 |
| Altersgruppe 25-39 Jahre | 4,55 |
| EU15 Durchschnitt | 4,42 |
| Ausgebildet bis zum Alter von 16-19 Jahren | 4,38 |
| Mediennutzer Index: ++ | 4,36 |
| Altersgruppe 15-24 Jahre | 4,32 |
| Arbeiter | 4,26 |
| Altersgruppe 55+ | 4,24 |
| Meinungsführer Index: - | 4,20 |
| Menschen im Ruhestand | 4,17 |
| Frauen | 4,12 |
| Arbeitslose | 4,00 |
| Mediennutzer Index: -- | 3,87 |
| Ausgebildet bis zum Alter von 15 oder jünger | 3,79 |
| Hausfrauen/-männer | 3,76 |
| Meinungsführer Index : -- | 3,45 |
| Mediennutzer Index: --- | 3,38 |

Beim Vergleich dieser Ergebnisse mit denen aus dem Frühjahr 2001 stellen wir fest, dass die Kluft zwischen denjenigen, die glauben am meisten zu wissen und denjenigen, die glauben am wenigsten zu wissen, jetzt etwas größer ist. Im Frühjahr 2001 lag sie bei 1,99; jetzt liegt sie bei 2,21.

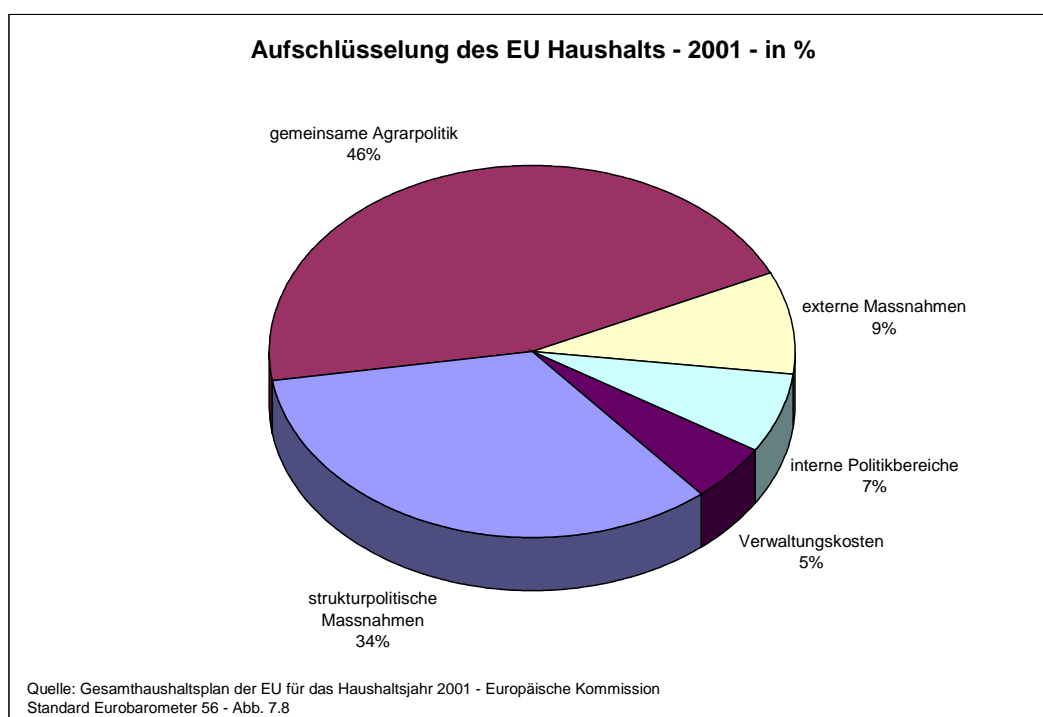
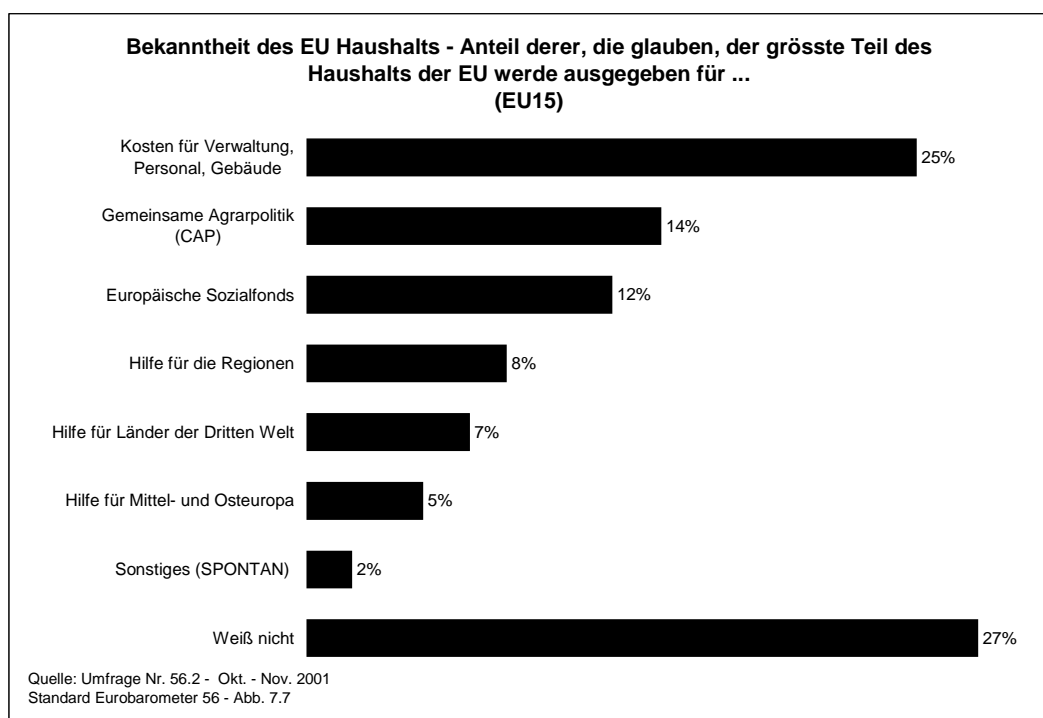
Die Untersuchung der Einstellungen ergibt, dass der Durchschnittswert für diejenigen, die sich gut über den Euro oder über die Erweiterung informiert fühlen wesentlich höher ist (5,13 beziehungsweise 5,78) als für diejenigen, die sich nicht gut über diese beiden Themen informiert fühlen (3,65 bzw. 4,05). Der Durchschnittswert für diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, liegt bei 4,87, verglichen mit 4,12 für diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Siehe auch Tabelle 7.6b)

7.4. Kenntnis über die Haushaltsausgaben der Europäischen Union

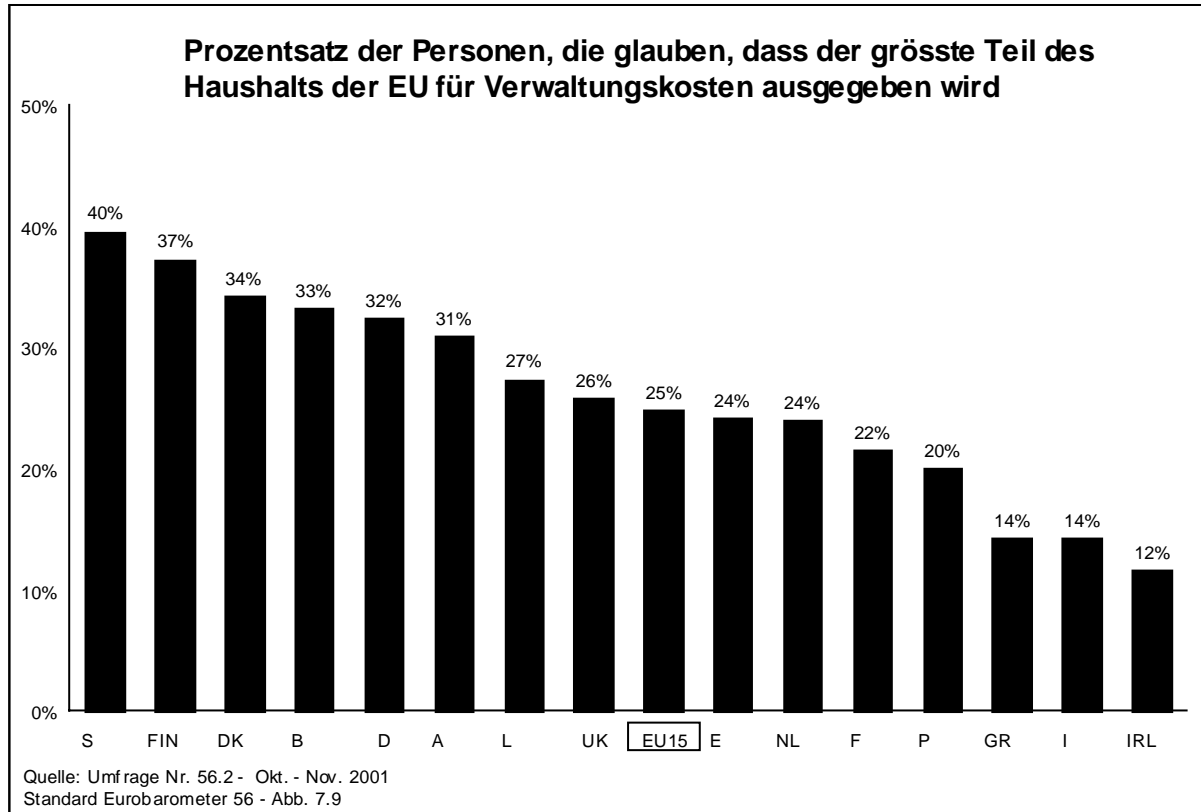
Eine weitere Standardfrage des Eurobarometers untersucht, wie die Menschen glauben, dass das Budget der EU ausgegeben wird. Die jüngsten Ergebnisse zeigen eine leichte Verbesserung gegenüber dem Herbst 2000, als die Frage zum letzten Mal gestellt wurde.

Die Antworten der Teilnehmer enthüllen aber immer noch einen weit verbreiteten Wissensmangel und viele falsche Vorstellungen in Bezug auf dieses Thema.

27% der Befragten wissen nicht, wofür das meiste Geld in der EU ausgegeben wird, wobei die Werte der „weiß nicht“ Antworten von 6% in Schweden bis zu 39% in Portugal reichen. Weiterhin stellen wir fest, dass ein Viertel der Befragten (fälschlicherweise) glaubt, die EU gebe das meiste Geld für die Deckung der Kosten für Verwaltung, Treffen und Gebäude aus, obwohl dieser Posten in 2001 tatsächlich nur 5% des Haushalts der EU ausmachte. Nur 14% der Befragten wissen, dass die EU das meiste Geld für die gemeinsame Agrarpolitik ausgibt (CAP). Die Ausgaben der CAP beliefen sich im Jahr 2001 auf 46% der Ausgaben der EU. Die zweitgrößte Summe wird für strukturelle Maßnahmen bereitgestellt, (34%), aber die Befragten unterschätzen diese Ausgaben. Nur 12% geben an, der Europäische Sozialfonds sei der größte Etat der EU und nur 8% glauben, es seien die regionalen Hilfen.



Das folgende Diagramm zeigt, dass der Anteil derer, die glauben, die EU gebe das meiste Geld für Verwaltungskosten aus, in Schweden am größten ist (40%), gefolgt von Finnland (37%) und Dänemark (34%). In Irland ist diese Gruppe am kleinsten (12%). Wir stellen jedoch fest, dass die Menschen jetzt wesentlich seltener glauben, Verwaltungskosten repräsentierten den größten Etat der Europäischen Union als im Herbst 2000, als mehr als die Hälfte der Menschen in Schweden und Finnland dieser Ansicht waren. (Tabelle 7.7a)



Die Ansicht, der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union werde für Verwaltungskosten ausgegeben, steht nicht in Zusammenhang mit den soziodemografischen Gruppen. Die Analyse der Einstellungen ergibt sehr wenig Variationen, obwohl diejenigen, die die Europäische Union befürworten, wesentlich seltener glauben, der größte Teil des Haushalts der EU werde für Verwaltungskosten ausgegeben als diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (24% zu 32%). (Tabelle 7.7b)

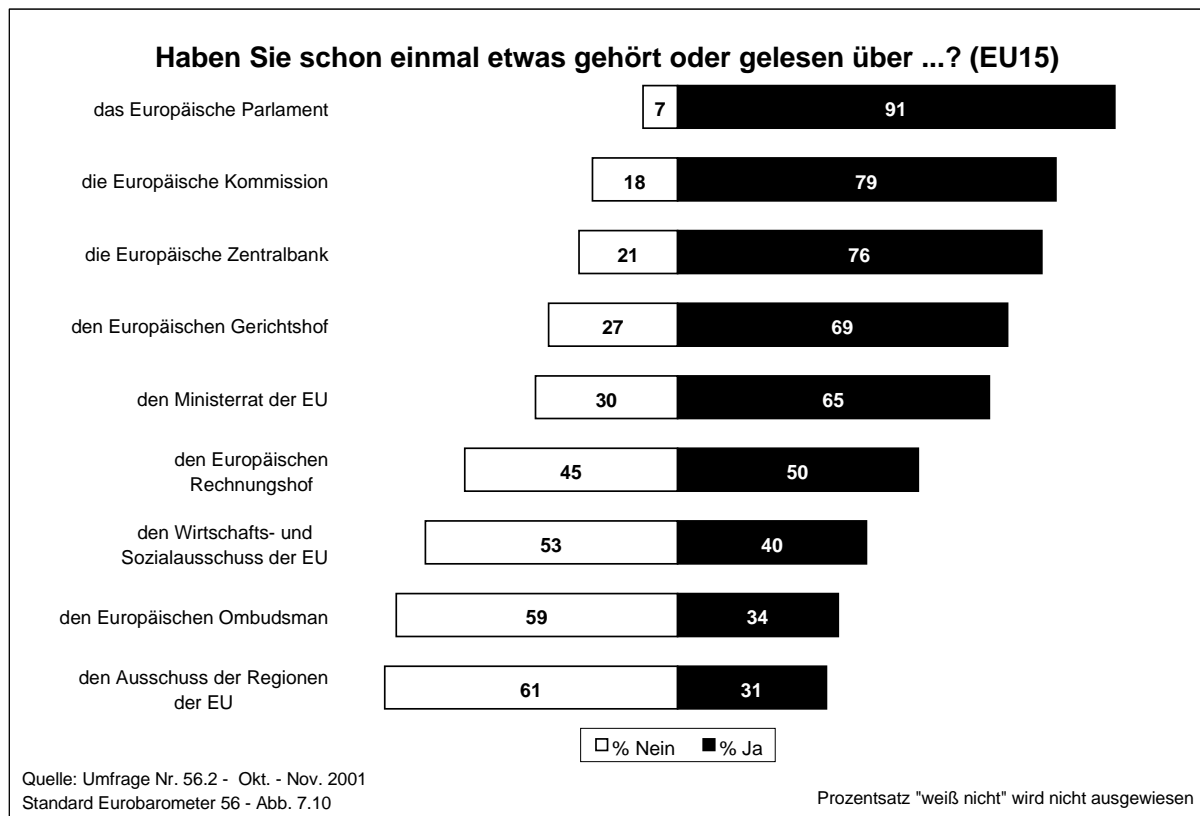
7.5. Bekanntheit der Institutionen und Organe der EU

Zum sechsten Mal in Folge hat die Umfrage die Bekanntheit von neun der Institutionen und Organe der Europäischen Union gemessen⁴².

Die Öffentlichkeit hat am häufigsten schon einmal vom Europäischen Parlament gehört (91%), gefolgt von der Europäischen Kommission (79%) und der Europäischen Zentralbank (76%). Die Menschen haben am seltensten schon einmal von den zwei jüngsten EU Institutionen gehört – dem Ausschuss der Regionen (31%) und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (40%) – und dem Europäischen Ombudsmann (34%). Der Bekanntheitsgrad aller neun Institutionen und Organe ist jetzt größer als im Frühjahr 2001⁴³.

⁴² In der Frage wurden die Teilnehmer gebeten anzugeben, ob sie jemals schon von diesen Institutionen gehört hätten. Kapitel 3 berichtet, inwieweit die Menschen diesen Institutionen vertrauen.

⁴³ Siehe Eurobarometer Nr. 55, Ziffer 4.7 und Tabelle 4.8.



Die Bekanntheit des **Europäischen Parlaments** reicht von 81% in Griechenland bis zu 98% in Dänemark. Die Bekanntheit der **Europäischen Kommission** reicht von 72% in Deutschland bis zu 95% in Luxemburg. Die Bekanntheit der **Europäischen Zentralbank** ist in Luxemburg (92%) am größten und in Griechenland und dem Vereinigten Königreich am geringsten (jeweils 61%). Die Menschen in Dänemark (96%) haben am häufigsten schon einmal vom **Europäischen Gerichtshof** gehört, während die Menschen in Italien (51%) am seltensten schon einmal von seiner Existenz gehört haben. Die Menschen in Schweden (91%) haben immer noch am häufigsten schon einmal vom **Ministerrat** gehört, während der Bekanntheitsgrad im Vereinigten Königreich am niedrigsten ist (39%). Die Bekanntheit des **Europäischen Rechnungshofs** ist in Luxemburg (76%) am größten und im Vereinigten Königreich am geringsten (13%). Die Menschen in Luxemburg (63%) haben auch am häufigsten schon einmal vom **Wirtschafts- und Sozialausschuss** gehört, während die Menschen in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich (jeweils 28%) am seltensten schon einmal von ihm gehört haben. Der **Europäische Ombudsman** – Jacob Söderman aus Finnland – ist immer noch in seinem Heimatland am bekanntesten (79%). Er ist in Deutschland und Italien am wenigsten bekannt (jeweils 23%). Die Bekanntheit des **Ausschusses der Regionen** ist in Portugal (54%) am weitesten verbreitet, während die Menschen im Vereinigten Königreich (15%) am seltensten schon einmal von dieser Institution gehört haben. (Tabelle 7.8)

Um einen allgemeinen Eindruck des Bekanntheitsgrades in jedem Mitgliedstaat zu bekommen, haben wir einen Durchschnitt errechnet, indem wir den Anteil der "bekannt" Antworten für jede Institution/jedes Organ addierten und dies durch die Gesamtanzahl der Institutionen und Organe in dieser Umfrage (9) teilten. Wie die folgende Tabelle zeigt, haben die Menschen in Luxemburg (wo viele dieser Institutionen angesiedelt sind) am häufigsten schon einmal von den neun Institutionen und Organen gehört, während im Vereinigten Königreich das Gegenteil der Fall ist.

| Die Bekanntheit der Institutionen und Organe der EU (Durchschnittlicher Bekanntheitsgrad der 9 Institutionen und Organe, in % nach Ländern) | |
|--|-----------|
| Land | % |
| Luxemburg | 75 |
| Finnland | 71 |
| Österreich | 70 |
| Dänemark | 69 |
| Portugal | 68 |
| Irland | 67 |
| Deutschland | 63 |
| Spanien | 63 |
| Frankreich | 62 |
| Belgien | 61 |
| EU15 | 60 |
| Die Niederlande | 60 |
| Schweden | 59 |
| Griechenland | 59 |
| Italien | 57 |
| Vereinigtes Königreich | 47 |

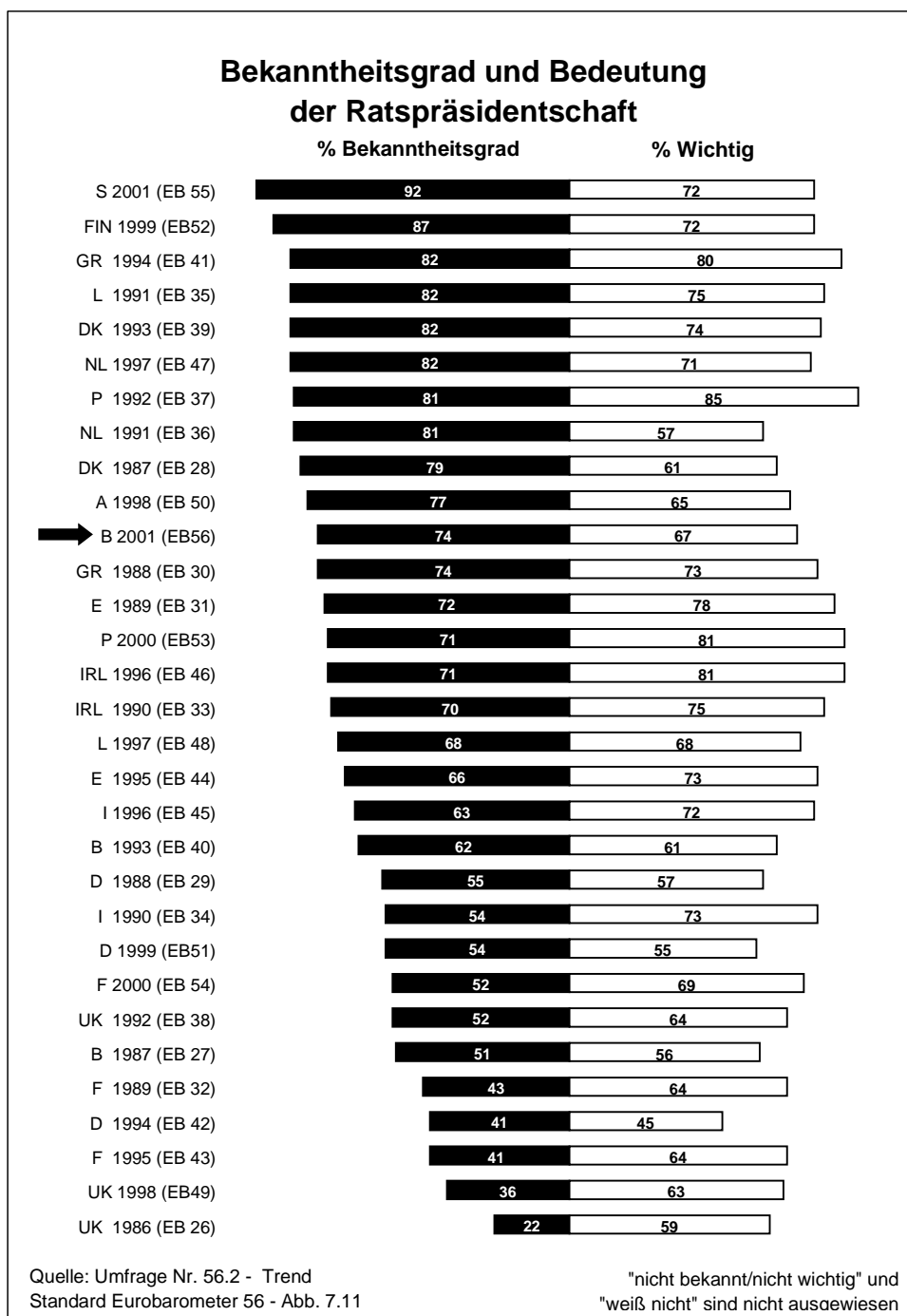
Der Bekanntheitsgrad variiert nicht nur von Land zu Land, sondern hängt auch davon ab, wieviel die Menschen glauben über die Europäische Union zu wissen. Die folgende Tabelle zeigt, dass je mehr die Menschen glauben über die EU zu wissen, desto häufiger haben sie schon einmal von den EU Institutionen gehört.

| Bekanntheitsgrad der EU Institutionen und Organe im Verhältnis zur subjektiven Kenntnis über die Europäische Union (in %) | | | |
|--|------------------|---------------------|--------------------|
| Institution: | Große Kenntnisse | Mittlere Kenntnisse | Geringe Kenntnisse |
| Europäisches Parlament | 98% | 95% | 85% |
| Europäische Kommission | 94% | 86% | 65% |
| Europäische Zentralbank | 92% | 84% | 61% |
| Europäischer Gerichtshof | 88% | 77% | 52% |
| Ministerrat | 88% | 74% | 47% |
| Rechnungshof | 76% | 58% | 32% |
| Wirtschafts- und Sozialausschuss | 70% | 47% | 22% |
| Ausschuss der Regionen | 60% | 36% | 17% |
| Europäischer Ombudsmann | 54% | 38% | 23% |

7.6. Bekanntheit und Bedeutung der Ratspräsidentschaft

Seit 1986 untersucht das Eurobarometer die Bekanntheit und die geschätzte Bedeutung der Präsidentschaft im Ministerrat in dem Land, das die Präsidentschaft zur Zeit der Umfrage innehat⁴⁴. Belgien hatte die Präsidentschaft in den letzten sechs Monaten des Jahres 2001 inne.

Wie das folgende Diagramm zeigt, wussten 74% der Belgier, dass ihr Land die Präsidentschaft innehatte. Der Wert ist höher als in den Jahren 1993 und 1987, als Belgien schon einmal die Präsidentschaft innehatte. 67% der Belgier betrachten die Präsidentschaft als ein wichtiges Ereignis, was auch mehr ist als in den Jahren 1993 und 1987.



⁴⁴ Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die Präsidentschaft abwechselnd für einen Zeitraum von sechs Monaten inne.